



Leona  
Rózdzińskiego





HINTER DEN KULISSEN  
DES  
OSTMARKEN-VEREINS

— — — — —  
BAND I.





**Biblioteka Główna**  
Uniwersytetu Gdańskiego



1100184679

20 21/24

# HINTER DEN KULISSEN

---


---

DES

# OSTMARKEN - VEREINS

---

---

  
AUS DEN GEHEIMAKTEN  
DER  
PREUSSISCHEN NEBEN-REGIERUNG  
FÜR DIE  
POLENAUSROTTUNG

bearbeitet und herausgegeben

von

F. S. KRYSIAK +

früher Chefredakteur in Berlin.



POSEN 1919.

Im Selbstverlage des Verfassers.



II 366957/1

VII 12 Bg

VII 11Bd

VII 11Eg/3d

Skład główny } Karol Rzepecki } w Poznaniu.  
Alleinvertrieb } in Posen.

Druck der Aktiengesellschaft «Dziennik Poznański» in Posen.

IK 84/55/91

50 000/1



## ZUR EINFÜHRUNG.

Zum Verständnis des Lesers dieser Enthüllungen seien folgende Bemerkungen vorausgeschickt:

Die hier veröffentlichten Schriftstücke sind schon im Jahre 1913 zu meiner Kenntnis gelangt. Ich hatte ursprünglich die Absicht, das ganze Material, mit erläuterndem Kommentar versehen, Ende 1914 zu veröffentlichen. Der Ausbruch des Weltkrieges vereitelte diese Absicht.

Nach dem Durchlesen dieses Bandes wird gewiss mancher Leser fragen, warum ich das Material nicht während des Krieges veröffentlicht habe. Die Dokumente sind ein so monströses Zeugnis des perversesten Menschenhasses, der ungeheuerlichsten Menschenfeindschaft, der abgrundtiefsten Bosheit und niedrigsten Tücke, dass ohne weiteres zuzugeben ist, dass ihre Veröffentlichung in den neutralen und feindlichen Ländern während des Weltkrieges dem in Preussen mit allen Mitteln der berechneten Perfidie unterdrückten Polentum die grössten Dienste geleistet und das wirksame Mitgefühl der gesamten gesitteten Kulturwelt erregt hätte.

Ich verkenne nicht die Berechtigung dieser Vorwürfe. Einestheils aber die grossen technischen Schwierigkeiten, die der Herausgabe dieses Buches während des Krieges entgegenstanden, andererseits die Rücksicht auf das deutsche Volk, das natürlich für die Taten der früheren preussischen Regierung nicht verantwortlich gemacht werden kann, bewogen mich, die Veröffentlichung während des Krieges zunächst aufzuschieben. Inzwischen sind aber verschiedene Umstände eingetreten, die mich dieser Rücksicht entbinden. Die offizielle preussische Regierung hat zu Beginn des Krieges ihre heimliche Nebenfiliale, den Ostmarkenverein, zurückgepiffen. Wahrscheinlich mag sie es nicht für opportun gehalten haben, dass in einer Zeit, wo die Söhne polnischer Mütter, die Väter polnischer Kinder, im Felde ihr Leben für die Sache des preussischen Imperialismus zum Opfer bringen müssen, gleichzeitig im Innern der Ausrottungskampf gegen das Polentum fortgesetzt wird. Auch von polnischer Seite wurde während des Krieges eine abwartende und neutrale Haltung eingenommen, in Anbetracht der Erklärung des Reichskanzlers Beth-



mann Hollweg, in der preussischen Polenpolitik eine grundsätzliche Neuorientierung eintreten zu lassen. Allerdings, das muss betont werden, *Vertrauen* haben die Polen in Preussen zu Erklärungen und Versprechungen der preussischen Regierungsorgane nie gehabt!

Aber gerade diese Absichten des Kanzlers haben die Nebenregierung des Ostmarkenvereines wieder auf den Plan gerufen, und mit ihr alle von ihr gelenkten und gespeisten Elemente in Preussen, die die Reformen Bethmann Hollwegs schon zu einer Zeit zu vereiteln bestrebt waren, wo sie noch garnicht in Angriff genommen waren.

Die Atempause, die sich die preussische Regierung in ihrem Ausrottungskampf gegen das Polentum gegönnt hat, hat also nur kurze Zeit gedauert. Sobald sie sich wieder sicher genug wähnte, besonders nach den Erfolgen der Apriloffensive 1918, setzte sofort das Kesseltreiben gegen das Polentum ein, der Burgfrieden wurde den Polen gegenüber aufgehoben, und dem Ostmarkenverein wurde der Maulkorb wieder abgenommen. Die Reden der preussischen Minister, der verschiedenen beamteten und nicht beamteten preussischen Politiker, die Absichten des preussischen Abgeordnetenhauses, die Polen bei der preussischen Wahlrechtsreform zu benachteiligen, schliesslich die Haltung sogar einiger Zentrumsabgeordneter (Fehrenbach) und freisinniger Politiker, liessen deutlich erkennen, dass die preussische Regierung das alte Spiel mit verteilten Rollen wieder aufgenommen hat und den Ausrottungskampf gegen das Polentum weiterzuführen beabsichtigt.

Meine Veröffentlichung richtet sich jetzt nicht gegen das deutsche Volk. Ich ziehe bewusst einen dicken Trennungstrich zwischen dem deutschen Volk und jenen Kreisen, die sich um die Nebenregierung des Ostmarkenvereines gruppieren und die ich in meinen Enthüllungen vor der gesamten gesitteten Kulturwelt an den Pranger stelle.

Meine Veröffentlichung geschieht *im Interesse* des deutschen Volkes. Das deutsche Volk möge auf Grund dieser Dokumente erkennen, welche unheimlichen und unheilvollen Kräfte und Einflüsse es waren, die die alten Begriffe von deutscher Treue zu einer Spottgeburt von Dreck gemacht, die das deutsche Volk um alles Vertrauen in der Kulturwelt gebracht und die den deutschen Namen und das deutsche Ansehen so geschändet haben, dass noch Generationen an dieser ungeheuren Bürde zu tragen haben werden.

Wenn man zur Kennzeichnung der Tätigkeit des Ostmarkenvereines in der Geschichte eine Parallele suchen will, so wäre ein Analogon nur in jenem Gastmahl des Markgrafen Gero zu finden. Als Markgraf Gero sich ausserstande sah,

die slavischen Fürsten der damaligen Havel- und Spreeländer im offenen und ehrlichen Kampfe zu besiegen, nahm er seine Zuflucht zu einer List, die so teuflisch war, dass wohl schwerlich in der ganzen Weltgeschichte ein ähnliches Beispiel gefunden werden kann. Allen Slaven ist das Gastrecht eine heilige Sitte. „Gość w dom, Bóg w dom“ (Gast im Hause ist Gott im Hause) sagt ein uraltes polnisches Sprichwort. Auf diese ethisch so schöne Eigenschaft der damaligen Wenden gründete der Markgraf Gero, der offenbar ein guter Kenner der slavischen Psychologie war, seinen Plan: er lud sämtliche Wendenfürsten zu einem Versöhnungsgastmahl ein und in der Maske des biedereren Treudeutschen liess er sie beim Gastmahl vergiften.

Als die preussische Regierung sich ausserstande sah, die Polen germanisieren zu können, rief Bismarck den Ostmarkenverein herbei. Vor dem Tribunal der Weltgeschichte sollte die preussische Regierung gewissermassen als nicht verantwortlich für jene Teufeleien und Nichtswürdigkeiten, die nun folgen sollten, gemacht werden. Aeusserlich sollte das Odium für die nun folgende Polenpolitik nicht an der offiziellen preussischen Regierung haften bleiben. Man mag sich wohl auch darüber Gedanken gemacht haben, dass die Grundsätze der Lehre Christi immer noch bei der gesamten gesitteten Welt ausserhalb Preussens Geltung hatten und es nicht gut anging, wenn eine offizielle Regierung in Europa ihre amtliche Politik auf die Verneinung dieser Grundsätze begründete. Es wurde deshalb die nichtamtliche Nebenregierung des Ostmarkenvereines eingesetzt. Oeffentlich leugnete die frühere preussische Regierung jeden inneren Zusammenhang mit dieser Nebenregierung ab, insgeheim aber unterhielt sie mit ihr die intimsten und innigsten gemeinsamen Beziehungen. Alles das wird sich in unzweifelhafter Weise aus den in diesem Buche veröffentlichten Schriftstücken ergeben. Alle Verfolgungs- und Unterdrückungsmassnahmen der preussischen Regierung gegen das autochtone Polentum im Grossherzogtum Posen, in der alten polnischen Provinz Königlich-Preussen (das heutige Westpreussen) und in dem von Polen bewohnten Oberschlesien sind von der Nebenregierung des Ostmarkenvereines erdacht, vorgeschlagen und in der alldeutsch-konservativen Presse propagandiert worden. Die offizielle preussische Regierung hat dann prompt alle diese Pläne des Ostmarkenvereines verwirklicht und ausgeführt: sie war gewissermassen, soweit die Polenpolitik in Frage kommt, nur das ausführende Organ des Ostmarkenvereines. Die offizielle preussische Regierung legte die Maske des biedereren Treudeutschen an. Die Staatsregierung steht den Polen an sich durchaus freund-



lich gegenüber. Der Staat hat keinen Hass und keine Feindschaft gegen die Polen“ (Preussischer Finanzminister Lentze am 12. März 1913 im preussischen Abgeordnetenhaus), liess die preussische Regierung öffentlich vor der Welt verkünden, heimlich aber, hinten herum, griff sie das autochtone Polentum mit den giftigsten Waffen an, mit dem einzigen Ziele, es zu vernichten, auszurotten, wirtschaftlich zu ruinieren, zur Massenauswanderung zu zwingen. Zu diesem Zweck liess die preussische Regierung den Ostmarkenverein entstehen, attestierte ihm ein für alle Mal als „unpolitischen Verein“ und eröffnete nun von dieser Nebenposition aus gegen das polnische Volk den Ausrottungsfeldzug mit allen Mitteln des kaltrechnenden und in der nüchternen Atmosphäre preussischer Regierungskanzleien geschliffenen Verstandes.

Man sage nicht, dass dieser hier aufgedeckte Zusammenhang zwischen dem Ostmarkenverein und der preussischen Regierung in Wirklichkeit nicht bestanden habe, weil oftmals hohe preussische Beamte sich gegen den Ostmarkenverein gewandt und seine Einmischung und Hintertreppenpolitik als lästig und ihre Kompetenzen einengend empfunden haben. Auch manchen polnischen Führern gegenüber haben sich hohe preussische Beamte zuweilen abfällig über den Ostmarkenverein ausgedrückt. Wir haben aber immer feststellen können, dass später diese Beamten ihre Posten verlassen mussten und an ihre Stelle solche traten, die zielbewusst die Politik des Ostmarkenvereins betrieben, von ihm Weisungen erbaten, mit ihm in innigstem Kontakt standen und den grössten Eifer zeigten, auf die vom Ostmarkenverein vorgeschlagenen anti-polnischen Massnahmen einzugehen und sie ins Werk zu setzen. Oft genug haben preussische Regierungsstellen den Ostmarkenverein veranlasst, in dieser oder jener Richtung antipolnische Forderungen an die offizielle Regierung zu stellen. Ostmarkenverein und preussische Regierung arbeiteten einander geräuschlos und mit der Fertigkeit von Taschenspielern in die Hände, so dass es nichts mehr und nichts weniger als eine Feststellung der Tatsache ist, wenn ich die Behauptung aufstelle, *dass der Hauptleiter und Hauptgründer des Ostmarkenvereins, von Tiedemann-Seeheim, der heimlich eingesetzte und von der offiziellen Regierung stillschweigend anerkannte und respektierte preussische Minister für die Polen-ausrottung war.* Der Ostmarkenverein kann in gewissem Sinne mit dem Markgrafen Gero in eine Parallele gestellt werden, denn vom ethischen Standpunkt aus war der beabsichtigte Zweck vollständig der gleiche.

Beim Studium dieser Enthüllungen wird der Leser erkennen, mit welcher berechneten, grausamen und kalten

Tücke die preussische Regierung den Ausrottungsfeldzug gegen das autochtone Polentum im preussischen Staate geführt hat, wie sie zunächst die öffentliche Meinung in Deutschland korrumpiert und das natürliche Mitgefühl des deutschen Volkes mit dem Schicksal Polens in sinnlos unmotiviertem Hass verkehrt hat, wie sie einen Teil der deutschen Presse gegen das Polentum gehetzt und diese Presse bis in die kleinsten Details mit verlogenen Nachrichten versorgt hat, wie sie unermüdlich die wirtschaftliche Existenz des Polentums als Ganzes und zahlloser einzelner polnischer Individuen untergraben und geschädigt hat, wie sie ohne Ruhe und Rast Gesetze, Massnahmen und Verfügungen, öffentlich und im geheimen, zur Ausrottung des autochtonen Polentums eronnen und angewandt hat.

Unvergessen wird stets jene Tat der preussischen Regierung bleiben, als 1834 der Oberpräsident von Posen, von Flottwell, von dem preussischen König Friedrich Wilhelm III. die Ermächtigung erhalten hat, alle auf den polnischen Gütern eingetragenen Staatskapitalien auf einmal zu kündigen. Er kündigte sie 1834 in einem Jahr totalen Misswachses, alle zu gleicher Zeit, brachte dadurch eine Menge polnischen Landes für ein Butterbrot in seine Hand, die polnischen Familien aber, die auf diesen Gütern sassen, stürzte er in namenloses Unglück und brachte sie an den Bettelstab. Das tat die offizielle preussische Regierung, die, so sollte man meinen, doch dazu bestellt war, für das Gedeihen und Wohl ihrer *sämtlichen* Bürger zu sorgen. Und noch 1913 griff wieder die preussische Regierung zu dieser tückischen Waffe und wandte sie dieses Mal gegen das polnische Bauerntum an. In einer Zeit des erschwerten Kredites liess sie durch die Kreissparkasse zu Czarnków 60 armen polnischen Bauern den Hypothekenkredit kündigen, in der offenbaren Absicht, diese Bauern zu ruinieren.

Diese preussische Polenpolitik hat in schlichter und in ihrer Einfachheit so überzeugend wirkender Weise der dänische Abgeordnete Kloppenborg-Skrunsager gekennzeichnet, als er am 11. März 1913 im preussischen Abgeordnetenhaus folgendes ausführte:

„Ja, meine Herren, die Formen sind in Preussen sehr christlich, aber die Taten sind so unchristlich, wie es in unserer Zeit möglich ist.

Man hat 725 000 000 Mark verwandt, um die Polen aus ihrer Heimat zu vertreiben. Dadurch ist es geglückt, den Polen über 140 Quadratmeilen Boden in den alten polnischen Landesteilen zu entreissen.

Das Ziel ihrer Politik ist furchtbar schlecht. Sie arbeiten vorläufig, um uns zu demoralisieren. Denn wenn



wir erst mal Lumpen und Taugenichtse sind, dann haben sie leichtes Spiel. Dass es so ist, sieht man jeden Tag in den Grenzgebieten, alles was unser Volkstum verderben und entwürdigen kann, wird getrieben. Wir beneiden sie nicht. *Ihre Hände werden so dreckig, dass sie doch zuletzt vielleicht den grössten Schaden selber davontragen.* (Das Ende des Weltkrieges hat gezeigt, wie prophetisch wahr Herr Kloppenborg-Skrumsager hier gesprochen hat. Der Verfasser.)

Weil die Israeliten sich zu stark vermehrten, hat der alte Pharao in Egypten die Knaben erschlagen lassen; in unserer humanen Zeit wird einer solchen Frage selbstverständlich anders begegnet; die Preussen verbieten den Staatslosen in Nordschleswig das Heiraten, und im Osten verbieten sie den Polen, Wohnhäuser zu haben. Die Mittel sind ja verschieden, aber das Ziel ist ganz genau dasselbe: vertreiben und ausrotten wollen Sie!"

Diejenige preussische Regierung, die für alle Schandtaten und Nichtwürdigkeiten der bisherigen Polenpolitik verantwortlich ist, liegt heute am Boden zu unseren Füßen. Das Weltgewissen ist erwacht, pocht an die Tore und wird das polnische Volk wieder in seine alten vergewaltigten Rechte einsetzen.

Das deutsche Volk steht am Ende des Weltkrieges einsam und verlassen in der Welt. Es hat keine Freunde, es hat nur Todfeinde. *Diese Enthüllungen sollen ihm vor Augen führen, wem es seine heutige Lage zu verdanken hat, wer in seinem Namen Hass und Verderben verbreitet hat und wer diese unheimliche Saat, die jetzt aufgegangen ist, gesät hat.*

Die Polen aber dürfen sich heute mit ganz merkwürdigen Empfindungen jene prophetischen Worte ins Gedächtnis zurückrufen, die der frühere Erzbischof von Posen, Stablewski, an die Adresse der früheren preussischen Regierung gerichtet hat:

„Deus mirabilis, fortuna variabilis!“ (Gott ist wunderbar, das Glück ist wandelbar).

Als Sohn meines Volkes kann ich es mir nicht versagen, zum Schluss dieses Abschnittes auf jene Grundsätze hinzuweisen, die vor einem halben Jahrtausend der polnische Staat 1569 in den Unionsakten mit Litauen als höchste politische Weisheit verkündet hat:

„Es ist unzweifelhaft, dass niemand wahren Heiles teilhaftig wird, der sich nicht auf das Geheimnis der Liebe stützt; denn durch sie allein werden Gesetze gebildet, Reiche regiert, Städte verwaltet und der Stand des Staatswesens zum besten Ende geleitet“.

Diese *polnischen* Grundsätze möchte ich dem in diesem Buche gekennzeichneten *preussischen* System gegenüberstellen!

Die Vorsehung hat es so gefügt, dass im Sommer 1913, als ich in Berlin als Besitzer und Schriftleiter der Zeitung „Dziennik Berliński“ (seit 1902) wirkte, das Protokoll der Hauptvorstandssitzung des Ostmarkenvereins vom 4. März 1910 in meine Hände gelangte. Ausser verschiedenen anderen, sehr interessanten und der grossen Oeffentlichkeit unbekanntem Dingen, findet sich in diesem Protokoll eine Rede des Begründers und Hauptleiters des Ostmarkenvereins, aus der ich den nachfolgenden Passus wortgetreu mitteilen will:

„von Tiedemann begründet die passive Haltung des Geschäftsausschusses zum Falle Boll (der Kriegserichtsrat Boll ist ein eifriges Mitglied des Ostmarkenvereins. Der Verfasser). In einer Sitzung des Abgeordnetenhauses im Jahre 1894 habe der damalige Minister des Innern, von Köller, den Ostmarkenverein als einen *unpolitischen* Verein bezeichnet.

*Der Verein hat alle Ursache, zu vermeiden, dass die Staatsregierung sich erneut mit der Frage beschäftigt, die Entscheidung würde sicherlich zu Ungunsten des Vereins ausfallen.* Boll hat für die Reichsfinanzvorlage der Regierung gegen die konservative Partei agitiert und dadurch die letztere verschupft. Auf eine entsprechende Beschwerde beim Kriegsminister ist die Angelegenheit geprüft und festgestellt worden, dass seine Tätigkeit für einen Militärbeamten unstatthaft sei. Es sei eben eine unglückliche Verkettung vom Umständen gewesen. *Es liegt aber im Interesse des Vereins nicht, die Frage aufzurollen, ob die Tätigkeit innerhalb des Vereins eine politische ist oder nicht.*“

Ich möchte dieses interessante Bekenntnis des langjährigen „Königlich Preussischen Ministers für die Polenausrottung“, v. Tiedemann, hier meinen Ausführungen voranschicken, weil es ein besonders grelles Schlaglicht wirft auf die Mitwirkung der preussischen Regierung bei der Gründung des Ostmarkenvereins, der heimlichen preussischen Nebenregierung für die Ausrottung der Polen in den polnischen Landesteilen Preussens. Die preussische Regierung hat damals, 1894, durch den Mund des damaligen preussischen Ministers des Innern, v. Köller, den Verein für die Förderung des Deutschtums in den Ostmarken, den späteren „Ostmarken-



verein“, ein für allemal als „unpolitisch“ attestiert. Der Verein wurde daraufhin in die Liste der „gemeinnützigen“ Vereine aufgenommen, er erhielt das Privileg der bedingten Steuerfreiheit bei Erbanfällen und Nachlassstiftungen. So maskiert, konnte er seine unerhört intrigante, die ehrliche öffentliche Meinung in Deutschland korrumpierende und das autochtone Polentum in Preussen bis aufs Blut verbitternde und verhetzende Tätigkeit aufnehmen. Es begannen jene mit überschwenglichem patriotischen Tamtam aufgeführten Schau- stellungen, die die öffentliche Meinung in Deutschland plan- mässig irreführten und dem Uneingeweihten als Spiegelbild der deutschen Stimmung und des Willens des deutschen Volkes vorgeführt wurden. Ueber das ganze deutsche Reich wurde ein Netz von Zweigvereinen des Ostmarkenvereins ge- spannt, bezahlte Agenten des Vereins, seine Generalsekretäre, reisten im Lande herum und streuten das Gift des Polen- hasses überall herum. *Oeffentlich* war das Treiben des Ost- markenvereins, soweit es nicht um die unter der Maske des Schutzes des Deutschtums geschehende Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Deutschland handelte und in dieser Hinsicht entfaltete er eine geradezu bis in die kleinsten, dem Normalmenschen fast gänzlich unwichtig vorkommenden Details reichende Tätigkeit, *heimlich* waren dagegen seine sehr umfassenden und sich gleichfalls auf die winzigsten Ein- zelheiten erstreckenden Beziehungen zu den amtlichen preus- sischen Behörden. Als sich die geradezu verheerenden Wirkungen seiner Arbeit allmählich bemerkbar machten, fühlte man wohl in Deutschland, dass hier etwas nicht in Ordnung ist, und als die tückische und mit den verwerflichsten Mitteln geführte Agitation der preussischen Nebenregierung schliesslich in dem unerhörten und einzig in der Welt- geschichte dastehenden Polenenteignungsgesetz ihren Gipfel- punkt fand, regte sich das Weltgewissen und die Augen der gesamten gesitteten Welt richteten sich mit Entsetzen auf diesen, alle Grundsätze der christlichen Ethik und der elemen- tarsten Menschlichkeit verhöhnenden Akt der Königlich Preus- sischen Regierung. Wenn es während des Weltkrieges der mit Preussen-Deutschland aufs tödtlichste verfeindeten Welt so unsagbar leicht gefallen ist, eine Orgie des Hasses gegen alles Deutsche zu entfalten, so liegt der psychologische Grund hierfür mit in jenem Enteignungsgesetz der preussischen Re- gierung gegen das autochtone Polentum, das gerade darum so ungeheuerlich und so bedrohlich für den Frieden der Welt empfunden wurde, weil hier mit kalter, verstandesmässig be- rechneter Tücke das elementarste angeborene Menschenrecht *durch einen Akt der preussischen Gesetzgebung gebeugt* wurde. Das Enteignungsgesetz der preussischen Regierung

gegen das autochtone polnische Volk wurde als eine Beleidigung und Herausforderung des Kulturempfindens der Welt aufgenommen und zeigte dem Weltgewissen den erschreckenden ethischen und moralischen Tiefstand der preussischen Machthaber, — zeigte der Welt, welches Schicksal ihr drohen müsste, wenn diese Machthaber, denen das disziplinierte und knechtisch gehorsame deutsche Volk als exaktes Instrument zur Verfügung stand, die heimlich und öffentlich angestrebte Beherrschung der Erdkugel erreichen würden.

Die offenkundigen Beweise dafür, von welcher Seite der Ausrottungsfeldzug gegen das autochtone Polentum in Preussen planmässig geführt wurde, haben bis jetzt gefehlt. Wohl wurde von polnischer Seite kein Schritt unterlassen, um das deutsche Volk über den im Finsternen operierenden Ostmarkenverein aufzuklären. Die polnischen Abgeordneten im Reichstag und im preussischen Abgeordnetenhaus haben jede Gelegenheit benutzt, um gegen das dem polnischen Volk in Preussen geschehende Unrecht zu protestieren und in ihren Reden auf die unsagbaren Verheerungen hingewiesen, die durch die unheilvolle Tätigkeit des Ostmarkenvereins in den polnischen Landesteilen Preussens entstanden sind, aber ihre Stimmen verhallten ungehört und wurden auch von dem grössten Teil der deutschen Presse, die sich von dem „patriotischen“ Geschrei des Ostmarkenvereins hat einfangen lassen, totgeschwiegen. Ich selbst habe in meiner Schrift *„Offener Brief eines Polen an die irreführte öffentliche Meinung in Deutschland. Der Bericht des Oberpräsidenten von Bitter im Licht der tatsächlichen Verhältnisse. Von Franz Krysiak. Posen 1902“* auf Grund authentischer Zahlen und an Hand der Statistik nachgewiesen, dass die amtlichen Berichte der beiden Oberpräsidenten von Bitter und von Gossler, über den wirtschaftlichen Aufschwung der Polen in Posen und Westpreussen (diese Berichte hat der damalige preussische Ministerpräsident von Bülow, am 13. Januar 1902 von der Tribüne des preussischen Landtages vorgelesen und auf solches, auf Bestellung geliefertes Material seine Begründung der neuen 250 Millionen Kredite zum Auskauf des polnischen Grundbesitzes in Preussen gestützt), von direkten Unwahrheiten und Fälschungen wimmelten und ganz auf Lug und Trug aufgebaut waren. Es hat alles nichts genützt, die öffentliche Meinung in Deutschland war eingefangen durch die heimliche preussische Nebenregierung, und die offizielle preussische Regierung konnte ungestört ihre Arbeit der Ausrottung des Polentums fortsetzen.

Heute sind wir in der Lage, der öffentlichen Meinung des deutschen Volkes und der gesamten Welt die offenkundigsten Beweise dafür vorzulegen, dass es die frühere preussische



Regierung war, die mit *allen* Mitteln, mit kalter, berechneter Tücke, Hinterlist, Intrigue, Lug, Trug und boshafter Niedertracht den Ausrottungsfeldzug gegen das autochtone Polentum in Preussen geführt hat. Wir werden beweisen, dass die preussische Regierung eine heimliche Nebenregierung, den Ostmarkenverein, in Deutschland entstehen liess, der hauptsächlich preussische Beamte angehörten, und dass sie von dieser Nebenposition aus das deutsche Volk in den Fragen der Polenpolitik planmässig irregeführt und es auf Schritt und Tritt belogert hat, um von ihm die Billigung der gegen die Polen angewandten Mittel zu erpressen. Wir werden sehen, dass es preussische Minister und hohe Beamte waren, die öffentlich sich als paritätisch und unbefangen gaben, in Wirklichkeit aber nichts anderes wie ausführende Organe des heimlichen Ministers für die Polenausrottung, von Tiedemann, und der von diesem geleiteten heimlichen Nebenregierung waren.

Wir werden sehen, wie diese heimliche und unverantwortliche Nebenregierung der offiziellen und verantwortlichen preussischen Regierung ihren Willen sehr oft aufgezwungen, ja diktiert hat, wie sie missliebige, hohe und höchste Beamte gestürzt oder ihnen den Boden durch ganz infame Intrigen untergraben hat, wenn sie nicht prompt nach dem Diktat des Ostmarkenvereins handelten und wenn sie sich ihm nicht gleich mit Haut und Haaren verschrieben. Wir werden sehen, wie die preussische Nebenregierung für die Polenausrottung an die offizielle preussische Regierung nicht mit Petitionen und Anträgen, sondern von Jahr zu Jahr selbstbewusster mit selbstherrlichen Entschliessungen herantritt und wie sie, immer wenn ihr nicht sogleich pariert wurde, die von ihr gespeiste und gelenkte Pressemeute auf die öffentliche Meinung in Deutschland loslässt. Wir werden sehen, wie die offizielle preussische Staatsregierung an ihre heimliche Nebenregiment für die Polenausrottung herantritt und von ihr „bestimmt erwartet“, dass sie mit zweckentsprechenden *energischen* Vorschlägen kommt, „namentlich, um die öffentliche Meinung vorzubereiten“ (in Sachen der Enteignung des polnischen Grundbesitzes). Oder wie sie „im Vertrauen dem Ostmarkenverein den Wunsch ausspricht, er möge einen bezüglichen Antrag fassen“. Als die 14 Punkte Wilsons von der deutschen Reichsregierung und auch vom deutschen Volke angenommen wurden und die Gründung eines souveränen polnischen Staates mit gesichertem und freiem, zuverlässigen Zugang zur See, der alle unzweifelhaft polnischen Landesteile umfasst, in aller Welt verkündet wurde, sahen wir dieselben Elemente aus dem Dunkel hervortreten und der Königlich Preussische Landrat der Posener Stadt Lissa behauptete, dass die hundertjährige „deut-

sche" Arbeit in den polnischen Landesteilen eine Hypothek bedeute, die zu Gunsten des Deutschtums eingetragen sei. Wir werden aber sehen, welcher Art diese „deutsche“ Arbeit in den polnischen Landesteilen Preussens war und wie ihre „Erfolge“ mit dem Herzensblut und den Tränen der polnischen Staatsbürger Preussens erreicht wurden.

Wir werden sehen, wie der frühere Kaiser Wilhelm II. in hinterlistiger und verwerflicher Weise über manche polnische Persönlichkeiten und über einzelne Vorgänge im polnischen Lager informiert wurde, wie ihm angeblich gegen ihn gerichtete Demonstrationen, die nie stattgefunden haben, denunziert wurden, so zum Beispiel das angeblich gegen ihn gerichtete Dynamitattentat in Oberschlesien, das sich später als ein Versuch von Lockspitzeln der preussischen Polizei herausgestellt hat. Wir werden sehen, dass zuweilen Kaiserliche Absagen auf antipolnische Immediatgesuche von der hakatistischen Nebenregierung verächtlich beiseite geschoben, wie nicht zusagende Erlasse der öffentlichen preussischen Minister von der heimlichen hakatistischen Nebenregierung nicht respektiert, sondern von dem preussischen Minister für die Polenausrottung "unter der Hand" durch seine Vertrauten in den Ministerien geändert wurden. Wir werden sehen, wie die Organe der Nebenregierung in den königlich preussischen Ministerien ein- und ausgingen, ganz als ob sie dort zuhause wären (was sie auch wirklich waren) und wie sie „unter der Hand“ die Ansichten der in Frage kommenden verantwortlichen Minister beeinflussten.

Es wird sich ferner erweisen, dass die nichtswürdigen Verfolgungen der polnischen Postbeamten, die Ausnahmegesetze von 1902, 1904, 1907 und 1908, die mehrfache Auffüllung des Ansiedlungsfonds, das Parzellierungsgesetz (das dem kleinen polnischen Mann die Errichtung eines Wohnhauses auf der von ihm erworbenen Scholle Land unmöglich machte), das sogenannte Sprachengesetz (das dem polnischen Volk den Gebrauch seiner Muttersprache in öffentlichen Versammlungen entzog) und schliesslich das ungeheuerliche Enteignungsgesetz, das den polnischen Grundbesitz vogelfret machte, bedenklich an den Grundfesten der bürgerlichen Gesellschaftsordnung rüttelte und nur in den Christenverfolgungen der Römerzeit eine Parallele fand, — dass alle diese Ausnahmegesetze und Ausnahmemaassnahmen in den geheimen Konventikeln der unverantwortlichen hakatistischen Nebenregierung ersonnen, vorbereitet und als fertige Entschliessungen der offiziellen und verantwortlichen preussischen Regierung eingereicht wurden, die dann diese fertigen Gesetzentwürfe einfach abschreiben liess, mit kleinen textlichen und



nebensächlichen Veränderungen versah (damit die Oeffentlichkeit die hakatistischen Väter nicht allzu leicht erkennen konnte) und dann durch das stets zu jeder Schurkerei bereitete preussische Dreiklassenparlament bewilligen liess.

Der erste stellvertretende Vorsitzende des Ostmarkenvereins (also in Wirklichkeit der erste Gehilfe des heimlichen preussischen Ministers für die Polenausrottung von Tiedemann), der Berliner Justizrat Wagner, der durch seinen die Ehre des deutschen Volkes schändenden Ausspruch „ob den Polen Recht oder Unrecht geschieht, ist Nebensache“ berüchtigt geworden ist, hat einmal behauptet, dass der dem Ostmarkenverein vorgeworfene Charakter einer Nebenregierung nur „ein billiges Schlagwort sei, ohne jede Berechtigung“, denn beide (Ostmarkenverein und Regierung) „gingen die gleichen Ziele, den gleichen Weg, aber in völliger Selbständigkeit und Gleichheit“. Wir werden nun sehen, dass Ostmarkenverein und preussische Regierung allerdings die gleichen Ziele, den gleichen Weg in völliger Gleichheit gingen, aber nicht in völliger Selbständigkeit, sondern in stärkster gegenseitiger Abhängigkeit von einander, und dass sogar vielfach die hakatistische Nebenregierung der amtlichen preussischen Regierung *übergeordnet* erscheint. Wir werden sehen, dass tatsächlich der Ostmarkenverein die Tätigkeit eines heimlichen, vorbereitenden und informierenden Nebenministeriums bei allen offiziellen amtlichen königlichen preussischen Ministerien ausübte, soweit und sobald Fragen der innerpreussischen Polenpolitik behandelt wurden, und dass der oben erwähnte Hakatist, Justizrat Wagner, leider nur zu recht hatte, als er zugab, dass Ostmarkenverein und Regierung bei gleichen Zielen den gleichen Weg in völliger Gleichheit gingen. Man muss wirklich anerkennen, dass die preussische Regierung ihre Aktion, das Polentum auszurotten, organisatorisch sehr schlau eingefädelt hat und man müsste dieses geschickt bis in alle Einzelheiten durchdachte System geradezu bewundern, wenn das Ziel und der Zweck nicht so unbeschreiblich nichtswürdig, schurkisch und die Ehre des deutschen Volkes und der ganzen menschlichen Gattung über alle Maassen schändend gewesen wäre.

Wir werden ferner sehen, wie die preussische Nebenregierung für die Polenausrottung auf Umwegen ihr Ziel zu erreichen versucht hat, wenn in den gesetzgebenden Körperschaften die Abstimmungen nicht in ihrem Sinn ausgefallen waren, so zum Beispiel im Reichstage, als die Ostmarkenzulagen für die mittleren und unteren Postbeamten in den polnischen Provinzen abgelehnt wurden. Damals wurde das Zentrum und besonders sein Vorsitzender Spahn mit einer Flut

von Petitionen überschwenmt, die angeblich von den Postbeamten aus Posen und Westpreussen stammen sollten. Herrn Spahn, der damals mit Befremden diesen Petitionssturm über sich ergehen, keineswegs aber sich von ihm beirren liess, wird es gewiss besonders interessieren, jetzt zu erfahren, dass es der preussische Nebenminister für die Polenausrottung war, der diese künstliche Mache inszeniert hatte und sie von den ihm unterstellten Organisationen des Ostmarkenvereins durchführen liess.

In der gleichen oder ähnlichen Weise wurde diese künstliche Aufhetzung der deutschen öffentlichen Meinung auch auf allen anderen Gebieten betrieben. Wird zum Beispiel in Erfahrung gebracht, dass die Reichsbank einem polnischen Grossinteressenten Wechsel diskontiert, so wird in einer Sitzung des Hauptvorstandes des Ostmarkenvereins oder seines geschäftsführenden Ausschusses diese Tatsache für eine bedrohliche Gefährdung des Deutschtums erklärt, und der für die Polenausrottung besonders abgerichtete kaiserliche Gesandte z. D. Raschdau zur Reichsbank entsandt, um dieselbe zu bewegen, die geschäftliche Verbindung mit dem betreffenden polnischen Interessenten wie mit den Polen überhaupt abzubrechen. Oder es soll auf Veranlassung eines guten Deutschen, des Herrn von Heydebreck, eine deutsch-polnische Hypothekenbank gegründet werden. Der preussische Nebenminister für die Polenausrottung, von Tiedemann, versteht es, die Sache zu hintertreiben, ganz ähnlich, wie er auch die Gründung der Feuerversicherungsgesellschaft „Patria“ durch hinterlistige Aufhetzung der Rückversicherungsgesellschaften hintertrieben hat, weil an der Gründung Polen beteiligt waren.

Ein besonderes Kapitel bildet die Boykottfrage. Die preussische Nebenregierung für die Polenausrottung betrieb seit ihrer Einsetzung die wirtschaftliche Boykottierung des autochtonen Polentums im grössten Masstabe und arbeitete systematisch daran, das Polentum in die Reihen des besitzlosen Proletariats herabzudrücken. In den hier veröffentlichten Schriftstücken wird zweifelsfrei bewiesen werden, dass, als die königlich preussische Staatsregierung auf Betreiben der Nebenregierung für die Polenausrottung im Herbst 1912 das Enteignungsgesetz zum ersten Mal angewandt hat und das Polentum zu dem Mittel — nicht des Boykotts, den es garnicht zu führen in der Lage war — der verstärkten Selbsthilfe zu greifen zwang, der Ostmarkenverein mit den verwerflichsten Mitteln einen Boykottsturm gegen das autochthone Polentum entfacht hat und mit tätiger Beihilfe der verschiedenartigsten königlich preussischen Staatsbehörden auch durchzuführen in der Lage war. Nichts beweist so überzeugend den heimlich





amtlichen Charakter dieser preussischen Nebenregierung für die Polenausrottung, als der Umstand, dass damals der Ostmarkenverein die zivilen und militärischen preussischen Staatsbehörden geradezu zur Teilnahme an dem Polenboykott *abkommandiert* hat. Der Ostmarkenverein hat die Flugblätter mit der Aufforderung zum Polenboykott in Tausenden von Exemplaren den preussischen Staatsregierungsstellen zugestellt und hohe preussische Staatsbeamte, wie zum Beispiel der Regierungspräsident von Bromberg, von Günther, haben den grössten Eifer entfaltet, diesen Befehl der Nebenregierung für die Polenausrottung prompt auszuführen, und haben diese Flugblätter mit der Aufforderung zum Menschenhass an alle ihnen nachgeordneten Beamten verteilen lassen. Der Ostmarkenverein hat eine besondere Städtekommission eingesetzt, die unter der Leitung des 73jährigen Polenhassers, des Obersten a. D. Kardinal von Widdern, eines der eifrigsten Organe des preussischen Nebenministers für die Polenausrottung, von Tiedemann, die deutschen Kaufleute und Gewerbetreibenden in den polnischen Kleinstädten gegen ihre polnischen Mitbürger aufhetzen sollte und durch das Netz der Ortsgruppen des Ostmarkenvereins einen künstlichen Petitionssturm auf den preussischen Handelsminister losliess. Dem Minister sollte die Ueberzeugung beigebracht werden, dass zum Schutz des Deutschtums weitere Massnahmen zur wirtschaftlichen Ruinierung des ohnehin so schwer verfolgten und von der ganzen amtlichen preussischen Staatsmaschine boykottierten polnischen Kaufmanns- und Handwerkstandes notwendig seien. Bei dieser Gelegenheit wurde dem preussischen Handelsminister von der hakatistischen Nebenregierung der Vorwurf gemacht, dass er bisher zur Verfolgung und Ausrottung des Polentums noch nichts geleistet habe.

Im Kampf mit dem autochtonen Polentum werden von der Nebenregierung alle politischen Parteien umschmeichelt, wenn auch nicht alle als zuverlässig im Sinne des Ostmarkenvereins angesehen werden. Besonders das Zentrum und die Juden werden mit gemischten Gefühlen behandelt, trotzdem die deutschen Juden doch überall mit den Hakatisten gemeinschaftliche Sache machten. Die Ansiedlungskommission wird beeinflusst, ja keine deutschen Katholiken anzusiedeln, die Feldarbeiterzentrale soll nur evangelische Arbeiter vermitteln, es wird mit Wissen der Posener Regierungsstellen eine Auswanderungsbewegung der Polen aus Preussen nach Kanada eingeleitet, wobei der Norddeutsche Lloyd in Bremen hilfreiche Hand leistet; an die Stelle der ausgewanderten Polen sollen deutsch-evangelische Rückwanderer aus Galizien, Russland und aus Siebenbürgen angesiedelt werden. Gegen die

vermehrte Einwanderung der Juden aus dem damaligen Russisch-Polen und Galizien wird auf Veranlassung eines dem Ostmarkenverein ergebenen Beamten des kaiserlichen deutschen Konsulates in Lemberg die Deutsche Staatsregierung und der Alldeutsche Verband aufgeboten.

Die hakatistische Nebenregierung und ihre von Polenhass triefenden Leiter machen auch vor den Grenzen Preussens nicht Halt. Wenn in Sachsen an der Hofkirche ein katholischer Geistlicher angestellt wird, der die Seelsorge bei den polnischen Arbeitern versehen soll, so stellt der Ostmarkenverein sofort den Präsidenten der sächsischen Kammer und die königlich sächsische Regierung zur Rede. Wenn die alldeutsch hakatistischen Zeitungen eine unkontrollierbare Nachricht bringen über eine angebliche Versammlung polnischer Studenten in Leipzig, so muss der Rektor der Leipziger Universität sich in zwei Briefen entschuldigen, dass ihm davon nichts bekannt sei, und versichern, dass er solche Versammlungen nicht dulden würde. Die Schwarzburg-Rudolstädtische Regierung wird aufgefordert, sich zu erklären, weil in Rudolstadt ein angeblicher Pole ein Schülerpensionat gegründet haben soll, usw., usw., usw.

In Frankreich werden Spitzel angeworben, die auf die dort weilenden polnischen Gutsbesitzer aus Posen aufpassen und dem Ostmarkenverein darüber berichten sollen, was diese Gutsbesitzer in Paris im Hotel Scribe trieben. Das Auswärtige Amt in Berlin erhält von der Nebenregierung den Auftrag, das in Frankreich vom galizischen Nationalrat unterhaltene Polnische Pressebüro „unauffällig zu beobachten“. Das gleiche Auswärtige Amt wird aufgefordert, eine Versammlung rheinisch-westfälischer Polen in Winterswyk in Holland zu verhindern, wobei der Bochumer Polizeirat Görhke die Rolle des Vertrauensmannes der hakatistischen Nebenregierung übernimmt, für den Ostmarkenverein Aufsätze verfasst und ihm Polizeiberichte zuschickt in amtlichem Umschlag „frei laut Avers“.

Der grösste Hohn aber ist, dass die offizielle preussische Regierung den Ostmarkenverein, ihre heimliche politische Filiale für die Polenausrottung, deren Tätigkeit doch ausschliesslich und fortgesetzt sich nur auf politischem Gebiet bewegte, ein für allemal als „unpolitischen“ Verein attestiert hat! Und da wunderte man sich noch, dass sowohl die Polen von jeher und die ganze gesittete Welt während des Weltkrieges jeden Schritt und Tritt und jede Aeusserung der offiziellen preussischen Regierung mit schrankenlosem Misstrauen aufgenommen haben!

Das allerstärkste Stück auf dem Gebiete der aussenpolitischen Intrige hat sich aber der „unpolitische“ Ostmarken-



verein in der Aufhetzung der Ruthenen gegen die Polen in Galizien geleistet, wobei natürlich das Kaiserlich Deutsche Konsulat in Lemberg aufs eifrigste mitgewirkt hat. Der Ostmarkenverein setzt sich hauptsächlich aus freikonservativen und nationalliberalen Elementen zusammen, aus Beamten und Grundbesitzern, die sich mit ihrer monarchischen Gesinnung brüsteten und dieselbe gewissermassen in Generalpacht genommen haben, weil sie von ihr lebten. Und diese Männer scheuten sich nicht, mit den radikalen, halb sozialistischen Führern der Ruthenen in Ostgalizien in eine unmoralische Verbindung zu treten. Einerseits hoffte man dadurch, noch billigere landwirtschaftliche Arbeitskräfte für Preussen zu erhalten, andererseits war das heimliche Ziel, die ruthenischen Sachsengänger während ihres Aufenthaltes in Deutschland zu einem allgemeinen Boykott gegen die polnischen Grundbesitzer in Galizien aufzuwiegeln. Zu diesem Zweck gründeten auf persönliche Veranlassung des Herrn von Tiedemann, des heimlichen preussischen Ministers für die Polenausrottung, die Ruthenen in Galizien ein sogenanntes „Komitee der Tat“, und forderten in einem Schreiben vom 13. Februar 1914 an den Herrn von Tiedemann, den Ostmarkenverein auf, die in Deutschland weilenden ruthenischen Landarbeiter durch entsprechende Agitation in Wort und Schrift zu bearbeiten. Durch diesen Boykott, so versicherte das menschenfreundliche ruthenische „Komitee der Tat“, solle beabsichtigt werden, „die polnischen Grundbesitzer zu ruinieren“. In Galizien selbst, so entschuldigte sich das erwähnte „Komitee der Tat“, könne diese Agitation nicht durchgeführt werden, weil darauf eine Kerkerstrafe bis zu zwei Jahren stehe. *Interessant ist daran, dass hier Herr von Tiedemann, der Vertrauensmann aller verantwortlichen preussischen Minister und höchster Beamten, aufgefordert wird, ein Verbrechen zu begehen, das in Oesterreich, das doch mit dem Deutschen Reich in engstem Bündnisstand, mit zweijährigem Kerker bestraft wird. Des weiteren bemerkenswert ist hier auch der Umstand, dass der ruthenische Agitator in Galizien, der Pope Hanyckyj, aus seinem persönlichen Verkehr mit Herrn von Tiedemann (der übrigens den Popen Hanyckyj als seinen „Freund“ bezeichnete) den Eindruck davongetragen hat, dass Herrn von Tiedemann eine solche Tat ohne weiteres zuzutrauen sei.* Und Herr von Tiedemann war aktiver preussischer Offizier, *Rechtsritter* des Johanniterordens und gehört in Preussen der sogenannten besten Gesellschaft an! Dem deutschen Volk möge aber dieser Umstand als Beweis dienen, welcher Art Leute es waren, die seine Geschicke leiteten, die es in den Abgrund geführt und seine Ehre und seinen guten Namen so beispiellos geschändet haben! Herr von Tiedemann scheint übrigens die zugewiesene



Aufgabe erfüllt zu haben. Der Ostmarkenverein erliess am 2. März 1904 entsprechende Rundschreiben in Sachen der Beschaffung ruthenischer Arbeiter an die Landwirtschaftskammern von Schlesien, Pommern, Brandenburg, Ostpreussen und Sachsen, der unter Tiedemanns Patronat und unter Mitwirkung verschiedener deutscher Landwirtschaftskammern in Deutschland vorbereitete ruthenische Feldarbeiterstreik hat tatsächlich in Galizien stattgefunden und wurde nur rechtzeitig unterdrückt durch das energische Vorgehen des damaligen Statthalters in Lemberg, Grafen Potocki, der später von einem ruthenischen Meuchelmörder erschossen wurde. Wir müssen also notgedrungen an gewisse, hoffentlich unbeabsichtigte, unterirdische Zusammenhänge denken, die zwischen dem Zusammenwirken von verantwortlicher preussischer Regierung und Ostmarkenverein einerseits und dem ruthenischen Meuchelmord an dem Grafen Potocki anderseits bestanden haben!

Höchst beachtenswert ist es auch, dass Beamte des Kaiserlich Deutschen Konsulats in Lemberg bei dem Unternehmen, die Ruthenen als Sturmbock gegen die Polen zu benutzen, tätig mitgewirkt haben, in Galizien Mitglieder für den Ostmarkenverein warben, diesen mit Geldmitteln unterstützten und auch bemüht waren, in Galizien unter den wenigen dortigen deutschen Kolonisten eine künstliche „deutsche“ Bewegung zu entfachen. Der Generalsekretär des Ostmarkenvereins, Schoultz, reiste Juni 1912, vom Berliner Polizeipräsidenten, von Jagow, mit einer falschen amtlichen Legitimation versehen, als Weinreisender nach Lemberg, wurde dort von dem Kaiserlichen Deutschen Consul, Baron von Reden, zu dieser gelungenen Fälschung beglückwünscht, und von dem Kaiserlich Deutschen Konsulatssekretär Fauter, der als ein „überaus begeistertes Mitglied und Vertrauensmann des Ostmarkenvereins“ bezeichnet wird, in die Kreise der radikalen ruthenischen Führer eingeführt. Schoultz verfasste über seine galizische Reise einen über hundert Seiten langen Bericht, in dem er sehr geschwätzig wurde. Der Bericht, den ich in der polnischen Presse veröffentlicht habe, hat nicht allein die Polen in Galizien, sondern auch die österreichisch-ungarische Regierung ausserordentlich verstimmt, weil er eklatant bewies, dass die „unpolitische“ heimliche Filiale der amtlichen preussischen Regierung in die innerpolitischen Verhältnisse des verbündeten Nachbarreiches störend eingriff und dabei vom Kaiserlichen Deutschen Konsulat in Lemberg unterstützt wurde.

Zum Schlusse noch einige Bemerkungen zur Aufklärung. Als ich mit der Veröffentlichung der hier gesammelten Schrift-

stücke in der Presse begann, haben die heimliche preussische Nebenregierung für die Polenausrottung und die an den Pranger gestellten galizischen Ruthenen in deutschen Blättern von der Art der „Täglichen Rundschau“ Erklärungen veröffentlicht. Ich sei durch „Diebstahl“ und „Bestechung“ in den Besitz ihrer Akten und Geheimnisse gelangt. Es ist dies ganz und gar unrichtig und der Ostmarkenverein weiss auch ganz genau, dass ihm nichts abhanden gekommen ist, und dass ich ihm nichts „gestohlen“ habe. Ich habe mich niemals in seinen Büros aufgehalten und auch dort niemals gedungene Diebe unterhalten. Die Aktenfascikel, Dokumente und Briefe des Ostmarkenvereins sind nur auf kurze Zeit in meinen Besitz gelangt, wurden genau abgeschrieben, und sind dann immer wieder an ihren richtigen Platz zurückgelegt worden. Beamte der preussischen Polizei in Posen haben auf diesem Gebiete ganz andere Leistungen vollbracht. Sie haben zum Beispiel Briefkästen des polnischen „Straž“-Vereins mit Gewalt erbrochen und wurden dabei abgefasst. Ich bin auf ethisch und juristisch völlig einwandfreie Weise in den Besitz der Akten des Ostmarkenvereins gelangt, ein günstiger Wind hat sie mir in die Hände gespielt und ich habe sie nach Abschrift wieder an die richtige Stelle zurückgelassen, so dass der ehemalige heimliche preussische Minister für die Polenausrottung und seine Beamten immer die Möglichkeit haben, die Authentizität meiner Veröffentlichungen an Hand ihrer Akten nachzuprüfen.

Ich wäre ein gewissenloser Publizist und ein schlechter Sohn meines Volkes, wenn ich diese Enthüllungen über den seitens der preussischen Regierung mit so teuflischen und nichtswürdigen Mitteln geführten Vernichtungskrieg der Oeffentlichkeit vorenthalten wollte. Ich kämpfte mit offenem Visier gegen einen Feind, der seit zwanzig Jahren mit verdecktem Visier und mit vergifteten Waffen einen Ausrottungskampf gegen mein Volk führt.

Dieses Buch mit seinen Enthüllungen soll der Wahrheit dienen und der Jahrzehnte hindurch irregeleiteten öffentlichen Meinung in Deutschland die Augen darüber öffnen, in welcher unglaublich verwerflichen Weise die jetzt wie eine alte Schindmähre zusammengeklappte ehemalige preussische Regierung und die preussische Militärkaste den Frieden in den polnischen Landesteilen gestört und vergiftet hat. Dem Ostmarkenverein, dieser heimlich eingesetzten und von allen früheren preussischen Behörden amtlich stillschweigend anerkannten Nebenregierung für die Polenausrottung soll die Maske der Heuchelei vom Gesicht heruntergerissen werden und vor der ganzen gesitteten Welt soll sie an den Pranger gestellt werden.

In der grossen Mehrzahl waren es die gleichen hier gekennzeichneten Elemente, die während der Okkupationswirtschaft in den drei letzten Kriegsjahren im General-Gouvernement Warschau ihr lichtscheues Wesen trieben und deren Tätigkeit der polnische Abgeordnete Korfanty im Deutschen Reichstag mit den einzig richtigen Worten gekennzeichnet hat: „Geraubt und geplündert haben sie!“ Dem kleinen Häuflein ehrlicher und anständiger Deutscher aber, wie Delbrück, Naumann, und anderen, die so human an einer deutsch-polnischen Verständigung gearbeitet haben, möge es begreiflich werden, warum die Polen diesen Aktionen ein so grosses Missvertrauen entgegenbringen *mussten* und warum sie sich sagen *mussten*, dass ihre neue Lage in dem geplanten „Mitteleuropa“ wahrscheinlich nur derart sein würde, dass sie den russischen Henker mit dem preussischen Schinder vertauschen.

*F. S. Krysiak,*

früher Chefredakteur des „Dziennik Berliński“.





# 1. Die Gründung des Ostmarkenvereins und seine rasche Ausgestaltung zu einer bei der offiziellen preussischen Regierung heimlich eingesetzten und amtlich stillschweigend anerkannten Nebenregierung für die Polenausrottung.

Wenn man die Geschichte der Gründung des Ostmarkenvereins schildern will, so muss man sich schon dazu verstehen, den Deckel von der Kloake der früheren preussischen Hof- und Beamtenintrigen etwas zu lüften. Die Gründung des Ostmarkenvereins fällt auf das Jahr 1894, in jene Zeit, wo nach der Entlassung Bismarcks der General Caprivi zum Reichskanzler ernannt wurde. Caprivi hatte die sogenannte Versöhnungspolitik eingeleitet. Die polnischen Abgeordneten im Reichstag stimmten damals in einer Reihe wichtiger Vorlagen im Sinne der Regierung, unterstützten die Flottenpolitik des Kaisers und waren einmal bei der Abstimmung über die Heeresvorlage 1893, ausschlaggebend für die Annahme dieses Gesetzes. Sie erhielten dafür vom Kaiser mancherlei Huldbeispiele und von der Regierung einige unwesentliche und nicht besonders erwähnenswerte Konzessionen äusserlicher Art. In der Sache selbst wurde die von Bismarck 1886 eingeleitete rücksichtslose Polenausrottungspolitik so gut wie ohne Aenderung aufrechterhalten, das System der hemmungslosen nationalen Unterdrückung des autochthonen Polentums in Preussen dauerte weiter fort, kein einziges der gegen die Polen gerichteten Ausnahmegesetze wurde aufgehoben. Die Ansiedlungskommission insbesondere setzte ihre Tätigkeit fort und der polnische Sprachunterricht blieb aus den Volksschulen ausgeschlossen. Die Polen in Preussen hofften aber, manche mehr, die meisten weniger von den aufrichtigen Absichten der Regierung überzeugt, durch weitere Befolgung der Do-ut-des-Politik, eine Milderung und schliesslich den Abbau der preussischen Ausrottungspolitik zu erreichen.

In diese Hoffungsstimmungen fiel eine Rede Kaiser Wilhelm II., die dieser am 22. September 1894 in Thorn gehalten hat. Es war dies eine jener auffallenden, durch nichts

motivierten und ganze Volkskreise herausfordernden und verletzenden Reden, die man zum Unglück des deutschen Volkes und der ganzen gesitteten Welt später noch oft genug von dem letzten Hohenzollern auf dem preussischen Thron hören musste. Der Kaiser machte den „polnischen Mitbürgern“ in Thorn den Vorwurf, dass „sie sich nicht so verhalten, wie er es erwarten und wünschen sollte“, drohte ihnen mit dem Verlust seiner Gnade, wenn sie sich nicht unbedingt als „preussische Untertanen fühlen“ und dergleichen mehr. Bei dem Abschied auf dem Bahnhof erklärte der Kaiser dann noch dem Thorner Bürgermeister, dass er „diese Worte nicht bloß in den Wind hineingesprochen hat“ und fügte drohend hinzu, er „könnte auch sehr unangenehm sein und werde es, wenn erforderlich, auch werden“.

Man zerbrach sich damals den Kopf darüber, was diese unmotivierten und völlig überraschend kommenden Drohungen bedeuten sollten und wodurch sie veranlasst wurden, zumal sie gerade an die Adresse der Polen in Thorn gerichtet waren.

Erst viel später stellte es sich heraus, dass jene Kaiserrede ein Vorbote der Gründung des Ostmarkenvereins war. Der frühere Reichskanzler Bismarck, der „scheltend und polternd hinter dem Reichswagen herlief“ und seinem Nachfolger Caprivi auf den Gebieten der äusseren und inneren Politik Schwierigkeiten über Schwierigkeiten zu bereiten bemüht war, war besonders über die von Caprivi eingeleitete Versöhnungspolitik gegenüber den Polen erbost und verfolgte sie mit glühendem Hass. Die Bismarck ergehenden Parteien und Personen begannen, wahrscheinlich auf seine Veranlassung, zunächst im Stillen die Gründung einer entsprechenden oppositionellen Vereinigung gegen die polenfeindliche Richtung des Reichskanzlers Caprivi vorzubereiten. Im September 1894 wurden zwei sogenannte Bismarckwallfahrten veranstaltet, die eine von den Anhängern der Bismarckfreunde aus Posen, die andere aus Westpreussen. Der Zweck dieser Schauausstellung war, von dem früheren Reichskanzler, der damals als sogenannter „Nationalheros“ galt, gewissermassen die höhere Weihe für die jetzt an das Tageslicht tretende politische Gegenaktion gegen die „Versöhnungspolitik“ der Reichsregierung zu erhalten. Gleichzeitig ging aber auch die damalige preussische Regierung unter der Leitung des preussischen Ministers Botho von Eulenburg, der ein einflussreicher Gegner des Reichskanzlers Caprivi war, „bei gleichen Zielen den gleichen Weg“. Die preussische Regierung unternahm es, den Kaiser entsprechend zu beeinflussen und bediente sich dabei jener in der ganzen Welt bekannten echt preussischen Mittel. Der später aus dem Tausch-



prozess berüchtigt gewordene Königlich preussische Kriminalkommissar von Tausch wurde von der preussischen Regierung beauftragt, entsprechendes Material zu sammeln und zu präparieren, womit dem Kaiser das Gruseln vor den Polen beigebracht werden sollte. Wir sehen also, dass schon bei der Gründung des Ostmarkenvereins die preussische Regierung im heimlichen tätig mitgewirkt hat. Im Auftrage des Kriminalkommissars von Tausch bereisten der bekannte preussische Lockspitzel Freiherr von Lütow und der „Journalist“ Leckert Posen und Westpreussen, um dort das erforderliche „Material“ zu sammeln. Der Freiherr von Lütow, diese Zierde des preussischen Adels, verlobte sich, trotzdem er bereits seit langem verheiratet war, in Thorn mit einer polnischen Dame, der Tochter einer früher dort sehr angesehenen Familie, und verkehrte dann als der Bräutigam dieser Dame viel mit verschiedenen, sich im Seebade Zoppot aufhaltenden polnischen Familien. Aus allerlei Aeusserungen, die hier in einem kleinen unverantwortlichen Kreise gefallen oder vielleicht auch nicht gefallen waren und die, falls sie wirklich getan wurden, der Lockspitzel provoziert hatte, hat dann die preussische Regierung jenes „Material“ zurechtgemacht, mit dem sie den jungen und Stimmungen so leicht unterliegenden Kaiser beeinflusst und ausgerechnet gegen die Thorner Polen ausgespielt hat und womit sie bei dem Kaiser eine dem nun einsetzenden Einfluss des Ostmarkenvereins auf die Polenpolitik günstige Stimmung auslöste.

Alle diese hier aufgedeckten Zusammenhänge sind anlässlich jenes bekannnten Prozesses, den der Staatssekretär des Aeusseren, Freiherr von Marschall, gegen den Königlich preussischen Kriminalkommissar von Tausch angestrengt hat, an das Tageslicht gekommen und erst auf diesem Hintergrunde wurde die Thorner Rede des Kaisers erklärlich. *In die gleiche Zeit fiel die Gründung des Ostmarkenvereins.* Wir sehen also preussische Regierung und die aus der damaligen Bismarckfronde hervorgegangenen, späteren Kreise des Ostmarkenvereins schon von Anbeginn an „bei gleichen Zielen den gleichen Weg“ gehend, um eine politische Aktion zu unternehmen, die dem autochtonen polnischen Volk in den polnischen Landesteilen Preussens seine Besitztümer, seine Sprache, seine nationalen und religiösen Ideale entreissen, es mit einem Wort in Preussen (und auch ausserhalb Preussens) *ansrotten* sollte. Der Menschenhass, den preussische Regierung und Nebenregierung hierbei im Laufe der vergangenen Jahrzehnte entfaltet haben, muss schon ganz und gar als *pathologisch* bezeichnet werden und er lässt sich nur erklären durch die nichtswürdige innere Verwilderung, die in der Gefühls- und Denk-

weise, — nicht des deutschen Volkes — sondern der deutschen Intellektuellen (der zahllosen Oberlehrer und Professoren, Richter und Pastoren, Nationalökonomien, Historiker, Wirtschaftspolitiker u. s. w.) eingetreten ist, weil der Geist Potsdams über den Geist Weimars triumphiert hat, weil der bornierte preussische Militarismus die natürliche Menschlichkeit und den gütigen Edelsinn bei dem herrschenden und führenden Teil des deutschen Volkes abgetötet hat und statt dessen brutale nationale Selbstsucht und dumm-selbstgefällige Machtromantik zum politischen Prinzip erklärt und von einem Teil der besonders tief gesunkenen protestantischen Pastorenschaft sogar als religiös-nationales Evangelium gepredigt wurden.

Wir wollen nun die Akten des Ostmarkenvereins reden lassen, gesammelt in zwei grossen Fascikeln unter dem Titel „Behörden“.

Herr von Tiedemann teilt dem Polizeipräsidenten von Posen von Nathusius mit, dass am 3. November 1894 in dem bekannten Hotel von Mylius in Posen eine Versammlung zwecks Gründung des Vereins zur Förderung des Deutschtums stattfindet und fragt an, ob der zu gründende Verein polizeilich gemeldet werden muss und als ein politischer Verein anzusehen sein wird.

Der Polizei-Präsident antwortet ihm im Schreiben vom 18. Oktober 1894, dass die Förderung des Deutschtums in den Ostmarken eine öffentliche Angelegenheit im Sinne des § 1 des Vereinsgesetzes, ja sogar ein politischer Gegenstand im Sinne des § 9 desselben Gesetzes (scil. des früheren bis zum Jahre 1908 gültigen Vereinsgesetzes) anzusehen ist, dass also die Versammlung eine öffentliche ist und polizeilich angemeldet werden muss. Infolgedessen hat von Tiedemann am 3. November eine *nichtöffentliche* Versammlung einberufen und in derselben den Verein ohne Assistenz und Kontrolle der Polizei gegründet. Es traten ihm gleich ca. 100 Personen, hauptsächlich Beamte und Grundbesitzer) bei. Die letzteren wurden immer durch die Behauptung gewonnen, dass im weiteren Verfolg der „Versöhnungsära“ die Ansiedlungs-Kommission aufgehoben oder in eine einfache General-Kommission für den ganzen Staat umgewandelt werden könnte, infolgedessen sie ihre Güter nicht mehr für teures Geld an die Ansiedlungs-Kommission losschlagen könnten, der ganze Gütermarkt in den Provinzen Posen und Westpreussen stocken, die Kreditfähigkeit der Güter erlahmen und die Preise für dieselben rapid fallen würden. Dies zur Erklärung, weshalb so viele Grundbesitzer in den beiden Provinzen sich so willig in die Tiedemannschen Netze einfangen liessen. Sie haben auch daraus grosse materielle Erfolge eingeheimst.



Am 5. November 1894 erfolgte die polizeiliche Anmeldung des „Vereins zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken“. H. von Tiedemann, der anfangs die ganze Korrespondenz mit grossem Eifer und Geschicklichkeit besorgte, fügte der Anmeldeschrift noch folgende Bemerkung bei:

„Gleichzeitig darf ich ergebenst darauf hinweisen, dass der Verein im Allgemeinen öffentliche, im Besonderen *wirtschaftliche, keineswegs politische Ziele verfolgt*, und daher zur Gattung der unpolitischen Vereine gehört“.

Der preussischen Regierung hat von Anfang an ausserordentlich viel daran gelegen, dass der Ostmarkenverein (oder der Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken, wie er anfangs hiess) als *unpolitisch* gelten solle. Es handelte sich darum, die Nebenposition, von der aus die preussische Regierung den Ausrottungskampf gegen das Polentum zu führen beabsichtigte, möglichst gut zu maskieren und für die Angegriffenen unbemerkbar zu machen. Daher auch das Bestreben des Vertrauensmannes der preussischen Regierung, von Tiedemann, den Verein ohne Kontrolle der damals in die eigentlichen Absichten der Regierung noch nicht eingeweihten lokalen Posener Polizeibeamten zu gründen und diesen Verein *urbi et orbi* als *unpolitische* Gründung auszugeben. Die preussische Regierung beeilte sich auch, dieser Selbstbezeichnung des Ostmarkenvereins schleunigst den amtlichen Stempel aufzudrücken und noch in dem gleichen Jahre 1894 nannte der damalige preussische Minister des Innern, von Köller, den Ostmarkenverein einen *unpolitischen* Verein.

Wir müssen nachdrücklichst auf dieses Zusammenspiel zwischen preussischer Regierung und Ostmarkenverein schon bei der Gründung des letzteren hinweisen, weil hieraus am besten der heimlich bestehende öffentlich aber verleugnete enge Kontakt zwischen beiden hervorgeht. Auf dieser zwischen preussischer Regierung und Ostmarkenverein vereinbarten Lüge wurde die neue Gründung aufgebaut, denn kein Verein, auch nicht ein am weitesten nach links stehender sozialdemokratischer, hat eine so ausgesprochen nur politische Tätigkeit entfaltet, wie der Ostmarkenverein und sich so oft und so schwer gegen die Vorschriften und den Geist des Vereinsgesetzes versündigt. Der Ostmarkenverein war der am meisten *politische* Verein in Deutschland, auf seine Denunziation hin wurden die unschuldigsten polnischen Vereine, wie landwirtschaftliche und Fachvereine, von den Polizeibehörden und oft auch von den Gerichten als politische angesehen, und gerade dieser Verein hat, dank dem geschickten Manövrieren der preussischen Regierung, bis zum Schluss, d. h. bis zum Zusammenbruch des preussischen Militärstaates, amtlich als



*unpolitischer* Verein gegoten. Diese Ungeheuerlichkeit bleibt für immer bezeichnend für das jetzt abgewirtschaftet habende preussische System.

Aus den weiteren Blättern dieses Buches werden wir ferner sehen, wie aus dieser Lüge der preussischen Regierung immer neue Lügen geboren wurden und in welcher unheilvoller Weise das gegenseitige Verhältnis der Polen und Deutschen durch die „praktische, zielbewusste, möglichst verborgen bleibende Arbeit“ der Nebenregierung des Ostmarkenvereins in den polnischen Landesteilen Preussens vergiftet wurde.

Höchst interessant für das von der preussischen Regierung bei der Gründung des Ostmarkenvereins befolgte System ist auch die Art und Weise, wie für den neuen Verein Mitglieder geworben wurden. Herr von Tiedemann wandte sich nicht an die breite Menge, sondern versicherte sich zunächst der Unterstützung und heimlichen Mitwirkung der hohen und höchsten preussischen Beamten, vom Landrat angefangen bis zum Minister. Die eigentlichen Mitglieder wurden dann dem Verein durch die Regierung gewissermassen zugetrieben, sei es durch Eintrittsempfehlungen, sei es durch Gewährung der berechtigten „Ostmarkenzulagen“.

#### Für das Deutschtum, nicht gegen die Polen!

so lautete die heuchlerische Losung, die die Nebenregierung zunächst zur Beruhigung etwaiger Bedenken bei den zuwerbenden Mitgliedern ausgegeben hatte und unter dieser Parole nahm sie ihr Werk der Verhetzung, des Hasses und der methodischen innerpolitischen Brunnenvergiftung auf.

Der erste, dem Herr Heinrich von Tiedemann persönlich am 5. November 1894 Mitteilung von der Gründung des Vereins machte, war sein Namensvetter, Christoph von Tiedemann, damals Regierungspräsident in Bromberg, vorher Chef der Reichskanzlei und Verfasser jener Denkschrift, auf Grund deren Bismarck im Jahre 1886 die preussische Politik der schroffen Polenverfolgung eingeleitet und die Ausiedlungskommission begründet hatte. Der Bromberger Regierungspräsident von Tiedemann hat auch das Motto für diese Polenpolitik geprägt: „Der Hieb ist die beste Deckung“.

Gleich am nächsten Tage hatte v. Tiedemann-Seehelm an den damaligen Ober-Präsidenten von Posen, Freiherrn v. Wilamowitz-Moellendorf, folgendes Schreiben gerichtet:

Berlin W. 131. Kurfürstendamm, 6. November 1894.

*Euer Exzellenz*

*beehre ich mich in Verfolg unserer heutigen Unterredung anliegend ein Exemplar der Satzungen des am 3-ten d. M. be-*

gründeten „Vereins zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken“ und den zu veröffentlichenden Aufruf ganz gehorsamst zu überreichen. Letzterer trägt ausser den Unterschriften aus den Ostprovinzen die Beitrittserklärungen von hundert hochangesehenen Männern aus allen Teilen des Reiches. Die Tendenz des Vereins lässt sich durch das kurze Wort kennzeichnen, dass er ein Verein für das Deutschtum, nicht gegen das Polentum ist. Das Bestreben des Vereins, die deutschen Elemente in den Ostprovinzen zu sammeln und zu eigener Kraftentwicklung, namentlich auch auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zu veranlassen, ist durchaus vereinbar mit dem Bewusstsein, auch gegenüber unseren slavischen Mitbürgern Gerechtigkeit walten zu lassen, sofern und soweit diese sich auf den Boden der staatsrechtlichen Verhältnisse und insbesondere eines dauernden preussischen Staatsbürgertums stellen.

Den Königlichen Staatsbehörden in der loyalsten Weise entgegenzukommen, wird das redliche Bemühen des Vereins sein.

Die obigen Erklärungen Namens des Vereins abzugeben, bin ich ausdrücklich beauftragt.

In vollkommener Ehrerbietung  
 Euer Exzellenz  
 gehorsamster  
 H. v. Tiedemann-Seeheim  
 als Vorsitzender des Vorstandes

An den Königlichen Oberpräsidenten  
 Herrn Freiherrn  
 von Wilamowitz-Moellendorf  
 Excellenz zu  
 Posen.

Einen ähnlichen Brief, nur in gekürzter Form, hat am gleichen Tage der Regierungs-Präsident von Posen, Himly, erhalten. Er konnte nicht ungangen werden, trotzdem er bei den Frondreuen nicht beliebt war, weil er den Landräten die Teilnahme an der Posener Bismarckwallfahrt verboten hatte und überhaupt „in odore“ zu grosser Connivenz gegenüber den Polen stand; ebenso wie auch der übrigens recht biegsame Staatsskretär Graf v. Posadowsky, dem v. Tiedemann-Seeheim erst am 26. Nov. von der Gründung des Vereins in folgender Form Mitteilung machte:



Berlin W. 131 Kurfürstendam.

26. November 1894.

*Euer Exzellenz*

*werden bei Ihrem warmen Interesse für die Provinz Posen gewiss nicht ungerne Kenntnis von dem Aufruf und den Satzungen unseres Vereins nehmen. Wir wollen nicht gegen das Polentum, sondern für das Deutschtum kämpfen. Das führerlose, zerstreute, im augenscheinlichen Rückgange befindliche Deutschtum an der Ostgrenze zu vereinigen, zu sammeln, mit frischem Nationalbewusstsein zu erfüllen und zu eigener Kraftentfaltung, auch auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete, zu veranlassen, ist unsere schwierige Aufgabe, zu deren Lösung Jahrzehnte zielbewusster, praktischer Arbeit erforderlich sein werden.*

*In bekannter Verehrung Euer Exzellenz**gehorsamster**H. v. Tiedemann.*

Von den wahren Empfindungen, die der Gründer des Ostmarken-Vereins für den Grafen Posadowsky übrig hatte, zeugt sein Brief an den Polizei-Präsidenten von Posen, v. Nathusius, in dem man folgenden Passus lesen kann:

*„Wie Graf Posa (sic!) auf den veränderten Wind aus der Richtung des Neuen Palais hellhörig geworden ist!“*

An einen Fürsten (auf dem betreffenden Aktenstück ist mit blauem Bleistift „Bismarck?“ hinzugefügt), ist folgender Brief vom 12. Nov. 1894 gerichtet:

12. 11. 94.

*Durchlauchtigster Fürst!*

*Euerer Durchlaucht gestatte ich mir gehorsamst zu melden, dass die Begründung unseres Vereins in einer von Angehörigen der Provinzen Posen und Westpreussen zahlreich besuchten Versammlung am 3-ten d. Monats in Posen erfolgt ist. Die Satzungen und der Aufruf wurden in den aus den Anlagen ersichtlichen Fassungen einstimmig genehmigt. Nachdem ein Vorstand von 15 Mitgliedern gewählt worden, traten die Versammelten zu dem Gesamtausschuss zusammen und wählten in diesen die sämtlichen Herren, welche ihre Geneigtheit zur Unterzeichnung des Aufrufes erklärt hatten. Euer Durchlaucht darf ich die gehorsamste Bitte aussprechen, die auf Hochdieselben gefallene Wahl als Ausschussmitglied hochgeneigt annehmen zu wollen. Da der Ausschuss zur Zeit aus über 200 Mitgliedern besteht, wird Euerer Durchlaucht aus diesem Ehrenamte keinerlei Arbeit erwachsen.*



*Da der Verein mit aller Energie, aber möglichst geräuschlos durch praktische Mittel das Deutschtum im Osten zu sammeln und zu kräftigen, sich aber aller Ausfälle gegen die Polen zu enthalten beabsichtigt, steht die Staatsregierung unseren Bestrebungen wohlwollend gegenüber. Schliesslich erkuhne ich mich zu der Bitte, die einliegenden Aufrufe und Satzungen durch Hochderen Cabinet an Personen vertheilen lassen zu wollen, welche unserem Verein beizutreten bereit sind.*

*In grösster Ehrerbietung verharre ich als Euerer Durch-*  
*laucht ganz gehorsamster*

*Major a. D. u. Rittergutsbesitzer.*

*H. v. Tiedemann*

*Berlin W. 131 Kurfürstendamm,*

*12. November 1894.*

Der grosse Intrigant Miquel, der es vom kommunistisch-anarchistischen Revolutionär im Jahre 1849 dank seiner Entwicklungsfähigkeit bis zum preussischen Finanzminister und Vicepräsident des preuss. Staatsministeriums gebracht hatte, damals aber in der neuen Richtung der Polenpolitik noch nicht genügend orientiert war und vorsichtig noch erst die Windrichtung prüfen musste, wurde von H. v. Tiedemann durch folgenden Brief für den Ostmarkenverein eingefangen:

Verein zur Förderung  
 des Deutschtums in  
 den Ostmarken.

Berlin W. Kurfürstendamm 131.  
 20. November 1894.

*Euerer Exzellenz beehre ich mich anliegend den Aufruf und die Satzungen des am 3-ten d. Mts. in Posen begründeten Vereins zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken zur Hochgeneigten Kenntnisnahme gehorsamst zu überreichen. Die Tendenz des Vereines lässt sich durch das kurze Wort kennzeichnen, dass er ein Verein für das Deutschtum, nicht gegen das Polentum ist. Das Bestreben des Vereines, die deutschen Elemente in den Ostprovinzen zu sammeln, zu eigener Kraftentwicklung, namentlich auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete zu veranlassen, ist durchaus vereinbar mit dem Bewusstsein, auch gegenüber unseren slavischen Mitbürgern Gerechtigkeit (!) walten zu lassen, falls und sofern diese sich auf den Boden der staatsrechtlichen Verhältnisse und insbesondere eines dauernden preussischen Staatsbürgertums stellen.*

*Der Verein wird seine Zwecke nicht auf dem Wege der Agitation und der öffentlichen Polemik, sondern durch praktische, zielbewusste, möglichst verborgen bleibende Arbeit zu erreichen suchen.*

*H. v. Tiedemann*

*Major u. D. u. Rittergutsbesitzer,  
als Vorsitzender des Vorstandes*

*An den Königlichen Staats- und Finanzminister*

*Herrn Miquel,*

*Exzellenz,*

*Hier.*

Dem als verbissenen Polenfeind bekannten damaligen Ministerialdirektor im preussischen Kultusministerium, Dr. Kügler, genügte folgende kurze Mitteilung:

Berlin W. Kurfürstendamm 131.

27. November 1894.

*Euer Hochwohlgeboren*

*werden bei Ihrem warmen Interesse für die Provinz Posen gewiss nicht ungerne Kenntnis von dem Aufruf und den Satzungen unseres Vereines nehmen. Wir wollen nicht gegen das Polentum, sondern für das Deutschtum kämpfen. Die führerlosen, zerstreuten, im augenscheinlichen bedrohlichen Rückgange befindlichen deutschen Elemente in den Ostmarken zu vereinigen, zu einer kompakten Masse zu sammeln, mit frischem Nationalbewusstsein zu erfüllen und zu eigener Kraftentwicklung, namentlich auch auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete, zu veranlassen, ist die schwierige Aufgabe des Vereines, zu deren Lösung Jahrzehnte zielbewusster, praktischer Arbeit erforderlich sein werden.*

*In vorzüglicher Hochachtung habe ich die Ehre zu verharren als*

*Euer Hochwohlgeboren*

*ganz ergebenster*

*H. v. Tiedemann-Seeheim.*

*Major u. D. und Rittergutsbesitzer,  
Vorsitzender des Vorstandes.*

Also rekapitulieren wir hier nochmals kurz die Schlagworte mit denen bei der Gründung des Ostmarkenvereines die preussische Regierung die öffentliche Meinung eingeschlafert und getäuscht hat:

*„Für das Deutschtum, nicht gegen das Polentum!“ „Gerechtigkeit gegen unsere slavischen Mitbürger“, Erreichung der Zwecke des Vereins nicht auf dem Wege der Agitation und der öffentlichen Polemik, sondern durch praktische, zielbewusste, möglichst verborgen bleibende Arbeit“, „Enthaltung aller Ausfälle gegen die Polen“, und an anderer Stelle „jedes aggressive Vorgehen gegen die Polen liegt uns fern“.*

In Wirklichkeit waren alle diese Versprechungen, wie die hier veröffentlichten Schriftstücke beweisen werden, nichts wie Lug, Trug und Heuchelei. Selbstverständlich kam es der preussischen Nebenregierung auch gar nicht in den Sinn, nach dem obigen Programm zu handeln. Es lag hier schlaue berechneter Gimpelfang und bewusste Vorspiegelung falscher Ziele vor.





II. Wie die leitenden Personen im Ostmarkenverein sich selbst und die mitwirkenden Mitglieder der offiziellen preussischen Staatsregierung durch geheime Ziffernbezeichnung für die Oeffentlichkeit unkenntlich machten.

Kaum hatte sich der Ostmarkenverein zu der heimlich anerkannten Nebenregierung für die Polenausrottung ausgebildet und von der offiziellen preussischen Staatsregierung das Attest als „unpolitischer und gemeinnütziger“ Verein erlangt, so empfanden bald seine leitenden Personen das Bedürfnis, ihr lichtscheues und gemeingefährliches Treiben unter der Tarnkappe einer verabredeten Geheimsprache zu verbergen. Sie fühlten ganz richtig, dass sie, gleich dem zur Verletzung der Gesetze organisierten sizilianischen Maffiabund, das Licht der Oeffentlichkeit scheuen und die dunkelsten Schleichwege aufsuchen müssten, wenn ihre präparierten Giftwaffen wirken sollten. So wurden also in der Korrespondenz und in den Protokollen der Nebenregierung alle handelnden Personen, — nicht allein die Mitglieder des Ostmarkenvereins, sondern auch die mitwirkenden und für die unheilvolle Tätigkeit des Ostmarkenvereins mitverantwortlichen Mitglieder der offiziellen preussischen Staatsregierung — *mit Nummern bezeichnet*. Diese von einem recht unsauberen Gewissen zeugende aber höchst vorsorgliche Handhabung des Ostmarkenvereins sollte wohl verhindern, dass unberufene Dritte, die in den Besitz der Akten des Ostmarkenvereins gelangen, sich in denselben auskennen.

Ich will den Schleier von dieser höchst interessanten Maskierung hier etwas lüften.

Die höchste Person im Staate, der ehemalige preussische König und Deutsche Kaiser Wilhelm II. figurirt in den Akten des Ostmarkenvereins als — *Nummer 58*. Man kann nicht behaupten, dass dies von einer besonderen Hochachtung Tiedemanns für die Person des ehemaligen Kaisers zeugte.

Der Hauptgründer und Leiter des Ostmarkenvereins, Herr v. Tiedemann-Seeheim hat die Geheimnummer 23. Der erste stellvertretende Vorsitzende des Vereins, Justizrat Franz Wagner in Berlin, Werderscher Markt 40, früher Rechtsanwalt in Graudenz (der als deutscher Jurist den deutschen Juristenstand in der schamlosesten Weise blossstellte durch die Worte: „Recht und Polen — zwei Begriffe, die niemals miteinander in Berührung kommen!“ und „ob den Polen Recht oder Unrecht geschieht, ist Nebensache!“), figuriert in den Akten und Briefen als Nr. 31, der zweite stellvertretende Vorsitzende, der „Diplomat“ des Vereins, der kaiserliche Gesandte z. D. Raschdau ist Nr. 32. Das überaus eifrige Mitglied des Hauptvorstandes, der Oberst a. D. Cardinal v. Widdern, Berlin, Neue Bayreutherstr. 7, dessen Polenhass eben so gross ist wie sein hohes Alter, führt die Nummer 106. Der Famulus des Herrn v. Tiedemann und Generalsekretär des Hauptvorstandes, Herr Victor Schoultz, dem ich hauptsächlich diese Enthüllungen verdanke, wird in der ganzen Korrespondenz als Nr. 28 angeführt, er selbst schreibt an seinen Herrn und Brotgeber v. Tiedemann und signiert alle seine Protokolle mit dieser Nummer. Sein Stellvertreter Major a. D. Blume-Hermsdorf, Bismarckstr. 26, hat die Nr. 27a, der Geschäftsführer für die Provinz Posen, Vossberg, Posen, Prinzenstr. 11, die Nr. 38b, der Geschäftsführer für Westpreussen Oberst a. D. Schreiber-Danzig die Nr. 110.

Weitere Nummern waren:

Nr. 32a — Wirklicher Geh. Rat, Prof. Brunner, Berlin, Lutherstr. 36.

Nr. 101 — Oberbürgermeister a. D. Kreidel, Berlin, Rankestrasse 20.

Nr. 102 — Generalleutnant z. D. v. Müller, Wiesbaden, Rösslerstr.

Nr. 107 — Schriftleiter des amtlichen Organs des Ostmarkenvereins „Ostmark“ und des zur Bearbeitung der deutschen Presse als Manuskript gedruckten Wochenblatts „Der deutsche Osten“, Dr. Ernst Hunkel, Friedenau-Berlin, Rottornstr. 8.

Nr. 109a — Professor Hoetsch, Berlin.

Nr. 109b — Professor Dietrich, Posen.

Nr. 114 — Oberleutnant der Res. Ralph Zuern, Grunewald, Dunkerstr. 2.

Nr. 117 — Bankier Otto Fricke, Charlottenburg, Fritschestrasse 65.

Nr. 118 — Generalleutnant z. D. Siemens, Uhlandstr. 161.

Nr. 119 — Oberrealschuldirektor Prof. Quade, Steglitz, Albrechtstr. 92.



Nr. 121 — Schulrat Sakobielski, Coepenik.

Nr. 122 — Geh. Reg. Rat Pape, Schaperstr. 33.

Nr. 123 — Generaldirektor Paul Fischer, Halensee, Kurfürstendamm 162.

Nr. 124 — Generalleutnant z. D. Zwehl, Schaperstr. 33.

Nr. 125 — Polizei-Präsident Becherer, Neukölln, Kaiser Friedrichstr.

Nr. 127 — Geh. Konsistorialrat Dr. Benrath, Königsberg, Pulverstr. 30a.

Nr. 128a — Justizrat Mertens, Königsberg, Am Schloss 3.

Nr. 129 — Konsistorialpräsident a. D. Wirklicher Oberkonsistorialrat Meyer, Zehlendorf, Ahornstr. 17.

Nr. 130 — Geschäftsführer für Ostpreussen, Hauptmann a. D. Böhm-Königsberg, u. s. w.

Die weiteren Nummern werden im Text kenntlich gemacht. Hier sei noch bemerkt, dass der frühere Minister für Ackerbau, Freiherr v. Schorlemer, mit Nummer 73, der frühere Präsident der Ansiedlungs-Kommission und jetzige Regierungs-Präsident in Marienwerder Gramsch, der den Ostmarkenverein mit Staatsgeldern unterstützte, mit Nr. 18 bezeichnet werden, und dass die Oberpräsidenten der einzelnen Provinzen jeweils als Nummer 11 figurieren und durch Hinzufügung der Provinzhauptstadt von einander unterschieden werden, so z. B. 11—Posen ist der Oberpräsident von Posen. 11—Danzig der Oberpräsident von Westpreussen u. s. w.



### III. Was die geheimen Akten der Nebenregierung erzählen.

#### Die intrigante Tätigkeit der Nebenregierung beginnt.

Die von nun an systematisch geübte Brunnenvergiftung des Ostmarkenvereins setzte sofort nach seiner Gründung ein. Der nachfolgende, an den *General Habering* gerichtete Brief dürfte wohl auch die harmlosesten Gemüter überzeugen, dass es sich hier um eine im heimlichen Einverständnis mit der preussischen Regierung gross angelegte Intrige handelt, die auf falschen Denunziationen aufgebaut war:

Berlin W. 131. Kurfürstendamm, 24. November 1894.

*Sehr geehrter Herr General!*

*Im Anschluss an unsere heutige Unterhaltung beehre ich mich Ihnen beiegehend den Aufruf und die Satzungen unseres Vereines ganz ergebenst zu überreichen. Die Tendenz desselben lässt sich durch das eine Wort kennzeichnen, dass er ein Verein für das Deutschtum, nicht gegen das Polentum ist. Jetzt und für absehbare Zeit liegt uns jedes aggressive Vorgehen gegen die Polen fern.*

*Auf Jahrzehnte hinaus werden wir mit voller Kraft daran arbeiten müssen, das führerlose, zerstreute, in den letzten Jahren geradezu dezimierte Deutschtum in den Ostmarken zu sammeln, zu stärken und zu eigener Kraftentwicklung — auch auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete — zu veranlassen. Dem Kaiserlichen Mahnrufe von der Marienburg folgend, wollen wir deutschem Wesen, deutscher Kultur, deutscher Sitte den Weg bahnen. Unser Bestreben ist völlig vereinbar mit der ehrlichen Ueberzeugung, dass wir auch unseren slavischen Mithürgern **Gerechtigkeit** widerfahren zu lassen schuldig sind, falls und solange sie sich ehrlich als preussische Staats-*



bürger bekennen und führen, nicht nur als einstweilen auf Kündigung mitgehende Staatsgenossen. Wenn ich Ihnen heute von der leider in der deutschen Bevölkerung des Ostens herrschenden tiefen Missstimmung (höchstens in den Kreisen der Frondeure. Anm. d. Verf.) gegen den General v. Seeckt (damals kommand. General des V. Armeekorps in Posen. d. Verf.) erzählte, so ist nicht in Abrede zu stellen, dass der General durch sein auffälliges Kokettieren mit dem polnischen Adel, insbesondere mit dem Erzbischof von Stablewski (!) die nationalen Gefühle der sonst so indolenten Deutschen schwer gekränkt hat. Unsere Militär- und Zivilverwaltung in Posen war von einem polnischen Ton durchweht (!). Nach Marienburg und Thorn ist Gott sei Dank wieder ein deutscher Ton eingegangen! Besonders verargt wurde dem General v. Seeckt von deutscher Seite der Umstand, dass er zu der nationalen Wallfahrt nach Varzin die Beteiligung der Militärmusik verbot, dagegen mit dem Prinzen Georg von Sachsen bei dem prononciert deutschfeindlich gesinnten Grafen Hektor Kwilecki in Quiltzsch Quartier nahm, während nebenan das vornehme Haus des Herrn von Reiche in Rozbitek zur Verfügung stand, der s. Z. einen preussischen Prinzen aufgenommen hatte. Alle Entschuldigungen des Grafen Kwilecki können die Tatsache nicht ungeschehen machen, dass er absichtlich (?) das Hissen der preussischen bzw. deutschen und sächsischen Flagge unterlassen hat. Einem ehemaligen aktiven Offizier, der mit allen Anforderungen der Etiquette genau vertraut ist, sollte nicht der Gedanke aufgetaucht sein, dass er flaggen musste? Im letzten Augenblicke hätte er übrigens Flaggen von seinem Nachbarn Reiche holen lassen können. Aber das gräfliche Haus sollte nicht durch deutsche Flaggen entweiht werden! Und ein solches Haus zu betreten, ist ein Prinz aus königlichem Geblüt von einem kommandierenden General veranlasst worden! Unverhohlen tritt überall das Bestreben des Erzbischofs v. Stablewski hervor, als Primas von Polen, als Reichsverweser während der Sedisvakanz des Königstrones zu gelten. (Lächerliche Denunziation! Verf.) Der ebenso schlaue, wie eitle und ehrgeizige Geistliche versteht es mit grossem Geschick, sich mit fürstlichem Glanze zu umgeben. Bei seinen Landfahrten bediente er sich 6 und 8 spänniger Wagen, escortirt von einer in polnischen Revolutionsuniformen (wo hat v. Tiedemann solche gesehen? Verf.) gekleideten Schwadron; den Zug eröffnet ein königlich-preussischer Gendarm in Parade-Uniform. Kein Wunder, dass das polnische Volk in Stablewski nicht nur den Erzbischof, sondern den Reichsverweser erblickt! — Der Hinweis auf Dinder ist lächerlich; derselbe wurde von den Polen mit offener Geringschätzung behandelt und nur pro forma von einigen Bauern eingeholt.

*Doch nun habe ich Sie mehr als hinreichend mit rebus polonicis gelangweilt. Interessanter ist Ihnen vielleicht die Durchsicht beiliegender Zeitungsblätter, welche ich gelegentlich zurückbitte.*

*In vorzüglicher Hochachtung*

*Ihr sehr ergebener*

*H. v. Tiedemann-Seeheim.*

Lesern, denen die Verhältnisse in den polnischen Landesteilen aus eigener Erfahrung bekannt sind, ist zur Charakteristik des vorstehenden Briefes nichts zu sagen. Für solche aber, die unsere Verhältnisse nie aus eigenem Augenschein kennengelernt haben, muss bemerkt werden, dass das Schreiben des Herrn v. Tiedemann weiter nichts ist, wie ein Sammel-surium von ganz albernen Ammenmärchen, aber nicht solchen, die sich alte Weiber an den Strassenecken erzählen, sondern die sich der in seinem Menschenhass offenbar pathologisch veranlagte Leiter des Ostmarkenvereins aus den Fingern gesogen hat. Es scheint nicht, dass Herr v. Tiedemann von den geistigen Fähigkeiten des Generals von Haberling eine besonders hohe Meinung gehabt hat, sonst hätte er gewiss nicht den Versuch unternommen, ihn mit derartigen, geradezu idiotischen Denunziationen zu beeinflussen.

Wir konstatieren zunächst hier die Absicht, die Stellung des kommandierenden Generals v. Seeckt in Posen, der der Nebenregierung offenbar wegen seiner geraden Gesinnung nicht genehm wahr, zu untergraben.

### **Bei der Polizei wird der Geschäftsleiter des „nichtpolitischen“ Ostmarkenvereins gesucht.**

Charakteristisch für die Ziele und die Tendenz des „unpolitischen Vereins war das Bestreben Tiedemanns einen Geschäftsführer aus der Hand der Polizei zu erhalten. Als Beleg dafür mögen die zwei folgenden Briefe dienen, die zwischen v. Tiedemann und dem Polizeipräsidenten von Posen v. Nathusius gewechselt wurden:

**v. Tiedemann an v. Nathusius.**

Berlin W. 131., Kurfürstendamm, 22 November 1894.

*Mein hochverehrter Herr Präsident!*

*Die Sorge der Auffindung eines vollkommen tüchtigen Geschäftsführers für unseren Verein — dessen Aufruf und Satzungen im deutschen Gewande ich Ihnen zu Ihrem Privat-*



gebrauch zu widmen mir erlaube — treibt mich dazu, Sie wiederholt mit einer Bitte zu belästigen, mir irgend einen geeigneten Kandidaten gütigst namhaft machen zu wollen. Bisher hat keiner der zahlreichen Bewerber meinen Ansprüchen genügt. Die Behörden haben auch ein gewisses Interesse daran, dass ein nach jeder Richtung hin brauchbarer Mann als Geschäftsführer angestellt werde. Die Anforderungen sind wahrlich keine geringen: vollendete Bildung, gesellschaftliche Tournüre, grösster Takt, unermüdlicher Fleiss, praktischer Blick, Kenntnis der prinzipiellen Verhältnisse, womöglich auch der polnischen Sprache, Sicherheit in der deutschen Sprache in Wort und Schrift, vorteilhafter äusserer Eindruck, makellose Vergangenheit! Wir würden ein Anfangsgehalt von 6000 M. bewilligen. Der Betreffende darf nicht älter, als Mitte der Vierzig sein. Mir wurde mal Ihr Polizei-Inspektor Wensky genannt. Ist derselbe geeignet und für Sie entbehrlich? Bode vom Posener Tageblatt ist ein vortrefflicher Mann, ob er aber für uns genügend Murr hat, ist mir zweifelhaft.

In alter Verehrung Ihr

sehr ergebener

H. v. Tiedemann-Seeheim

v. Nathusius an v. Tiedemann.

Posen, den 27. November 1894.

Hochverehrter Herr von Tiedemann!

Die Beantwortung Ihres liebenswürdigen Briefes vom 22. d. M. und die Abstattung meines Dankes für den Aufruf mit den Satzungen des Vereins zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken habe ich mehrere Tage vor mir hergeschoben, weil ich zu einem unbedenklichen Eureka nicht kommen konnte. Die Ansprüche, welche Sie an den Geschäftsführer des Vereins machen und ja zweifellos machen mussten, sind so gross und setzen so viele und zum Teil so seltene Eigenschaften voraus, dass es überaus schwierig ist, diesen Menschen zu finden. Darüber sind wir also zunächst einig, dass der Chetredakteur Bode sich nicht wohl eignen würde. Dasselbe gilt für mich bezüglich meines vortrefflichen Polizei-Inspektor Ventzky, dessen Sie freundlicher Weise erwähnen. Uebrigens würde dieser nicht daran denken, seine wenn auch schlecht bezahlte, aber doch gesicherte Stellung als Königlicher Beamter gegen die in Frage stehende Privatstellung aufzugeben. Professor Kranz sagte mir, auch von ihm sei die Rede gewesen. Auch den halte ich für nicht geeignet, vielleicht am wenigsten von diesen dreien. Uebrigens ist auch dieser mit sich selber



genug einig, dass er seine amtliche Stellung nicht aufgibt. Aber wer nun? Ich habe mir eine grosse Anzahl von Herrn darauf hin angesehen. Schliesslich kam ich auf den **Subdirektor Hauptmann Hertel**, hier, Untere Mühlenstrasse 4. Ich halte denselben in jeder Beziehung für geeignet, aber er will nicht, einmal hat er jetzt erheblich höhere Einnahmen, als ihm als Geschäftsführer geboten werden können und dann ist er auf noch längere Zeit an seine Gesellschaft, die Borussia, gebunden. Immerhin würde es sich vielleicht lohnen, wenn Sie einmal gelegentlich, selbst mit diesem vortrefflichen Manne sprechen, den Sie wohl noch nicht kennen, weil Sie dadurch demjenigen Kreise von Herrn näher gerückt werden würden, die aus dem Holz gewachsen sind, aus dem der Verein sein grosses Werk zurechte schnitzen muss,

Hertel hat mich nun auf den **Grafen Lüttichau** aufmerksam gemacht. Er hält ihn für geeignet, weil er (Lüttichau) sich als Agent der Borussia seit ungefähr 2 Jahren durch unermüdeten Fleiss und grosse Gewandheit hervorgetan hat. Er habe der Borussia im 1-ten Jahre über 1 Million an Versicherungsobjekten zugeführt. Lüttichau ist Mitglied unserer Posener Joh. Genossenschaft, Schwiegersohn vom Przependowœr Winterfeld, hat auf seinem Gute Krzeslica, welches Brandes-Neuhaus in der Subhastation kaufen musste, bankerott gemacht, ohne wesentliche Schuld, spricht ziemlich gut polnisch, ist sehr gewandt und hat beste Manieren. Er ist Rittmeister der Landwehr bei den 10. Husaren. Ich würde ihn unbedingt empfehlen, wenn er nicht während seiner letzten Zeit auf dem Gute, durch gewissen Leichtsinn und Mangel an Geschäftstätigkeit einen recht wenig guten Ruf als Geschäftsmann gehabt hätte. Vielleicht sehen Sie sich ihn einmal an.

Ihr ganz ergebener  
Nathusius.

Man beachte, wie schon sogleich nach der Gründung des Ostmarkenvereins die innigste Vertraulichkeit zwischen diesem und der obersten Polizeibehörde in Posen Platz greift und wie liebevoll der in die eigentlichen Absichten der preussischen Staatsregierung offenbar schon eingeweihte Polizeipräsident v. Nathusius auf die Ideen des v. Tiedemann einzugehen und ihm zu dienen bestrebt ist.

Auch die Universitäten werden in den Bereich der Intrigue gezogen, wie das aus einem am 28. Nov. 1894 von Tiedemann an den damaligen Rektor der Berliner Universität, Otto Pfeleiderer, gerichteten Briefe erhellt.

### Eine weitere Denunziation.

Trotz der Beteuerung, dass dem Verein jedes aggressive Vorgehen gegen die Polen fern liegt, finden wir vorliegende, von Herrn v. Tiedemann eigenhändig verfasste, gegen den Pfarrer Treder in Crone a. B. an den Herrn Oberpräsidenten von Posen gerichtete Denunziation vor:

Berlin W. 131. Kurfürstendamm.

3. Dezember 1894

Eurer Exzellenz

gestatte ich mir anliegend 2 Briefe des unserem Vereinsvorstande angehörenden Strafanstaltsdirektors Wolff zu Cronthal bei Crone a. Br. nebst Beilagen zur geneigten Kenntnisnahme gehorsamst zu überreichen. Der Genannte hat mich ausdrücklich ermächtigt von diesen Mitteilungen der Staatsbehörde gegenüber Gebrauch zu machen. Die in den Zeitungen enthaltene Notiz von einer seit Wochen polnischerseits gegen die deutschen Bewohner von Crone betriebenen verhetzenden Agitation scheint mir nach dem Zeugnisse des Herrn Wolff begründet zu sein. Führer der antideutschen Bewegung dürfte der Pfarrer Treder sein. Bedenklich erscheint seine in polnischer Mundart am Busstage gehaltene Ansprache im Vergleich mit der ungleich harmloseren deutschen Ansprache. Weitere Aufklärung über den Ueberfall gegen den Besitzer Rosenau und über die Neuconcessionierung der Bagniewski'schen Schänke auf amtlichem Wege einzuziehen, würde vielleicht nicht unangebracht sein.

Zur Verhütung weiterer bedauerlicher Ausschreitungen hielt ich es für meine Pflicht, Eurer Exzellenz von den erwähnten Vorgängen Meldung zu erstatten.

In vollkommener Ehrerbietung

Eurer Exzellenz

gehorsamster

H. v. Tiedemann-Seeheim.

### Die Intrigue wird weiter gesponnen.

Bände spricht folgender von Herrn v. Tiedemann an den Polizei-Präsidenten von Natusius—Posen gerichteter Brief.

Berlin W. 131. Kurfürstendamm, 6. Dezember 1894.

Sehr verehrter Herr Präsident!

Am 30-ten v. M. konnte ich anlässlich meiner Anwesenheit in Posen nicht ein Viertelstündchen erübrigen, um Ihnen meinen verbindlichen Dank für Ihren gütigen Brief vom 27-ten



v. M. auszusprechen: ich hole es hiermit schriftlich nach. Es ist uns gelungen, in dem von Herrn v. Staude empfohlenen Pr. Lt. u. D. v. Binzer, der bisher das Gut Golun seines Schwiegervaters Helling bewirtschaftete, einen Geschäftsführer für Posen zu bekommen, der uns sehr gefällt. Jederfalls ist er intelligent, fleissig, energisch, taktvoll und gewandt! Graf Lüttichan, den ich ganz gut kenne, wäre zweifellos geeignet gewesen, wenn er eben nicht — Graf wäre: das hätte viele Bürgerliche, namentlich im Westen, stutz gemacht. Dass Binzer adelig, ist eigentlich ein kleiner Fehler; aber im Osten ist die Sache nicht so schlimm. Der Reichskanzler hat sich durchaus sympathisch über unseren Verein ausgesprochen, ebenso die Minister v. Köller und Miquel. Die Polen geberden sich wie toll; doch genirt uns das nicht; wir haben Besseres zu tun, als auf dies Gekläffe (!) zu antworten. Der hier weilende Ober-Präsident hält eine wissenschaftliche Arbeit über die gesamten polnischen Vereine für sehr wertvoll und stellte amtliches (!) Material zur vertraulichen (!) Benutzung in Aussicht. Der Verein wird eine geeignete Kraft dafür gewinnen. Sie werden jedenfalls die Ausarbeitung gerichtlich zu fördern vermögen. (!! ) In vielen Städten sollen die für die polnische Bevölkerung aufzubringenden Armenlasten die von ihr gezahlten Steuerbeträge weit überschreiten. Hierüber Aufklärung zu verschaffen, wäre auch sehr nützlich. Der Verein könnte diese Arbeit auch ausführen lassen. Aber woher das Material nehmen? Wäre es nicht möglich, dass dem Verein Ihre Uebersetzungen aus der polnischen Presse sekret zugängen, eventl. mit höherer Genehmigung. Ueber diese Fragen werde ich mir erlauben am 13. oder 14. d. Mts. Ihre geneigte Antwort mündlich zu erbitten! Pan Kościelski buhlt um Vergebung und Kaiserliche Gnade; er schwört Lemberg reumütig ab. Politisch hat ja K. ausgespielt, aber bei der jetzigen Erregung würde seine Begnadigung nicht günstig wirken!

*In alter Verehrung Ihr sehr ergebener*

*H. v. Tiedemann.*

Die Rollen sind also schön verteilt. Der Geschäftsführer ist gefunden, wenn auch nicht mit Hilfe der Polizei, so doch durch den Generaldirektor der Posener Landschaft v. Staudy, der auch als ehemaliger Posener Polizei-Präsident mit der Polizei noch viel zu tun hatte. Der Oberpräsident von Posen, Freiherr von Wilamowitz-Möllendorf, der durch den Einfluss von Kościelskis dieses hohe Amt erlangt und den Polen gegenüber im persönlichen Verkehr die Maske des Gentleman angelegt hatte, wurde für die gegen die Polen gerichtete



Intrige gewonnen und erbot sich, dem Herrn v. Tiedemann amtliches Material über die polnischen Vereine zur vertraulichen Benützung zu übergeben. Der Polizei-Präsident von Nathusius soll dem Verein die von der Polizei präparirten Uebersetzungen aus der polnischen Presse sekret in die Hand spielen, und endlich wird dem Polizei-Präsidium der Auftrag erteilt, dahin zu wirken, dass der dem Herrn von Tiedemann wegen seines früheren Einflusses bei Hofe besonders verhasste Herr v. Koscielski ja nicht „begnadigt“ wird. Hat es je eine so politische Intrige gegeben, wie sie hier die von der offiziellen preussischen Regierung als „unpolitischer“ Verein attestierte Nebenregierung angezettelt hat! Man beachte auch die unglaubliche rohe Ausdrucksweise, die der heimliche preussische Minister für die Polenausrottung in seinem Schreiben an den Polizeipräsidenten anwendet. Er fühlte sich auch verpflichtet, den Polizeipräsidenten weiter über die inneren Angelegenheiten des Ostmarkenvereins auf dem laufenden zu erhalten und theilte ihm am 4. Dezember 1894 mit, dass Herr v. Binzer zum Geschäftsführer für Posen, Herr v. Thiessen für alle übrigen Gaue mit Sitz in Berlin gewonnen wurde.

#### Wie Landräte für die Polenhetze gewonnen werden.

Nach den Ministern, Staatssekretären, Ministerialdirektoren, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten kam die Reihe an die Landräte. Als Beweis, wie dieselben eingefangen wurden, möge folgender Briefwechsel dienen:

#### v. Tiedemann an Landrat v. Miesitschek in Wöngrowitz.

Berlin W. 131., Kurtfürstendam, 5 Dezbr. 1894.

*Sehr geehrter Herr Landrath!*

*Beigehend beehre ich mich Ihnen Aufruf und Satzungen unseres Vereines zur gefälligen Kenntnisnahme ganz ergebenst zu überreichen. Der Verein ist für die Deutschen, nicht gegen die Polen ins Leben gerufen. Niemand von uns denkt an eine Polenhetze. Auf Grund der von uns abgegebenen Erklärungen stehen Reichskanzler, Staatsregierung und die obersten Behörden in Posen uns durchaus sympathisch gegenüber. (!!). Wenn die Polen jetzt darüber Wuth schmauben, dass wir uns erdreistet haben, einen deutschen Verein zu gründen, so kann man ihnen diesen Sport nicht legen; wir schweigen die ganze polnische Presshetze todt, da wir bessere Dinge zu thun haben, als uns in einen Federkrieg einzulassen. Die in dem einliegenden Briefe des „Posener Tageblattes“ erwähnte Tartaren-*

geschichte soll sich in Wongrowitz zugetragen haben. An den Verein sind bis jetzt keine Schreiben der beiden Minister eingegangen. Immerhin wäre es interessant, in der Sache Aufklärung zu verschaffen. Vielleicht haben Sie die Liebenswürdigkeit mir etwas Näheres zum diskretesten (!) Gebrauch mitzuteilen.

In vorzüglicher Hochachtung  
Euer Hochwohlgeboren  
sehr ergebener  
H. v. Tiedemann-Seeheim  
Major a. D. und Rittergutsbesitzer.

Landrat v. Miesitschek an v. Tiedemann.

Vertraulich! Zurück. H. v. T. Wongrowitz, den 8 Dez. 1894.  
Hochverehrter Herr Major!

Gestatten Sie mir für die freundliche Zusendung meinen herzlichsten Dank zu sagen. An der ganzen Mitteilung des „Dziennik (scil. Poznański“ Verl.) ist auch nicht ein wahres Wort. 2 Schmiede, auf welche die Angaben passen würden, gibt es hier gar nicht. Von einer deutschen Agitation ist hier leider noch kaum und ebensowenig vom polnischen Boykott die Rede. Die Bestrebungen des Vereins zur Wahrung deutscher Interessen sind mir gut vertraut und ist mir mit der Gründung des Vereins ein grosser langgehegter Wunsch in Erfüllung gegangen, dass endlich die deutsche Agitation einmal ihren lediglich amtlichen Charakter abstreift, den sie hier zu Lande wenigstens hat, und in der Privattätigkeit analog der polnischen vorgeht.

Als Beamter kann ich dem Verein nominell nicht angehören: selbstverständlich aber freue ich mich, demselben mit allen Kräften zur Verfügung stehen zu dürfen. Hoffentlich bietet sich hier auch bald einmal Gelegenheit zu einem tüchtigen Eingreifen des Vereins.

In vorzüglichster Hochachtung habe ich die Ehre zu sein  
Euer Hochwohlgeboren  
sehr ergebener  
v. Miesitschek.

Wie interessant sind doch diese beiden Briefe! v. Tiedemann wärmt auch hier die Mär auf, dass der Verein für die Deutschen, nicht aber gegen die Polen ins Leben gerufen ist, beteuert noch dass „niemand an die Polenhetze denkt“, betreibt aber wenige Zeilen weiter die übelste Polenhetze auf Grund



einer, wie es sich gezeigt hat, erfundenen (wahrscheinlich von dem Herrn v. Tiedemann selbst u. von ihm in die Presse lanzierten) Nachricht des sattsam bekannten Hetzblattes „Posener Tageblatt“. Er bittet den Landrat um Aufklärung zum „diskretesten“ Gebrauch. Der Landrat schreibt „vertraulich“ zurück, kann nichts aufklären, bedauert, dass es eine deutsche Agitation und einen polnischen Boykott in Wongrowitz leider nicht gibt, hofft u. freut sich aber, dass der Ostmarkenverein in dieser Hinsicht bald Abhilfe schaffe. „Nominell“ kann er als Beamter dem Ostmarkenverein nicht angehören, stellt sich ihm aber „selbstverständlich“ mit allen Kräften zur Verfügung.

Der Landrat v. Miesitschek hat übrigens die heimlichen Absichten, die die preussische Regierung mit dem Ostmarkenverein bezweckte, sehr schnell begriffen: „dass endlich die deutsche Agitation einmal ihren lediglich amtlichen Charakter abstreift“, sagt er und bekennt damit, dass der Ostmarkenverein, als heimliche Nebenregierung, die von der offiziellen preussischen Regierung amtlich verfolgte, weniger wirksame Germanisierungs- u. Ausrottungspolitik privatim desto wirksamer betreiben soll.

### „Der Bruch soll in eklatanter Weise von den Polen ausgehen“.

Ein besonders grelles Licht auf die heimliche und höchst wirksame Mitarbeit der preussischen Staatsregierung bei der Tätigkeit des Ostmarkenvereins wirft der nachfolgende vertrauliche Brief, den der Ober-Präsident von Posen, Freiherr von Wilamowitz-Möllendorf, der höchste Beamte der Provinz, am 23. Dezember 1894 an Herrn von Tiedemann schrieb. Freiherr von Wilamowitz-Möllendorf hat es verstanden, die Polen gründlich einzuseifen; er galt bei ihnen als ein objektiver, hakatistischen Einflüssen unzugänglicher Mann, trat offen nie als Polenfeind auf, heimlich aber, hinter den Kulissen arbeitet er dem Ostmarkenverein eifrigst in die Hände und offenbart den polnischen Einwohnern seiner Provinz gegenüber eine höchst verwerfliche Gesinnung.

Im Jahre 1895 wurde eine Provinzialausstellung veranstaltet. Der höchste Beamte der Provinz, dessen Bemühen doch darauf gerichtet sein müsste, dass diese Ausstellung ein möglichst wirklichkeitstreuens Spiegelbild des Gewerbefleisses der Bevölkerung seiner Provinz darstellt, rechnet im Gegenteil damit, dass die überwiegende polnische Mehrheit der Provinzeinwohnerschaft sich an der Ausstellung nicht beteiligt ((die Polen haben übrigens, trotz aller diesen Machenschaften, an der Ausstellung teilgenommen); der Herr Oberpräsident versichert den Chef der Nebenregierung, dass „er es ganz gerne sehen würde“, wann der Bruch in dem friedlichen Zusammen-



leben der Polen und Deutschen „in eklatanter Weise“ von polnischer Seite ausgehen würde, woraus sich doch ergibt, dass preussische Regierung und Nebenregierung einen solchen Bruch planmässig vorbereitet und darauf hingearbeitet haben. Sehr bezeichnend ist ferner, dass der Oberpräsident den seine verhetzenden und brunnenvergiftende Tätigkeit beginnenden Ostmarkenverein versichert, dass er gegen die infolgedessen zu erwartenden recht vielen polnischen Demonstrationen „mit allen Mitteln“ vorgehen wird, dass er also die Aktion der Nebenregierung „mit allen Mitteln“ unterstützen wird. Wer das frühere preussische Regierungssystem kennt, der gibt sich wohl keinen Illusionen hin darüber, was hier die Worte „mit allen Mitteln“ bedeuteten, nämlich: mit erlaubten u. unerlaubten, mit gesetzlichen und ungesetzlichen, mit moralischen und unmoralischen Mitteln.

Das dem Herrn Oberpräsidenten bereits eine entsprechende Anweisung aus Berlin zugegangen war, den Ostmarkenverein als heimlich eingesetzte Nebenregierung für die Polenausrottung anzuerkennen, ergibt sich schliesslich aus seiner Bitte an den Herrn v. Tiedemann, ihm „bemerkenswerte Wahrnehmungen“ (lies: Denunziationen), auf diesem Gebiete mitzuteilen u. ihm dadurch seine Aufgabe, die beiden Nationalitäten aufeinander zu hetzen, zu erleichtern.

Der „vertrauliche“ Brief des Oberpräsidenten Freiherrn v. Wilamowitz-Möllendorf lautet folgendermassen:

**Vertraulich!**

Posen, 23. 12. 94.

Euer Hochwohlgeboren

*beehre ich mich mit verbindlichstem Dank für die gefällige Zuschrift von gestern nebst Anlage ergebenst mitzuteilen, dass ich mir schon vor einiger Zeit von dem Vorsitzenden des Ausstellungskomités, Stadthaurat Gründer, über die Anmeldungen aus dem Ausland habe Vortrag halten lassen. Da seiner Mitteilung zu Folge in der Tat einige derartige Anmeldungen aus Galizien und Russisch-Polen eingegangen und nicht zurückgewiesen worden sind, obgleich Nr. 3 des Programms das Ausstellungsgebiet auf die Provinz Posen und andere Provinzen (natürlich doch Preussische) beschränkt, so forderte ich die Rückgängigmachung der ausländischen Meldungen. Herr Gründer bat nun dringend, in Rücksicht auf die sehr untergeordnete Bedeutung und geringe Zahl der ausländischen Aussteller, welche er noch durch die Platzmiete abschrecken (!) wollte, zu gestatten, dass die Sache in nicht auffälliger Weise erledigt werde. Ich habe zunächst einen Nachweis darüber verlangt, wie sich die Raumverhältnisse der deutschen und*

polnischen Aussteller verhalten, und was etwa an Raum für ausländische Aussteller beansprucht wird; ist dies Letztere schliesslich ganz unwesentlich, so möchte ich vermeiden, auf das Ausstellungskomiteé zu einer Art von Zurückziehung gegebener Zusage hinzuwirken, zumal mir dazu ein eigentlicher Rechtsboden fehlt. (!). Ich glaube überhaupt noch nicht an eine faktische Beteiligung der Polen bei der Ausstellung, würde es aber ganz gern sehen, wenn der voraussichtliche Bruch in eklatanter Weise von ihrer Seite ausginge.

Für das nächste Jahr sind recht viele polnische Versammlungen, Demonstrationen etc. geplant. Dass ihnen mit allen Mitteln begegnet werden muss, ist für mich nicht zweifelhaft, ich halte mich jetzt aber auch der Zustimmung in Berlin sicher, wenn die Zügel ohne sonstige Rücksicht festgezogen werden.

Soweit ich bis jetzt berichtet bin, herrscht aber auch eine Strömung im polnischen Lager, welche gegen äussere Ausbrüche ihrer im Uebrigen ja ganz allbekannten Denkweise ist.

Wenn Euer Hochwohlgeboren auf diesem Gebiete bemerkenswerte Wahrnehmungen macht, so werden Sie mich immer sehr verbinden und mir meine Aufgabe erleichtern, indem Sie mir dieselben mitteilen.

Mit d. Ausdruck d. vollkommenen Hochachtung

Frhr. von Wilamowitz.

Die herzliche Intimität des heimlichen Ministers v. Tiedemann mit dem höchsten Beamten der Provinz hat dann in der Folge noch zu weiteren, höchst persönlichen Beziehungen ganz materieller Natur geführt. Herr v. Tiedemann scheint dem Oberpräsidenten zu gewissen vermögensrechtlichen Vorteilen verholfen zu haben, hat ihm auch geholfen, die Einkommensdeklaration aus seiner Zuckerfabrik entsprechend abzufassen. (Wenn der Leser nicht weiss, was damit gemeint ist, so erkundige er sich bei den Fachmännern in der Steuereinschätzung der ostelbischen Junker.)

Der Abschluss der beiderseitigen Beziehungen war übrigens der beiden Ehrenmänner würdig. Der „Minister“ Tiedemann war des Provinzialchefs überdrüssig geworden, denunzierte seinen „ihm stets in dankbarer Anhängigkeit ergebenden“ Freund bei Miquel als zu schlapp u. der Freiherr von Wilamowitz-Möllendorf verschwand in der Versenkung. (Näheres darüber auf Seite 64.)

### Das Jahr 1895.

Das im Jahre 1894 Begonnene wurde in dem folgenden Jahr ausgebaut und vervollständigt. Weitere Kreise der Behörden wurden zur Sympathie für diesen merkwürdigen

„unpolitischen“ Verein „erzogen“. Es fallen in dieses Jahr nicht weniger wie 34 Korrespondenzen mit verschiedenen hohen und höchsten Behörden, die in dem I. Fascikel der Aktensammlung „Behörden“ des Centralbureaus des Ostmarkenvereins gesammelt sind.

Wir veröffentlichen im nächsten Kapitel die wichtigsten dieser Schriftstücke.



## Der Ostmarkenverein als „Vorkämpfer des Protestantismus“.

Oeffentlich führte sich der Verein „zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken“ als interkonfessioneller Verein ein und diese Maske trägt er noch heute. Hinter seinen Kulissen sieht es aber anders aus. Der Verein ist in erster Linie ein protestantischer Verein, der für die protestantische Sache kämpft, in seinen Sitzungen wird die „Los von Rom“-bewegung besprochen, er bemüht sich um Anstellung protestantischer Pastoren und sogar Richter (nicht etwa nur deutscher), beschafft der Ansiedlungs-Kommission im Jahre 1904 nur evangelische deutsche Rückwanderer aus Galizien und Russland, er unterhält enge Beziehungen zu dem Alldeutschen Verband und dem Reichsverband gegen den Ultramontanismus, der deutschen Katholiken in den polnischen Provinzen nimmt er sich aber nur deshalb an, weil er hofft, mit ihrer Hilfe einen Keil zwischen die deutschen und polnischen Katholiken zum Nutzen des Protestantismus zu treiben. Er unterstützt nur zu diesem Zwecke die mit Hilfe der Posener Regierung gegründete „Katholische Rundschau“ und die sogenannten deutschkatholischen Vereine. Er ist eben ein *Vorkämpfer der protestantischen Idee* — in Posen und Westpreussen; dass er das von Anfang an war, erhellt aus dem nachfolgenden Briefwechsel des Herrn v. Tiedemann mit dem Generalsuperintendenten Dr. Hesekei in Posen:

9. Januar 95.

*Hochverehrtester Herr General-Superintendent!*

*Der Predigtamtskandidat Oscar Schultz in Berlin W. Kyffhäuserstrasse 16 III., welcher die Prüfung pro ministerio im vorigen Jahre mit „gut“ bestanden hat, möchte als Pfarrer in der Provinz Posen angestellt werden und wird bei Euer Hochwürden dieserhalb vorstellig werden. Ich kann denselben warm empfehlen. Er hat meinen Sohn Helmuth Privatstunden gegeben. Ich habe in ihm einen Theologen von festem, freudigem Bekenntnisse gefunden; im Uebrigen ist er ein taktvoller, sehr frischer, fleissiger, praktischer Mensch von guten Formen; meines Wissens ist er verlobt. Wie ich höre, verlässt Pastor*

Schmidt Opalenitza. Dorthin würde Schultz ganz besonders passen. Sein offener Blick und sein praktischer Sinn würden es ihm leicht machen, die in Opalenitza der Kirche noch kühl gegenüberstehenden evangelischen Glaubensgenossen zu sammeln und zu kirchlichem Leben heranzuziehen. Dies war dem Pastor Schmidt bei seinen sonst vortrefflichen Eigenschaften nicht gegeben. Gern würde ich meinen in Opalenitza nicht unbedeutenden Einfluss für die Consolidierung der dortigen kirchlichen Zustände zur Verfügung stellen. Die Zuckerrfabrik hat neuerdings wiederum 2000 M. hierfür bewilligt (!).

Nun noch ein Wort über unseren Verein. Seiner Grundregel nach nimmt er alle Confessionen, Berufsarten und Parteien auf. Insonderheit tritt er auch energisch für die am meisten der Polonisierung ausgesetzten deutschen Katholiken ein; mit Nachdruck haben wir auf das Recht derselben, Gottes Wort in deutscher Sprache zu vernehmen, hingewiesen. Auch gegen diejenigen Juden, welche sich freiwillig zum Eintritt in unseren Verein melden, verhalten wir uns nicht ablehnend in der Erwägung, dass der Jude in unserer Provinz durch seinen Anschluss an uns ein deutsches Bekenntnis ablegt und sich der Gefahr der geschäftlichen Boykottierung von polnischer Seite aussetzt. Es wäre ein Unrecht an der deutschen Sache, ihn zurückzustossen. Uebrigens werden nur sehr wenige Juden den Muth haben, mit uns zu gehen. Aber im Grossen und Ganzen ist unser Verein doch ein Vorkämpfer für die evangelische Sache: Die ganze Leitung liegt in evangelischen Händen. In dieser Erkenntnis betheiligen sich auch viele evangelische Geistliche im Regierungsbezirk Posen freudig und erfolgreich an unseren Aufgaben.

Wir sind wahrlich kein Kampfverein gegen die Polen, sondern ein Rettungsverein für die Deutschen; wir treiben keine Agitation. Deshalb ist die Mitarbeit an unseren Aufgaben durchaus verträglich mit den Pflichten des geistlichen Amtes und der christlichen Nächstenliebe (!!). Im Bezirk Bromberg verhalten sich die Geistlichen aber merkwürdig kühl gegen uns, an der Spitze mein verehrter Freund Sara (?) aus mir unbekanntem Gründen. Ich würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie, hochverehrter Herr General-Superintendent, gelegentlich den Bromberger Geistlichen einen empfehlenden Wink (!) zum Anschluss an unseren Verein zukommen lassen möchten.

In alter unbegrenzter Verehrung

Ihr ergebenster

H. v. Tiedemann-Seeheim.



Und die Antwort des Herrn Generalsuperintendenten Dr. Hesekiel lautet:

Posen, 17. Januar 1895.

Hochgeehrter Herr Rittmeister!

Für Ihr werthes Schreiben vom 9. d. Mts. herzlich dankend, spreche ich Ihnen auch meinerseits meine Freude über die Begründung des Vereins zur Förderung des Deutschtums aus, und danke Ihnen herzlichst, dass Sie an denselben so viel Eifer, Kraft und Liebe gewandt haben.

Nach den Erfahrungen, die die Staatsbehörden hier inbetreff der deutschen Katholiken gemacht haben, auch der von Geschäftsinteresse bestimmten Haltung der Juden, glaube ich nicht, dass der Verein viele und zuverlässige Deutschkatholische und jüdische Mitglieder gewinnen wird, aber ich kann es begreifen, dass er ebenso sehr gescheut hat, die Mitgliederschaft auf evangelische Deutsche zu beschränken. Es wäre damit anderes geworden, als es werden sollte. Auch werden vielleicht die Verhältnisse im Osten nicht überall völlig denen in der Provinz Posen gleichen.

Ich sehe die Aufgabe des Vereines in idealer Beziehung darin, dass er den Sinn und das Gewissen für nationale Ehre, Treue und Verpflichtung weckte, in praktischer Beziehung, dass er die Existenzfähigkeit der Deutschen sowohl in ihrer Gesamtheit wie in ihren einzelnen Individuen stärkte. Ebenhierin berühren sich seine Ziele mit denen der evangelischen Kirche; denn soweit ich die Geschichte der Deutschen in der Provinz Posen kenne, sind sie existenzfähig nur insoweit sie mit Bewusstsein evangelisch sind. Sicherlich aber ist, dies vorausgesetzt, auch eine Pflicht der Gesamtheit, mag man sie nun deutsche Nation oder evangelische Kirche (sic!) nennen, dem einzelnen in dem Bestreben seine Existenz sich zu erhalten und auf Grund derselben seinen Mitmenschen zu dienen, mit Kraft und Treue zu unterstützen.

Es ist trotzdem sehr begreiflich, dass nicht wenige Geistliche grosse Bedenken haben, dem Vereine sich anzuschliessen. So sehr Polen und Juden sich zu den verschiedensten Zwecken vereinigen, so wenig können sie es vertragen, wenn Deutsche dasselbe tun. Nun stehen ohnehin viele evangelische Geistliche einer erdrückenden Mehrheit von Polen gegenüber. Sie müssen mit ihnen zusammenleben, weil sie sie nicht entbehren können. Manche sind abhängig von polnischen Patronen. Manche stehen zu der polnischen Bevölkerung in gutem freundlichem Verhältnis. (!!) Sie werden fürchten, ihre persönliche Lage und die der Gemeinde durch den Anschluss an den Verein zu gefährden. Die Vorzeichen, dass diese Befürchtung nicht unbegründet ist, sind bereits vorhanden. Viele



werden auch fürchten, dass, ganz abgesehen von der einzelnen Gemeinde, durch die Agitation des Vereins, durch die gewöhnlich in einer solchen Agitation besonders eifrigen und oft masslosen jugendlichen Elemente die Leidenschaft erregt und allerlei Friktionen hervorgerufen werden.

Sie werden deshalb, Hochverehrter Herr Rittmeister, sich nicht wundern dürfen, wenn manche Geistliche, namentlich solche, die wie Sdp. Jakan ein Aufsichtsamt haben, zunächst eine abwartende Stellung zu dem Verein einnehmen und es namentlich scheuen werden, sich unmittelbar an der Gründung und Leitung von Lokalvereinen zu beteiligen.

Jedenfalls dürfen Sie überzeugt sein, dass ich mich bemühen werde, unter den Geistlichen unserer Provinz Missverständnisse zu beseitigen und das Verständnis für den Verein wie die Beteiligung an seinen Tätigkeiten zu fördern.

In aufrichtiger Verehrung und Hochachtung

Ihr ergebenster

Hesekiel.

Der Erfolg dieser Korrespondenz war, dass am 31. Januar 1895 unter der Nr. 516 an die evangelischen Pastoren in Posen folgende Consistorial-Verfügung erging:

„.....eröffnen wir Ew. Hohehrwürden, dass gegen eine Beteiligung der evangelischen Geistlichen der Provinz Posen an dem Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken unsererseits grundsätzlich nichts zu erinnern ist. Ob und inwieweit es aber für die einzelnen Geistlichen angebracht ist, an dieser Bewegung in leitender oder hervorragender Stellung tätigen Anteil zu nehmen, ....müssen wir.... der pflichtmässigen Prüfung und Entscheidung der Geistlichen überlassen, ob eine solche Mitarbeit ohne Benachteiligung der Pflichten und Aufgaben ihres Amtes angängig ist“.

Eine ähnliche Korrespondenz wurde zwischen der neuen Nebenregierung und dem Generalsuperintendenten von Westpreussen, Dr. Meyer, geführt und zwar mit dem gleichen Erfolg. Seit dieser Zeit sind viele evangelische Pastoren eifrige Förderer des Ostmarkenvereins, weil sie ja von Amtswegen und aus den Erfolgen der Wühlarbeit des von ihnen unterstützten Vereins wissen, dass sie zugleich Vorkämpfer des Protestantismus gegen den Katholizismus sind. Man sieht, wie Recht der hochgeachtete Zentrums- Abgeordnete Freiherr v. Schorlemer-Alst, dessen Sohn als Minister leider in entgegengesetztem Sinne wirkte, mit seinem bekannten Ausspruch hatte: „Germanisation ist Protestantisation!“

Dass die evangelischen Pastoren in Preussen aber sich dazu hergaben, die Aktion des Ostmarkenvereins zu unter-

stützen, bleibt für alle Zeiten eine Schmach! Es zeugt davon, wie tief der *landeskirchliche* Protestantismus in Preussen gesunken ist, wenn seine offiziellen Vertreter, die öffentlich das Evangelium von der Liebe verkündeten, heimlich bei der menschenfeindlichen und brunnenvergiftenden Propaganda des Ostmarkenvereins mitwirken konnten.

Aber nicht nur bei den offiziellen Vertretern der evangelischen Kirche hat Herr v. Tiedemann um Hilfe angeklopft, sondern er hat auch die preussische Staatsregierung im Sinne einer protestantischen Propaganda zu bearbeiten gesucht. Am 18. Februar 1895 hat der Vorstand des Vereins an den *Finanzminister Miquel* — der die Polenverfolgung infolge einer offenbar pathologischen Veranlagung als besondere Liebhaberei betrieb, trotzdem sie nicht zu seinem Ressort gehörte — eine längere, von einem evangelischen Pastor in der Provinz Posen verfasste Denkschrift als Material übersandt. Es wird darin über den angeblichen Rückgang des Deutschtums in der Provinz Posen geklagt und für *den Ausschluss der deutschen Katholiken* bei dem Ansiedelungswerk Propaganda gemacht. Aus der Fülle der tendenziösen und irreführenden Angaben dieses Schriftstückes greifen wir folgende heraus:

**Nein, nicht einen einzigen deutschkatholischen Mann sollte man hierherbringen; wir wissen doch aus Erfahrung, dass die deutschen Katholiken alle herumgeholt werden, und diese Elemente sollen durch staatliche Fürsorge wie ein Pfahl in das deutsche Fleisch dieser Provinz zu Germanisierungszwecken hineingetrieben werden?**

*Hier, in unserer Provinz (der Mann stammt ja gar nicht aus derselben! Anm. d. Verf.), kann und wird sich noch auf 100 Jahre das Deutschtum gerade so weit, als es evangelisch, halten und stärken....*

*Einschalten muss ich zunächst an dieser Stelle die Versicherung, dass nach meiner nun Jahrzehnte (im ganzen waren es nur 2 Jahrzehnte! Anm. d. Verf.) langen Erfahrungen hier in unserer Provinz tatsächlich die nationalen und konfessionellen Gegensätze auf dem Kampfplatz identisch sind; ein katholischer Deutscher ist, mindestens gesagt, unterwertig im Kampfe, selbst wenn er sich zu apathischer Neutralität versteht; das Deutschtum wird nur als evangelisch sich widerstandsfähig beweisen. Mag man anderwärts und auch höheren Orts solche Ansicht für engherzig ansehen, sie bewahrheiten sich täglich und überall in der Erfahrung, dass der Katholizismus sich dem Polonismus beugt; in der dritten Generation bewahrt sich keine einzige deutsche Familie ihre Nationalität.*



*Das sind — ruft der Kronzeuge des Herrn v. Tiedemann mit Emphase — Tatsachen, keine vage Theorie“.*

So tendenziös und den Tatsachen direkt widersprechend wurden die Minister durch die Nebenregierung informiert, und da wunderten sich die deutschen Katholiken und ihre parlamentarischen Vertreter, dass z. B. die Ansiedlungs-Kommission deutsche Katholiken von der Ansiedlung auf ihren ebenso mit Steuergeldern der Protestanten wie der Katholiken erworbenen Gütern in den Ansiedlungsprovinzen fast gänzlich ausgeschlossen hat!

Germanisation ist eben Protestantisation!

### **Die persönlichen Beziehungen zwischen dem Chef der Nebenregierung und dem Oberpräsidenten v. Wilamowitz.**

Der Oberpräsident von Posen, Freiherr v. Wilamowitz-Möllendorf, scheint anfang 1895 wegen seiner Zuckerfabrik Schwierigkeiten gehabt zu haben. Er fand in Herrn von Tiedemann den Helfer, der sich um seine Steuerdeklaration aus der Zuckerfabrik bemüht hatte, ihm mit Hilfe des Direktor der Zuckerfabrik Montwy, Göcke, von einer ernststen Sorge befreit hat. Tiedemann wird dafür zum Mitwisser verschiedener vertraulichen Dinge, und sogar zum Berater in wichtigen amtlichen Angelegenheiten.

Für solche Leser, die früher den Gang der Dinge nur wie er sich vor den Kulissen abgespielt hat, zu sehen bekamen, werden die nachfolgenden 5 Briefe des Oberpräsidenten v. Wilamowitz-Möllendorf an den Vorsitzenden des „unpolitischen“ Ostmarkenvereins von ganz besonderem Interesse sein. Der Oberpräsident hat sie eigenhändig auf seinem Briefpapier mit eingedrucktem freiherrlichen Wappen geschrieben; photographische Abzüge davon sind angefertigt und befinden sich in meinen Händen.

Posen, 12. 1. 95.

*Mein verehrter Herr von Tiedemann!*

*Zu meinem grossen Bedauern werde ich am 25. nicht hier sein können, am 22. Abends (nach der Generalversammlung der Landschaft) will ich nach Berlin fahren, wo am 24. das Johanniter-Kapitel tagt, am 23. Vorsprechung und am 25. werde ich wohl erst zu den Geschäften in den Ministerien-etc. kommen, die ich schon immer in Berlin habe. Natürlich werde ich Sie und Herrn Göcke (Direktor der Zuckerfabrik in Montwy bei Inowrazlaw. Ann. d. Verf.) sehr gern sprechen, kann aber den Zeitpunkt von Berlin beim besten Willen nicht vorher genau feststellen; vermutlich natürlich zu 27. hier sein. Da Sie zur Generalversammlung der Landschaft doch sicher*



hier sind, ist es Ihnen vielleicht möglich, mich am 21. abends oder am 22. früh aufzusuchen? Jedenfalls stehe ich dann gern zu Ihrer Verfügung.

Ich gratuliere zur schnellen Ausbreitung Ihres Vereins und namentlich dazu, dass es Ihnen bisher gelungen ist, Ihrem Programm getreu, alle Schritte, welche das friedliche Zusammenleben mit den Polen zu beeinträchtigen begründete Veranlassung geben könnten, zu vermeiden (??), trotz der bekannten, masslosen Haltung ihrer Presse. Neuerdings fangen sie an, die Kreistage zu Demonstrationen zu benutzen. Ich erlasse deshalb, (wie ich Ihnen vertraulich sage,) heute eine ernste Circularverfügung an die Landräte. Famos und mit gutem Erfolg hat ihnen Bernuth in Kosten (es haben dort die polnischen Rittergutsbesitzer eine ernste Verwahrung gegen die durch den Ostmarkenverein gestörte Eintracht unter deutschen und polnischen Einwohnern eingelegt. Ann. d. Verf.) geantwortet. Da ist denn auch bester Friede. Aber nicht überall geht es so gut und kurz, wer kann alles in einer Person sein?

Stets in dankbarer Anhänglichkeit  
Ihr ergebener

Frh. v. Wilamowitz.

Posen, 16. 1. 95.

Ich bin Ihnen ganz besonders dankbar, mein hochverehrter Herr von Tiedemann, dass Sie es ermöglicht haben, nun am 21. mit Herrn Göcke zu mir zu kommen. Ich erwarte Sie also an diesem Tage um 4 $\frac{1}{2}$  Uhr und darf nun wohl die Bitte anschliessen, dass Sie dann, — dasselbe habe ich von Göcke erbeten, — um 6 $\frac{1}{2}$  unser Mittagessen mit uns teilen — natürlich in gewöhnlichem Tages- oder Reiseanzug.

Wegen Schrimm war gestern der Landrat auf meine Veranlassung zu einer Vertretung von Regierungspräsident hierher beordert. Eine Notiz hierüber wird hoffentlich das „Tageblatt“ (scil. „Posener Tagebl.“) bringen. Er will immer im ausdrücklichen Einverständnis mit den Deutschen gehandelt haben und soll dies zunächst nachweisen. Was ich zuerst vorhatte, seine Dispositionsstellung zu beantragen, wird kaum angezeigt sein. Es ist nicht schlimm, dass ich immer alles und allein machen muss — dann ist auch Jagow (damaliger Regierungs-Präsident in Posen) in Berlin, kurz es muss eben geschafft werden!

Die Sache mit Krakowski (scil. Bürgermeister i. Adelnau. Verf.) habe ich damals dem Erzbischof sehr übel genommen und ihm nicht geschenkt. Es war einer der vielen Fälle, in denen er gegen Likowski nicht aufkommen kann, und in dieser

Beziehung muss ich auch mit der tatsächlich sehr schwierigen Situation rechnen, in der er sich befindet. Das wissen wenige so genau wie ich. Aehnlich wissen wenige meine Schwierigkeiten auch nur zu vermuten! Nun gilt es, die Landwirtschaftskammer im Landtag durchzubringen, welche vorgelegt wurde. Kommen dagegen deshalb die Polen dafür, — so kann es gehen, gefällt es mir aber nicht. (Der „Vater“ der Provinz würde es ungern sehen, wenn die polnischen Abgeordneten seiner Provinz für ein von der Regierung eingebrachtes Gesetz stimmen! D. Verf.).

Auf Wiedersehen!

Frh. von Wilamowitz.

Posen, 31. 1. 95.

Hochverehrter Herr von Tiedemann!

Wenn ich nicht so über die Massen jetzt durch Dienstgeschäfte in Anspruch genommen wäre, hätte ich Ihnen längst für Ihren Brief vom 25. gedankt und die grosse Mühe, die Sie sich wegen meiner Einkommendeklaration aus der Zuckerfabrik noch gegeben haben. Ich muss diese Sache jetzt wesentlich Herrn Göcke überlassen, welcher auch die Deklaration zur Gewerbesteuer bestimmt und ich bin überhaupt sehr froh, gerade jetzt meine schwierigsten Privatangelegenheiten in so bewährten, von Ihnen mir zugeführten Händen zu wissen, wo ich absolut keine Zeit dafür habe. Ueberall ist jetzt der Teufel los und fast alles kommt jetzt zu mir, was in früheren Instanzen längst seine Erledigung finden sollte. Schliesslich bin ich froh, wenn es nur überhaupt erst bei mir ist, es ist zum Verzweifeln, aus den Dingen trotz allem Drängens nicht von der Stelle zu rücken!

Wenn Sie wieder hierher kommen, zum Bezirksausschuss oder zu andern Zwecken, habe ich dann wohl Aussicht, Sie zu sehen und zu sprechen? Es wird mir das immer von grösstem Wert sein, ich werde über viele Dinge ihr Urteil zu kennen wünschen und gebe die Hoffnung nicht auf, dass unter Umständen auch das Meine von Wert für Sie sein könnte.

In aufrichtiger Hochachtung und Ergebenheit

Ihr

Frhr. von Wilamowitz.

Posen, den 8. 3. 95.

Hochverehrter Herr von Tiedemann!

Haben Sie meinen herzlichsten Dank für Ihren Brief und seine Anlagen. Ich bin nicht zu den Sitzungen des Stadtrats befohlen, deshalb war mir aber die Kenntnissnahme von Ihren Ausführungen nicht minder wertvoll. Ich werde diese dem



Landtagsmarschall von Dziembowski-Meseritz zustellen, welcher berufen ist, auch wohl noch mit anderen Herren, welche dazu gehören, zu sprechen Gelegenheit finden, da ich am 12. nach Berlin reisen und am 13. der Versammlung der wirtschaftlichen Vereinigung des Herrenhauses beiwohnen will. Am 11. abends würden Sie mich noch hier treffen, in Berlin wohnen wir wieder bei meinem Schwiegervater, Potsdamerstr. 113, Villa 3 II. Sollte ich Sie hier nicht mehr sehen, so werde ich jedenfalls in Berlin mit Ihnen Fühlung suchen.

Gestern erhielt ich ein Telegramm von Herrn Göcke, dass der Vertrag zwischen meiner Fabrik und ihm bezw. seinen Asocies perfekt geworden. Ich bin dadurch von einer ernstern Sorge befreit und wie erleichtert, um nun wieder mit mehr Muth an die Fortführung meines Amtes gehen zu können. Heute ist der Provinziallandtag geschlossen, der einträchtig und gut gearbeitet hat.

In aufrichtiger Ergebenheit  
Frhr. von Wilamowitz.

Posen, den 20. 5. 95.

Hochgeehrter Herr von Tiedemann!

Indem ich Ihnen das Schreiben des Illguth mit meinem besten Danke zurücksende, möchte ich vertraulich bemerken, dass ich sowohl dem Verfahren, dessen der Dekan Antoniewicz in Bnin beschuldigt wird, als der Boykottierung des Geschäftes der Tochter Illguth — soweit das möglich ist, — auf den Grund zu kommen suchen werde. Ich habe in Bnin in dem dortigen Kantor und Lehrer der evangelischen Schule, Vorsitzenden des Landwehrvereines, einen Mann kennen gelernt, der sehr mutig und vertrauensvoll die deutsche Sache zu vertreten scheint, Gleiches gilt von dem ersten Lehrer der grossen katholischen Schule in Kurnik, — auf die Bestellung der Bürgermeister hat bekanntlich leider die Staatsregierung nur einen beschränkten Einfluss. Aber der Bürgermeister von Kurnik befindet sich schon lange unter besonderer Kontrolle.

Ich weiss nicht, ob Sie von der geradezu verblüffenden Bekanntmachung des Distriktskommissar Schulz in Pinne in polnischer Sprache im Postamt Kenntnis erhalten haben, in welcher er ausspricht, dass er dem Vereine zur F. d. D. nicht angehöre u. s. w... (Der Distriktskommissar Schulz hatte offenbar noch keine Kenntnis von dem heimlich-amtlichen Charakter des Ostmarkenvereins.) Ich brauche wohl Ihnen nicht zu versichern, dass dieser Fall die geeignete Verfolgung finden wird, die schon unbedenklich dem Regierungspräsidenten überlassen kann. Diese unglaubliche Taprigkeit in gänzlicher



*Verkenning seiner Stellung möchte ich gern für eine erfundene Zeitungsnachricht halten, wenn sie nicht in so ganz glaublicher Form von der Posener Zeitung wiedergegeben würde.*

*Es tut mir sehr leid, dass wir neulich unsere Unterhaltung nicht weiter ausdehnen konnten und würde gern bald wieder Gelegenheit haben, über manches mit Ihnen zu sprechen, was nun dort einmal für die Provinz von grösster Wichtigkeit ist. (!!).*

*Ich bitte mich Ihrer Frau Gemahlin angelegentlich zu empfehlen und bin stets in grösster Hochachtung*

*Ihr ergebener  
Frhr. v. Wilamowitz.*

Trotzdem der Oberpräsident den grössten Eifer gezeigt hat, der von Tiedemann geleiteten Nebenregierung ganz in die Hände zu arbeiten, Herrn v. Tiedemann in alle amtlichen Geheimnisse einweihete, sein Urteil zu erfahren wünschte usw., scheinen die beiderseitigen Freundschaftsbezeugungen hier aufgehört zu haben und die herzliche Freundschaft scheint sich in Feindschaft umgewandelt zu haben. Der amtliche Chef der Provinzverwaltung scheint nicht alle Tiedemannschen Ratschläge befolgt und nicht alle Befehle des heimlichen Chefs der Nebenregierung prompt ausgeführt zu haben.

### **Herr v. Tiedemann als „Freund“.**

Um das interessante Thema „Tiedemann-Wilamowitz“ gleich hier abzuschliessen, nehme ich als Schluss des Kapitels einen höchst interessanten Brief des Herrn von Tiedemann an den Minister Miquel vom 22. Juli 1898 vorweg, um zu zeigen, wie von der Nebenregierung die höchsten Beamten der Provinz gestürzt wurden, wenn sie ihr nicht in allem pariren wollten.

Der Finanzminister und Vicepräsident des preuss. Staatsministeriums weilte im Juni 1898 zur Erholung in Wildbad in Württemberg. Es war kurz nach der Wahlschlacht, deren Ausgang in der Provinz Posen den Chef der Nebenregierung enttäuscht hatte. Er schreibt deshalb eine ganz gewöhnliche *Denuntiation* gegen den Mann, mit dem er soeben noch so sehr befreundet war und der ihm so viel vertraut hatte, und hat es damit so eilig, dass er nicht einmal die Rückkehr des Ministers nach Berlin abwartet. Dieser höchst interessante und den hinterlistigen Charakter seines Verfassers so richtig kennzeichnende Brief, dessen Original zu ewigem Andenken photographisch aufgenommen ist, verdient hier niedriger gehängt zu werden. Es erhellt aus demselben, dass Freund Tiedemann den Oberpräsidenten v. Wilamowitz-Möllendorf

schon früher bei Exzellenz Miquel angeschwärzt hat, er tut das jetzt nur noch in einer gründlichen Art und Weise, indem er den Ausfall der Reichstagswahlen in Posen als Vorwand benutzt.

So wollen wir also diesen Erguss einer edlen Seele über uns ergehen lassen:

An  
Exzellenz Miquel  
Wildbad in Württemberg.

Einschreiben!

Seeheim, Bz. Posen, 22. 7. 98.

Hochgebietender Herr Staatsminister!

*Es ist eigentlich unverantwortlich von mir, dass ich mich erküene Eurer Exzellenz kurze Sommerruhe in dem herrlichen Wildbad und in dem behaglichen Hotel Bellevue, wo ich mit meiner Familie wiederholt Stärkung gefunden habe, durch einen abermaligen Stossseufzer in der polnischen Frage zu stören, aber ich weiss, dass Euere Exzellenz diese in ihr Herz geschlossen haben und da darf man immerhin ein wenig aufdringlich werden.*

*Die Reichstagswahlen sind in Westpreussen glänzend verlaufen. Unter der zielbewussten Führung des dortigen Herrn Oberpräsidenten (damals v. Gossler. D. Verf.), gelang es, die Deutschen zu sammeln. Ein vollkommenes Hand in Hand Gehen der Behörden mit dem Ostmarkenverein schuf eine wirklich herzerquickende Einigkeit aller deutschen Wähler.*

*Weniger erfreulich für die deutsche Sache war die Wahlcampagne in der Provinz Posen. Wohl haben die Tausende treuer Männer des Ostmarkenvereins dort ihre Schuldigkeit vollauf getan, aber es fehlte die sammelnde Unterstützung von Oben. Der Herr Oberpräsident Frhr. v. Wilamowitz ist, wie ich gelegentlich früher andeutete (!), keine schaffensfreudige, keine einigende Persönlichkeit; er ist nur hervorragend als Kritiker. Sein Einfluss auf die verschiedenen Strömungen ist ein minimaler; der Bund der Landwirte unter Endells unfähiger Leitung, die katholischen Deutschen, Richterscher Freisinn gehen ihre Sonderwege.*

*Für einen tatkräftigen, geschickten Oberpräsidenten, der überhaupt Fühling mit allen Berufen und Parteien sucht und hält, wäre gerade in der Provinz Posen ein Leichtes, die auseinandergehenden Deutschen zu sammeln. In mehreren Wahlkreisen wurden ganz aussichtslose, ungeeignete deutsche Kandidaten aufgestellt. Mit angemessener Unterstützung von oben war rechtzeitig Abhilfe zu schaffen; — diese Instanz versagte aber.*



Der Präsident von Jagow (damals Regierungs-Präsident in Posen, später Oberpräsident von Westpreussen, ganz der Nebenregierung ergeben. *D. Verf.*), ist redlich bemüht gewesen, bei der Sammlung der Deutschen mitzuwirken; leider ist er aber unbeliebt und gilt — wie ich glaube mit Unrecht — in bürgerlichen Kreisen als ein extrem feudaler Kreuzzeitungsman; sein Einfluss konnte sich daher nicht genügend geltend machen. Lichtblicke gewährt das Zusammenhalten der Deutschen in Meseritz-Bomst und in Bromberg, wo der beliebte Präsident von Tiedemann siegte.

Die dringendste Aufgabe ist für Posen die Bildung eines allgemeinen deutschen Provinzialwahlvereins. Mit meinen Freunden arbeite ich daran. Ob das Werk aber bei der kühlen, jeder positiven Leistung abholden Haltung des Herrn Oberpräsidenten gelingen wird, ist sehr zweifelhaft. (eine richtige Denunziation! *D. Verf.*).

Die Königliche Staatsregierung wird bei ihren Massregeln zur Hebung von Stadt und Provinz Posen bei der Provinzialinstanz ebensowenig eine freudige kraftvolle Unterstützung, sondern nur ein erzwungenes, halb widerwilliges Mitgehen finden (!!).

Viele Besorgnisse herrschen über die Art der Ausführung des Vereinshauses in Posen. Einliegend gestatte ich mir die Ansichten von zwei sehr braven, verständigen Posener Bürgern zu überreichen. Ich kann mich im Wesentlichen nur anschliessen und halte den Bau einer grossen Festhalle für das allein richtige.

Von der Errichtung der Kaiser Wilhelm Bibliothek in Posen verspreche ich mir eine grosse Wirkung. Die jetzige Posener Landesbibliothek würde zweckmässig nach Bromberg verlegt werden, um dieser braven deutschen Stadt zu zeigen, dass man sie über Posen nicht vergisst.

Die im Frühjahr Eurer Exzellenz überreichte kurze Aufzeichnung über die Stadt Wronke gestatte ich mir durch die anliegende Aeusserung des bisherigen Apothekers Richnow zu vervollständigen; der Ostmarkenverein wird seine Pflicht in Wronke tun; aber ohne Mitwirkung der Behörden vermag er dort durchgreifend nicht zu helfen.

Die angeschlossenen Pressestimmen, deren ich übrigens mit Ausnahme der Julinummer der Ostmark fern stehe, sind nicht uninteressant.

Mein Schwiegervater, Herr von Hardt, lässt sich E. Ex. angelegentlich empfehlen u. Ihnen besten Erfolg von Wildbad wünschen; ihm selbst ist die Kur immer sehr gut bekommen.

In wahrhafter Verehrung

Ihr H. v. T.-S.



Der Brief hat seinen Zweck erreicht. Bald darauf erfolgte der Sturz des Oberpräsidenten, dessen Nachfolger der dem Ostmarkenverein mit Leib und Seele ergebene Herr v. Bitter wurde. Wer wagt da noch zu behaupten, dass der Ostmarkenverein nicht die Rolle einer Nebenregierung spielte und seine Ziele nicht auf Hintertreppen mit Hilfe von hinterlistigen Denunziationen zu erreichen wusste! Ist dieser Tiedemannsche Uriasbrief nicht ein klassisches Beispiel dafür, wie der Ostmarkenverein einen Oberpräsidenten zum Sturz brachte? Von da an wussten alle Beamten in Posen, wen sich vor sich und wessen Weisungen sie sich zu fügen hatten.

Wie sagte doch noch der deutsche Dichter und Patriot, Ernst Moritz Arndt: „*Der grösste Schuft im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant!*“

### Das Denunziersystem der Nebenregierung.

Zu den Waffen, mit denen der Ostmarkenverein gleich von Anfang an in ausgiebigster Weise operierte, gehörte das vom ethischem Standpunkt so überaus verwerfliche und den Charakter so verderbende Mittel der Denunziation. Auf diesem Gebiete hat sich der Ostmarkenverein, seine Leiter und Mitglieder, in geradezu hervorragender Weise betätigt. Ich greife hier nur als Beispiel den Fall heraus, wo Herr v. Tiedemann persönlich den Landrat von Pleschen, von Roëll, beim Geheimrat v. Klitzing denunzierte, weil Herr v. Roëll, der als ein Ehrenmann von vornehmer Gesinnung sich vom Ostmarkenverein fernhielt, einer Vorstellung im polnischen Stadttheater in Posen beigewohnt hatte. Der Brief lautet:

*Euer Hochwohlgeboren*

*halte ich mich verpflichtet, anliegende 2 Briefe in Sachen des Landrats v. Roëll zur geneigten Kenntnisnahme und mit dem Anheimstellen, jeden Ihnen zweckdienlich erscheinenden Gebrauch von diesen Schriftstücken zu machen, ganz ergebenst zu überreichen. Die Verfasser der Briefe sind Ehrenmänner (Denunzianten sind bei Herrn v. Tiedemann Ehrenmänner! D. Verf.) und hochangesehene, patriotische Leute: Herr Jules Jouanne insbesondere nimmt eine hervorragende Stellung in der Provinz Posen ein. Wie früher im Kreise Meseritz ist es nunmehr auch im Kreise Pleschen dem Landrat von Roëll vergönnt gewesen, Uneinigkeit unter der deutschen Bevölkerung absichtlich zu erzeugen und zwar in einer Zeit, wo alle gut gesinnten Männer in der Provinz Posen es als erste Aufgabe betrachten, alle sonstigen Unterschiede zu vergessen, und ledi-*

gleich für das Deutschtum einzutreten. Der Landrat v. Roëll hat es nicht für unschicklich gehalten, in allerletzter Zeit mit seiner Frau in Begleitung eines polnischen Edelmanns das polnische Stadttheater in Posen zu besuchen. Jeder, der mit den örtlichen Verhältnissen vertraut ist, wird hierin eine Demonstration gegen das Deutschtum erblicken. Ein Privatmann, der so handelt, würde einfach von der guten deutschen Gesellschaft ausgeschlossen werden.

In vorzüglicher Hochachtung habe ich die Ehre zu zeichnen  
als

Euer Hochwohlgeboren  
ganz ergebenster

H. v. Tiedemann-Seeheim.

Wenn man bedenkt, dass das polnische Theater in Posen ein ernstes Kulturinstitut ist, das seit jeher viel deutsches Repertoire pflegt und unter peinlicher Kontrolle der Polizeizensur steht — wenn man weiter berücksichtigt, dass dieses Theater oftmals von Deutschen besucht und es natürlich keinem anständigem Deutschen eingefallen ist, darin etwas Anstößiges zu sehen, wenn man ferner beachtet, dass Tiedemann eben noch heuchlerisch versichert hatte, dass der Ostmarkenverein nur für das Deutschtum, nicht aber gegen die Polen wirken soll, — so muss man doch wohl zugeben, dass die gegen den Landrat gerichtete Tiedemannsche Denunziation Ausfluss eines geradezu hirnverbrannten Chauvinismus ist und eine Gesinnung verrät, die man gar nicht näher zu charakterisieren braucht.

### Das Denunzieren beim Ostmarkenverein zum System erhoben.

Der Ostmarkenverein hat unter seinem Leiter das Denunzieren zum System gemacht. Es wurden alle und alles denunziert, was irgendwie Herrn v. Tiedemann und seinen Leuten nicht parierte oder ihnen im Wege stand. Es wurden mit diesem Gift alle für den Ostmarkenverein gewonnenen Kreise infiziert und insbesondere der Charakter u. die Gesinnungen der in den polnischen Landesteilen tätigen deutschen Beamten korrumpiert.

So z. B. denunziert am 26. März 1895 ein Kreis-Schulinspektor Grubal aus Fraustadt im Posenschen nicht etwa bei seiner vorgesetzten Behörde, sondern bei dem Chef der Nebenregierung den Dekan Nitzig in Brenno, weil dieser mit der Einführung deutscher Predigten gezögert hat, berichtet, dass er alles, was er über den Dekan als einem „Feind des Deutsch-



tums“ geschrieben hat, von „treuen Lehrern“, die also schon zu Denunzianten erzogen waren, erfahren hat.

Und Herr v. Tiedemann dankt dem Kreisschulinspektor für die Briefe vom 26. und 27. März, wirft den Geistlichen „Jesuitentaktik“ vor, bittet um weiteres Material und versichert zum Schluss:

„Es wird alles, früher oder später, in diskreter Weise verwertet werden“.

### „Jeden einzelnen Fall muss man aufrühren!“

Ein Beamter in Gnesen namens Viedt, der zum Vertrauensmann des Ostmarkenvereins gewonnen wurde, berichtet Herrn v. Tiedemann, dass er vom Vorstande die Vertrauensmännerliste erhalten hat und schreibt dann weiter in denunziatorischer Weise:

*Der Briefumschlag war aber damals so beschädigt, dass man bequem erkennen konnte, was der Umschlag enthielt. Es machte auf mich den Eindruck, dass man das auch beabsichtigt hatte, dass man aber, nachdem man sich überzeugt, dass der Umschlag nichts anderes enthalte als ein schon benutztes Exemplar, ihn nebst Inhalt weiter an seine Adresse gelangen liess...*

Diese Vermutung genügte H. v. Tiedemann um den obigen Brief mit dem Vermerk „Postgeheimnis!“ zu signieren und dem Herrn Viedt in Gnesen in einem Schreiben vom 5. Mai 1895 anzuraten „hiervon der kaiserl. Oberpostdirektion in Bromberg im Wege der Beschwerde Anzeige zu erstatten.“ Er schreibt dann wörtlich höchst charakteristisch:

*....selbst wenn nichts dabei herauskomme, so erreicht man doch eine verstärkte Kontrolle seitens der Postbehörden und eine grössere Vorsicht in Anstellung polnischer Beamten.*

**Jeden einzelnen Fall muss man aufrühren!**

*Unsere Sache geht Gottlob (sic!) allerorten gut vorwärts, namentlich auch im Reich!*

Mit deutschem Gruss

Ihr ergebener

H. v. Tiedemann-Seeheim.

Wir werden gleich sehen, wozu diese angeblich von polnischen Postbeamten verletzten Briefumschläge hakatistischer Postsendungen nötig waren und welche grosse Staatsaktion sie nach sich zogen.



## Ein Techtelmechtel Tiedemanns mit Miquel.

Seeheim, den 20. 9. 1895.

Hochgebietender Herr Staatsminister!

Wegen Erkrankung mehrerer Familienmitglieder längere Zeit vom Hause abwesend und erst vor wenigen Tagen wieder heimgekehrt, hörte ich in Posen, dass es die Absicht der Königlichen Staatsregierung sei, bei der Verwaltung des Museums und der Kais. Willh. Bibliothek in Posen der Provinzialverwaltung einen entscheidenden Einfluss einzuräumen. Hinsichtlich des Museums will mir dies in nationaler Beziehung nicht sehr bedenklich erscheinen, desto mehr aber hinsichtlich der Bibliothek. Von ihr erwarten einsichtige Männer eine dauernde, weittragende Belebung des deutschen Geistes in der Provinz Posen; diese so sehr notwendige Wirkung darf aber in ihrer Entwicklung in keiner Weise durch die Organisation der Bibliothek verwehrt werden. Mit grösster Peinlichkeit muss der blossen Möglichkeit, dass polnischer Einfluss sich auf die Bibliothek erstrecke, vorgebeugt werden. In der Provinzialverwaltung spielt zur Zeit das Polentum eine sehr gewichtige Rolle; es ist nicht abzusehen, wie dies Verhältnis sich im nächsten Jahrzehnt erheblich ändern sollte.

Eure Exzellenz bitte ich inständig, Ihre Hand nicht dazu zu bieten, dass aus falscher Connivenz gegen das Polentum irgend eine Concession bei der Verwaltung der Bibliothek gemacht werde. Sie muss von einem ausgeprägt deutschen Geist durchweht sein. Der polnische Geist bedarf wahrlich keiner staatlichen Fürsorge, er entwickelt sich leider nur zu kräftig aus sich selbst. In der Anlage habe ich mir einige flüchtige Gedanken zu entwickeln gestattet. Die Ueberweisung der jetzigen Posener Bibliothek an die Stadt Bromberg, möchte ich warm empfehlen. Die dortige brave deutsche Bürgerschaft ist einer Anerkennung würdig. Augenscheinlich sind der hohe polnische Klerus und der Adel durch den stramm deutschen Kurs der Regierungspolitik stutzig gemacht und eingeschüchtert worden; flugs kehren sie die loyale Seite heraus.

Aus hundertjähriger Erfahrung wissen sie, dass sie bei der machtwaltenden Preussischen Staatsregierung jedes Mal einen Erfolg durch derartige Loyalitätsschaustellungen (!!) erreichten.

Ich hege das unerschütterliche Vertrauen, dass diese polnische Komödie bei der jetzigen Königlichen Staatsregierung kein Glück haben wird, wollte mir jedoch erlauben, pflichtgemäss auf diesen polnischen Schachzug aufmerksam zu ma-

chen. Der polnische Bürgerstand betätigt dagegen seine offenkundige Feindschaft gegen alles Deutsche mehr denn je. Noch gestern erzählte mir ein verständiger, vorsichtiger, ruhiger Landrat, dass in einer Stadt seines Kreises ein ganz planmässiger Boykott gegen alle deutschen Gewerbetreibenden gehandhabt werde: es bliebe ihm nichts übrig, als die begüterten Deutschen aus Stadt u. Land zu ermahnen, sich ihrer bedrängten Stammesbrüder durch Zuwendung ihrer Kundschaft anzunehmen. Wirtschaftlich ist der Deutsche dem Polen auch in der Provinz Posen heute gewachsen, wenn er sich nur seiner Macht voll bewusst wird und sie anwendet. Dann wird der Pole Respekt bekommen und sich fügen. Willig ergiebt er sich der Macht unter; übermütig wird er bei nicht angebrachter Milde.

Euer Exzellenz werden gewiss mit Teilnahme vernehmen, dass der Gesundheitszustand meines Schwiegervaters, der sich vor 6 Wochen noch der grössten Frische erfreute, zu sehr ernststen Besorgnissen Anlass giebt.

In wahrhafter Verehrung und Ehrerbietung

E. Ex.  
gehorsamster  
H. v. T.

Alle hier aufgeführten Wünsche des Chefs der Nebenregierung wurden von Miquel natürlich rückhaltslos erfüllt, woraus wieder einmal der innige Zusammenhang zwischen Regierung u. Ostmarkenverein mit aller Deutlichkeit hervorgeht, die „die gleichen Ziele, den gleichen Weg, in völliger Gleichheit gingen.“

Herr v. Tiedemann wirkte aber, mit Wissen und Willen der preussischen Staatsregierung, als Erzieher der Beamten-schaft in den polnischen Landesteilen zur Korruption, als böser Geist, so dass heute wirklich auf die deutsche Beamten-schaft im Osten zu einem grossen Teil der schon erwähnten Anspruch Arndts Geltung hat:

„Der grösste Schuft im ganzen Land,  
Das ist und bleibt der Denunziant!“



## Der erste grosse Schritt.

### Denuntiationen gegen polnische Mittel- und Unterbeamte bei der Post.

In den Jahren 1899, 1900 u. 1901 fanden Massenversetzungen polnischer Mittel- und Unterbeamten aus ihrer Heimat nach kerndeutsche Gegenden statt. Chef der Reichspost war damals der „Urgermane“ v. Podbielski, dessen Stammbaum in der Heraldik des polnischen Landadels zu suchen ist. Diese Massregelungen niederer u. mittlerer Postbeamten, deren ganze Schuld nur in ihrer polnischen Herkunft bestand, und die ihre Pflichten treu u. zuverlässig erfüllten, wurden von den Betroffenen als schweres Unglück empfunden; sie rissen sie aus ihrem Familien- u. Freundeskreis heraus, warfen sie in fremde Verhältnisse, brachten Vermögensverluste mit sich und haben viel Herzeleid verursacht. Der Minister v. Podbielski hat damals diese Massregelungen als wichtige, aus zwingender Notwendigkeit im Interesse des Staates vorgenommene Aktion dargestellt. Er wurde auch von dem Chorus der lakatistischen und alldeutschen Presse dafür als „Heros“, als „Retter“ des Staates vor der Polengefahr gepriesen. Er geberdete sich auch so, als ob diese Massregelungen seine ureigenste Idee gewesen wären. Heute werden wir erfahren, dass der verantwortliche preussische Minister v. Podbielski nur ein Werkzeug des heimlichen preussischen Ministers für die Polenausrottung war, dass Tiedemann der eigentliche und wirkliche Spiritus rector dieser Verordnungen war und dass Podbielski hier gewissermassen nur den Sitzredakteur abgegeben hat.

Der „unpolitische“ Ostmarkenverein, der nach den feierlichen Erklärungen Tiedemanns gar nicht gegen die Polen kämpfen und auch keine Agitation gegen sie betreiben wollte, hat es sich vorgenommen, die wenigen, noch übrig gebliebenen kleinen und mittleren polnischen Postbeamten aus



ihrem Heimatland zu vertreiben. Nicht ganze 4 Monate nach seiner Begründung und den bekannten heuchlerischen Friedensversicherungen, am 26. Februar 1895, richtete er an den damaligen Staatssekretär des Reichspostamts folgende Bitte (damals waren es noch Bitten, heute sind es „Entschliessungen“).

*Verein zur Förderung des Deutschtums  
in den Ostmarken.*

*An den Kaiserlichen Staats-Sekretär  
des Reichs-Post-Amtes,  
Staatsminister, Ritter höchster Orden,  
Herrn Dr. von Stephan  
Exzellenz  
Hier.*

*Berlin, 26. Februar 1895.*

*Euerer Exzellenz beehren wir uns die folgende Bitte gehorsamst vorzutragen:*

*Unter den Beamten der Reichspostverwaltung in der Provinz Posen ist das Polentum stärker vertreten, als für die weitere Entwicklung der dortigen allgemeinen Nationalitätenverhältnisse ratsam erscheint. Angestellte Untersuchungen haben ergeben, dass bei 28 verschiedenen Postämtern der Provinz Posen zwar 55 deutschen Postvorstehern nur 9 polnische, dagegen den 130—140 deutschen Unterbeamten annähernd die gleiche Anzahl polnischer Unterbeamten gegenübersteht. Als besondere Beispiele möchten wir hervorheben, dass in Schildberg von 13 Unterbeamten 2 der deutschen, 11 der polnischen Nationalität, in Kempen und den umliegenden Agenturen 13 der deutschen, 26 der polnischen Nationalität angehören. In Schroda ist das entsprechende Verhältnis 2 : 6, in Kosten 5 : 10.*

*In Kröben besteht das gesamte Personal von 7 Beamten aus lauter Polen. Auch der Vorsteher gilt, obwohl er einen deutschen Namen trägt, als Pole, und die Folge dieser Besetzung ist, wie uns weiter berichtet wird, dass in den Büros des dortigen Postamtes lediglich noch polnisch gesprochen wird.*

*Ohne die amtliche Pflichttreue der polnischen Postbeamten in irgend einer Weise anzweifeln zu wollen, glauben Euerer Exzellenz wir dennoch darauf aufmerksam machen zu dürfen, dass jede stärkere Vertretung des Polentums unter den in der Provinz angestellten Beamten für die weitere Entwicklung friedlicher Eintracht (sic!) zwischen Deutschen und Polen nur hinderlich sein kann. Auch als Beamter vermag sich der Pole nur selten einer Mitwirkung an der offenkundigen und bewussten polnischen, gegen jede engere Zusammengehörigkeit mit dem übrigen Deutschland gerichteten Propaganda zu entziehen.*

Die Zunahme des Polentums im Beamtenstande verschafft daher stets der polnischen Propaganda Eingang in Gebiete, von denen sie im Interesse der Weiterentwicklung unserer östlichen Provinzen streng ferngehalten werden müsste.

Die polnische Bevölkerung wird sich andererseits auch nur dann an den Gedanken einer **unauflöslchen** Verbindung der Provinz Posen mit dem deutschen Reiche gewöhnen, wenn sie in dem Verhalten der Behörden den festen Willen erkennt, diese Verbindung immer inniger zu knüpfen. Ein solcher fester Wille würde aber auf die Dauer nicht seitens der Bevölkerung anerkannt werden, wenn in dem bisherigen Umfange bei der Besetzung der gemischtsprachigen Landesteile von Beamtenstellen Personen berücksichtigt würden, welche durch Geburt, Sprache und persönliche Beziehungen mit dem Polentum unzerreissbar verbunden sind. In rein deutschen Provinzen würden diese Beamten ihren Pflichten ohne Gefahr für politische Unzuträglichkeiten zweifellos sehr wohl nachkommen können.

Der Vorstand:

H. v. Tiedemann-Seeheim, Dr. Heinr. Thiessen,  
Vorsitzender. Schriftführer.

Aber an der Spitze der Reichspost stand damals ein Mann, der als Begründer dieses wichtigen Verkehrsinstituts in Deutschland wusste, dass die Post in gemischtsprachigen Gebieten gemichtsprachige Beamte haben muss, dass also in den polnischen Landesteilen polnisch sprechende Beamte nicht ganz entbehrt werden können, sofern die Post normal funktionieren und der Bevölkerung nützen soll. Er erfüllte nicht gleich die „ergebenste Bitte“ des „unpolitischen“ Vereins und so wurde ein Kleinkrieg auf diesem Gebiete eingeleitet. Man fand es ratsam, zunächst die Provinzial-Postbehörden entsprechend zu bearbeiten.

Am 29. März 1895 wurde vom Vorstand des Ostmarkenvereins an den Ober-Post-Direktor Herrn Thiel in Posen folgender Brief (verschen mit Journal-Nummer 1784/95) gerichtet:

Berlin, 29. März 95.

Euer Hochwohlgeboren!

Ueber die Gefahren, welche dem Deutschtum aus der Anstellung zahlreicher polnischer Unterbeamten im dortigen Bezirke erwachsen, Vortrag zu halten, hat unser Posener Geschäftsführer, Herr von Binzer, sich bereits erlaubt.

In einer eingehenden Vorstellung haben wir die Aufmerksamkeit Seiner Exzellenz des Herrn Staatsministers



*Dr. von Stephan auf diesen Gegenstand gelenkt. Nach den uns vorliegenden Mitteilungen wird vielfach von solchen polnischen Lehrern, welche mit einer Postagentur betraut sind, der mit dieser Stellung verbundene, auf dem glatten Lande nicht zu unterschätzende Einfluss zum Betreiben einer rücksichtslosen polnischen Propaganda missbräuchlich benutzt. (Es wird auch nicht ein Atom eines Beweises für diese Behauptung geliefert! D. Vert.) Für heute gestatten wir uns, nur auf den Postagenten, Lehrer und Organisten **Piatkowski** in Neukramzig, Kreis Bomst, ganz ergebenst hinzuweisen. Nach der Bekundung des Herrn Kreis-Lundrates betreibt derselbe offenkundig polnische Agitation.*

*In vorzüglicher Hochachtung*

*Der Vorstand:*

*H. v. Tiedemann. Dr. Heinr. Thiessen.*

*An*

*den Kaiserlichen Ober-Post-Direktor,  
Herrn Thiel  
Hochwohlgeboren.  
Posen.*

Aber auch die Ober-Postdirektion in Posen wollte auf die Wünsche des Vereins ohne zwingende Gründe nicht eingehen und so suchte man nun nach Beweisen und fabrizierte sie aus ganz nebensächlichen, unter normalen Verhältnissen belanglosen Fällen. Hier so ein klassischer Beweis:

Eine Frau Ida Perschonke will ihre Dorfschänke, verbunden mit einem Kolonialwarengeschäft und 80 Morgen Ackerland durch Vermittelung des Ostmarkenvereins verkaufen. Denn auch mit dieser Art Geschäften beschäftigte sich dieser menschenfreundliche Verein; er wollte dadurch möglichst viele Anhänger gewinnen und sich bei den Deutschen im Osten als vielvermögende Macht darstellen. Er hat diesen Deutschen daher alles mögliche versprochen durch die ihm zur Verfügung stehenden, den übelsten nationalen Chauvinismus treibenden Zeitungen, wie das „Posener Tageblatt“, den „Graudenzener Geselligen“ u. s. w. und durch Aufrufe, die er *im Massenversand* den Deutschen in Posen und Westpreussen durch die Post ins Haus sandte. Von diesen vielen Tausenden Postsendungen sollen einzelne nicht richtig oder gar nicht befördert worden sein, andere wieder sind in beschädigtem Zustande in die Hände der Adressaten gelangt, Dinge, die jeden Tag und überall im ganzen Deutschland vorkamen. Es gab auch viele solche deutsche „Patrioten“, die mit dem Ostmarkenverein Beziehungen unterhalten und von ihm Nutzen haben wollten,



aber auch mit ihren polnischen Mitbürgern auf gutem Fusse leben mochten; diese wollten daher ihren Verkehr mit dem Ostmarkenverein vor den Polen geheim halten. Zu diesen gehörte auch die erwähnte Frau Ida Perschonke in Hochstüblau, Kreis Berent, in Westpreussen. Frau Perschonke wollte ihr Besitztum durch Vermittelung des Ostmarkenvereins vorteilhaft verkaufen, wünschte aber nicht, dass ihre Beziehungen zu dem Ostmarkenverein im Orte ruchbar wurden. Sie bat daher den Verein, mit ihr nicht direkt, sondern durch Vermittlung eines Rentiers F. Salfeld in Bromberg zu korrespondieren und schrieb ihm wörtlich: „...ich hier keine verfänglichen Briefe zur Post (dessen (sic!) Vorsteher auch Stockpole) geben darf“.

Diese als Vermutung ausgesprochene Befürchtung der braven Ida Perschonke, dass der „Stockpole“, der in Hochstüblau, Kreis Berent, das hohe Amt eines Postvorstehers verwaltete, aus der Vereinsfirma auf den Briefumschlägen auf ihren Verkehr mit dem Ostmarkenverein schliessen könnte, nimmt der Chef der Nebenregierung bitter ernst und zeichnet eigenhändig unter ihrem Brief die Worte:

„Wichtig. *Postgeheimnis*“.  
v. T.

Und richtig, er schmiedet daraus einen seiner „Beweise“ gegen die Unverlässlichkeit der polnischen Postbeamten, von denen er noch kurz vorher in der oben angeführten Eingabe an Exzellenz Stephan geschrieben hatte, dass er ihre „amtliche Pflichttreue in keiner Weise anzweifeln will“. Er musste eben, um seinen Polenhass zu befriedigen, „Beweise“ haben und da verlässt ihn die Logik und sogar das Gedächtnis. Er fährt bald darauf nach Graudenz, wo er in dem Redakteur des „Geselligen“, Fischer, und in dem Rechtsanwalt Franz Wagner zwei treue Mitarbeiter für sein Werk des Hasses gefunden hatte, und hält eine jener von Uebertreibungen strotzenden Reden, die ihre Wirkung auf den Michel, dem fortgesetzt von der polnischen Gefahr vorgeredet wurde, nicht verfehlt haben. Er erzählte nach dem Bericht des „Geselligen“, dass „die polnischen Postbeamten *unter dem Einfluss des Klerus (ohne den geht es natürlich niemals! D. Verf.)* Briefe und Drucksachen, welche von dem Verein herrührten, absichtlich (sic!) verloren haben“.

Der Ober-Post-Direktor Thiele in Posen verlangt von ihm Beweise für diese kühne Behauptung in dem nachfolgenden Briefe:

Posen, 22. April 1895.

Nach dem Berichte in anliegender Nr. 180 des Posener Tageblatts vom 18. April sollen Euer Hochwohlgeboren in der

am 17. April in Graudenz stattgehabten Sitzung des Vereins des Deutschtums in den Ostmarken gegen die Briefträger polnischer Nationalität die Beschuldigung erhoben haben, dass sie unter dem Einfluss des Klerus Briefe und Drucksachen, welche von dem Verein herrührten, absichtlich „verloren“, also einer Handlung sich schuldig gemacht hätten, welche nach § 354 des Reichs-Strafgesetzbuches mit Gefängnisstrafe bedroht ist. Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst um gefällige Mitteilung, ob der anliegende Bericht wahrheitsgemäss ist. Zutreffenden Falles würde ich bitten müssen, mir diejenigen Tatsachen näher zu bezeichnen, welche jener Anschuldigung zu Grunde liegen.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor  
Thiele.

An  
den Rittergutsbesitzer  
Herrn v. Tiedemann  
Hochwohlgeboren  
in Seeheim.  
(Bz. Posen).  
11.2909.

Die Antwort, die Herr v. Tiedemann dem Ober-Postdirektor in Posen giebt, ist für deren Verfasser zu charakteristisch, als dass sie hier trotz ihrer Breite verschweigen sollte. Sie lautet:

Berlin, den 26. April 1895.

An den  
Kaiserlichen Ober-Postdirektor  
Herrn Thiele  
Hochwohlgeboren  
Posen.

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom 22. d. Mts. Nr. II. 2909 zu erwidern, dass ich in der vertraulichen Vorstandssitzung zu Graudenz am 17. d. Mts. die mir in der wieder beigefügten Nummer 180 des Posener Tageblattes vom 18. d. Mts. in den Mund gelegte Aeusserung über die polnischen Briefträger nicht getan habe. Der von dem „Graudenzener Geselligen“ veröffentlichte Bericht über die fragliche Vorstandssitzung ist nicht von mir verfasst worden, hat mir vor dem Druck auch nicht vorgelegen, ich würde denselben sonst in manchen Teilen, namentlich aber in betreff des nostalgischen Punktes durchgreifend verändert haben. Ueber die Wahrung des Briefgeheimnisses habe ich folgendes vorgetragen: „Meine Herren! Ich habe mich infolge vielfacher Anregungen aus den Kreisen unserer Mitglieder leider gezwun-



gen gesehen, die Anordnung zu treffen, dass für unsere Postsendungen **innerhalb der Ostmarken** keine Briefumschläge mehr mit dem Aufdruck unserer Vereinsfirma verwendet werden sollen. Es sind mir viele (?) Klagen zu Ohren gekommen, dass die Empfänger solcher Briefe mit unserer Firma Anfeindungen und Verhetzungen von polnischer Seite ausgesetzt worden sind. Augenscheinlich haben die polnischen Postboten die Namen der Adressaten nicht geheim gehalten. Es sind aber auch von uns (wie viele? und an wen? D. Verf.) abgesendete Briefe verloren gegangen. Unsere vertraulichsten, an 4 unbedingt zuverlässige Personen versendete Rundschreiben sind bald darauf, nachdem wir sie zur Post gegeben, in den polnischen Zeitungen abgedruckt worden (welchen? D. Verf.) so neulich auch das Schreiben des Herrn Consistorial-Präsidenten in Danzig an den Vereinsvorstand, welches nur an eine beschränkte Zahl von Herren abgegangen war. Meine Herren, schon vor längerer Zeit hat der Vereinsvorstand in einer ausführlichen Eingabe an den Herrn Staatsminister von Stephan auf die grossen Gefahren hingewiesen, welche aus der Anstellung zahlreicher polnischer Subalternbeamten im Reichsdienst in den gemischt-sprachigen Landesteilen erwachsen.

Sie alle, meine Herren, kennen den ungeheuren Einfluss, den die polnischen Geistlichen gerade auf die polnischen Subalternbeamten ausüben. Ich bin weit entfernt, deren Pflichttreue an sich zu bezweifeln, aber bedenken Sie, was es heisst, wenn ein fanatischer Klerus durch Bearbeitung von Frau und Kindern auf den Familienvater rücksichtslos einwirkt! Den juristischen Beweis für das Abhandenkommen gewöhnlicher Briefe zu führen, ist für Privatpersonen ungemein schwer (also Vermutung soll den Beweis ersetzen! D. Verf.)

Die heutige Nummer des „Goniec Wielkopolski“ veröffentlicht wiederum ein von unserer Posener Geschäftsstelle versendetes vertrauliches Rundschreiben von Ende März. Dasselbe ist hier in der Moser'schen Druckerei, welche keine polnischen Gehilfen beschäftigt, unter besonderen Vorsichtsmassregeln vervielfältigt worden. Die Versendung durch die Posener Geschäftsstelle an die unbedingt zuverlässigen Vertrauensmänner geschah unter der strengsten Controlle. Die Vermutung, dass einer dieser Briefe während der Postbeförderung „verloren“ worden ist, ist immerhin nicht ohne Weiteres von der Hand zu weisen (sic!). Dass der Abdruck erst jetzt erfolgt ist, kann aus dem Bestreben hergeleitet werden, die Auffindung der Fährte zu erschweren. (So sieht ein Tiedemann'scher „Beweis“ aus! D. Verf.)

Zur Kennzeichnung der Gefahren, welche dem Briefgeheimnis durch die polnische Propaganda erwachsen, be-

*schränke ich mich für heute darauf, 2 Fälle zu berühren: 1) die Postagentur zu Neukramzig, Kreis Bomst, auf welche ich mir bereits am 29. März d. Js. erlaubte, Euer Hochwohlgeboren Aufmerksamkeit hinzulenken. Der Lehrer Wittchen aus Altkramzig berichtet hierüber unterm 5. April Folgendes:*

*(Hier folgt ein Auszug aus der Denunziation des Lehrers Wittchen gegen seinen polnischen Kollegen, dem er das Nebenamt eines Postvorstehers nicht gönnt! D. Verf.)*

*Der erwähnte Briefumschlag wird Euer Hochwohlgeboren von der Posener Geschäftsstelle überreicht werden. 2) Die Postagentur zu Hochstüblau, Kreises Berent, Bz. Danzig, wird durch einen Stockpolen verwaltet; das Misstrauen bei dortigen Deutschen (in Wirklichkeit war es nur eine Deutsche, die Ida Perschonke. D. Verf.) ist so gross, dass wir auf den Wunsch einer bestimmten Persönlichkeit in Hochstüblau nicht direkte Briefsendungen an dieselbe abgehen lassen, sondern hierzu die Vermittelung einer in einem anderen Orte wohnenden Zwischenperson in Anspruch nehmen müssen. Der Kreislandrat soll dem Vernehmen nach wiederholt die Versetzung des betreffenden Postagenten beantragt haben. (Man sieht hier deutlich die Fäden der Intrige. D. Verf.)*

*Schliesslich gestatte ich mir die ergebenste Bitte auszusprechen, bei Neubesetzung der Postagentur Neukramzig einen Deutschen anstellen zu wollen. Der Weiterbenützung des dortigen Schulhauses zur Unterbringung der Agentur wird der polnische Schulvorstand nicht zustimmen. Dagegen würde der Kaufmann Stanke die Agentur übernehmen können. Eventuell bliebe der Ausweg, einem deutschen Pensionär die Agentur zu übertragen; an Wohnungen fehlt es nicht. (Hier gefällt sich schon Herr v. Tiedemann in der Rolle des Chefs der Nebenregierung aufzutreten, setzt Beamte ab und schlägt andere an ihre Stelle vor. D. Verf.)*

### **Eine allerliebste persönliche Denunziation aus der Feder des H. v. Tiedemann.**

Auf den Postagenten in Neukramzig, Lehrer Piatkowski, ist der Chef der Nebenregierung überhaupt nicht gut zu sprechen. Auf Grund der Zuträgereien des schon genannten Lehrers Wittchen, richtet er an die Oberpostdirektion das folgende Schreiben, nimmeh die dritte Denunziation gegen den betr. Postagenten:

1. Mai 1895.

*Euer Hochwohlgeboren  
beehre ich mich in Betreff der in der Postagentur Neukramzig  
vorgekommenen Unregelmässigkeiten (!?) noch ergebenst  
anzugeben, dass nach einer mir (!) vorliegenden glaubwürdi-*



gen Anzeige am 22. d. Mts. der Postagent Piatkowski zu Herrn Rittmeister Fuss auf Goltzen geüsert haben sollte, dass die Kaiserl. Oberpostdirektion mit dem Lehrer Wittchen (natürlich!) in Altkramzig wegen Uebernahme der Postagentur Neukramzig verhandele. Nach Ansicht meines Gewährmannes konnte p. Piatkowski hiervon auf ordnungsmässigen Wege Kenntniss nicht erhalten haben (!).

Sollte die Uebergabe der Postagentur in Neukramzig an einen geeigneten Deutschen Schwierigkeiten bereiten, dürfte sich vielleicht die Verlegung (!) der ersteren nach Goltzen empfehlen, wo sich qualifizierte Personen und Räumlichkeiten befinden.

Mit u. s. w.

H. v. Tiedemann-Seeheim.

An den  
Kaiserl. Ober-Post-Direktor  
Herrn Thiele  
Hochwohlgeboren  
Posen.

#### Endlich Beweise in Form einer neuen Denunziation.

„Βεβαια!“ ruft Herr v. Tiedemann. Die Beweise sind da, wenn auch keine juristischen, und er erstattet der Ober-Postdirektion in Posen folgende Anzeige:

Posen, 21. Mai 1895.

An den  
Kaiserlichen Oberpostdirektor  
Herrn Thiele  
Hochwohlgeboren  
Hier.

Euer Hochwohlgeboren

beehrt sich der Vorstand ganz ergebenst von Nachstehendem in Kenntniss zu setzen:

1. Am 30. v. M. sind 133 Briefe von unserer hiesigen Geschäftsstelle an Beamte in Posen, Jersitz und Wilda abgesandt worden.

2. Am 14. Mai wurden diesseits über das Postamt Pleschen drei eingeschriebene Briefe mit nachstehenden Adressen aufgegeben. a) Pfarrer Raddatz-Pleschen, b) Rittergutsbesitzer Goetze-Suchorzewo und c) Rittergutsbesitzer Küttner-Fabianowo. Weder sind an diesem Tage weitere Briefe über das Postamt Pleschen, noch weitere Einschreibbriefe abgegangen. Seit dem 1. April d. J. bis zum 14. Mai d. J. sind überhaupt nur fünf eingeschriebene Briefe zur Versendung gekommen.

Der „Goniec“ vom 18. Mai d. Js. Nr. 114, enthält folgende Korrespondenz:

Aus dem Pleschener Kreise 16. Mai: „Ich beeile mich, die pp. Redaktion zu benachrichtigen, dass in diesen Tagen eine neue Filiale des Vereins „zur Förderung des Deutschtums in Osten“ und zwar in Pleschen gegründet worden ist. Diese Angelegenheit wird sehr geheim gehalten! Als Gründer der Gruppe figurieren in erster Linie die Herren Goetze auf Suchozwo, Küttner auf Fabianowo und Pastor Raddatz in Pleschen. Die Gründung dieser neuen Filiale kann uns nicht wundern, da der Kreis Pleschen leider nur noch wenige polnische Grossgrundbesitzer hat. Für die Leser des „Goniec“ wird auch die Nachricht von Interesse sein, dass das Bureau des Herrn von Binzer an sämtliche Staatsanstalten in Posen, wie auch an die einzelnen Beamten, Einladungen zum Beitritt in die Genossenschaft versendet hat.

Wir haben auch bemerkt, dass das obengenannte Bureau seit einiger Zeit seine sämtlichen Korrespondenzen in rekommandirten Briefen versendet. Dies sind wohl Vorsichtsmassregeln gegen die „nichtswürdigen“ polnischen Briefträger“.

Euer Hochwohlgeboren wollen aus vorstehender Korrespondenz zu ersehen die Güte haben, dass der Briefverkehr des Vereins einer Beobachtung von dritter Seite unterzogen wird, da die Angabe, dass an die einzelnen Beamten Einladungen zum Beitritt in den Verein ergangen sind, richtig ist; zudem muss es auffällig erscheinen, dass die Namen der drei Herren, an welche ausnahmsweise eingeschriebene Briefe am 14. Mai abgegangen sind, in vorstehender Korrespondenz erwähnt sind und die Tatsache hervorgehoben wird, dass seit einiger Zeit die Geschäftsstelle ihre sämtlichen Korrespondenzen in rekommandirten Briefen versendet.

Es liegt die Vermutung nahe, dass über die erwähnten drei eingeschriebenen Briefe von einer Stelle Mitteilungen gemacht worden sind, welcher die Beobachtung möglich war. Die Briefe waren äusserlich dadurch als Vereinsbriefe kenntlich, dass sie mit dem Siegel des Vereins geschlossen waren. Nach erfolgter Vernehmung des hiesigen Bureaupersonals unter Hinweis auf eine evtl. zeugeneidliche Bekundung vor Gericht, ist ein Vertrauensbruch von Seiten dieses Personals nicht anzunehmen. Der Bureau-Angestellte, der die Briefe der Post zum Einschreiben übergeben hat, sagt aus, dass die Aufschrift auf den Umschlägen von einer unbefugten fremden Person nicht habe wahrgenommen werden können. Als eingeschriebene Briefe können alle drei zugleich ausser dem Bureau-Personal nur den Angestellten der Post zugänglich gewesen sein.

Wenn sich ein juristischer Beweis für eine etwaige Indiskretion durch Postbeamte nicht wird erbringen lassen, so möchte der Vorstand doch nicht verfehlen, Euer Hochwohl-



*geboren von den vorstehenden auffälligen Tatsachen ganz ergehenst in Kenntnis zu setzen.*

*Mit vorzüglicher Hochachtung!*

Der Vorstand:

*H. v. Tiedemann-Seeheim,*  
Vorsitzender.

*Binzer,*  
Schriftführer.

Die Erklärung für die Meldung des „Goniec“ ist höchst einfacher und harmloser Natur. Die Gründung der Ortsgruppe des Ostmarkenvereins in einer so kleinen Stadt wie Pleschen wurde selbstverständlich schon am nächsten Tage stadtbekannt und die deutsche Lokalpresse hat sogar darüber Notizen gebracht. Der Pleschener Lokalkorrespondent des Posener „Goniec“ musste die Neuigkeit natürlich sofort erfahren und hat sie seinem Blatt gemeldet. Auch nicht der geringste Schatten eines Beweises war vorhanden dafür, dass angebliche polnische Postbeamte in Pleschen oder sonstwo die Schreiben des Ostmarkenvereins geöffnet haben. Aber moralische Bedenken waren für Herrn v. Tiedemann nicht da und der „unpolitische“ Ostmarkenverein konstruirte seine „Beweise“ auf Grund ganz willkürlicher Vermutungen.

Auch der junge Freund und Schüler des alten Hassers v. Tiedemann, der Mitbegründer des „unpolitischen“ Vereins, v. Hansemann, war auf der Suche nach „Beweisen“. Er schrieb an seinen Meister am 30. Mai 1895 einen Brief, aus dem ich folgende Sätze zitiere:

*Aus dem beiliegenden Umschlag eines Briefes, den ich an meine Mutter (!) geschrieben habe, lässt sich vielleicht Kapital schlagen (sic!); er ist leicht zugeklebt abgegeben worden (na also! D. Verf.), jedoch war die untere Klappe, so wie Sie hier sehen, zerrissen. Der Brief ist zweifellos (sic!) auf der Post eröffnet worden. Auf dem hiesigen Postamt kann dies keinesfalls geschehen sein, vielmehr glaube ich, dass es während der Eisenbahnfahrt geschehen ist (es wird hier also ein im Eisenbahn-Postwagen fahrender polnischer Postbeamte verdächtigt, dass er sich das Vergnügen machte, „leicht zugeklebte“ Briefe des Herrn v. Hansemann an seine Mutter zu eröffnen. Ein famoser „Beweis“! D. Verf.).*

Und weiter schreibt der junge Herr v. Hansemann an seinen alten Freund, Lehrer und Gönner ganz allerliebste in demselben Briefe:

*Meine Mitteilungen an Herrn Kennemann über die Vorgänge auf dem Kreistag in Gostyn werden für Sie nicht ohne Interesse sein. Die Schlappheit von Lucke (scil. Landrat des Kreises Gostyn) ist über alle Massen; er ist vollkommen in den Händen von Zoltowski (scil. v. Żółtowski, ein polnischer Gross-*

grundbesitzer in dem genannten Kreise. *d. Verf.*). **Haben Sie nicht Beziehungen zum Zivil-Kabinett?**"

### Ein kleiner Erfolg der Nebenregierung.

Der Regierungs-Schulrat v. Barnekow in Posen berichtet Herrn v. Tiedemann in einem Briefe vom 7. Juni, dass nach Neukramzig ein „zuverlässiger Lehrer“ kommt, und dass er, v. Barnekow, für diese Angelegenheit „den Regierungspräsidenten interessiert hat“. Herr v. Tiedemann hat mit Hilfe des Lehrers Wittchen durch seine Denuntiationen bei den Behörden seinen Zweck erreicht. Der verhasste polnische Postagent, Lehrer Piatkowski, wurde aus Neukramzig entfernt und die Postagentur von diesem gefährlichen Menschen befreit.

Mit diesen Kleinerfolgen begnügt sich aber Herr v. Tiedemann nicht, er will „ganze Arbeit“ leisten. Exzellenz v. Stephan hat versagt und die Provinzial-Postbehörden können nur kleinere Erfolge ermöglichen. So muss der höchste Beamte des Reiches, der Reichskanzler, für die Verfolgung der polnischen Postbeamten herbeigezogen werden.

In dem Aktenfascikel des Ostmarkenvereins betitelt „Behörden“ finden wir ein an die Herrn v. Hansemann (damaligen dritten Vorsitzenden) und v. Binzer (Schriftführer des Ostm. Vereins) gerichtetes Rundschreiben vom 8. November 1895 folgenden Inhalts:

*„Der Vorstand beabsichtigt wegen der polnischen Postbeamten beim Herrn Reichskanzler vorstellig zu werden. Anbei 2 Vorgänge. Nach den jetzigen Erfahrungen werden wir den Beitrag vervollständigen können. In vielen Städten befinden sich polnische Postmeister (wo u. wie viele wird absichtlich verschwiegen, weil es deren überhaupt nur wenige gab. D. Verf.), die dort offene polnische Agitation betreiben“.*

Dieses Rundschreiben ist anstatt mit einem Namen, mit der Nummer 89 bezeichnet. Diese hat unter dem Rundschreiben noch folgenden Vermerk gemacht:

*„Ich bemerke hierzu, dass mir 96-Danzig sagte, es sei ihm unangenehm aufgefallen, dass sich zahlreiche Postbeamte im Vorstände von polnischen Vereinen befänden. Das gebe Relief nach aussen. 79-Stargard klagte auch!“*

Die Nummern 89, 96 u. 79 sind heute nicht mehr zu entziffern. Sie haben seit jener Zeit ihre Inhaber gewechselt. Vielleicht hat Herr v. Tiedemann die Güte, sich dieselben in Erinnerung zu bringen und in seiner Antwort auf dieses Buch das Geheimnis zu lüften. Er muss ja seine Pappenheimer genauer als ich kennen.



### Der erste Apell an den Reichskanzler.

Auf Grund dieser Vorarbeit wurde der *Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillingfürst* mit einer Eingabe belästigt, die ein Sammelsurium war aus der verfehlten an den damaligen Chef des Reichspostamts gerichteten „Bitte“ und aus den an die Provinzial-Postbehörden übermittelten Eingaben und Denunziationen. Dieselbe hatte folgenden Wortlaut:

Seiner Durchlaucht dem  
Herrn Reichskanzler  
Fürsten zu Hohenlohe-  
Schillingfürst  
Hier.

Berlin, den 30. Dez. 1895.

Euer Durchlaucht!

gestatten wir uns Nachstehendes ehrerbietigst vorzutragen:

Unter den Beamten der Reichspostverwaltung in den ehemals polnischen Landesteilen ist das Polentum stärker vertreten, als für die weitere Entwicklung der dortigen nationalen Verhältnisse zuträglich erscheint. (Die unverantwortliche Nebenregierung weiss das also besser wie das verantwortliche Reichspostamt. *D. Verf.*) Sind auch die Postvorsteher überwiegend deutsch (na, also!), so ist doch das Polentum unter den Unterbeamten unverhältnismässig stark vertreten. Es sind verschiedene Beispiele zu unserer Kenntnis gelangt, in denen

von 8 Beamten	6
„ 15	„ 10
„ 39	„ 26, ja
„ 15	„ 13

der polnischen Nationalität angehören. In der Stadt Kröben, — der Sommerresidenz Seiner Eminenz (der Erzbischof hat diesen Titel nicht, den führen nur Kardinäle. H. v. Tiedemann weiss das nicht? *D. Verf.*) des Herrn Erzbischofs von Gnesen-Posen — sind die sämtlichen Postbeamten Polen. (Die Zahl derselben muss ausserordentlich hoch sein. Das Städtchen zählt ca. 2000 Einwohner! *D. Verf.*). Selbst der Vorsteher des Postamtes wird trotz seines deutschen Namens als Pole angesehen. Wie uns berichtet ist, wird in den Geschäftszimmern des dortigen Postamtes lediglich polnisch gesprochen. Unter der deutschen Bevölkerung (das heisst unter den Haka-tisten! *D. Verf.*) ist die Ansicht verbreitet, dass eine so starke Verbreitung des Polentums unter dem Postpersonal nicht ohne Einfluss auf die unübertroffen dastehende, sprichwörtliche Verschwiegenheit der Reichspostbeamten bleiben könne. Aus

befreundeten (!) Kreisen erfahren wir, dass in wiederholten Fällen Postsendungen unseres Vereins den Adressaten entweder garnicht oder in einem so schadhafte Zustande erreichten, dass an dem Bestreben einer unbefugten Erforschung des Inhalts nicht gezweifelt werden kann. Eine polnische Zeitung war in der Lage, Nachrichten über unseren brieflichen Verkehr zu veröffentlichen, deren Kenntnis nach unseren Ermittlungen nur aus einer genauen Beobachtung über die gleichzeitig zur Beförderung aufgegebenen, beziehungsweise an einem Orte gleichzeitig eintreffenden Briefe und Sendungen des Vereins herrühren konnte, da die Annahme eines Vertrauensbruches seitens unseres Bureaupersonals ausgeschlossen war (?). Welches Misstrauen infolge derartiger Vorkommnisse den Postbeamten gegenüber Platz gegriffen hat, geht daraus hervor, dass beispielsweise eine westpreussische Dame (die ehrenwerte Schankfrau Ida Perschonke aus Hochstüblau, Kreis Berent! D. Verf.), für die Beförderung wichtiger Briefe regelmässig den Umweg über Bromberg benützt, da sie in ihrem Wohnorte keine verfügbaren Briefe zur Post geben darf. Der Vorsteher ist in diesem Falle ebenfalls Pole (sogar Stockpole, wie diese „Dame“ berichtet. D. Verf.). Es liegt uns fern, die amtliche Pflichttreue der polnischen Postbeamten ohne Weiteres anzuzweifeln. Doch glauben Euer Durchlaucht hoher Erwägung wir unterstellen zu müssen, ob eine stärkere Vertretung des Polentums unter den in den gemischtsprachigen Ostprovinzen angestellten Beamten der weiteren friedlichen (!) Entwicklung der dortigen Verhältnisse nicht hinderlich sein dürfte. Auch als Beamter vermag sich der Pole nur selten einer Mitwirkung an der offenkundigen und bewussten, gegen den bedingungslosen ehrlichen Anschluss an das deutsche Reich gerichteten polnischen Propaganda zu entziehen. Zahlreiche polnische Postbeamte befinden sich im Vorstande von polnischen Vereinen (sagt 96-Danzig! D. Verf.), Reichspostbeamte in Uniform haben bei politischen Wahlen für den polnischen d. h. reichsfeindlichen (!!) Kandidaten gestimmt (wo? wer? die Wahlen sind doch frei! D. Verf.). In manchen kleineren Städten leitet der Postmeister, in vielen Dörfern der Postagent die polnische Bewegung (wo? wer? Das sollen „Beweise“ sein? D. Verf.). Dieser aber wird gerade durch die Beteiligung des Beamtenstandes ein gefährliches Relief nach aussen (sagt 96-Danzig! D. Verf.), namentlich in den Augen der an sich gutartigen (na also! D. Verf.), aber urteilslosen breiten Masse der polnischen Bevölkerung verliehen. Letzterer wird nur dann das Bewusstsein einer unauflöselichen Verbindung der ehemaligen polnischen Gebiete mit dem deutschen Reiche in Fleisch und Blut übergehen, wenn sie in dem Verhalten der



*Behörden den festen Willen erkennt, diese Verbindung immer inniger zu knüpfen.*

*Einen solchen unbeugsamen Willen vermisst die polnische Bevölkerung bei ihrem beweglichen Charakter aber, sofern im Postdienste, für den die polnische Sprache durchaus nicht erforderlich ist, (das kann nur ein blinder Fanatiker behaupten! D. Verf.), der deutschen Staats- und Amtssprache nicht ausschliessliche Geltung gesichert wird und wenn bei der Besetzung von Beamtenstellen innerhalb der gemischtsprachigen Landesteile in dem bisherigen Umfange Personen berücksichtigt werden, welche durch Geburt, Sprache und persönliche Beziehungen mit dem Polentum unzerreisbar verbunden sind. In rein deutschen Landesteilen würden diese Beamten ihren Pflichten ohne Gefahr politischer Uuzuträglichkeiten in tadelloser Weise nachkommen. (Diesen Satz hatte später Herr v. Podbielski als der von dem Ostmarkenverein inspirierte Chef der Reichspost wörtlich angewandt. D. Verf.)*

Euerer Durchlaucht erlauben wir uns daher die ehrerbietige Bitte vorzulegen:

*Hochgeneigtest anordnen zu wollen, dass auf die dauernde Verminderung der Zahl polnischer Beamter der Reichspostverwaltung in den früher polnischen Gebieten des Reiches hingewirkt werde.*

Der Vorstand:

gez. von Tiedemann-Seeheim.

gez. Dr. Heinr. Thiessen.

Der altersgraue Reichskanzler und Menschenkenner, Fürst zu Hohenlohe, war eine zu vornehme Natur, um auf diese Eingabe denunziatorischen Charakters zu reagieren. Er liess sich zwar später, als er noch älter und schwächer wurde, einen Staatsministerialbeschluss über die Einschränkung der Wahl — und Bürgerfreiheit polnischer Beamten und Mittelbeamten von dem schlauen, den Hakatisten mit Leib und Seele verschriebenen alten Fuchs Miquel erpressen, aber dieses Denunziationschreiben hat bei ihm seinen Zweck verfehlt. Der Ostmarkenverein musste sich seine Lorbeeren im Kleinkrieg wieder suchen.

So richtete er am 9. Januar 1896 an die Ober-Postdirektion eine Denunziation gegen den Postvorsteher Śliwiński in Miłostaw, weil dieser am Sedanstag in das Kaiserhoch nicht miteingestimmt und auch die Mütze während desselben vom Kopfe nicht gezogen hatte. Als Zeugen wurden die ehrenwerten Herrn: Paul Noack, seines Zeichens Schuhmacher, der Eisenbahnbeamte Bümke, Emil Kaphan, Sohn des Elias Kaphan und Max Trost, sämtlich in Miłostaw, angegeben.

In dieser hochwichtigen Angelegenheit wird in der weiteren Denunziation des Ostmarkenvereins an die Oberpost-

direktion in Posen als der eigentliche Zuträger der Kaufmann Elias Kaphan-Miloslaw angegeben, der von diesem angeblichen Verschulden des Postvorstehers Śliwiński in der Privatwohnung des Königl. Domänenpächters, Rudolf Landgraf in Żerkow, in Gegenwart des Vertrauensmanns des Ostmarkenvereins, des Stationsvorstehers Lehmann-Żerkow, erzählt haben soll.

Und aus diesem Tratsch wird, weil die an den Reichskanzler gerichtete Denunziation vergeblich war, bei der Oberpostdirektion in Posen gegen einen kleinen polnischen Postbeamten in der kleinen Stadt Miłosław Kapital gechlagen.

Wahrhaftig, würdig des „unpolitischen“ Vereins!

Ganz auf dem gleichen tiefen Niveau steht die an den Ostmarkenverein am 25. Februar 1898 gerichtete und von demselben weitergegebene Denunziation des grossen Machthabers des ganz kleinen Städtchens Mietschisko, des Bürgermeisters Stier, gegen die wenigen dortigen polnischen Postunterbeamten. Er beklagt sich in derselben, dass wenn die Regierung „ausnahmsweise“ einen deutschen Beamten dorthin schicke, ihm von den Polen so zugesetzt wird, dass ihm das Leben sauer wird. Wenn dagegen ein polnischer Beamter kommt, wird er von den Polen mit offenen Armen empfangen und es werden ihm die grössten Annehmlichkeiten bereitet. An den Wahlen nehmen die polnischen Beamten gar nicht teil, weil sie die deutschen Kandidaten nicht wählen wollen (als ob das ein „Muss“ wäre und die Teilnahme an den Wahlen — theoretisch wenigstens — nicht freigestellt wäre. *Verf.*)

Und weiter schreibt dieser „ehrenwerte“ Herr:

*Zwei dieser Brieftträger (!) entstammen dem hiesigen Orte und wirken im Kreise ihrer Verwandten und Freunde, zum Teil der schlimmsten Sorte angehörend. Es wäre nötig, dass einmal gründlich und systematisch aufgeräumt wird.*

*Der geehrte Verein würde sich vielfachen Dank erwerben, wenn er an geeigneter Stelle für Abhilfe eintreten möchte. Indem ich bitte diese Mitteilung streng sekret behandeln zu wollen, bin ich zu weiterer Auskunft gern bereit und zeichne u. s. w.*

*Stier, Bürgermeister.*

Diesen, mit ungebildeter Handschrift geschriebenen Brief des Herrn Bürgermeister der Weltstadt Mietschisko, bin ich leider nicht in der Lage „sekret zu behandeln“ und muss ihn der Nachwelt überliefern, auf dass dieselbe erfahre, welche tüchtigen und couragierten Männer dem Ostmarkenverein zur Verfügung stehen.

Der vom Ostm. Verein erselnte grosse Erfolg des gegen die armen polnischen Mittel- und Unterbeamten gerichteten



Denunziationssystem blieb aber immer noch aus. Unter dem System Stephan in der Reichspost konnte der Friedensstörer nicht aufkommen. Erst bei seinem Nachfolger, dem „Urgermanen“ v. Podbielski, der mit Husarenschneid die schwierigsten Probleme ohne jedes Bedenken löste, fand er das richtige Verständnis. Was scherte ihm das Los der polnischen, nach fremden Gegenden verpflanzten Postbeamten, was kümmerten ihn die Tränen ihrer Frauen, Kinder und Mütter, was genirte ihn der durch die Versetzung der polnischen Beamten verschlechterte Postverkehr in ganz oder überwiegend polnischen Gegenden, wenn nur die chauvinistische preussische Staatsraison auf ihre Rechnung kam und die, nicht willigen Ministern so gefährliche Nebenregierung befriedigt wurde! Er führte also willig ihre Befehle in dieser Hinsicht aus; er rechnete nur mit den jeweiligen Machtfaktoren und der vom Ostmarkenverein erreichte Sturz des Oberpräsidenten Freih. v. Wilamowitz galt ihm und seines gleichen als warnendes Beispiel.

### Eine nichtswürdige Denunziation bringt den Stein ins Rollen.

Die Massenversetzung der polnischen Mittel- und Unterbeamten im Jahre 1900, die so unsagbar viel böses Blut gemacht hat, war nicht etwa das Gebot eines höheren Staatsinteresses, wurde auch nicht verfügt im Interesse des Reichspostdienstes, das gerade dadurch in den polnischen Gegenden geschädigt wurde, sondern sie war die Folge *einer ganz gemeinen Denunziation*, bei der ein Kollege der proscribierten polnischen Beamten, der Oberpostassistent **von Halass**-Posen den Judas spielte. Dieser Herr verfasste ein Verzeichnis von 69 Beamten polnischer Nationalität, reichte es Mitte Februar 1899 dem Ostmarkenverein mit der Bitte ein, deren Versetzung „bei seiner vorgesetzten Behörde“ und zwar womöglich schon in 6 Wochen erwirken zu wollen und ganz entsprechend dem so schmutzigen Charakter, der allen Denunzianten des Ostmarkenvereins eigen ist, bittet er natürlich um *Verschweigung seines Namens*, da er die Rache der Opfer seiner Denunziation fürchtete. Heute sollen dieselben auf diesem Wege erfahren, wem sie ihr Unglück zu verdanken hatten.

Der Ostmarkenverein hat die Denunziation weitergegeben und unter dem Druck der Nebenregierung hat die offizielle preussische Regierung tatsächlich die Massregelungen eines Teils der von dem Denunzianten angeschwärtzten polnischen Mittel- und Unterbeamten verfügt.

Hier die dokumentarischen Beweise:

J. Nr. 610. 17. 2. 99.

Posen, 15. Februar 1899.

Dem Verein zur Förderung des Deutschtums erlaube ich mir beiliegend ein Verzeichnis sämtlicher im diesseitigen Bezirke im Postdienste beschäftigten Beamten polnischer Zunge mit der Bitte zu übersenden, hiervon eine Abschrift dem Reichspostamte unter gfl. **Verschweigung meiner Person (!)** einreichen zu wollen. Es dürfte sich empfehlen, das R. P. A. zu ersuchen, namentlich die unverheirateten u. e. F. die älteren missliebig gewordenen Beamten im Interesse des durch sie hier arg gefährdeten Deutschtums noch zum April h. a. nach deutschen Bezirken versetzen zu wollen. Von den rot unterstr., deutsche Namen führenden Polen, sind ein gew. Schulz (Pinne) sowie ein gew. Urban (Posen) höchst fanatische Agitatoren für poln. Ideen. Deren u. vieler anderen Versetzung wäre uns Deutschen sehr erwünscht (!) und bitte ich den Verein, das Erforderliche in dieser Beziehung bei meiner (!) Behörde erwirken zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung und kräftigem deutschen  
Gruss

Posen,  
Schützenstr. 26. II.

v. Halass  
Oberpostassistent.



**Verzeichnis der Postbeamten  
im Oberpostdirektionsbezirke Posen, polnischer Zunge.**

NAME	STAND	ORT	BEMERKUNGEN
Ciesielski	Postgehilfe	Altboyen	(Eine Versetzung der unverheir. Beamten liesse sich sehr leicht ermöglichen!)
Piasecki	Postassistent	Birnbaum	Unverheiratet
Jablonski	Postgehilfe	Bojanowo	desgl.
Nieszelnski	desgl.	Borek	desgl.
Obarski	Postverw.	Brätz	
Kwiecinski	Postassistent	Czempin	noch unverheiratet
Pietrucha	Oberpostass.	Fraustadt	Frau polnisch. Erziehung der Kinder auch polnisch.
Sliwinski	desgl.	Krotoschin	
Szczesny	Postassistent	dto	Meidet den Verkehr mit Deutschen, obwohl civilversorgungsber. geworden ist.
Latosinski	Postgehilfe	Kwiltsch	
<u>Förster II *)</u>	Postverw.	Kröben	Unterhält nur polnischen Verkehr; hat sich der Abgeordnetenwahl enthalten.
Kantorski	Oberpostass.	Lissa	
Kaniewski	desgl.	dto	
Tominski	Postsekretär	dto	
Stefański	Ober-P. Assit.	Meseritz	
<u>Wienke</u>	desgl.	dto	Verkehrt hauptsächlich mit Polen, W. ist fanat Pole!

\*) Die hier unterstrichenen Namen sind in dem betr. Originalschriftstück rot angestrichen. *Verf.*

NAME	STAND	ORT	BEMERKUNGEN
Biedowicz	Ober-P. Assit.	Opalenitza	Verbissener Pole; verkehrt nur mit Polen, hauptsächlich deren Geistlichen.
Sliwinski	Postsekretär	Ostrowo	
Janiszewski	Postassistent	dto	Unverheiratet
<u>Schulz I Stanisł.</u>	desgl.	Pinne	Noch unverheiratet; soll bei der Reichstagswahl polnisch gewählt haben; Fanat. Pole
Truszkowski	Postgehilfe	Prittisch	Noch unverheiratet
<u>Pawlicki Lucian</u>	desgl.	Rakwitz	desgl.
Nawroth	Postassistent	Rawitsch	desgl.
Piotrowski	Postverw.	Ritschenwalde	Fanatischer Pole. Hat bei der Bismarckfeier Postgebäude nicht flaggen lassen obwohl direkter Befehl erlassen worden war. Seine Versetzung nach Gardelegen bereits verfügt.
Schubert	Postassistent	Samter	
Sibinski	desgl.	Schrimm	
Stangierski	Postwärter	dto	Noch unverheiratet
Urbański	Postassistent	dto	desgl.
Simon	desgl.	Skalmierzyce	desgl.
v. Laskowski	Postgehilfe	Unruhstadt	desgl.
Kuciński	Postassistent	Wreschen	desgl.
Konopka	desgl.	Wronke	desgl.
Krupski	desgl.	dto	desgl.
Jesionek	Postverw.	Zerkow	Verkehrt nur mit Polen



## Stadt Posen.

NAME	STAND	BEMERKUNGEN
Burzyński	Oberpostassistent	Die Frau ist polnisch; verkehren nur mit Polen.
Czachert	Ober Telegr. Assist.	
Czubiński	Telegr. Assistent	
Dybizbański	OberPost-Assistent versetzt	
Gomerski	„ Telegr. „	
Jerzyk	„ Post „	
Espenner	„ „ „	
Kalawski	Telegr. Assistent	Unverheiratet. Fanatische Pole vers.
Konarski	Büro-Assistent	Hasst deutsches Wesen; Verkehrt nur mit Polen. Mitglied des Marcinkowskivereins.
Krause	Ober-Post-Assist.	desgl. vers.
Koczorowski	„ Telegr. „	
Kurpiz	Post- „	Unverheiratet.
Liske	„ „	desgl. z. Z. beim Militär
Lukaszewski	„ „	desgl. desgl.
Manicki	„ „	(Noch unverheiratet).
May Stanislaus	„ „	
Mikolajewski	Ober Telegr. „	Haben polnische Frauen und erziehen ihre Kinder im poln. Sinne.
Neymann	„ Post. „ vers.	

NAME	STAND	BEMERKUNGEN
Osmolski	Postsekretär	Hat polnische Frau und erzieht seine Kinder im poln. Sinn.
Palczyński	Ober Post-Assist.	
Prause	„ „	Frau polnisch; Erziehung der Kinder nur polnisch.
Raczkiewicz	Ober „ „	Sehr deutschfeindlich! Erzieht seine Kinder nur polnisch.
Ratajczak	„ „ „	Unverheiratet! Meidet den Verkehr mit Deutschen.
Szlapka	„ „ „	
Schmidt	„ Telegr. „	
Siczyński	„ „ „	
Siarczyński	Post- „	Unverheiratet. vers.
Szyszka	„ „	desgl.
Sredzinski	Ober „ „	Verkehrt nur mit Polen; erzieht seine Kinder nur polnisch.
Urban	„ „	Unverheiratet. Abon. poln. Zeit. Ausserst. deutschfeindl. Herr.
Wąsowicz	Ober „ „	Frau polnisch. Erzieht Kinder nur polnisch.
Wróblewski	„ „ „	Fanatischer Pole.
Wroniecki	„ „ „	Meidet deutschen Verkehr.
Zboralski	„ „ „	Verheir., jedoch ohne Kinder; Verkehrt ausschliesslich mit Polen.
Zołądkiewicz	„ „ „	Noch unverh. Meidet den Verkehr mit Deutschen. vers.

Der Ostmarkenverein hat dem Denunzianten den Empfang der Proscriptionsliste und deren Weitergabe an die betr. amtlichen Stellen mit folgendem Schreiben bestätigt:



Akten: Behörden.

Berlin, 20. 2. 99.

Herrn Ober-Postassistenten von Halasz  
Hochwohlgeboren

POSEN

Sehr geehrter Herr!

Schützenstrasse 26.

Indem wir Ihnen für das uns gütigst übersandte Verzeichnis unseren besten Dank aussprechen, gestatte ich mir Ihnen mitzuteilen, dass wir das Weitere veranlasst haben, hoffentlich mit Erfolg.

Mit deutschem Gruss und Handschlag  
ganz ergebenst

Dr. Bovenschen.

(scil. Geschäftsführer d. Ostm. Ver.)

### Der Dank an v. Podbielski. — Der Schrei nach weiteren Opfern.

Es erfolgten die geforderten Massregelungen. Sie wurden im Reichstage von dem Staatssekretär des Reichspostamtes v. Podbielski mit grossem Elan und vielen patriotischen Phrasen, die bei diesem Renegaten doppelt widerwärtig wirkten, verteidigt. Er bekam dafür von der Nebenregierung ein Lob, wie es gewöhnlich alle dem Ostmarkenverein gefügigen Minister zu erhalten pflegen. Aber es schien ihr die Zahl der Opfer zu gering, die ganze von dem Denunzianten v. Halasz eingereichte Proscriptionsliste soll erschöpft werden. Ausserdem soll der „Urgermane“ v. Podbielski noch eine ganze Reihe anderer Forderungen der Nebenregierung und namentlich ihres vom fanatischen Polenhass tiefenden Leiters erfüllen, die der grosse Organisator der deutschen Post, Exzell. Stephan, trotzdem und vielleicht auch weil er deutsch durch und durch war, im Interesse eines geregelten und normalen Postverkehrs, trotz des auf ihn ausgeübten Druckes sich zu erfüllen weigerte.

Sie werden seinem mehr schneidigen als geschäftskundigen Nachfolger im folgenden höchst charakteristischen Schreiben präsentiert:

Berlin, 17. 2. 1900.

Euerer Exzellenz

gestatten wir uns unter Ueberreichung eines Exemplars der Nr. 2 unseres Vereinsorgans „Die Ostmark“ mit dem Artikel: „Jeder Postbeamte muss kaiserlich treu und gut deutsch sein“ unseren tiefgefühlten Dank auszusprechen für die kerndeutsche Antwort auf die Anfrage des Herrn von Jazdzewski in der Sitzung des Reichstages vom 31. Januar d. J.

*In allen nationalen Kreisen hat die Versetzung polnischer Postbeamten aus den Ostmarken nach dem Westen des Reichs volles Verständnis gefunden und freudige Genugtuung (!) hervorgerufen, und überall (!?) besteht der Wunsch, dass Euer Exzellenz im deutsch-nationalen Interesse auf dem beschrittenen Wege nicht stehen bleiben, sondern das begonnene Werk fortgesetzt werden möge. (Die „Posener Neuesten Nachrichten“ haben sehr energisch gegen diese Massregel protestiert. D. Verf.)*

*Ausser den 12 aus Posen versetzten polnischen Beamten sind uns im Bezirk Posen noch einige 50 bekannt, die jeden deutschen Verkehr meiden, sich nur in polnischer Gesellschaft bewegen, in polnischen Vereinen tätig sind, ihren Kindern eine polnische Gesinnung einimpfen, kurz, denen es sehr dienlich wäre, wenn sie draussen in unserem schönen deutschen Vaterlande deutsches Fühlen und deutsches Denken kennen lernen würden. Wir hatten eine Versetzung dieser Beamten aus Posen schon um deswillen für dringend notwendig, weil durch eine derartige Massregel die von der preussischen Staatsregierung ins Werk gesetzten kulturellen (!) Unternehmungen in der praktischsten Weise gefördert würden. Gerade in den kleinen Städten, wo das deutsche Bürgertum mehr und mehr zurückgeht, sind und bleiben die Beamten die zuverlässigste Stütze des Deutschtums. Darum dürfen diese Beamten nur Deutsche (!) sein und zwar möglichst solche allererster Klasse.*

*Leider ist die nationale Seite dieser Frage in früherer Zeit von der Postverwaltung nicht genügend berücksichtigt worden, beispielsweise waren in Kroeben, der Sommerresidenz des Herrn Erzbischofs von Stablewski, noch in der Mitte der neunziger Jahre sämtliche Postbeamten Polen. In anderen Städten waren unter 15 Postbeamten 6 Polen, unter 15, 10 und 13, unter 39, 26 Polen. In der kleinen Stadt Mietschisko im Bezirk Bromberg waren in früheren Jahren vom Postverwalter herab bis zum jüngsten Briefträger alle Beamten Polen. Kam einmal ein unglücklicher Deutscher in diese polnische Clique hinein, dann war es um seine Ruhe und seinen Frieden geschehen. Er wurde mit seiner Familie von seinen Amtsgenossen gesellschaftlich boykottiert, in seinem Privatleben aufs strengste überwacht, aus jeder Kleinigkeit wurde gegen ihn Kapital geschlagen und ihm der Aufenthalt so verbittert, dass der Mann Himmel und Hölle in Bewegung setzte, um so schnell wie möglich wieder fortzukommen. Trat dann ein Pole in seine Stelle, so wurde dieser mit offenen Armen empfangen, man machte ihm und den Seinigen das Leben in jeder Weise behaglich und angenehm und die polnische Bevölkerung jubelte über den Erfolg, den ihre Wühlereien davongetragen. (Dieser*



ganze Passus über Mietschisko ist beinahe eine wörtliche Wiedergabe der vorhin zitierten Denunziation des famosen Regenten dieser Weltstadt, des Bürgermeisters Stier! Alles erdichtete und erfundene Bierbankphantasien! *D. Verf.*)

*Glücklicher Weise sind heute solche Zustände nicht mehr möglich und wir haben zu Eurer Exzellenz das volle Vertrauen, dass die nachgeordneten Behörden von Eurer Exzellenz über die Bedeutung deutscher Postbeamten in den Städten der Provinzen Posen und Westpreussen nicht im Unklaren gelassen werden.*

*In diesem Vertrauen möchten wir in Anknüpfung an das Verlangen des polnischen Abgeordneten von Jądzewski, dass jeder Postbeamte in den gemischtsprachigen Provinzen sich am Schalter mit den Polen in **polnischer Sprache** verständigen müsse, auf einen Punkt noch besonders aufmerksam machen: Bekanntlich besteht seit dem Jahre 1876 für alle **preussischen** Behörden auf Grund des sogenannten Amtssprachengesetzes die Bestimmung, dass der Verkehr mit ihnen nur in deutscher Sprache zu geschehen hat.*

*Die Post ist aber Reichsbehörde und darum gilt für sie jenes Gesetz natürlich nicht. Nun ist die deutsche Reichspost aber auch eine nationale Einrichtung, und da die Polen während ihrer mehr als 100-jährigen Zugehörigkeit zu Preussen reichlich genug Gelegenheit gehabt haben, sich eine genügende Kenntnis der deutschen Sprache anzueignen, so halten wir für ganz selbstverständlich, dass alle Postbeamten in den gemischtsprachigen Provinzen im Verkehr mit dem Publikum sich nur der deutschen Sprache zu bedienen haben. Zur Durchführung dieses Grundsatzes bedarf es keines Gesetzes, sie kann, falls das nicht schon längst geschehen sollte, auf dem Verordnungswege leicht und einfach erzielt werden.*

*Ebenso sollten Postsendungen, deren Bestimmungsort nicht die amtliche Bezeichnung trägt, — also z. B. wenn auf der Adresse nur „Poznan“ statt „Posen“ vermerkt ist — von der Beförderung ausgeschlossen werden. Gerade in diesen Tagen ist uns von einem unserer Freunde unter dem Ausdruck patriotischer Entrüstung (!) der beifolgende Briefumschlag zugestellt worden. Trotzdem die an einen Deutschen gerichtete Adresse unrichtig den Bestimmungsort **Brodnica** trug, ist der Brief von der Post in Kosten angenommen, richtig nach Strassburg i. Westpr. geschickt und von der Post in Strassburg weiter befördert worden. Strassburg ist eine alte deutsche Ordensstadt, Stadt und Burg sind vom deutschen Orden gegründet worden; die polnische Bezeichnung Brodnica ist also eine polnische Erfindung (!!)* und dürfte kaum in einem amtlichen Ortsverzeichnis vermerkt sein. Derartige polnische Aufschrif-

ten sind lediglich provokatorischer Natur und haben den Zweck, in den Ostmarken der Bevölkerung und den Behörden das polnische Idiom (!) als zweite Landessprache aufzuzwingen. Erschien doch vor einigen Monaten in einem in Posen erscheinenden polnischen Blatte eine Listes schlesischer Städtenamen, denen sämtlich eine polnische Bezeichnung zugefügt war, mit der Aufforderung, nur diese polnische Namen zu gebrauchen.

Endlich wäre zu erwägen, ob die Bestimmung des verstorbenen Herrn von Stephan, dass in Telegrammen auch das polnische Idiom (!) verwendet werden darf, nicht besser ausser Kraft gesetzt würde.

Den Polen muss eben in jedem Augenblick und in der geringfügigsten Kleinigkeit zu Gemüte geführt werden, dass sie in Deutschland leben und kein staatliches Sonderdasein führen dürfen. Nur wenn dies immer und immer wieder geschieht, wird eine innige und dauernde Verschmelzung der Ostmarken mit dem gesamten deutschen Vaterlande erreicht werden können.

Der Hauptvorstand:

H. v. Tiedemann-Seeheim.

Dr. Bovenschen.

Dem

Staatssekretär des Reichspostamtes

Wirkl. Geh. Rat

Herrn Generalleutnant z. D. v. Podbielski

Exzellenz

Berlin W.,

Leipzigerstr. 14-18.

Und trotz solcher Briefe und solchen Wirkens galt der Ostmarkenverein immer noch als ein „unpolitischer“ Verein, der nach der Versicherung seines Gründers in dem Schreiben an den Posener Polizei-Präsidenten v. Nathusius „keineswegs politische Ziele verfolgte“ und die Bezeichnung als „Nebenregierung“ öffentlich von sich wies!

### Der Dank an den Denunzianten.

Ehre, wem Ehre gebührt!

Fast gleichzeitig mit Herrn v. Podbielski erhielt auch der eigentliche Urheber der Massregelungen, der Oberpostassistent v. Halasz in Posen, ein Dankschreiben, verfasst von dem damaligen Geschäftsführer des Ostmarkenvereins, Dr. Bovenschen. Es lautet:



Berlin, 10. 2. 1900.

*Sehr geehrter Herr!*

*Erst heute komme ich dazu, Ihnen für Ihre letzte Zuschrift über die Versetzung polnischer Postbeamten zu danken, sie ist von der „Deutschen Zeitung“ sofort abgedruckt worden. Ueber die stramme nationale Haltung des Herrn von Podbielski gegenüber den Anzapfungen des Herrn von Jazdzewski im Reichstage, werden Sie sich gewiss ebenso sehr gefreut haben, wie wir. Ich bringe hierüber in der Febr. Nr. der Ostmark einen Artikel, der bei unseren deutschen Postbeamten hoffentlich Beifall finden wird.*

*Soeben lese ich im „Dziennik“, dass wieder zwei Polen, Pawlicki i Liski, nach dem Westen versetzt worden sind. Es bereitet mir grosses Vergnügen, dass alle diese Namen in der bewussten Liste enthalten sind (!!).*

*Mit deutschem Gruss und Handschlag  
Ihr ergebener*

*Dr. Bovenschen.*

Welche barbarische Gesinnung, welche Gefühlsroheit und Sittenverwilderung spricht doch aus dem vorstehenden Brief des Ostmarkenvereins! „Grosses Vergnügen“ bereitet der preussischen Nebenregierung das, was für die Postbeamten polnischer Nationalität eine Quelle namenlosen Unglücks und Elends war! Auf solches tiefe ethische Niveau waren die preussischen Machthaber gesunken, denen die Geschicke des deutschen Volkes anvertraut waren! Das furchtbare Gottesgericht, wie es das Ende des Weltkrieges dem preussischen System gebracht hat, zeigte nur die Früchte, die an einem solchen Baum wachsen *mussten!*

### **Eine „dreckige“ Antwort aus dem Reichspostamt.**

Als „dreckig“ wurde ein Bescheid aus dem Reichspostamt charakterisiert, als einmal, ausnahmsweise, eine Forderung der Nebenregierung zurückgewiesen wurde. In dem langen, vorhin angeführten Dankeschreiben, das Herr v. Tiedemann dem Staatssekretör von Podbielski sandte, wurde, an die Versetzung der polnischen Postbeamten anschliessend, die völlige Ausmerzungen der polnischen Sprache (die ca. 4 Millionen preussischer Staatsbürger sprechen) aus dem Postverkehr verlangt. Dies ging selbst dem Herrn von Podbielski, trotzdem er doch der Nebenregierung sich ganz unterwürfig gezeigt hatte, zu weit, und er liess durch den Unterstaatssekretär Kraetke folgende Antwort ergehen:

**Reichs-Postamt.***I. Abteilung.**Berlin, W. 14. März 1900.**I. II. IV. 7428.**Zur Eingabe vom 17. Februar.*

*Betreffs der Behandlung der mit fremdsprachiger Aufschrift eingelieferten inländischen Postsendungen wird diesseits im Allgemeinen an dem Grundsatz festgehalten, dass es Aufgabe der Post als einer öffentlichen Verkehrsanstalt sei, die ihr anvertrauten Sendungen auf jede mögliche Weise den Empfängern zuzuführen. Demzufolge werden auch Sendungen mit fremdsprachiger Aufschrift zur Beförderung und Bestellung zugelassen, sofern Bestimmungsort und Empfänger ausreichend sicher zu erkennen sind. Die Anwendung lediglich polnischer Briefaufschriften findet nur in eingeschränktem Masse statt, weil bei derartigen Sendungen wegen der geringen Zahl der polnisch verstehenden Postbeamten häufig eine Verzögerung in der Beförderung der Bestellung eintritt.*

*Die gänzliche Ausschliessung des Gebrauchs fremder Sprachen bei Adressierung inländischer Postsendungen ist nicht ausführbar. Von den Angehörigen anderer Länder, die sich vorübergehend in Deutschland aufhalten und der deutschen Sprache nicht hinreichend mächtig sind, würde es unbedingt als ein Verkehrsrückschritt empfunden werden, wollte man den fremder Sprache kundigen Postbeamten untersagen, ihre Kenntnis im Interesse jener Personen zu verwerten. Ebenso würde es ohne Zweifel zu Unzuträglichkeiten und Beschwerden aller Art führen, wenn Sendungen nach oder aus dem Auslande, wie dies nach Lage der Verhältnisse nicht anders möglich ist, mit fremdsprachiger Aufschrift zugelassen, dagegen gleichartige Sendungen des Inlandsverkehrs allgemein nicht befördert, sondern den Absendern, soweit sie bekannt oder zu ermitteln sind, zurückgegeben werden sollten.*

*Die Ausschliessung fremder Sprachen im telegraphischen Verkehr unterliegt den gleichen Bedenken.*

*Das Verlangen der Abfertigung in fremder Sprache seitens Personen, die ausreichend deutsch verstehen, ist stets gebührend zurückgewiesen worden.*

*K r a e t k e.*

Diese Antwort aus dem Reichspostamt hat der Geschäftsführer des Ostmarkenvereins mit folgender vornehmen Glosse versehen:

*... Scheint von Podbielski gar nicht zu Gesicht gekommen sein. Diese Antwort ist dreckig, so dass wir nunmehr die Gelegenheit in der Presse öffentlich besprechen müssen.*

28.

• (das heisst: Dr. Bovenschen, Geschäftsführer des Ostmarkenvereins).



In dieser Sprache — einer Mischung von Brutalität und ordinärer Burschikosität — wurde bei der Nebenregierung über die offiziellen Minister und hohen Beamten geschimpft, wenn diese nicht sofort parieren wollten. Ähnlich erging es später dem Landwirtschaftsminister v. Schorlemer, dem Oberpräsidenten Schwartzkopff u. s. w. „Dreckig“, „Schwachkopf“, „tölpelhaft“ u. s. w. waren die vornehmen Epitheta, mit denen diese Herren bei der Nebenregierung belegt wurden.

Die mit dem obigen Vermerk versehene Antwort des Unterstaatssekretärs Kraetke liess der empörte Geschäftsführer unter den anderen Vorstandsmitgliedern der Nebenregierung kursieren.

Der „Diplomat“ des Ostmarkenvereins, der Gesandte a. D. Raschdau, schreibt darunter, etwas einlenkend:

*Es ist nicht leicht, eine solche Angelegenheit einheitlich nach festen Grundsätzen zu regeln. Wir müssen uns speziell mit den polnischen Briefen befassen, u. auch das nur local, d. h. in den Ostmarken. Wir haben bisher keinen Anlass, uns über die Haltung v. Podb.'s zu beklagen u. ich bin dafür, zunächst mal die Sache mit ihm persönlich zu besprechen, bitte die Sache zur nächsten Konferenz zu bringen.*

32.

(d. h. Raschdau).

Und der Rechtsberater und erste stellvertretende Vorsitzende der Nebenregierung, Justizrat Wagner, beschwichtigt die Heisssporne v. Tiedemann und Dr. Bovenschen in folgender, am 20. März 1900 geschriebener Bemerkung:

*Gegen den Bescheid ist nicht viel einzuwenden. Eine allgemeine Verordnung, dass Briefe mit fremdsprachlicher Aufschrift nicht befördert werden, ist unmöglich, auch wenn sich diese Verordnung nur auf solche Briefe bezieht, die im Inlande aufgegeben werden. Aber auch zu einer Verordnung, dass Briefe mit polnischer Aufschrift nicht befördert werden, liegt eine genügende Veranlassung bis jetzt wohl nicht vor, da diese Briefe nach Auskunft der Postverwaltung selten sind.*

31.

(d. h. Justizrat Wagner).

Inzwischen hat der „Diplomat“ des Vereins, Raschdau, den Herrn v. Podbielski persönlich in der Angelegenheit gesprochen und berichtet darüber Folgendes:

*Ich habe die Sache mit dem H. Staatssekr. des Reichspostamts, der die Eingabe vollständig kannte, besprochen. Er*

*bedauerte, auf dem Verfügungswege nichts tun zu können, da ihm durch die bestehenden Bestimmungen die Hände gebunden seien. Bitte die Sache in der nächsten Konferenz nochmals zur Sprache zu bringen.*

32.

*Die richtige Hintertreppenpolitik!*

Trotz dieser schriftlichen und mündlichen Absage aus dem Reichspostamt, liess die Nebenregierung nicht locker und betrieb weiter ihre grossangelegte Polenhetze. In der kleinsten Weise wurde öffentlich in der Presse und heimlich durch Druck auf die amtlichen Regierungsstellen die unwürdige Verfolgung der polnischen Briefadressen weiter aufrechterhalten. Diesem Zweck diene zunächst die nachstehende Eingabe an den damals neu ernannten Reichskanzler, Grafen v. Bülow, die von dem 2. Vorsitzenden des Ostmarkenvereins, dem „Diplomaten“ Raschdau, verfasst wurde.

*Berlin W. 62, den 19. Februar 1901.  
Kleiststr. 5.*

*Euerer Exzellenz*

*beehren wir uns ehrerbietigst mitzuteilen, dass in der am 6. d. Mts. stattgehabten Versammlung der Ortsgruppe Berlin des deutschen Ostmarkenvereins nach einem von Herrn Justizrat Wagner hierselbst gehaltenen Vortrag, folgende Resolution angenommen worden ist:*

*Der deutsche Ostmarkenverein, Ortsgruppe Berlin, weist mit Entschiedenheit den von polnischer Seite erhobenen Anspruch zurück, Sendungen mit polnischer Aufschrift im Postverkehr befördern zu lassen. Der Verein erblickt darin einen Missbrauch der Reichspost im Interesse der nationalpolnischen Propaganda. Angesichts der rein agitatorischen Tendenz dieser Bestrebungen erwartet der Verein, dass die Reichspostverwaltung die durchgängige Anwendung der deutschen Sprache im innerdeutschen Verkehr zur Bedingung macht und die Beförderung von Postsendungen mit polnischen Aufschriften ablehnt“.*

*(Von hier ab stammt das Concept der Eingabe aus der Hand des Herrn Raschdau. D. Verf.)*

*Dieser Resolution haben sich inzwischen verschiedene andere Ortsgruppen des Vereins angeschlossen. Wir stellen mit Genugtuung fest, dass der Herr Staatssekretär des Reichspostamtes in der Reichstagsverhandlung vom 17. d. Mts. die Anwendung von ähnlichen Massregeln wie die hier ausgesprochenen in Aussicht gestellt hat, allerdings in der Form einer Warnung gegenüber den Agitationen des Polentums. Nach unserer langjährigen Kenntnis der Verhältnisse des*



Ostens zweifeln wir nicht, dass diese Eventualität sich einer vorsorgenden Staatsgewalt in der weiteren Entwicklung aufdrängen wird. Die letzten auf die Angelegenheit bezüglichen Erlasse der Reichspostverwaltung, soweit sie in der Oeffentlichkeit bekannt geworden, werden sich für die Regelung der Frage nicht als ausreichend erweisen und sie haben insbesondere und zwar mit sofortiger Wirkung den bedenklichen Nachteil, dass die zahlreichen unteren Postbehörden in der sprachlichen Diaspora, die ohnehin unter dem Druck ihrer polnischen Umgebung schwer zu leiden haben (wo und wie? D. Verf.), täglich in ihrem Dienst vor praktische Entscheidungen gestellt werden, die ihnen durch feste Normen ein für allemal abgenommen werden sollten. Gegenüber der rücksichtslosen Entschlossenheit des Potentums, auch auf diesem Gebiete sich nur durch **nationale** Bestrebungen leiten zu lassen, wird die Reichsverwaltung Erwägungen **politischer** Zweckmässigkeit nicht einfach ausschalten und sich lediglich von technischen Beweggründen bestimmen lassen werden. Je früher die kaiserliche Postverwaltung das Facit aus den polnischen Demonstrationen, wie sie der Herr Staatssekretär von Podbielski festzustellen in der Lage war, zu ziehen weiss, desto leichter und schneller werden sich die Polen mit der natürlichen, um nicht zu sagen selbstverständlichen Vorschrift des Gebrauchs der Landessprache aussöhnen, während jedes Entgegenkommen auf diesem Gebiete die zukünftige Regelung erschwert.

Wir glauben daher im Interesse der Reichs- und Staatsverwaltung zu handeln, wenn wir die öffentliche Meinung für die Notwendigkeit von Massnahmen wie sie die obige Resolution andeutet, vorzubereiten suchen.

gez. v. Tiedemann-Seeheim

Vorsitzender des  
Hauptvereins.

gez. Raschdau

Vorsitzender der  
Ortsgruppe Berlin.

An

den Reichskanzler und Präsidenten  
des Staatsministeriums, Herrn Grafen v. Bülow

Exzellenz

Hier.

An der Spitze des Concepts der Eingabe befindet sich folgende an Herrn v. Tiedemann gerichtete Bemerkung des Herrn Raschdau:

*Ich bin der Ansicht, dass eine solche Eingabe vom Hauptverein ausgehen muss. Ich bin übrigens bereit, sie mit Ihnen zu unterzeichnen. Nur würde ich für meine Person meinen Amtsscharakter aus naheliegenden Gründen fortlassen (!) und*

*nich als Vorsitzender der Ortsgruppe Berlin einfach bezeichnen. Sind Sie mit den Ausführungen einverstanden?*

Und darunter schreibt der Herr Generalsekretär und Geschäftsführer des Hauptvorstandes des „Ostmarkenvereins“:

*Jede Ortsgruppe muss ihre Resolutionen selbst an den Reichskanzler senden.*

28.

Der Zweck dieser mit unermüdlicher Ausdauer betriebenen Hintertreppenpolitik des „unpolitischen“ Ostmarkenvereins wurde schliesslich vollständig erreicht und zwar in der Aera Bülow. Bülow hatte weder politische Ideale noch in der Politik ethische Grundsätze; er machte sich daher die „Ideale“ des Ostmarkenvereins zu eigen, der einen politischen Faktor repräsentierte, mit dem jeder offizielle preussische Minister rechnen musste. Bülow verschrieb sich dem Ostmarkenverein mit Haut und Haaren; dies gab ihm Relief nach aussen als starker Mann der deutsch-nationalen Politik und sicherte ihm den Anhang des lärmenden Trosses des Ostmarkenvereins, des Alldeutschen Verbandes und dergl. Organisationen. In der Aera Bülows wurden schliesslich dem Ostmarkenverein tatsächlich die vollen Rechte einer heimlich anerkannten Nebenregierung eingeräumt und ihre antipolnischen Forderungen auf dem Gebiete des Reichspostwesens restlos erfüllt. Der Krieg gegen die polnischen Briefadressen wurde mit amtlichen Mitteln durchgeführt, die Postämter in den polnischen Gegenden wurden von den letzten Resten der niederen polnischen Beamten gesäubert, von den Postschaltern wurde die polnische Sprache auch für die Interessenten verbannt und in der weiteren Folge der famosen Bülowschen Blockära konnte der Haktismus sogar im Reichstage seinen Einzug halten. Der Nachfolger Podbielskis als Staatssekretär des Reichspostamts, Kraetke, dessen Briefe als Unterstaatssekretär noch von der Nebenregierung als „dreckig“ bezeichnet wurden, fornte sich ganz in ein Werkzeug des Ostmarkenvereins um und drückte im Reichstage die vom Ostmarkenverein verlangten „Ostmarkenzulagen“ für die Postbeamten in den polnischen Landesteilen durch.



## Polenhetze auf sonstigen Gebieten.

### Die Fahnenpolitik des Herrn v. Tiedemann.

Wie der vielseitige Geist des Leiters der Nebenregierung auch in die geringsten Einzelheiten einzudringen vermag, um die „Polengefahr“ aufzudecken, zeigt folgender Brief:

12. Novbr. 95.

Hochgeehrter Herr Geheimer Rat! (scil. v. Philipsborn).

*Auf die anliegende Gerichtsverhandlung wegen demonstrativer Führung der national-polnischen Farben gestatte ich mir Ihre besondere Aufmerksamkeit hinzulenken. Es ist gang und gäbe in der Provinz Posen, dass die behördlich gestatteten und verordneten Provinzialfarben karmoisinrot und weiss sind. Demonstrativ wird von polnischer Seite gern an Stelle des karmoisinrot das hochrot angewendet. Weiss und hochrot sind die alten Farben der polnischen Republik. (Herr v. Tiedemann scheint farbenblind zu sein. D. Verf.) Aus der Gerichtsverhandlung ergibt es sich, dass selbst an amtlicher Stelle Unklarheit über die verordneten Provinzialfarben herrscht. Um der Masse der polnischen Bevölkerung die nicht ungefährliche Spielerei mit den altpolnischen Farben gründlich zu legen, wäre eine ministerielle Erinnerung, dass die Provinzialfarben dunkelrot und weiss sind, sehr erwünscht. Noch besser wäre der Ersatz der posenschen Farben durch eine Zusammenstellung, rotschwarz, rotgrün u. s. w. — Im Regierungsbezirk Schleswig sind Verwaltungsbehörden und Gerichte ebenfalls in sehr bemerkenswerter Weise gegen die demonstrative Anwendung der dänischen Farben. (rotweiss) eingeschritten und zwar mit durchgreifendem Erfolge.*

*In einigen Tagen werde ich so frei sein, Ihnen interessantes Material über polnische Centenar-Trauerfeiern vorzulegen.*

(Diese Denunziation betraf die Trauerfeier aus Anlass des 100-jährigen Gedenktages der dritten Teilung Polens. D. Verf.)

*In grösster Hochachtung  
H. v. T i e d e m a n n.*

Das Ziel dieser liebenswürdigen Anregung wurde einige Jahre später, unter dem Oberpräsidenten v. Bitter, erreicht. Die alten Farben des Grossherzogtums Posen wurden abgeschafft und an ihre Stelle „schwarzweiss“ eingeführt. Und mit einer solchen Politik erbärmlicher kleinlicher Nadelstiche wollte das preussische System die Gemüter und Herzen der polnischen Bevölkerung gewinnen!

### Ein Landrat lanciert Artikel des Ostmarkenvereins in Provinzialblätter.

In der Beeinflussung der Presse hat der Ostmarkenverein eine überaus rege Tätigkeit gleich von Anfang an entwickelt. Er verfasste hetzerische und brunnenvergiftende Artikel und liess sie durch einflussreiche, womöglich beamtete Personen in die Zeitungen lancieren. Sogar Landräte mussten diesen Dienst erfüllen, z. B. der Landrat *Graf v. Westarp* in Wollstein, der sich in einem an den Herrn v. Tiedemann am 15. Juni 1895 geschriebenen Brief entschuldigt, dass er den ihm zugeschickten Artikel im Kreisblatt leider nicht bringen kann, weil den Kreisblättern die Aufnahme politischer Artikel nicht gestattet ist, dass er aber für das Erscheinen des Aufsatzes in einem anderen Blatt des Kreises Sorge getragen habe.

Derselbe Landrat, Graf v. Westarp, schickt am 5. Juli 1895, nicht etwa an seine vorgesetzte Behörde, die kgl. Regierung, sondern an die „unpolitische“ Nebenregierung des Herrn v. Tiedemann einen langen Rapport über die Tätigkeit verschiedener katholischen Geistlichen seines Kreises, und Herr v. Tiedemann hält diesen Bericht für so wichtig, dass er darunter höchst eigenhändig das Wort: *Geheim!* setzt. Graf Westarp war, als die Revolution in Deutschland siegte, Führer der konservativen Partei im Reichstag.

### Der wirtschaftliche Boykott gegen die Polen beginnt.

Schon im Februar 1895, also kurz nach der Gründung des angeblich nicht gegen die Polen gerichteten Vereins, wird von diesem der wirtschaftliche Boykott eingeleitet. Am 6. Februar 1895 muss sich der Landeshauptmann der Provinz Posen Dr. v. Dziembowski bei Herrn v. Tiedemann entschuldigen, weil die Instandsetzungsarbeiten an der Warthebrücke bei Obrzycko dem Baumeister Wilczewski in Wronki und nicht dem Holzhändler Richter in Obrzycko übertragen wurden; dies geschah aus dem ganz triftigen Grunde, weil Wilczewski der billigere war, Richter dagegen, nach dem Gutachten des



Landesbauinspektors, sich seine Reparaturarbeiten viel zu teuer bezahlen liess und die Brücke niemals in Ordnung war. Der gute Mann dachte aber, dass er als Schützling des Ostmarkenvereins das Recht hatte, schlechte Arbeit für teures Geld zu liefern und beklagte sich, dass die deutschen Beamten ihm dieses Recht nicht einräumen wollten.

## Das Jahr 1896.

### **Eine Massendenunziation des Ostmarkenvereins an das preussische Staatsministerium.**

Der Ostmarkenverein fühlte sich fest im Sattel und holte gleich zu Beginn des Jahres zu einem grossen Schlage aus. Es handelte sich darum, dass damals noch zahlreiche Beamte in den polnischen Landesteilen tätig waren, die infolge ihrer wahrscheinlich zu anständigen Gesinnung in das Spiel mit vertheilten Rollen zwischen Staatsregierung und Ostmarkenverein nicht eingeweiht werden konnten: sie waren daher über den halbofficiellen Charakter des Ostmarkenvereins als Nebenregierung nicht informiert und lehnten es vielfach ab, dem nichtswürdigen Treiben des Ostmarkenvereins Vorschub zu leisten. Diese Beamten mussten also zuvor beseitigt werden. Diesem Zweck sollte die nachstehende, offenbar vorher zwischen Regierung und Ostmarkenverein vereinbarte Eingabe dienen, in der *ein allgemeiner heimlicher Boykott der Polen auf allen wirtschaftlichen Gebieten durch die Regierungsämter* gefordert und die damaligen deutschen Beamten in den polnischen Landesteilen der Vernachlässigung ihrer Pflichten und der Gegnerschaft gegen die Nebenregierung des Ostmarkenvereins beschuldigt werden.

Ich lasse diese sittlich höchst verwerfliche Eingabe hier im Wortlaut folgen:

Berlin, Januar 1896.

*Dem Königlichen Hohen Staatsministerium gestatten wir uns das Nachstehende ehrerbietigst vorzutragen:*

*Der Verein hat sich seit seinem Bestehen das Vertrauen der ostdeutschen Bevölkerung erworben (sollte besser heissen: der Karrierenreiter und Hetzer. D. Verf.) und daraufhin Hunderte von Klagen, Beschwerden und Wünschen zugestellt erhalten, welche wohl besser an die beteiligten Behörden*



gerichtet worden wären. Auf unseren jedesmaligen Hinweis, die Klagen an zuständiger Stelle anzubringen, erfolgte in der Regel die Antwort, dass man sich davon einen Erfolg nicht verspreche. (!) Der Vereinsvorstand hat in vielen Fällen die Provinzialbehörden von den Beschwerden in Kenntnis gesetzt und sich zum Teil dadurch das Misswollen einzelner Beamten zugezogen, welche die wohlgemeinte Absicht des Vorstandes, Misstrauen und Unzufriedenheit zu beseitigen, für unbefugte Einmischung ansahen. Nichts liegt dem aus besonnenen Männern der Provinz Posen und Westpreussen bestehenden Vorstände ferner, als eine Opposition gegen die Regierung! Der Verein hat die Aufgabe, alle Deutschen zur Abwehr gegen die staats- und deutschfeindlichen Treibereien des Polonismus zu sammeln; dabei kann er der Hilfe des mächtigsten deutschen Faktors, der Regierung, nicht entbehren. Die polnische Frage ist durch den Verein populär geworden. Die öffentliche Meinung und die nationale Presse beschäftigt sich dauernd mit ihr. Beide üben Kritik an der Behandlung dieser Frage durch die Königliche Staatsregierung, ohne dass der Verein in der Lage ist, die meisten Presseerzeugnisse auf ihren Ursprung zu prüfen. (Hat sie selbst veranlasst! D. Verf.)

Dem Vorstand des Vereins hat sich aber im Laufe der 1½ Jahre seines Bestehens die Ueberzeugung aufdrängen müssen, dass das Vertrauen der ostdeutschen Bevölkerung auf den Schutz des Deutschtums durch die Provinzialbehörden stark erschüttert ist (!). Das Wort des hochverehrten früheren Herrn Oberpräsidenten der Provinz Posen: „Der grösste Fehler der Deutschen in Posen ist, dass sie immer nach der Regierung rufen“ — ist wohlbegründet und der Verein hat daher den Weg der Selbsthilfe beschritten, soweit das wirtschaftliche Gebiet in Frage kommt. Der Verein will sich mit Politik nicht befassen (sic!) und daher wendet er sich in einigen Fragen, welche auf politischer Basis ruhen, in vollstem Vertrauen an das Königliche Hohe Staatsministerium.

Zu diesen Fragen gehört in erster Linie die Zuwendung amtlicher Einkünfte bezw. die Vergebung amtlicher Stellen, aus denen sich besondere Einkünfte ergeben, an polnisch sprechende Personen, welche ihre staatsfeindliche, auf Wiederherstellung eines Königreiches Polen, damit also auf Minderung des preussischen Staates gerichtete Gesinnung wiederholt dartun. (Beweise?! D. Verf.) Zwar tragen viele dieser Personen den Beamten und Behörden gegenüber einen preussischen Loyalismus zur Schau, sie sind aber mit geringen Ausnahmen die geistigen Führer der grosspolnischen Bewegung, welche den Interessen einer Hohenzollernschen Einheitspolitik

direkt zuwiderläuft. Die Vergebung von Impfpraxis, von amtlicher Praxis bei Kassen, bei der Königlichen Eisenbahnverwaltung und der Königlichen Ansiedlungskommission an vorhergekennzeichnete Personen grosspolnischer Gesinnung ruft dauernd die Unzufriedenheit weiter deutscher Kreise wach. In gleicher Weise wirkte die Verleihung des Notariats an polnische Rechtsanwälte (etwa 4—5 in der ganzen Provinz! D. Verf.), welche eine Beteiligung an der Feier des Sedantages in auffälliger Weise aus dem Wege gingen. (Was hier Herr v. Tiedemann den Polen in Preussen auf das Schuldkonto ankreidet, nämlich ihre Zurückhaltung von den alljährlichen Sedanfeiern, ist in Wirklichkeit ein sehr grosses Verdienst der Polen! Durch den alljährlichen patriotischen Tamtam der Sedanfeiern hat die preussische Regierung immer wieder die Volksleidenschaft gegen den sogenannten preussischen „Erbfeind“, d. h. Frankreich, aufgehetzt und mit einer geradezu perversen Lust die Wunde, die der preussische Militarismus 1870/71 Frankreich geschlagen, offen gehalten. Die Sedanfeiern waren gewissermassen der Wetzstein, an dem die preussische Militärkaste alljährlich ihre Waffe geschärft hat, mit der sie 1914 die Welt überfiel. Von diesen widerlichen Festen haben sich die Polen selbstverständlich ganz ferngehalten und sich dadurch ein grosses Verdienst um Frankreich und das Weltgewissen erworben. D. Verf.) Auch bezüglich der Vergebung von Lieferungen und Arbeiten für fiskalische Rechnung gelangten zahllose Klagen an den Vorstand, deren Anbringung bei den betreffenden Behörden aus leicht begreiflichen Gründen (!) gescheut wird.

Die sehr bedeutenden Bedürfnisse der Militärbehörden werden namentlich in den kleinen Städten — vielfach von polnischen Heissspornen bezogen, welche das Heer als eine verhasste Germanisierungseinrichtung bezeichnen. Beamte, leider aber auch Offiziere und Mannschaften verkehren in polnischen Lokalen, in welchen in der einen Stube die Bilder der preussischen Herrscher, in der zweiten die Bilder polnischer Rebellen hängen. Bei grösseren polnischen Festlichkeiten entblöden sich solche Leute nicht, die Bilder der preussischen Herrscher zu entfernen oder zu verhängen, „damit sie die Augen der Polen nicht beleidigen“. (Denunziation ohne Beweise! D. Verf.) In unbegreiflicher Schwäche haben hier und da beamtete Personen ihre Zustimmung zu deartigen Vorgängen gegeben (??).

Mit dem Gelde, welches Polen durch preussische Beamten und Behörden verdienen, werden polnische Fonds unterstützt. Militärkapellen spielen bei öffentlichen Gelegenheiten und bei polnischen Quartierwirten im Manöver, sogar in Anwesenheit



von Offizieren und Beamten nationalpolnische Lieder, unter denen sich selbst solche befinden, welche durch rechtskräftige Erkenntnis verboten sind (?). In den polnischen Zeitungen wird eine Sprache gegen alles Deutsche geführt, welche nicht selten an Hochverrat streift. (Wenn das wahr wäre, wären die Staatsanwälte längst eingeschritten! *D. Verf.*) Die preussischen Könige werden des Bruchs von Versprechungen geziehen\*), das ruhmreiche deutsche Heer aus Deutschlands grossen Tagen wird verhöhnt (wo? und wann? *D. Verf.*), und während Tausende von Deutschen fragten, wie sie die Veteranen des grossen Krieges ehren sollten, fragten polnische Zeitungen: „Wie ehren wir die Veteranen aus dem Aufstand des Jahres 1831?“

In hohem Grade wünschenswert wäre eine Aenderung der rot-weissen Farben der Provinz und der Stadt Posen. Zwar ist die eigentliche polnische Fahne rein weiss (?), carmoisinrot und weiss sind aber die polnischen Wappenfarben und rot und weiss gelten als polnische Farben. Allerdings wird die carmoisinrote Farbe durch die Polen in der Regel vermieden, der Unterschied ist aber nur Wenigen bekannt und so gelten rotweiss als nationalpolnische Farben, von denen unter Hinweis auf „die Provinzial- oder Stadtfarben“ bei jeder Gelegenheit ein demonstrativer umfangreicher Gebrauch gemacht wird.

Vielen öffentlichen Personen fehlt jedes Verständnis für ihr persönliches Verhalten gegenüber der polnischen Bewegung (Demuziation gegen deutsche Beamten! *D. Verf.*), deren geheimste Triebfedern und deren ganzer Umfang nur einer Körperschaft bekannt wird, welche sich deren Erforschung zur Lebensaufgabe gemacht hat, und dazu Tausende (!) aufwendet, wie der Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken. Der Verein ist bestrebt, der ostdeutschen Bevölkerung das ihr abhanden gekommene berechnete Selbstbewusstsein wieder anzuerziehen. Hierbei stösst er nur zu oft auf Widerstand gerade solcher Beamten (!), welchen ein grösseres Mass von Verständnis für ihr persönliches Verhältnis gegenüber polnischer Dreistigkeit zu wünschen wäre, welche eine rein private Einwirkung als anmassende Einmischung betrachten und das natürliche Ansehen ihrer Stellung womöglich gegen unsere Bestrebungen geltend machen, Bestrebungen, welche dem preussischen Staate sicherlich Opfer ersparen, welche der Staatsleitung die innere politische Unabhängigkeit erleichtern und ihr in der Polen-

\*) Das haben auch deutsche Historiker und Politiker getan. Der heutige Minister Scheidemann hat einmal im Reichstage gesagt, dass der Wortbruch die erhabenste Tradition der Hohenzollern sei! *D. Verf.*

politik eine öffentliche Meinung an die Seite stellen, auf deren brausende (sic!) Zustimmung die Staatsleitung rechnen kann, wenn sie bestrebt ist, in den Ostmarken schwarz-weiße Politik zu treiben.

Dem Königlichen Hohen Staatsministerium unterbreitet der Vorstand des Vereins zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken die ehrerbietige Bitte, die sämtlichen Provinzialbehörden in Posen, Westpreussen und Oberschlesien mit Weisungen zu versehen, aus welchen ihr Verhalten gegen die immer dreister auftretenden Bestrebungen staatsfeindlicher Elemente unzweideutig zu entnehmen ist.

In vollkommener Ehrerbietung  
Der Vorstand des Vereins zur Förderung  
des Deutschtums in den Ostmarken.  
(Folgen die bekannten Unterschriften.)

Diese Eingabe wurde am 10. Januar 1896 fertiggestellt und nach eigenhändiger Bekundung des Herrn v. Tiedemann am 14. Januar von ihm „mündlich erledigt bei Konferenz mit 53“, was wohl Miquel heissen soll. Das Datum vom 18. Februar 1896 trägt eine zweite Eingabe, die Herr v. Tiedemann direkt an *Minister Miquel* zur „vertraulichen Kenntnissnahme“ überreichte:

**Betrifft Stipendienfonds für die Provinzen  
Posen und Westpreussen, sowie für den  
Regierungsbezirk Oppeln.**

Eurer Exzellenz hatten wir in unserer Vorstellung am 14. Januar d. Js. den Vorschlag zu unterbreiten, uns gestattet: dass ein beträchtlicher Teil des Stipendienfonds zur Gewährung auskömmlicher Niederlassungsbeihilfen für in den Ostmarken anzusiedelnde Personen aus den gelehrten Berufen verwendet werde.

Als einen charakteristischen Beleg für die Notwendigkeit der von uns erbetenen Massregeln, erlauben Ihrer Exzellenz wir uns anliegend aus der grossen Zahl der bei uns eingegangenen Gesuche um Gewährung von Beihilfen zur Sesshaftmachung deutscher Aerzte den Bericht unseres Vertrauensmannes über die Niederlassung des praktischen Arztes Dr. Tiesler in Alt-Kischau, Kreis Berent in Westpreussen, zur hochgeneigten vertraulichen Kenntnissnahme ehrerbietigst zu überreichen.

Die Geldmittel unseres jungen Vereins reichen nun bei Weitem nicht aus, allen Anforderungen, die zu der so ungemein notwendigen Heranziehung von deutschen Aerzten, Rechts-



anwälten und s. w. nach den Ostmarken erforderlich sind, zu genügen. Der seit 50 Jahren bestehende, mit reichen durch Legate der polnischen Geistlichkeit vorwiegend gespeisten Fonds ausgestattete Marcinkowski-Verein leitet seit langer Zeit die planmässige Versorgung des Ostens mit polnischen Aerzten, Anwälten u. s. w.; er besitzt in ihnen ein weitverzweigtes Netz von eifrigen Agitatoren für die grosspolnische Sache.

Im Interesse des preussischen Staates scheint es uns zu liegen, dass die hohe Staatsregierung unseren Verein in der Abwehr jenes Zweiges der polnischen Agitation tatkräftig unterstützt. In dieser Voraussetzung haben wir es für unsere Pflicht erachtet, an Hochdieselben abermals ehrerbietigst heranzutreten.

An  
den Königlichen Staats- und  
Finanzminister  
Herrn D. Miquel, Exzellenz  
Hier.

Der Hauptvorstand  
H. v. Tiedemann-Seeheim.

Aus beiden Eingaben geht hervor, wie glatt Miquel und Tiedemann, Staatsregierung und Nebenregierung, einander in die Hände arbeiteten und wie der vom Ostmarkenverein privatim betriebene Ausrottungsfeldzug gegen das Polentum tatsächlich von der amtlichen preussischen Regierung dirigiert wurde. Tiedemann geht bei Miquel aus und ein, vereinbart mit dem Staatsminister die einzuschlagende Taktik und überreicht im heimlichen Einverständnis mit ihm den Bericht eines Ostmarkenvereins-Vertrauensmannes zur *vertraulichen* Kenntnissnahme. Das war dann das Material, aus dem die preussischen Minister im Abgeordnetenhaus ihre unglaublich verlogenen und aufreizenden Reden gegen das Polentum aufbauten.

### Das Jahr 1897.

An die Geschichte vom Lamm, das dem Wolf das Wasser trübt, erinnert folgende, jeden Rekord an Perfidie und scheinheiliger Verlogenheit schlagende, an den Oberpräsidenten von Westpreussen v. Gossler im Januar 1897 gerichtete Eingabe:

Berlin, 11. 1. 97.

Der Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken ist seit dem Bestehen Gegenstand dauernder Angriffe von polnischer Seite gewesen. Obwohl der Verein selbst jedes angriffsweise Vorgehen den Polen gegenüber streng vermieden (??) und durch den Wortlaut seiner Satzungen sowohl wie auch durch das Verhalten seines Vorstandes und seiner

Ortsgruppen den Beweis geliefert hat, dass er seine Aufgabe darin sieht, das Deutschtum zu fördern, das Polentum aber nur insoweit zu bekämpfen (also doch! D. Verf.), als es sich um die notwendige Abwehr unberechtigter Angriffe und Uebergrieffe von der anderen Seite handelt, begegnet er dennoch bei jeder sich darbietenden Gelegenheit der Verdächtigung, als verfolge er den ausgesprochenen Zweck, „die Polen zu vernichten“, sie „wirtschaftlich zu ruiniren“, sie „ausrotten“, und dergleichen mehr. Erfahrungsgemäss erscheinen dieselben Verdächtigungen regelmässig dort, wo die Bildung neuer Ortsgruppen geplant wird. Offenbar geht die Absicht dahin, die polnische Bevölkerung durch derartige Behauptungen in eine deutscheindliche (?) Erregung zu bringen, was in den meisten Fällen leider gelingt und zur Folge hat, dass eine bedauernswerte Spannung im Verhältnisse der beiden Nationalitäten zu einander eintritt. Um einer weiteren Entwicklung nach dieser Richtung vorzubeugen, halten wir uns für verpflichtet, derartigen planmässigen Verdächtigungen nachdrücklich entgegenzutreten. Dieselben haben erfahrungsgemäss ihren Ursprung in der Tätigkeit der kleinen polnischen Vereine, insbesondere der Bauern-, Handwerker-, Volks-, Arbeiter- und Sokol-Vereine.

Wir sind nun der Ansicht, dass eine Ermittlung derjenigen Personen, welche als Vorsitzende oder Protectoren jene Vereinstätigkeit leiten, uns sicheren Anhalt zur Beurteilung darüber geben wird, in welchen Berufskreisen der Herd der gegen unseren Verein ausgestreuten Verleumdungen zu suchen ist.

Ehe wir indessen eine entsprechende Untersuchung dieser Frage durch unsere Vertreter in der Provinz Westpreussen veranlassen, richten wir an Eure Exzellenz die ehrerbietige Frage, ob bei den unterstellten Königlichen Regierungen etwa bereits Verzeichnisse der Vorsteher und Protektoren der polnischen Vereine geführt worden sind, und ob dieselben dem Verein und schliesslich auch der Oeffentlichkeit in geneigter Weise zugänglich gemacht werden dürfen.

Die geneigte Verfügung Euerer Exzellenz dürfen wir zu Händen des zweitgezeichneten Vorsitzenden unseres westpreussischen Landesausschusses, Herrn von Bieler, erbitten.

Der Hauptvorstand:  
v. Tiedemann-Seeheim. v. Bieler. Dr. Thiessen.

An  
den Königlichen Oberpräsidenten der Provinz  
Westpreussen

Staatsminister, Ritter höchster Orden  
Herrn D. Dr. von Gossler, Exzellenz

Danzig.



Wir enthalten uns eines Kommentars und stellen nur fest, dass der Ostmarkenverein hier für seine heimliche Denunziationstätigkeit ein Verzeichnis der Vorsteher und Protektoren der polnischen Vereine von amtlicher Seite zu erlangen versuchte und wahrscheinlich auch erhalten hat!

### Die Propaganda des Protestantismus in der Praxis.

Bei der Auswahl u. Ernennung der Beamten fühlt sich der Chef der Nebenregierung berufen, den verantwortlichen Stellen Weisungen zu erteilen. Landräte und Bürgermeister treten an ihn, nicht an ihre wirklichen Vorgesetzten, mit ihren Wahrnehmungen und Wünschen heran, und er benutzt sie, um waschechte Hakatisten und Polenhasser auf die amtlichen Posten zu lanzieren.

Für die deutschen Katholiken und ihre parlamentarische Vertretung, das Zentrum, wird folgende, an den damaligen Oberlandes-Gerichts-Präsidenten Gryczewski in Posen, der trotz seines echt polnischen Namens ein Deutscher ist, gerichtete Eingabe nicht ohne Interesse sein.

Seeheim, Bz. Posen, 14 Oktober 1897.

Hochverehrter Herr Chef-Präsident!

Für die in Rawitsch frei werdende Amtsrichterstelle bitte ich möglichst einen deutschen, evangelischen Herrn in Vorschlag bringen zu wollen. Die ursprünglich rein deutsche Stadt Rawitsch zeigt nach den Bekundungen des Landrates und des Bürgermeisters seit wenigen Jahren ein unerfreuliches Hervortreten polnischer Elemente, die sich völlig unbeachtet, ganz im Stillen eingenistet haben. Es liegt die Gefahr vor, dass von polnischer Seite ein erfolgreicher Einbruch in eins der festesten deutschen Bollwerke unserer Provinz unternommen wird. Viele ehemals rein deutsche Städte sind im Laufe der letzten 30 Jahre polonisiert worden, weil man der Entdeutschung erst Einhalt gebieten wollte, als es zu spät war. (Eine Behauptung ohne irgend welche Beweise. D. Verf.). Rawitsch deutsch zu erhalten, scheint mir eine erste Pflicht aller mitwirkenden Staatsorgane zu sein. Wie unendlich wichtig in nationaler Beziehung in solchen Städten die Richter sind, brauche ich Ihnen gegenüber, hochverehrter Herr Präsident, wahrlich nicht zu betonen.

Von absolut zuverlässiger Quelle geht mir die Nachricht zu, dass Katholiken und Juden der polnischen Bewegung in Rawitsch gleichgiltig, wenn nicht gar wohlwollend gegenüber stehen; deshalb kann jeder Patriot nur strammen deutschen, evangelischen Amtsrichter dorthin wünschen.

zu verharren als  
Euer Hochwohlgeboren  
H. v. Tiedemann-Seeheim.

### Ein hakatistischer Lehrer als Freund seiner Schüler.

Im gleichen Jahre denunzierte ein Oberlehrer Dr. Fenge, Inowraciaw, nicht etwa seiner vorgesetzten Behörde, sondern dem Vorstand der Nebenregierung 4 dortige Gymnasialschüler, von denen 3 Polen und 1 Katholik war, dessen Vater aber „seine Nationalität nach Belieben wechselt“.

Dieser „väterliche Freund“ seiner Schüler schreibt:

*Mit deutschem Gelde züchtet sich also die Regierung polnische Agitatoren. Von diesen 3 Polen haben 2 ausser dem Regierungs-Stipendium noch Freischule und zuguterletzt das Marcinkowski'sche Stipendium.*

Der Chef der Nebenregierung schreibt darunter „*brevi manu*“, ganz im Stil einer vorgesetzten Behörde:

*Durch 25 an Kügler!* (d. h. an den Ministerialdirektor Kügler im Kultusministerium, *D. Verf.*).

Solche Kreaturen, wie diesen Fenge, hat der Ostmarkenverein in Massen gezüchtet!

### Das Jahr 1898.

Die Beamten wurden schliesslich mit der Zeit daran gewöhnt, dass sie den Ostmarkenverein und nicht ihre amtlichen Vorgesetzten als ihren Brotgeber ansahen, was ja auch in der eigentlichen Absicht der preussischen Regierung lag.

So schreibt H. v. Tiedemann am 16. Februar 1898 an den damals allmächtigen Minister Miquel:

*Euer Exzellenz nehme ich mir die Freiheit anliegend ein mir von einem angesehenen, nicht dem Lehrstande angehörenden Manne der Prov. Posen zugesandtes Stimmungsbild über die Anschauung höherer Lehrerkreise der genannten Provinz über ihre Rangverhältnisse zur hochgeneigten Kenntnisnahme gehorsamst zu überreichen.*

*In vollkommener Ehrerbietung*

*H. v. Tiedemann-Seeheim.*

Am 20. August 1898 richtet v. Tiedemann an denselben Minister in einer besonderen Eingabe seine Vor- und Ratschläge, betr. Gründung der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek in Posen, und am 21. Dez. verlangt er von ihm für die Staats- und Reichsbeamten in der Stadt Posen eine ausserordentliche Zulage zu dem Wohnungsgeldzuschuss der I. Klasse, damit ihr Wohnungsgeldzuschuss dem der A-Klasse (Berlin) gleichkomme und diese Beamten mit Freuden „bei dem *schwierigen Werke der Germanisation* (also doch! *D. Verf.*) mitarbeiten können.“



### „Der Reichstag wird nachhinken müssen“.

Eine versteckte Drohung enthält der Schlusspassus dieser Eingabe, dass nämlich, wenn der Reichstag die Forderung nicht berücksichtigt, Preussen sie ohne den Reichstag auf eigene Hand durchführen wird, und „der Reichstag dann „*volens*“ wird nachhinken müssen“.

In dieselbe Zeit fällt auch der oben im Wortlaut mitgeteilte Urias-Brief Tiedemanns an Miquel, der den Sturz seines (Tiedemanns) Freundes, des Ober-Präsidenten von Wilamowitz-Möllendorf, zur Folge hatte.

### Der „treue Ekkehard des deutschen Namens“.

Der frühere revolutionäre Kommunist u. Barrikadenkämpfer und spätere Staatsretter — Miquel, erfreute sich der besonderen Liebe der Nebenregierung wegen seiner eifrigen Begünstigung ihrer sämtlichen Zwecke und Ziele. So wurde ihm aus Anlass seiner 70. Geburtstagsfeier in einem Glückwunschsreiben des Vorstandes des Ostm. Vereins feierlich attestiert, dass er „volles Verständnis“ für die Ziele desselben bekundet hatte.

*Dasß die jetzige energische Stellungnahme der königl. Regierung — lesen wir in dem Schriftstück weiter — in erster Linie Eurer Exzellenz hochherziger und weitsichtiger Initiative zu verdanken ist, dürfen wir daher ohne Uebertreibung aussprechen, dass jeder unserer deutschen Brüder innerhalb der Grenzen der ehemals polnischen Landesteile in Eurer Exzellenz den treuen Ekkehard des deutschen Namens erblickt.*

Hier wird also durch den Ostmarkenverein ausdrücklich erklärt, dass die energische Stellungnahme der preussischen Regierung gegen die Polen der eigenen Initiative dieser Regierung entsprungen sei. Der Ostmarkenverein war gleichfalls ein auf Initiative der preussischen Staatsregierung geschaffenes Werkzeug derselben zur systematischen, planmässigen Polenausrottung.

Noch zwei weitere Eingaben der Nebenregierung an die verantwortliche Regierung fallen in dieses Jahr.

Die Nebenregierung hatte durch ihre Hintermänner bei der Staatsregierung eine Vorlage, betr. eine neue Auffüllung des Ansiedlungsfonds um 100 Millionen erwirkt und bedankte sich dafür in einer Eingabe vom 8. Juni 1898. Aber mit den 100 Millionen für den weiteren Auskauf verkrachter oder tiefverschuldeter deutscher Grundbesitzer war die Nebenregierung nicht zufrieden. Sie verlangte ausserdem Aufhebung des

Rentencredits bei der Gründung neuer, kleiner, polnischer Rentengüter, „Einführung des Anerbenrechts und Eintragung des *Vorkaufsrechts für die Ansiedlungskommission* auf allen in den Provinzen Posen und Westpreussen künftig zu bildenden Rentengütern“.

Wir sehen, dass Vorkaufsrecht für die Ansiedlungskommission beginnt schon damals, eine Rolle zu spielen, wir sehen auch, wo die Initiative für die späteren Massnahmen der Regierung auf diesem Gebiet lag.

Das Jahr 1898 schliesst mit einer Eingabe vom 12. Oktober an den Justizminister Schönstaedt, der ebenfalls für die Ziele des Ostmarkenvereins gewonnen wurde; diese Eingabe betraf die Einführung einer besonderen Dolmetschergebühr bei den Gerichten für die polnischen Interessenten und sollte der polnischen Bevölkerung die Rechtsnachsichtung verteuern. Wenn es sich um die Auspowerung der Polen handelt, ist der Nebenregierung jedes, auch das unscheinbarste Mittel recht.

### Das Jahr 1899.

war für den Ostmarkenverein ein Jahr der inneren Umformung und der Ausgestaltung seiner Einrichtungen.

Es siedelt der Graudener Rechtsanwalt und juristischer Beirat v. Tiedemanns, Herr Franz Wagner, nach Berlin über, der Name des Vereins, der bis jetzt offiziell „Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken“ lautete, wird in „Deutscher Ostmarkenverein“ umgeändert und am 15. Mai 1899 wird davon dem Berliner Polizei-Präsidium Mitteilung gemacht. Die Eintrittsbedingungen werden erleichtert. Man kann schon mit einem Jahresbeitrag von 3 M. das Recht erhalten, ein „patentirter Patriot“ zu werden. Man spekulierte auf Massenbeitritt und hat es auch erreicht, dass der Verein im Jahre 1913 über 55 000 Mitglieder in über 450 Ortsgruppen zählte. Das damals dem Polizei-Präsidium angegebene Vermögen des Vereins ist auf ca. 1 Million gewachsen.

Die geheime Ziffernbezeichnung wird im inneren Verkehr allgemein eingeführt.

In diese Zeit fällt auch die oben schon besprochene erfolgreiche grosse Staatsaktion gegen die polnischen Mittel- und Unterbeamten bei den Postbehörden in den polnischen Landesteilen.

### Aufruf zur Boykottierung der Polen auf den Bahnhöfen.

Der neue zweite stellvertretende Vorsitzende des Vereins, Rechtsanwalt Wagner, der dieses Amt für seine Graudener Leistungen erhielt und der von nun an in den Akten mit Nr. 31



zeichnet, entwickelt in seiner neuen Würde, die er an Stelle des verstorbenen v. Hansemann bekleidet, eine rührige Tätigkeit.

Er benutzt einen aus Mewe in Westpreussen erhaltenen Brief, um dem Geschäftsführer der Geschäftsstelle Danzig folgenden Auftrag zu erteilen:

Berlin, 27. October 1899.

Die Geschäftsstelle bitte ich ganz ergebenst von dem anliegenden Briefe aus Mewe zwei auszugsweise Abschriften über die beiden Punkte herstellen zu lassen und mir zu übersenden.

Die Abschrift hinsichtlich der Anstellung der Richter werde ich selbst überreichen (!), die zweite soll als Anlage verwendet werden zu einem Gesuch an den Herrn Eisenbahnpräsidenten in Danzig, das ich in Anschlag bringen will. 31.

Wir sehen, dass der neue Herr es seinem Herrn und Meister v. Tiedemann in Ton und Form gut abgekuckt hat; er beeinflusst die Anstellung von Richtern persönlich bei der betreffenden Behörde. Hier lasse ich sein erstes, ganz im Tiedemann'schen Stil geschriebenes Boykottschreiben an den Eisenbahnpräsidenten in Danzig folgen, das auf Grund der Informationen eines auf den polnischen Bahnhofswirt neidischen Konkurrenten verfasst wurde.

An

den Herrn Eisenbahnpräsidenten zu Danzig.

Hochgeehrter Herr Eisenbahndirektionspräsident!

Wir erlauben uns ganz ergebenst in Anlass eines bestimmten Falles die Aufmerksamkeit Ew. Hochwohlgeboren auf die Verpachtung der Bahnhofswirtschaften zu lenken, mit der dringenden Bitte, die Wirtschaften unter keinen Umständen an Personen zu verpachten, die Polen sind, oder mit den Polen in Verbindung stehen.

Wir haben sehr oft beobachtet, dass die Bahnhofswirtschaften, welche in polnischen Händen sind, mit Vorliebe von Polen aus der Umgegend besucht werden, dass in diesen Wirtschaften von der polnischen Sprache ein umfangreicher Gebrauch gemacht wird und dass sie fast immer einen Stützpunkt für die polnischen Bestrebungen bilden (wo? und wie? D. Verf.). Dies wird in dem anliegenden Bericht aus Mewe über die Bahnhofswirtschaft zu Morroschin bestätigt und es wird in diesem Bericht besonders noch darauf hingewiesen, dass von dem dortigen Bahnhof aus durch Empfehlungen die polnischen Gasthöfe und Geschäfte in der Stadt Mewe und die dortwohnenden Polen unterstützt und gefördert werden.

Solche Stützpunkte der Polen, die als ein politischer und wirtschaftlicher Ring den Deutschen gegenüberstehen (?), schädigen das Deutschtum und darf die Bildung solcher Stützpunkte nicht begünstigt werden. Ganz gewiss werden die Staatsbehörden, welche es als ihre Aufgabe betrachten, das Deutschtum zu fördern, nicht dazu beitragen wollen, deutschfeindliche polnische Agitationscentren zu bilden und zu erhalten, am wenigsten in Bahnhofswirtschaften, die Eigentum des Staates sind, und unter Aufsicht des Staates stehen.

Wir halten es für möglich, dass bei Ausbieten der Verpachtung einer Bahnhofswirtschaft die Polen bessere Gebote machen, wie die Deutschen. Sie können das, weil sie bei dem einmütigen Zusammenhalten ihrer Volksgenossen auf einen grösseren Besuch der Wirtschaft rechnen können. Dieser etwaige fiskalische Vorteil wird aber durch die damit zusammenhängende Schädigung des Deutschtums doch zu teuer bezahlt und kann daher nicht entscheidend sein. Wir dürfen auch darauf hinweisen, dass — wie der durchaus zuverlässige Bericht aus Mewe ergibt, — die deutsche Bevölkerung durch die Verpachtung der Bahnhofswirtschaften an Polen beunruhigt wird und ihr daraus Besorgnisse erwachsen für das schon so sehr bedrängte Deutschtum.

Wir bitten deshalb sehr dringend anzuordnen, dass bei Vergebung der Bahnhofswirtschaften die deutsch-nationale Gesinnung des Bieters genau geprüft und die Wirtschaft nur an Pächter von zuverlässig deutscher Gesinnung vergeben wird, dass dies insbesondere in Morroschin geschieht. Mit vorzüglicher Hochachtung

ii. s. w.

i

Man beachte, we hier auf Grund niedriger Zuträgerereien, deren Motiv gemeine Gewinnsucht war, kleine, belanglose Vorfälle verallgemeinert wurden, um das ganze polnische Volk zu schädigen und den Regierungsboykott gegen dieses Volk einzuleiten. Dieselbe preussische Regierung aber, die einen solchen wirtschaftlichen Boykott gegen das Polentum heimlich begonnen hatte, hat später öffentlich in den Parlamenten dies abgeleugnet und die Schuld auf die Polen geschoben.

**Es sollen „den Gegnern nicht alle deutschen Karten aufgedeckt werden“.**

Ein merkwürdiger Briefwechsel vollzieht sich zwischen dem Generalsekretär des Ostmarkenvereins (Nr. 28) und den Nummern 25, 32 (Raschdau) und zwar am 28. Februar 1899:

Herr Oskar Wehr, Referendar, ist der Sohn des Rittergutsbesitzers Wehr, Mitglied des Gesamtausschusses und



eines der eifrigsten Hakatisten, die mir je begegnet. (Dieser ehrenwerte Hakatist beging später schlimme Unregelmässigkeiten und wurde seines hohen Provinzialamtes enthoben. D. Verf.)

Könnten wir das tatsächliche Material aus seinem Schreiben an 11-Westpreussen (den Oberpräsidenten. D. Verf.) zu einer Eingabe an das Staatsministerium benützen? 28.

Darunter schreibt die Nummer 25:

Ich halte für richtiger 11-Danzig (Oberpräsident), der ja Mitglied der Ansiedlungs-Kommission ist, die Betreibung der Sache zu überlassen. Eine gleichzeitige Eingabe beim Staatsministerium würde ihm mitgeteilt werden, ihn vielleicht verschnupfen (!) und dadurch nur schaden.

Dass der Schreiber anscheinend eine Veröffentlichung in der »Ostmark« (scil. offiz. Organ des Ostmarkenvereins) wünscht, ist mir nicht verständlich. Damit würden ja den Gegnern alle deutschen Karten aufgedeckt. Ich glaube, dies müsste Wehr mitgeteilt werden.

25.

Und der „Diplomat“ des Ostmarkenvereins, Herr Gesandte z. D. Raschdau, schreibt dazu:

Ja, ganz einverstanden. Wir sollten Wehr in liebenswürdiger Weise für die Mitteilung danken und ihm sagen, er möchte zunächst den Erfolg bei 11-Danzig abwarten, bevor dieserseits Weiteres geschieht. Er solle aber Nachricht geben.

Was mögen das wohl für »deutsche Karten« gewesen sein, die der Oeffentlichkeit nicht aufgedeckt werden durften! Die richtige Hintertreppenpolitik!

### Tiedemann als Erzieher.

Ende 1899 wurde der spätere Chef der Reichskanzlei Conrad zum Regierungspräsidenten in Bromberg ernannt. Der Chef der Nebenregierung begrüsst ihn und führt ihn folgendermassen in sein Amt ein:

6. Decbr. 1899.

Hochverehrter Herr Regierungspräsident!

Zu Ihrer Ernennung zum Präsidenten der Regierung in Bromberg, erlaube ich mir Ihnen die allerherzlichsten Glückwünsche auszusprechen! Von meinem deutschen Standpunkte aus begrüsse ich Ihre Wahl als die denkbar

beste! — Sie finden in Ihrem neuen Bezirke ein hochwichtiges, aber sehr dankbares Feld der Tätigkeit. Die Stadt Bromberg schliesst in sich eine in ihrer Mehrheit gut gesinnte, vorwärts strebende, leicht zu führende Bevölkerung; die hin und wieder sich dort hervorwagende polnische Agitation ist bei kräftigem Zufassen leicht im Keime zu ersticken. In einer Reihe von Kreisen und Städten Ihres Bezirkes machen sich ebenfalls erfreuliche Fortschritte des Deutschtums in nationaler wie wirtschaftlicher Hinsicht geltend. Diesen Lichtbildern stehen aber auch düstere Schatten gegenüber: in mehreren Städten, wie z. B. Gnesen, und Kreisen (Witkowo) gewinnt das Polentum täglich an Boden; schlimm ist es auch in Kujavien, besonders in Inowraclaw, bestellt. wo bei der Lauheit der Deutschen der rührige Pole jetzt triumphiert. Wie Ihnen aus eigener Erfahrung bekannt, sieht der Deutsche in den gemischtsprachigen Landesteilen immer zuerst nach der Regierung und wartet auf ihre Parole. Dass diese unter Ihrem Regiment stets kerndeutsch sein wird, davon bin ich jetzt überzeugt. Leider ist zu Zeiten von Bromberg aus nicht immer so verfahren worden. Bei den politischen Wahlen sind die Deutschen im Bezirk Bromberg im Allgemeinen gut vorbereitet für nationales Zusammengehen; Widerstand leisten nur die äussersten Flügel rechts (!) und links, die *Ultra-Konservativen und extremen Agrarier*, wie die freisinnigen Fortschrittsleute; die Rickertsche Richtung ist zu haben (!). Sobald *von oben her eine eiserne Faust gezeigt wird*, fügen sich aber auch die auf rechter wie auf linker Seite Fronzierenden. Vielleicht habe ich noch die Ehre, Sie vor Ihrer Uebersiedelung nach Bromberg zu sprechen (!!).

Mit der Versicherung besonderer Hochschätzung  
Euer Hochwohlgeboren  
sehr ergebener  
H. v. Tiedemann-Seeheim.

Es ist dies ganz die Sprache eines vorgesetzten Ministers, der dem neuernannten Beamten Instruktionen für sein Verhalten in seinem Amt erteilt!

Und so war es ja auch in Wirklichkeit!

### Das Jahr 1900.

Auch in dem Jahrhundertwendejahr wurde in der Polenhetze fleissig weitergearbeitet und zwar unter den günstigsten Verhältnissen, weil sämtliche Träger der höchsten Aemter Männer waren, die ganz in dem Fahrwasser des Ostmarkenvereins schwammen. An der Spitze des Staates stand der feine Gentleman und geschickte Regisseur Bülow, der seinen eigenen



Mangel an schöpferischen Ideen und an Geist durch eifriges Zitieren fremder Geistesprodukte ersetzte, kein Staatsmann, sondern ein Staatsmanns-*Ersatz*, ein Mann, von dem man sagen könnte, dass er nicht die Bildung, sondern nur die richtige Aussprache besass. An der Spitze der Provinz Posen stand, an Stelle des von Tiedemann so hinterlistig gestürzten Freiherrn von Wilamowitz-Möllendorf, der geschmeidige Herr v. Bitter, der sich schon früher in Oppeln als williges Werkzeug des Polenausrottungskurses dokumentiert hatte. An der Spitze der Provinz Westpreussen stand der erprobte Polenfeind v. Gossler, der vom Kaiser Friedrich III. verabschiedete frühere reaktionäre preussische Minister des Innern, der auch die Ausweisung von 40 000 ausländischen Polen aus dem preussischen Staatsgebiete im Jahre 1885 auf dem Gewissen hatte.

Für den Ostmarkenverein war es eine Lust, zu „arbeiten!“  
Man erfand zunächst eine

### „Polengefahr in Pommern“.

Ein frommer Gottesmann namens Splittgerber aus dem weltbekannten Nest Eventin bei Wandhagen in Pommern, klagt in einem Briefe an den Ostmarkenverein bitter über die neu ausbrechende Polengefahr in dem einst polnischen Pomerellen. Da soll ein Herr Kasimir v. Łaszewski das Gut Hygendorf im Kreise Bütow gekauft haben, ein Pole Jutrzenka zum Amtsvorsteher ernannt worden sein, an Stelle des angeblich von den Polen verfolgten deutschen Lehrers ein polnischer Lehrer nach der Gemeinde gebracht worden sein und derartiges mehr.

Das durfte der patentierte Patriotenverein nicht dulden und die Klageschrift des frommen und wahrheitsliebenden Pastors wurde sofort mit dem Vermerk versehen:

von Tepper-Laski in Köslin schicken!

Und die Antwort des Herrn Regierungspräsidenten in Köslin?  
Hier ist sie:

J. Nr. 899. 24. 2. 1900.

Köslin, den 22. Februar 1900.

Dem Verein erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 5. d. Mts. Folgendes ergebenst:

Der p. von Jutrzenka ist durchaus deutschgesinnt und hat bei Wahlen die nationalen Interessen gefördert. Seine Ernennung zum Amtsvorsteher eines bis dahin vernachlässigten Bezirks erfolgte, weil er ein besonders energischer und geschäftserfahrener Mann ist, p. von Malotky war dagegen in Selbstverwaltungssachen noch wenig erfahren. Er ist übrigens inzwischen verstorben.

Der Lehrer Franke ist aus Oslawdamerow auf seinen wiederholten dringenden Antrag nach dem Regierungsbezirk

Danzig versetzt worden. Die Danziger Regierung hat dafür den Lehrer Swierzkowski nach Oslawdamerow überwiesen, gegen dessen nationalpolitische Haltung nicht nur nichts zu erinnern war, sondern welcher sogar einmal wegen der Pflege des Deutschtums eine Gratifikation erhalten hatte.

Ob Swierzkowski überhaupt der polnischen Sprache mächtig ist, geht aus seinen Akten nicht hervor.

Der Lehrer Franke, dessen Frau übrigens eine Polin ist, wurde von den Einwohnern Oslawdamerows nicht wegen seiner deutschen Gesinnung, sondern wegen seiner strengen Schulzucht angefeindet.

Seine beiden Vorgänger, welche der polnischen Sprache nicht mächtig waren, haben keine Anfeindungen erfahren.

In Vertretung  
(Name unleserlich).

An  
den Verein zur Förderung des  
Deutschtums in den Ostmarken  
in Berlin.

**Frei!**

Die amtliche Auskunft besagte also, dass sämtliche Angaben des um das Deutschtum in Pommern so besorgten Pastors ohne Ausnahme falsch waren. Alles war Klatsch, Tratsch, erdacht und erfunden. Aber man muss beachten, dass der Ostmarkenverein auf Grund dieses Lügenmaterials eine ganze Reihe von Berichten und Notizen in die sogenannte nationale Presse hineinlanziert hat, dass er die ganze öffentliche Meinung im Deutschen Reich gegen das Polentum aufgehetzt, dass er den Fall benutzt hat, um unendlich viel Brunnenvergiftung zu treiben u. s. w. Und als sich die Lügenhaftigkeit dieser Nachricht herausstellte, hat der Ostmarkenverein nichts berichtet und nichts dementiert, getreu dem Tiedemann'schen Grundsatz: »Man muss jeden Fall aufrühren, auch wenn nichts dabei herauskäme!«

Zu beachten ist auch, wie gehorsam und willig der Regierungspräsident von Köslin dem Ostmarkenverein Rede und Antwort steht!

### **Ein Oberpräsident ruft die Hilfe der Nebenregierung gegen eine polnische Bank an.**

Ein starkes Stück stellt folgender eigenhändige Brief dar, den der Oberpräsident von Posen, Bitter, an den Ostmarkenverein gerichtet hat:

Der Oberpräsident  
der Provinz Posen  
J.-Nr. 1471900 O. P.

Posen, den 26. November 1900.

Nach einer mir zugegangenen Mitteilung ist die „Bank Parcelacyjny“, Bächerstrasse 18, hierselbst unausgesetzt



bestrebt, den bei Gelegenheit von Parzellierungen erworbenen und auf ihren Namen eingetragenen Bestand an Hypotheken, der sich nach vorliegenden Nachrichten auf 600.000 M. beläuft, an deutsche Kapitalisten abzustossen. Gelingt dies, so werden hierdurch neue Kapitalien, insbesondere auch zum Ankauf deutscher Besitzungen behufs Aufteilung an Polen, mithin zu einer vom deutschnationalen Standpunkt aus unerwünschten Verwendung verfügbar gemacht. Zur Erleichterung der Begebung der Hypotheken an Dritte, pflegt die Bank sich zur Einkassierung der Zinsen in der Weise zu erbieten, dass sie den Hypothekenzinsbewerbern vorschlägt, das Instrument nebst notarieller Cession und Attest aus dem Genossenschaftsregister ohne Umschreibung der Hypothek im Grundbuch auf den Namen des Erwerbers lediglich in ihren Gewahrsam zu nehmen. Die Erwerber hätten dann nicht nötig, um den Schuldner sich zu kümmern, und könnten sich die Zinsen von der Bank einschicken lassen. Dadurch, dass sie die Zinsen von den Schuldnern einkassiere, behalte sie zugleich eine Kontrolle über dieselben und könne für jede Hypothek und Zinsen Garantie leisten. Dass diese angebliche Garantie einen besonderen Wert für die Erwerber nicht haben dürfte, liegt auf der Hand. Es ist dringend erwünscht, den Bemühungen der Bank, ihre bei Parzellierungen festgelegten Kapitalien durch Übertragung der an Zahlungsstatt übernommenen Hypotheken an deutsche Kapitalisten verfügbar zu machen, auf jede mögliche Weise entgegenzutreten.

Wenn ich auch annehme, dass in dieser Beziehung von dem Ostmarkenverein das Erforderliche bereits veranlasst worden ist und insbesondere die vor Kurzem durch die Blätter gegangene Nachricht von ihm herrührt, so scheint es mir doch von besonderer Wichtigkeit, auf die Angelegenheit in der *Oeffentlichkeit zurückzukommen* und die *Warnung vor dem Ankauf der qu. Hypotheken in angemessenen Zeiträumen zu erneuern*.

Dem Vorstände stelle ich daher ergebenst anheim, in dieser Beziehung die geeigneten Anordnungen zu treffen.

v. Bitter.

An den Vorstand des Ostmarkenvereins  
z. Hd. des Herrn Major a. D. v. Tiedemann  
Hochwohlgeboren  
Berlin W.

**Eigenhändig!**

Auf diesen ganz unerhörten Brief des Posener Ob erpräsidenten Bitter, der amtlicherseits zum Boykott einer polnischen Privatbank auffordert, schreibt der allgewaltige Chef der heimlichen Nebenregierung folgende Randbemerkung:

An 28. Bitte in Presse Näheres zu veranlassen, dann zurück an mich!

Und es wurde auch das Nähere veranlasst, wie folgende Antwort des Hauptvorstandes des Ostmarkenvereins an den Oberpräsidenten Bitter beweist:

Berlin, 18. Decbr. 1900.

Euerer Exzellenz beehren wir uns in Verfolg des geneigten Schreibens vom 26-ten v. Mts. J. Nr. 14719/00 O. P. zu berichten, wie wir dem Gebahren der Posener »Bank Parcelacyjny« fortgesetzt unsere volle Aufmerksamkeit zuwenden. Auf Grund Hochderen Anregung haben wir neuerdings eine Warnung vor dem Ankaufe von Hypothekencertifikaten dieser Bank durch die deutschnationale Presse gehen lassen; wir werden von Zeit zu Zeit das deutsche Publikum zu warnen nicht ermangeln.

Der Hauptvorstand.

An  
den Königlichen Oberpräsidenten  
Herrn Dr. von Bitter  
Exzellenz  
Posen.

Man beachte wohl, was dieser Briefwechsel zwischen Staatsregierung und Nebenregierung bedeutet. Der höchste Beamte der Provinz lässt heimlich zum Boykott einer polnischen Privatbank auffordern, deren Besitzer u. Teilhaber genau so, wie alle anderen, preussische Staatsbürger sind, den Staat durch ihre Steuerleistungen mit unterhalten und genau ebenso Anspruch haben auf staatliche Fürsorge und Unterstützung. Der höchste Beamte der Provinz lässt durch die Nebenregierung in der Presse gegen das Polentum hetzen und stört so im höchsten Grade das friedliche Zusammenleben der Bewohner seiner Provinz.

Das deutsche Volk u. das Weltgewissen aber mögen es wissen: dieser Schriftwechsel zwischen Oberpräsident und Nebenregierung steht durchaus nicht vereinzelt da. Es war in den polnischen Provinzen Preussens *landesüblich*, dass die preussische Regierung in solcher Weise heimlich gegen die polnischen Staatsbürger hetzte und die übelste Brunnenvergiftung trieb. Um dies im höchsten Grade unmoralische und lichtscheue Gebahren fortsetzen zu können, hat sie ja den Ostmarkenverein entstehen lassen und sich ihn als heimliche Nebenfiliale beigeordnet!

Wie kann man sich da wundern, wenn die polnische Bevölkerung in den polnischen Landesteilen Preussens zu dieser Art Beamten jedes Vertrauen verlieren und sie als ihre schlimmsten und geschworenen Feinde ansehen *musste!*



## Die Hineinziehung der Militärbehörden in die Boykottbewegung.

Trotzdem der Ostmarkenverein bei seiner Gründung feierlich betont hat, dass ihm jedes aggressive Vorgehen gegen die polnische Bevölkerung fern liege und dass er nur friedliche, »wirtschaftliche« Ziele verfolge, ging sein ganzes Wirken, wie sich das aus diesen Enthüllungen zweifellos ergibt, ausschliesslich darauf hinaus, die polnische Bevölkerung in den polnischen Landesteilen Preussens politisch rechtlos zu machen und wirtschaftlich zu ruinieren. Auf *politischem Gebiet* ist ihm dies in hohem Masse gelungen, was auch gar nicht zu verwundern braucht, da ja Ostmarkenverein und preussische Staatsregierung in Wirklichkeit vollkommen identisch waren und die preussische Staatsregierung, in der Maske des Ostmarkenvereins, sämtliche unbegrenzten Machtmittel der Staatsautorität für dieses Ziel angewandt hat. Dass der Ostmarkenverein auf *wirtschaftlichem Gebiet* seine Zwecke nicht erreicht hat, lag nicht an ihm. Wir können ihm attestieren, dass er *sämtliche* Mittel, die nur ausdenkbar waren, angewandt hat, um das Polentum wirtschaftlich zu ruinieren. »Wer den Zweck will, muss auch die Mittel wollen« — der Ostmarkenverein hat diesen Grundsatz seines »wissenschaftlichen« Beirates, Prof. Hötsch, in vollkommenem Umfang beherzigt. An der Macht der Verhältnisse lag es, dass er auf wirtschaftlichem Gebiete keinen Erfolg erzielte, wenn auch seine Boykotthetze der polnischen Bevölkerung fühlbare tiefe Wunden geschlagen hat. Das Mittel der *Selbsthilfe* hat das Polentum auf wirtschaftlichem Gebiete vor der gänzlichen Proletarisierung bewahrt.

Als die preussische Regierung von ihrer Nebenposition des Ostmarkenvereins aus den Boykottfeldzug gegen das Polentum organisierte, hat sie zunächst in unglaublich perfider Weise den Spieß umgekehrt und die

### Fabel vom polnischen Boykott

erfunden, mit der sie fast 20 Jahre hindurch auf den Gimpelfang ging und die öffentliche Meinung in Deutschland planmässig irreführte. Denn man glaubt heute beinahe allgemein in Deutschland und besonders in Preussen, dass die Polen tatsächlich die deutschen Kaufleute und Gewerbetreibenden boykottiert haben.

Und doch ist dies eine der grössten Lügen, die je in die Welt gesetzt wurden, um das unchristliche und nichtswürdige Werk der wirtschaftlichen Zugrunderichtung des Polentums vor der Welt zu rechtfertigen.

Wir erteilen hier zunächst einem Deutschen das Wort:

Herrn Georg Wagner, Herausgeber der »Posener Neuesten Nachrichten«, früher langjähriger Redakteur der »Posener Zeitung«,

schreibt in seiner, bereits im Jahre 1899, unter dem Titel »Polenkoller« erschienenen Abhandlung über den polnischen Boykott, Seite 21, folgendes:

Betrachten wir zunächst die Boykottfrage. Hier haben die Hetzer sehr geschickt Wahres mit Falschem vermischt. Thatsächlich sind im polnischen Lager schon früher Stimmen laut geworden, die aufforderten, nur bei Polen zu kaufen, allein solche vereinzelt Boykottprediger machten auf das polnische Publikum nicht den geringsten Eindruck. Es kaufte dort, wo es am besten bedient zu werden glaubte, und die gelegentlichen Phrasen irgend eines polnischen Winkelblättchen änderten daran ebenso wenig, wie etwa die Hetzereien des Sigl'schen »Vaterland« geeignet gewesen sind, das Verhältnis zwischen der bayrischen und preussischen Bevölkerung ungünstig zu beeinflussen. Das wussten die berufsmässigen Hetzer ganz genau, trotzdem erhoben sie ein grosses Geschrei über einen angeblich existirenden polnischen Boykott und forderten nun ihrerseits zur Bekämpfung der polnischen Gewerbetreibenden auf. Es sei hier ausdrücklich konstatiert, dass erst mit dem Auftreten des HKT — Vereins der Nationalitätenstreit auch auf das wirtschaftliche Leben übergriff und der Kampf direkt hässliche Formen annahm. Nachdem einmal der wirtschaftliche Kreuzzug gegen die polnischen Gewerbe gepredigt worden war, ergriff natürlich auch das polnische Publikum für seine angegriffenen Landsleute Partei.

So also spricht ein Deutscher, der während seiner langjährigen publicistischen Tätigkeit im Osten, und gerade wegen dieser Tätigkeit, die ausgiebigste Gelegenheit hatte, Land und Leute kennen zu lernen, und der — ein wahrlich seltenes Vorkommnis, — gerecht aber auch unbefangen genug war, sich durch das Hakatistengeschrei nicht verblüffen zu lassen.

Da den Polen, die nicht nationale Renegaten werden wollen, seit Jahrzenten der Zutritt zu allen Aemtern verschlossen blieb, da sie zu staatlichen und jeder Art amtlichen Lieferungen und Arbeiten nicht zugelassen wurden, da von den von ihnen geleisteten Steuern nichts in ihre Taschen zurückfloss, da sie noch dazu von der heimatlichen Scholle systematisch verdrängt wurden, so mussten sie sich mehr wie früher dem Kaufmannsstand und der Industrie zuwenden; es ist nur zu erklärlich, dass die auf sich allein angewiesene Bevölkerung den eigenen Handel- und Gewerbebestand unterstützte, da sie doch ihre eigenen Brüder nicht verhungern lassen konnte. *Sich selbst zu helfen*, ist die Pflicht eines jeden Volkes, und umso mehr eines in so arger Bedrängnis lebenden Volkes wie das polnische, das auf seiner eigenen Erde als Paria behandelt wurde.



Diese *Selbsthilfe*, die noch dazu ganz mangelhaft war, — als Boykottierung der im Vollgenuss aller staatlichen Rechte lebenden deutschen Bevölkerung hinzustellen, ist der *Gipfel politischer Heuchelei*.

Der grosse Einfluss, den die Nebenregierung, infolge heimlicher aber sehr wirkungsvoller Unterstützung durch die offizielle preussische Staatsregierung, auf die Handhabung der Polenpolitik gewonnen hatte, bewog sie, nunmehr auch die preussischen Militärbehörden für den Polenboykott mobil zu machen. Die Militärbehörden hatten bisher auf diesem Gebiet Zurückhaltung geübt. Wohl in Rücksicht darauf, dass die polnischen Soldaten in den grossen Kriegen loyal ihre Pflicht erfüllt haben und die polnische Bevölkerung bis zuletzt dem Staate verhältnismässig die meisten und besten Soldaten lieferte.

Dies alles vorausgeschickt, bitten wir ohne Voreingenommenheit folgenden, an den damaligen, für den Polenboykott gewonnenen preussischen Kriegsminister gerichteten Brief des Herrn v. Tiedemann und seines Handlungers Dr. Bovenschen durchzulesen:

Berlin W. 62. Kleiststrasse 5.

13. März 1901.

Eurer Exzellenz entschiedene Abweisung der polnischen Angriffe in der Reichstagssitzung vom 27. Februar d. J. hat die gesamte deutsche Bevölkerung der Ostmarken mit grossen Freude erfüllt. Zahlreiche Kundgebungen, welche uns zugegangen sind, lassen erkennen, wie ermutigend Eurer Exzellenz treffende Erklärungen insbesondere auf den deutschen Handel und das deutsche Gewerbe in den gemischtsprachigen Landesteilen gewirkt haben. Wir machen uns nur zum Dolmetsch dieser Gesinnungen, wenn Eurer Exzellenz den verbindlichsten Dank auszusprechen wir uns gestatten.

Mit vollster Berechtigung haben Eure Exzellenz dargelegt, wie von polnischer Seite seit langen Jahren ein rücksichtsloser Boykott gegen das deutsche Gewerbe gehandhabt wird. Unter den älteren deutschen Bewohnern der Ostmarken besteht Einhelligkeit darüber, dass dieser Boykott bereits seit einem halben Jahrhundert eingesetzt hat und in stetiger Zunahme verschärft worden ist. Es ist eine bewusste grobe Fälschung, wenn von polnischer Seite stets der Vorwurf gegen den deutschen Ostmarken-Verein erhoben wird, dass er den Anfang mit der Boykottierung der Polen gemacht hätte. Die Stellung des erst am 3. November 1894 gegründeten Vereines zur Boykottfrage ergibt sich aus angefügten Ratschlägen für die Vertrauensmänner (Seite...); dagegen beweisen die in den ebenfalls beigefügten Broschüren „Fälle polnischen Boykotts“ und „Der Polenring“ abgedruckten Auszüge aus polnischen Zeitungen, dass schon

im Jahre 1891 der allgemeine Boykott gegen die Deutschen gepredigt ward (Eine grobe Unwahrheit! Es handelte sich damals um ein Weihnachtsverzeichnis polnischer Kaufleute in Posen, veröffentlicht in dem „Dziennik Poznański“, D. Verf.).

Handel und Gewerbe in den Städten der Ostmark waren ursprünglich völlig in deutscher Hand. Zahlreiche Übertritte von Deutschen zum Polentum, sei es durch Heirat, sei es durch die planmässige Polonisierung katholischer Deutschen durch den polnischen Clerus, haben bei uns unter der fürsorglichen und wohlwollenden staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung einen polnischen Erwerbsstand emporwachsen lassen, der seinen deutschen Lehrmeister sogleich rücksichtslos bekämpfte und bekämpft und die gut organisierte polnische Bevölkerung wandte ihre Kundschaft sofort dem polnischen Gewerbe zu. Das deutsche Gewerbe hätte sich dann intakt lebenskräftig erhalten und keimen können, wenn die deutsche Bevölkerung durch Zuwendung ihrer Kundschaft es für den Fortfall der polnischen entschädigt hätte. Das war nun leider nicht der Fall. Aus angeborener deutscher Gutmütigkeit, Kurzsichtigkeit und Schläffheit überwies ein grosser Teil der Deutschen nach wie vor ihre Aufträge an polnische Geschäfte. Auch die staatlichen Behörden der Militär- wie Zivilverwaltung haben aus übel angebrachter Parität jahrelang polnische Lieferanten vorwiegend berücksichtigt, wenn nicht gar bevorzugt.

Die unausbleibliche Folge musste der fast völlige Ruin des deutschen Gewerbes in den gemischtsprachigen Landesteilen sein. In gleichem Schritte ging dann die bedauerliche Polonisierung der Städte vor sich. Mit allem Nachdruck haben wir auf diesen, das Staatsinteresse bedenklich bedrohenden Vorgang hingewiesen und Massregeln zur Abwendung dieses unheilvollen Prozesses teils selbst ergriffen, teils der Staatsregierung vorgeschlagen (!). Dank unserer Bemühungen ist es gelungen, in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung das Bewusstsein wachzurufen, dass sie verpflichtet sind, die deutschen Erwerbsstände gegenüber dem polnischen Ansturm nicht schutzlos zu lassen. Mehr und mehr wird der Deutsche der Pflicht eingedenk, durch Zuwendung seiner Kundschaft seinem Landsmann in dem ihm von polnischer Seite aufgedrungenen (!) Kampfe beizuspringen.

Dass nun auch seitens der staatlichen Behörden zu Gunsten des deutschen Gewerbes und des deutschen Handels klar und fest eingegriffen wurde, ist Eurer Exzellenz vorbehalten geblieben (!). Wir bezweifeln nicht, dass Eurer Exzellenz Vorgehen für alle Teile der Militär- wie Zivilverwaltung in den Ostmarken bahnbrechend wirken wird.



Hochdieselben haben Sich hierdurch ein unvergängliches Verdienst um die Erhaltung des dortigen deutschen Mittelstandes erworben.

Eurer Exzellenz hochgeneigte Aufmerksamkeit erlauben wir uns bei dieser Gelegenheit auf die schwere Schädigung hinzuweisen, die dem Deutschtum in einer Anzahl kleinerer Städte durch Entziehung der Garnisonen zugefügt worden ist. Als besonders traurige Beispiele benennen wir nur die Städte Samter und Schrimm, die seit dem Fortgang ihrer Garnison ihren ehemaligen Charakter vollkommen einge- büsst haben und der Polonisirung unaufhaltsam entgegen- gehen. Zur Errettung dieser Städte gibt es nur ein Mittel: die Wiederbelegung mit Garnisonen. Mit dem Einzuge eines preussischen Truppenteils erhält das Deutschtum in den kleineren und mittleren Städten eine neue und feste Stütze. Gewiss wissen wir die militärischen Gründe, welche zur Einschränkung der kleinen Garnisonen im Osten führten, voll zu würdigen; indess geht aber die Pflicht, dem Deutschtum in den ehemaligen polnischen Landesteilen zu einer herrschenden Stellung zu verhelfen, unseres Erachtens jeder anderen Rücksicht vor.

In dem grossen weltgeschichtlichen, nationalen Wett- ringen, welches sich vor unseren Augen in den Ostgauen des Vaterlandes abspielt und für Jahrzehnte hin noch ab- spielen wird, würden Euer Exzellenz der deutschen Sache durch möglichste Wiederbelegung der mittleren und kleineren Städte mit Garnisonen einen mächtigen Vorschub leisten.

23.

28.

Und hier gleich die prompte Antwort darauf:

Nr. 2236. 15. 4. 01.

Kriegsministerium                      Berlin, W. 66, den 6. April 1901.

Nr. 661. 3. 01. A. 1.                      Leipzigerstr. 5.

Auf das gefällige Schreiben vom 13. März 1901, von dessen Ausführungen Seine Exzellenz der Herr Kriegsmini- ster gern Kenntnis genommen hat, erwidert das Departament ergebenst, dass die Heeresverwaltung schon seit eini- gen Jahren bestrebt ist, die kleinen Städte — insbesondere auch in den östlichen Landesteilen — bei Belegungen mit Garnison zu berücksichtigen. Soweit es die militärischen Verhältnisse — besonders Rücksichten auf die Ausbildung der Truppe und die Ausnützung bereits vorhandener Gar- nisonsanstalten — zulassen, wird dieses auch fernerhin angestrebt werden.

An

den Hauptvorstand des  
Deutschen Ostmarken-Vereins.  
hier.

I. V.

Friedberg.

### Die Bemühungen um die Person des Kaisers.

Um den Kaiser für seine Ziele zu gewinnen, liess der Ostmarkenverein byzantinische Artikel in der „Ostmark“ erscheinen, die er dann dem Chef des kaiserlichen Kabinetts in die Hand spielte.

Wie das gehandhabt wurde, zeigt folgender Brief:

Berlin, W. 10. Thiergartenstr. 35.  
14. 5. 01.

Euer Exzellenz gestatte ich mir anliegend zwei Exemplare der soeben erschienenen Mai, Juli, August-Nummer der Monatsschrift „Die Ostmark“ gehorsamst zu überreichen, welche einen Auszug aus der Ansprache bringt, die Seine Majestät der Kaiser am 24. v. Mts. in *Bonn* zu halten geruht haben.  
In grösster Ehrerbietung  
H. v. T. (iedemann-Seeheim).

An  
den Königlichen Wirklichen Geheimen Rat,  
Geheimen Kabinettsrat Seiner Majestät  
des Kaisers und Königs,  
Ritter des Schwarzen Adler-Ordens,  
Herrn Dr. von Lucanus  
Exzellenz.  
Hier.  
Wilhelmstr.

Es wird sich später zeigen, dass Tiedemann auf diesem Wege sogar Denunziationen an den Kaiser einzuschmuggeln verstand.

---



## Der Ansturm des Ostmarkenvereins gegen die Sprache der Polen.

Die Sprache und die in ihr aufgespeicherten Kulturschätze, die Literatur, sind das höchste Gut eines jeden Volkes. Wer dieses Gut antastet und zu vernichten sucht, begeht ein Verbrechen gegen die Kultur. Diesen Grundsatz haben auch die drei Teilungsmächte, Preussen, Russland und Österreich, auf dem Wiener Kongress 1815 anerkannt und den Polen die Pflege ihrer Sprache in Amt und Schule feierlich zugesagt.

Leider ist dieses Versprechen gebrochen worden. Nur Österreich hat nach 1860 dieses Versprechen erfüllt; es hat auch dadurch erreicht, dass es in allen Regierungsnöten in den Polen die beste Stütze besass.

In Preussen dagegen wurden die Polen auf eigenem Boden als Fremdkörper behandelt und allmählich aller garantierten nationalen Rechte beraubt. Namentlich ihre Sprache wurde mit immer wachsender Rücksichtslosigkeit verfolgt. Im Jahre 1874 wurde in Posen die polnische Sprache als Unterrichtssprache aus allen Schulen, sowohl aus den Gymnasialschulen, als auch aus den Volksschulen (in Westpreussen schon viel früher) verjagt, im Jahre 1876 wurde sie aus allen Ämtern verbannt. Sie blieb nur noch als Unterrichtsgegenstand (2 Stunden wöchentlich) und im Religionsunterricht bestehen.

Im Jahre 1887 wurde die polnische Sprache auch als Unterrichtsgegenstand in den Volksschulen abgeschafft und blieb nur beim Religionsunterricht bestehen. Aber auch dies war den Unterdrückern zu viel. Im Sommer 1900 hat der Kultusminister Studt, von dem man erzählt, dass er noch bei seinem Abgange im eigenen Ressort ein Fremdling war, verordnet, dass in den Stadtschulen zu Posen auch der Religionsunterricht auf der Ober- und Mittelschule in deutscher Sprache zu erteilen sei!

Nun begannen eifrige Kreisschulinspektoren das gleiche in anderen Schulen auf eigene Faust einzuführen, da sie der Billigung der Regierung im Voraus gewiss waren.

Um den Minister Studt in seinem sinnlosen Wüten gegen die polnische Sprache zu unterstützen, verlangte der Ostmarkenverein in einer besonderen Denkschrift seines Vorsitzenden, dass der Minister noch einen Schritt weitergehe und den polnischen Religionsunterricht in der Volksschule gänzlich aufhebe. Man bedenke: sechsjährige, polnische Kinder sollen den Religionsunterricht, also den schwierigsten Unterrichtsgegenstand, nicht in ihrer Muttersprache erlernen! Was würde Pestalozzi zu dieser pädagogischen Ungeheuerlichkeit wohl gesagt haben!

### Tiedemanns Denkschrift an Studt.

Berlin, 16. 12. 01.

Euer Exzellenz haben durch Hochderen Verfügung vom Sommer 1900, wonach in den Stadtschulen der Provinzialhauptstadt Posen der Religionsunterricht auf der Ober- und Mittelstufe fortan in deutscher Sprache zu erfolgen habe, eine Massregel getroffen, für die Hochdemselben der Dank aller nationalen Kreise sicher ist.

Neben der Verbreitung von Kenntnis und Wissen hat die Schule und vor allem die Volksschule die Aufgabe, die Jugend zu tüchtigen und vaterländischgesinnten Staatsbürgern heranzubilden. Im besonderen haben die Schulen der östlichen Landesteile eine hohe nationale Mission zu erfüllen: Durch die Überlegenheit der deutschen Bildung soll dem ausserhalb der Schule oft höchst verderblichen Einflüssen ausgesetzten Kinde bei Zeiten zu Gemüte geführt werden, welche geistigen Güter ihm teilhaftig werden, wenn es sich einen möglichst grossen Schatz von deutscher Bildung zu eigen macht. Zu der im staatlichen Interesse unbedingt notwendigen innigen Verschmelzung der fremdsprachigen Untertanen mit den deutschen Volksgenossen im gesamten Vaterlande, muss durch eine die nationalen Bedürfnisse in erster Reihe berücksichtigende Schulerziehung bereits in der Volksschule der Grund gelegt werden.

Wenn dieses Ziel in den östlichen Grenzmarken des Reiches bisher nicht in dem Umfange erreicht worden ist, als es für das Wohl und den Frieden (?) des Staates erforderlich wäre, so liegt das nicht zum Wenigsten daran, dass in den früheren Perioden in den Schulen des Ostens der deutschen Staatssprache nicht die ausschliessliche Herrschaft gesichert worden ist.

Heute nach den Vorgängen in der Schule in Wreschen und nach dem Verlauf des damit in Verbindung stehenden Prozesses, der vor dem Landgericht in Gnesen vor Kurzem verhandelt worden ist, herrscht in allen nationalen Kreisen nur eine Stimme darüber, dass es ein Missgriff (!) gewesen



ist, bei der Einführung der deutschen Unterrichtssprache eine Ausnahme für den Religionsunterricht gelten zu lassen. Gerade das religiöse (!) Gefühl, das den polnisch-sprechenden Preussen innewohnt, hätte s. Zt. der Schulverwaltung Veranlassung sein müssen, ebenso wie in allen übrigen Fächern auch in der Religion die deutsche Unterrichtssprache zur Anwendung zu bringen. Dadurch, dass das nicht geschah, dass vielmehr die Glaubenswahrheiten der Religion in dem polnischen Idiom (!) gelehrt wurden, musste notgedrungen in dem Bewusstsein der Kinder und Eltern die deutsche Sprache zu etwas Minderwertigem, ja Glaubensfeindlichem heruntergedrückt werden. Der polnische Religionsunterricht hat gleichzeitig die Bestrebungen jener deutschfeindlichen Elemente gefördert, die durch die Gleichstellung der Begriffe der Konfession und der Nationalität nicht nur der polnischen Bevölkerung einen glühenden Hass gegen alles, was deutsch ist, einimpfen, sondern auch Tausende von deutschen Volksgenossen ihrem Deutschtum abwendig gemacht und dem Polentum zugeführt. (Unsinn! D. Verf.).

Die Nationalität folgt der Sprache und darum muss es Aufgabe nicht nur der gesamten Staatspolitik im Allgemeinen, sondern auch aller Zweige der Staatsverwaltung sein, durch eine tatkräftige, nationale Schul- und Sprachenpolitik die deutsche Staatssprache durchzuführen. Es handelt sich bei einer derartigen Politik nicht um einen Kampf gegen die polnische Sprache an sich, untereinander können die Polen sprechen und verkehren, in welcher Sprache sie immer wollen. Eine solche Politik ist um so notwendiger, als die polnisch-sprechenden Preussen in den östlichen Provinzen bestrebt sind, unter Verleugnung (?) der Kenntnis der deutschen Sprache auch den Deutschen das polnische Idiom (!) aufzudrängen und es zu einer zweiten Landessprache zu machen.

Aus allen diesen Erwägungen gestatten wir uns an Euer Exzellenz die Bitte zu richten, in der von Euer Exzellenz bisher so erfolgreich (!) begonnenen Sprachenpolitik zu beharren und darüber hinaus weitere Massnahmen zu treffen, die geeignet sind, der deutschen Staatssprache in allen Schulen die unbedingte Herrschaft zu sichern. Dahin würden wir rechnen:

1. dass der fakultative polnische Schreib- und Leseunterricht an den Volksschulen der Provinz Posen aufgehoben;
2. dass der fakultative polnische Sprachunterricht an den Gymnasien der Provinz Posen ebenfalls beseitigt und

3. dass der Religionsunterricht sowohl in den Stadt- wie in den Landschulen der ganzen Provinz Posen nicht nur auf der Ober- und Mittelstufe, sondern auch auf der *Unterstufe* in deutscher Sprache erteilt wird.

Und das Unmögliche wurde zur Wirklichkeit. Sobald es sich um *polnische* Schulkinder in Preussen handelte, wurden die in der ganzen zivilisirten Welt bestehenden pädagogischen Grundsätze, dass der Unterricht nur in der *Muttersprache* des Kindes erteilt werden darf, ausser Kraft gesetzt. Diese Grundsätze galten in Preussen nur für deutsche Kinder, für die armen polnischen Kinder galt die politische Pädagogik eines Tiedemann und Studdt!

Die natürlichste Unterrichtsweise, in der Muttersprache, wurde den polnischen Kindern auch im Religionsunterricht versagt. Was in den deutschen Kolonien den Suaheli- und Dualla-Negern gewährt wurde, das mussten die polnischen Kinder in Preussen entbehren.

Das taten *deutsche* Staatsmännern, *deutsche* Politiker und *deutsche* Schulmänner, vergessend, dass ein *deutscher* Dichter es war, der zum Ruhme der *Muttersprache* jenes wunderschöne Gedicht geschaffen hatte: »Muttersprache, Mutterlaut! Wie so wonnesam, so traut!« Was für die deutschen Kindern als angeborenes Naturrecht galt, das hat die preussische Staatsregierung den polnischen Kindern vorenthalten. Diese nichtswürdige doppelte Moral der preussischen Staatsregierung hat in hohem Grade mit dazu beigetragen, dass während des Weltkrieges jedes Wort und jede Handlung der deutschen Regierungen und der deutschen Staatmänner von allen übrigen Völkern mit schrankenlosem und wirklich *wohlverdientem Misstrauen* aufgenommen wurde!

Zu dem Kapitel des Religionsunterrichtes in der polnischen Muttersprache möchte ich hier noch zwei Deutschen das Wort erteilen:

Professor Hans Delbrück schrieb damals in seinen »Preussischen Jahrbüchern«: »Wenn es unsere Schulleitung darauf angelegt hätte, in dem polnischen Nachwuchs die allerverstocktesten, inngrimmigsten, unversöhnlichsten Feinde heranzuziehen, es gäbe kein besseres Mittel, als sie mit Schulstrafen zu zwingen, deutsch zu beten. *Weshalb in aller Welt tun wir das*, und wie würden wir den Jungen feiern, der zu dem Lehrer gesagt hat: »Prügelt mich, so viel ihr wollt, totschiagen dürft ihr mich nicht« und dann laut das Vaterunser in seiner Muttersprache gebetet hat — wenn es etwa ein deutscher Knabe in Siebenbürgen gegenüber einem magyarischen Lehrer getan hätte.«

Hermann Wendel schrieb in seiner Broschüre »Die preussische Polenpolitik« (Berlin, 1908) zu diesem Thema: »Vom Standpunkt des Staates, der die Religion für einen Stützpfiler der staatlichen



Ordnung hält, und deshalb dem Volke die Religion erhalten wissen will, ist es nicht nur brutal, sondern auch wieder unsagbar täppisch, wenn er die erhofften Heilswirkungen des christlichen Glaubens selber dadurch neutralisiert, dass er ihn den polnischen Kindern zwangsweise und mit Stockschlägen nahebringen will... Zweifellos bietet das Hineinziehen von Kindern in den politischen Kampf kein erfreuliches Bild, *aber wer anders als die preussische Regierung mit ihren Germanisierungsversuchen hat die Schule zu einem politischen Kampfplatz gemacht* und für den Osten den Satz dreimal unterstrichen, den Bebel einmal ganz allgemein formuliert hat: Die Volksschule ist ein eminent politisches Institut! Und gerade die deutschen Chauvinisten, die den Schulkindern einen fanatischen Mordspatriotismus und blinden Glaubenseifer einimpfen möchten, müssen in eine Zwickmühle geraten, wenn sie den Stab brechen wollen über Kinder, die lieber Strafen und Schläge auf sich nehmen als die Glaubensartikel und Gebete in einer fremden Sprache herzusagen.... ... Mit den barbarischsten körperlichen Strafen versuchte man den Widerstand der Kinder zu brechen. Wie mag man in den von der Öffentlichkeit ausgeschlossenen Schulräumen zur höheren Ehre der deutschen Kultur darauf losgeprügelt haben, wenn sogar ein hakatistischer Prügelpädagoge in voller Öffentlichkeit in einer Brochüre über den Schulstreik aufzumuntern wagte: »Viele Schulen bestrafen den Ungehorsam durch tägliche Nachsitzstunden. Ob diese Strafart die richtige ist, bezweifle ich sehr. Ungehorsam und Trotz kann nur durch eine empfindliche körperliche Züchtigung gesühnt werden. Ein Erzieher, der Menschen zu gefallen lebt, der seiner Vaterwürde vergibt, ist und bleibt ein Schwächling. Weg mit jedem „Humanitätsdusel!“ Wie wenig auch ohne eine solche Aufmunterung der „Humanitätsdusel“ unter den Schulmeistern der polnischen Provinzen während des Schulstreiks grassierte, dokumentiert am besten und kommentarlos ein ärztliches Zeugnis über den körperlichen Befund eines Mädchens, das in der Schule von Wirsitz im Religionsunterricht deutsche Antworten verweigerte: „Die p. Josefa gibt an, am 12. d. Mts. in der Schule unzählige Male mit einem Rohrstock über beide Arme und den Rücken geschlagen worden zu sein. Diese Angabe ist wahrscheinlich, denn man sieht, dass beide Arme total blau geschlagen sind. Auf dem Rücken bemerkt man namentlich auf beiden Schulterblättern zahlreiche, mehrere Zentimeter lange, bläulich-grünlich verfärbte Striemen. Der rechte Oberarm weist einen tiefbläulich verfärbten Fleck auf, welcher 8 Zentimeter hoch und 8 Zentimeter breit ist. Auf dem linken Oberarm bemerkt man einen 14 Zentimeter hohen, 6 Zentimeter breiten, tief schwarz gefärbten Fleck. Beide Arme sind stark angeschwollen. Die ganze Verletzung macht den schauerhaften Eindruck, als wenn der Rücken des Kindes gegeißelt worden wäre. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die pathologischen

Erscheinungen am Körper der p. Josefa Tetzlaw mit roher Gewalt mit einem stumpfen Gegenstand verursacht worden sind.“

So sahen die preussischen „Kulturträger“ in den polnischen Provinzen aus! Man wendet sich mit Grauen ab vor dieser unglaublichen Rohheit und Brutalität des Empfindens dieser preussischen Schulmeister!

Der Hakatismus war unersättlich! Nicht nur den Kinder in der Schule, sondern auch den erwachsenen Polen in ihren Versammlungen solle das Recht auf den Gebrauch ihrer Muttersprache geraubt werden.

Von jeher hat die Nebenregierung die grössten Anstrengungen in dieser Richtung gemacht. Polizeiliche Behörden haben auf ihre Veranlassung hin wegen des Gebrauchs der polnischen Sprache polnische Versammlungen willkürlich und widerrechtlich aufgelöst, weil angeblich die Aufsicht führenden Polizeibeamten der polnischen Sprache nicht mächtig waren und deshalb das Aufsichtsrecht nicht ausüben konnten. Als wenn die Bürger der Polizei wegen da wären und nicht umgekehrt!

Das Oberverwaltungsgericht hat aber immer, wenn die Leiter der widerrechtlich aufgelösten polnischen Versammlungen den Klageweg beschritten, auf Grund des früheren Vereins- und Versammlungsrechts entschieden, dass der Gebrauch der polnischen Sprache in Versammlungen kein Auflösungsgrund ist.

Die Nebenregierung wollte aber diese Rechtsprechung nicht dulden und das Oberverwaltungsgericht wurde deshalb in der hakatistischen Presse heftig angegriffen.

Da das Oberverwaltungsgericht aber diesen Rechtsstandpunkt festhielt, bestellte der Ostmarkenverein bei seinem Mitgliede, dem Staatsrechtslehrer Prof. Zorn, ein Gegengutachten und versuchte nun auf Grund desselben, die Regierung in seinem Sinne zu beeinflussen.

Der von der Welle der Revolution zum bayerischen Ministerpräsidenten emporgetragene deutsche Sozialist Kurt Eisner hat die deutsche Wissenschaft eine feile Hure genannt!

Hat aber Kurt Eisner, angesichts dieses Zornschen Rechtsgutachtens, nicht tausend Mal Recht gehabt mit seiner Behauptung!

### Ein hakatistischer Druck auf die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts.

An gleichem Tage, an dem der Ostmarkenverein die oben angeführte Denkschrift an den Unterrichtsminister Studt, betreffend die gänzliche Aufhebung des polnischen Religionsunterrichts, abgesandt hatte, beglückte er das ganze Ministerium mit einer zweiten Denkschrift, die folgendermassen lautete:



Berlin, 14. 12. 01.

An das Königliche Staatsministerium!

Von jeher ist das Bestreben der Polen dahingegangen, durch Verleugnung der Kenntnis der deutschen Sprache, durch das Verlangen nach polnisch sprechenden Beamten, nach polnischem Sprachunterricht in den Volksschulen und auf den Gymnasien, nach dem polnischen Religionsunterricht, nach polnischen Briefadressen, polnischen Verkäufern, u. s. w., der deutschen (??) Bevölkerung der östlichen Landesteile die polnische (??) Sprache aufzuzwingen und damit diese zu einer zweiten Landessprache zu machen.

Niemand wird es den Polen verübeln, wenn sie unter sich ihres Idioms sich bedienen (die Sprache des von Goethe verehrten Mickiewicz, die Sprache des von der ganzen Welt bewunderten Sienkiewicz erlaubt sich der Politiker aus Seeheim aus pathologischem Hass, ein Idiom zu nennen! D. Verf.) Da aber die Polen die polnische Sprache als Kampfmittel benützen gegen die deutsche Bevölkerung (Unsinn! D. Verf.) und zur Förderung ihrer nationalen, grosspolnischen und das Lebensinteresse des preussischen Staates aufs höchste gefährdenden Bestrebungen, ist es eine unabwendbare Notwendigkeit dass im gesamten öffentlichen Leben im Verkehr mit den Behörden und mit der deutschen Bevölkerung- der deutschen Sprache die Vorherrschaft gesichert wird.

Es muss den Polen durch unbedingtes Beharren auf den Gebrauch der deutschen Sprache zu Gemüte geführt werden, dass sie Angehörige eines deutschen Staates sind, in dem es nur eine Landessprache, die deutsche gibt.

Die beste Gelegenheit, den Polen zum Bewusstsein zu bringen, dass sie Angehörige des preussischen Staates und des deutschen Reiches sind, bietet sich bei *öffentlichen Versammlungen*. Es gibt heute grosse Gebiete des deutschen Vaterlandes, in denen die Polen in geschlossenen Massen wohnen, sich streng von der deutschen Umgebung abschliessen und bemüht sind, einen Staat im Staate zu bilden.

Dieses gefährliche Bestreben ist den Polen durch die Entscheidungen des Königlichen Preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 26. September 1876 und vom 5. Oktober 1897 leider erheblich erleichtert worden. Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, wo die Polen sich durch den sogenannten „Polenbund“ eine feste, zielbewusst arbeitende, nationale Organisation geschaffen haben, finden heute bereits tausende von polnischen Versammlungen im Jahre statt, in denen, wie zum Holne auf die uralte deutsche Vergangenheit dieser kerndeutschen Lande, nur polnisch

gesprochen wird (Die grosse Zahl der dortigen Polen ist eben die Folge der Verdrängungspolitik in den polnischen Provinzen! D. Verf.). Es darf nicht Wunder nehmen, dass unter solchen Umständen sich der von einem starken nationalen Fanatismus beseelten Polen mehr und mehr das Gefühl bemächtigt, dass sie ein Recht darauf haben, polnische Schulen, polnische Predigten u. s. w. zu verlangen. (Es sind das doch ganz selbstverständliche Forderungen eines jeden Volkes, so auch der Deutschen in Siebenbürgen, Galizien, Bukowina u. s. w.! D. Verf.).

Schon heute werden von königlichen und städtischen Polizei-Verwaltungen und anderen Behörden polnisch sprechende Beamte auch für den Westen verlangt, die in der Lage sind, die polnischen Versammlungen, in denen nur polnisch gesprochen wird, zu überwachen. Und da es leider auch zahlreiche deutsche Kaufleute und Gewerbetreibende gibt, die aus Gewinnsucht geneigt sind, den Polen allerlei sprachliche Zugeständnisse zu machen und in ihren Betrieben nur polnische Verkäufer und Angestellte zu beschäftigen, so droht auch dem deutschen Volke mehr und mehr die Gefahr einer Zweisprachigkeit, die bei der bekannten Laune vieler Deutschen in nationalen Dingen eines Tages geradezu verhängnisvoll für den Bestand unseres Vaterlandes werden kann.

„Der Staat, der die Einheit seiner Staatssprache aufgibt, gibt überhaupt seine Staatseinheit auf“ — (und die Schweiz? D. Verf.) — diesen treffenden Worten des Geheimrats Prof. Zorn in seinem bekannten Aufsatz über die „deutsche Staatssprache“ in Heymanns „Verwaltungsarchiv“ wird jeder, der die Verhältnisse namentlich in den Grenzmarken kennt, nur zustimmen können. Darum hält es auch der deutsche „Ostmarkenverein“ für seine nationale Pflicht, seine Stimme zu erheben und die hohe Königliche Staatsregierung zu bitten, kein Mittel zu scheuen, um die deutsche Staatssprache auf allen Gebieten zur Durchführung zu bringen.

Vor allem sollte in allen öffentlichen Versammlungen die polnische Sprache nicht geduldet und allen Polizeibehörden der Auftrag gegeben werden, Versammlungen, in denen polnisch gesprochen wird, aufzulösen. Die Polen werden ohne Zweifel dafür Sorge tragen, dass diese Frage noch einmal, also zum dritten Male, zur Entscheidung vor das Königliche Oberverwaltungsgericht gebracht wird, das diesmal, vollends unter dem Einfluss der sich immer mehr verschärfenden Gegensätze sowie unter dem Eindrucke der juristisch und logisch zwingenden Ausführungen des Geheimrats Zorn gewiss zu einer anderen Auffassung kommen wird, als im Jahre 1876 und 1897.



Sollte aber das Oberverwaltungsgericht wider Erwarten abermals zu dem Beschlusse gelangen, dass der Gebrauch der polnischen Sprache in Versammlungen kein Auflösungsgrund für die Polizeibehörde ist, so bitten wir das Hohe Staatsministerium, dem preussischen Landtage ein Sondergesetz vorzulegen, das in Ergänzung des sog. Amtssprachengesetzes vom Jahre 1876 den Gebrauch der deutschen Sprache für öffentliche Versammlungen ein für alle Mal festsetzt.

Das Oberverwaltungsgericht hat sich damals — man muss es zu seiner Ehre feststellen — vor dem Druck der Regierung und der Rabulistik der Nebenregierung und ihres Anwalts Prof. Zorn nicht gebeugt. Die Nebenregierung musste mit der Erreichung dieses Zieles bis zu der famosen Blockära Bülow's warten. Herr v. Bethmann-Hollweg als Nachfolger des Grafen Posadowsky hat ihr zu Gefallen wirklich in das neue Vereinsgesetz vom Jahre 1908 die Klausel von dem ausschliesslichen Gebrauch der deutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen aufgenommen. (Derselbe Herr v. Bethmann-Hollweg war ehrlich genug, den ominösen Sprachenparagraphen während des Weltkrieges als eine grosse Ungerechtigkeit gegen die Polen abzuschaffen. D. Verf.).

Wenn die Ungarn dasselbe Recht für die Versammlungen der Siebenbürger Deutschen, nämlich die madjarische Staatssprache, verlangen und ein entsprechendes Gesetz in Budapest einbringen würden, würden sie von dem Ostmarkenverein und seiner Presse als die schlimmsten Barbaren der Welt verschrieen werden. Und mit Recht.

### Das Jahr 1902.

Die grosse hakatistische Intrigue hat ihren Zweck erreicht. Sie hat das vollkommene Zusammenarbeiten zwischen Staatsregierung und Nebenregierung besiegelt. Der vierte Reichskanzler, v. Bülow, der es Dank seiner Geschmeidigkeit, trotz seiner Misserfolge in der äusseren wie auch in der inneren Politik, vom einfachen v. Bülow zum Fürsten Bülow gebracht hatte, war, was namentlich die innere Politik anbetraf, ideenarm, oder richtiger, er hatte überhaupt keine Ideen, gar nicht erst zu sprechen von Idealen. Er war nur in einem gross und konsequent, in der Verfolgung der 4 Millionen Polen in Preussen. Trotz der äusserlichen Allüren eines Weltmanns, besass er im Grunde eine brutale Natur und fand es für richtig, die schwachen, wehrlosen polnischen Bürger des preussischen Staats, nur weil sie an ihrer von der Vorsehung ihnen gegebenen Nationalität festhielten und keine Renegaten werden wollten, nicht nur mit allen Gewaltmitteln zu bekämpfen, sondern in seinem Kampfe die unritterlichsten Waffen zu gebrauchen und er schämte sich sogar nicht, die von ihm verfolgte Bevölkerung

öffentlich zu verhöhnen. Von ihm, dem feinen Weltmann und Salondiplomaten, stammte der feine Vergleich von der „Kaninchenvermehrung der Polen“, ohne dass er dabei bedachte, dass die Ehe des Trägers der Krone mit 7 Kindern gesegnet war. Unter seiner „Regierung“ kamen auch die schlimmsten Polengesetze zustande: die Aufhäufung des Ansiedlungsfonds um 250 Millionen von 1902, das Parzellierungsgesetz von 1904, das Enteignungsgesetz und Maulkorbgesetz von 1907/1908. Aber alle diese Gesetze sind nicht etwa seinem Kopfe entsprungen, sie wurden ihm von der hakatistischen Nebenregierung diktiert und er hat sie dann prompt und willig verwirklicht.

### Tiedemann in der Tronrede.

Schon die von Bülow verfasste und am 2. Januar 1902 verkündete Tronrede an den preussischen Landtag ist ein sprechender Beweis für die Richtigkeit unserer Behauptung.

Folgende Sätze dieser Tronrede klangen, als ob sie wörtlich von Tiedemann verfasst wären:

Die Verhältnisse in den doppelsprachigen Landesteilen des Ostens der Monarchie haben eine Gestalt angenommen, welche die ernsteste Aufmerksamkeit der Regierung erheischt. Es ist die Frage der Selbsterhaltung für den preussischen Staat, in seinen östlichen Provinzen dem Deutschtum die politische und wirtschaftliche Stellung zu erhalten, auf welche es durch seine lange, unter der weisen Führung der Hohenzollernschen Fürsten geleistete Kulturarbeit gerechten Anspruch erworben hat. Die Königl. Staatsregierung wird die Pflichten, welche die Pflege des Deutschtums im Osten und die Abwehr staatsfeindlicher (!) Bestrebungen auferlegen, mit Festigkeit und Stetigkeit erfüllen. Sie zählt dabei auf eine wirksame und furchtlose Mitarbeit der deutschen Bevölkerung in jenen Landesteilen und nicht minder auf die Unterstützung des gesamten Volkes, das ein Zurückdrängen (??) deutscher Sprache und Sitte als einen Angriff auf die nationale Ehre und Würde empfindet.“

So wurde Tiedemannscher Geist und Stil sogar in die Tronrede hineingeschmuggelt. Darob war in der Nebenregierung grosse Freude. Die hier zitierten Sätze aus der Tronrede sind an erster Stelle des zweiten Aktenfascikels „Behörden“ besonders angeführt. In einer von dem Chef der Nebenregierung persönlich dem Chef der ihr nun blindlings gehorchenden offiziellen Staatsregierung durch Vermittelung des Geheimrat Conrad am 11. März 1902 überreichten, von Tiedemann und Raschdau verfassten Eingabe, die das Datum 10. März 1902 trägt, wird die Staatsregierung für diese Tronrede belobt, und ihr das uneinge-



schränkte Vertrauen der Nebenregierung ausgesprochen. Zugleich werden erneute Forderungen aufgestellt. Die in der Tronrede zugesagten Massregeln gegen die Polen „auf dem Verwaltungswege“ genügen der Nebenregierung nicht, sie verlangt weitere „gesetzgeberische Massnahmen“.

Ohne Zweifel — liest man in der Eingabe — wird die Königl. Staatsregierung auch auf diesem Wege Erfolge erzielen können, sobald Hochdieselbe nur entschlossen ist, das für notwendig Erkannte durchzuführen und zu diesem Zwecke die erforderlichen *Geldmittel* in den Staatshaushalt einzustellen (also auch Mittel aus den Taschen der polnischen Steuerzahler! D. Verf.).

Wir glauben nach unserer Kenntnis der öffentlichen Stimmung, wie sie sich bezüglich unserer östlichen Verhältnisse in den letzten Monaten mit wachsender Entschiedenheit herausgebildet hat, dass die Königl. Staatsregierung bei etwaigen Forderungen erhöhter Mittel im Interesse der Förderung des Deutschtums im Osten keinen erheblichen Widerstand im Landtage mehr zu besorgen hat (!), und dass selbst diejenige zahlreiche Partei (gemeint ist das Zentrum, das damals noch Bülow unterstützt hat), die bisher die stärkste Opposition auf dem Gebiete geübt hat, sich mehr und mehr — gleichsam in Erfüllung einer hergebrachten aber unerfreulichen Tradition — mit einem *mehr äusserlichen und sachlich unwirksamen* Widerstande begnügen wird.

Vielleicht — wird in der Eingabe weiter gesagt — wird schon bei den nächsten parlamentarischen Wahlen die Stellung zur sogenannten Polenfrage eine notwendige Rolle spielen, und die königl. Staatsregierung dürfte, je nach ihrer Behandlung dieser in den Vordergrund unserer politischen Interessen gerückten Frage, es in der Hand haben, dereinst im Wahlkampf den nationalen Wind in ihre Segel zu fangen (!!). In dieser Voraussicht hätte nach unserem unmassgeblichen Ermessen (diese Heuchelei! D. Verf.) die Staatsregierung, so weit Rücksichten der parlamentarischen Taktik in Frage kommen, keine Veranlassung, besondere Zurückhaltung in ihren finanziellen Ansprüchen zu üben. Wir glauben diesen Umstand hervorheben zu müssen, weil dieser Einwand gegenüber den aus den Ostmarken geäusserten Bitten um Staatshilfe seitens amtlicher Organe erhoben zu werden pflegt. Die Bedürfnisse, die aber von dieser Seite vorliegen, sind vielfach äusserst dringlicher Natur (!).

Im weiteren Verfolg wird verlangt, die Regierung solle sich mehr wie bisher „der rein deutschen Landesteilen zugewendeten Peripherie des gemischtsprachigen Gebiets“ annehmen „und

keine Opfer scheuen“, das „bedrängte“ Deutschtum in den überwiegend deutschen oder germanisierten Kreisen Birnbaum, Schwerin, Meseritz und Bomst einerseits und Bromberg, Czarnikau, Wirsitz, Kolmar, Rawitsch und Lissa andererseits zu stützen. Die Ansiedlungskommission soll den dort „bedrängten“ deutschen Besitzern ihr Land abkaufen und königliche Domänen aufteilen und an evangelische Bauern abgeben. Da die polnische Landbevölkerung, von dem Lande vertrieben, zum Teil nach den Städten wandert, so erscheint der Nebenregierung eine „nachhaltige deutsche Gegenbewegung, die auf Schaffung deutscher Siedelungen rings um die Städte mit eiserner Konsequenz abzielt, durchaus geboten“. Die Regierung wird zum Schluss „gehorsamst gebeten“, die Durchführung dieser Forderungen „tunlichst beschleunigen zu wollen“.

Unterzeichnet ist das Konzept dieser Eingabe von 23 (Tiedemann) und 32 (Radschau).

Und der den Hakatisten mit Leib und Seele ergebene Reichskanzler und Ministerpräsident hat sofort die „gehorsame Bitte“ mit der Einbringung eines Gesetzentwurfs beantwortet, der den Fond der Ansiedlungskommission um 200 Millionen vergrößerte.

Um diese neue, so grosse Forderung dem Landtage plausibel zu machen, hat Bülow dort zwei Berichte vorgetragen, in denen die angegebenen Tatsachen und Zahlen über die angeblich unermesslich gestiegene wirtschaftliche Erstarkung in Posen und Westpreussen von A bis Z falsch oder tendenziös gefärbt waren. Dies wurde an der Hand amtlicher Statistik und wirklicher Tatsachen von dem Verfasser dieser Schrift in seiner im Jahre 1902 erschienenen Broschüre: „Offener Brief eines Polen an die irrefeleitete öffentliche Meinung“ bewiesen und gezeigt, dass der damalige Oberpräsident von Posen, v. Bitter und der Oberpräsident von Westpreussen, v. Gossler, in ihren Berichten wissentlich die Unwahrheit gesagt haben. Die „Kreuzzeitung“ hat nach Erscheinen der Broschüre bedauert, dass der wirkliche Sachverhalt dem Landtage nicht früher vorgelegen hat, sonst hätte sich die konservative Partei die Angaben der von Bülow vorgetragenen amtlichen Berichte näher angesehen.

Nachdem der Ostmarkenverein dieses Ziel so leicht erreicht und in dem Reichskanzler Bülow ein so williges Werkzeug für seine Zwecke gefunden hatte, schmiedete er das Eisen, solange es heiss war. Zum Schluss des Jahres, am 4. Dezember 1902, legte er ihm eine zweite Eingabe auf Grund von Beschlüssen seines Gesamtausschusses vor, in der von der Regierung verlangt wurde, „ganze Arbeit“ zu machen.

Ich teile hier nur die Schlussforderungen der an Bülow gerichteten Denkschrift mit:

„Es soll den Polen nicht verwehrt sein, ihre polnische Sprache unter sich zu gebrauchen, da sie aber das polnische Idiom (!) als Kampfmittel gegen das



Deutschtum missbrauchen (Wie ist das überhaupt möglich? D. Verf.) und es im allgemeinen staatlichen Interesse liegt, dass jeder Staatsbürger die deutsche Staats- und Landessprache beherrscht, empfiehlt der Gesamtausschuss der Staatsregierung folgende Massregeln:

1. der fakultative Schreib- und Leseunterricht in der Volksschule der gemischtsprachigen Landesteile wird, wo er noch besteht, aufgehoben.
2. Die für Westpreussen geltenden Bestimmungen über die Erteilung des Religionsunterrichtes in deutscher Sprache sollen auf alle Teile der Ostmarken ausgedehnt werden.
3. Der fakultative polnische Sprachunterricht an den höheren Lehranstalten wird beseitigt.
4. Die Bestimmung, dass die aus dem Dispositionsfonds der Oberpräsidenten unterstützten Stipendiaten sich verpflichten müssen, polnisch zu lernen, wird aufgehoben.
5. In allen Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, darf nur deutsch verhandelt werden. Der gesamte amtliche und öffentliche Verkehr vollzieht sich in deutscher Sprache. Wenn in einer Versammlung eine andere Sprache als die deutsche gebraucht wird, so entziehen sich die Verhandlungen der Kontrolle der öffentlichen Meinung, und es ist unmöglich, der Verbreitung gefährlicher Aufhetzungen und Irrtümer bei Zeiten entgegenzutreten. Die Versammlungsfreiheit hat zur Voraussetzung, dass die Versammlungen in voller Oeffentlichkeit sich abspielen. Wer sich der Oeffentlichkeit entzieht, hat kein Recht auf uneingeschränkte Versammlungsfreiheit.
6. Die polnische Presse hat eine staatsfeindliche Haltung. Soweit einzelne polnische Zeitungen nicht vollständig verboten werden können, muss eine Vorschrift erlassen werden, dass jede polnische Zeitung mit einer deutschen Übersetzung neben dem Texte erscheint, damit sie sich durch den Gebrauch der fremden Sprache der Oeffentlichkeit nicht entzieht und damit die deutsche Presse und das deutsche Volk in die Lage versetzt wird, den Aufhetzungen und Lügen der polnischen Presse entgegenzutreten. (Das, was die Presse des Ostm. Vereins selbst treibt, macht er der polnischen Presse zum Vorwurf. Wieder die Geschichte von dem Wolf, dem das Lamm das Wasser trübt! D. Verf.).
7. *Im innerdeutschen Verkehr der Reichspostverwaltung* ist die durchgängige Anwendung der *deutschen* Sprache Bedingung. Postsendungen mit polnischen Aufschriften sind von der Beförderung ausgeschlossen. Die *Übersetzungsstellen in Posen und Bromberg* werden aufgehoben.

Der Ostmarkenverein könnte es ferner nicht dulden, dass in den Innungssitzungen, die doch keine Behörden sind, die

polnischen Meister sich in ihrer Muttersprache unterhalten. Auf eine Eingabe an den Oberpräsidenten von Posen, v. Bitter, ergeht folgende Antwort:

Posen O. 1. den 17. November 1902.  
Taubenstrasse Nr. 1.

Dem Hauptvorstand teile ich auf das gefällige Schreiben vom 22. Mai dieses Jahres ergebnis mit, dass ich die darin gemachten Vorschläge über die Regelung der Geschäftssprache bei den Innungen zum Gegenstande eingehender Ermittlungen gemacht und das Ergebnis derselben höheren Orten vorgebracht habe. Nicht unbemerkt möchte ich dabei lassen, dass das Sprachengesetz vom 26. August 1876 auf Innungen keine Anwendung findet.

An  
den Hauptvorstand  
des deutschen Ostmarkenvereins  
zu Händen  
des Professor Dr. *Peters*  
Hochwohlgeboren  
Hierselbst.

*v. Bitter.*

### Hohe Militärs als Handlanger des Ostmarkenvereins.

Ein früherer General v. Müller hat sich vom Ostmarkenverein als Mitarbeiter an dein edlen Werk der Polenhetze anwerben lassen und beschwert sich bei seinem Jugendfreund Ferdinand Stülpnagel, der zum kommandirenden General des V. Armeekorps in Posen avanciert war, über einen Oberst, der seine Militärkapelle bei irgend einem von Polen veranstalteten Konzert spielen und Geld verdienen liess. Er erhält eine Antwort, die zur Beurteilung der Polenhetze zu charakteristisch ist, als dass ich sie hier verschweigen sollte.

Der damals in Militsch in Niederschlesien zur Besichtigung der dortigen Militärbesatzung weilende kommandirende General schreibt an seinen Freund und neugebackenen Hakatisten:

Mein lieber Müller! Militsch, 12 6. 02.

Besten Dank für Deine freundlichen Zeilen, die mir anzeigen, dass Du frisch und froh lebst und Dich in den Dienst einer sehr guten Sache (!) gestellt hast.

Wir Posener leben im stillen, aber hartnäckigsten Kampf, der auch durch keinen faulen Frieden beseitigt werden kann, es heisst: entweder deutsch oder polnisch und leider haben die Polen die Trümpfe, die Geistlichkeit und Geld in der Hand.

Bei mir weiss jeder Offizier, wie ich darüber denke, kommen also Vorstösse, wie du mir mitteilst vor, so ist



positiv gegen meinen Willen gehandelt. Dies tut aber kein Kommandeur, also liegt die Sache am Kapellmeister, der seinem Oberst unrichtige Angaben gemacht hat. Du erweist mir also den Gefallen, wenn Du mir dergl. Vorfälle mitteilst, damit ich mal gründlich dazwischen fahren kann.

Sonst geht es mir gut, ich bin auf Reisen, habe 32 Bataillone bereits gesehen, und komme nun zu den Escadrons und Batterien.

Mit freundlichem Gruss  
stets  
Dein alter Jugendfreund  
Ferdinand Stülpnagel.

Der Ostmarkenverein verstand es ausgezeichnet, die hohen und höchsten Beamten stets im Atem zu halten, damit sie ja das von den Polen so arg „bedrängte“ Deutschtum nicht vergessen und die Notwendigkeit der Polenverfolgung als ihre wichtigste Aufgabe ansehen sollen. Er konnte sie nicht alle Tage mit langen Denkschriften und Eingaben belästigen, und so musste er sich damit begnügen, sie in der Zwischenzeit mit seinen Broschüren und Artikeln zu versehen, wofür ihm dann Dankschreiben zugesandt wurden.

So dankt am 8. Febr. 1902 der Staatssekretär des Reichspostamts Krätke für die von dem ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Ostm. Vereins, Justizrat Wagner, verfasste und ihm zugesandte Broschüre „Polenstimmen“, ein *ad usum Delphini* präpariertes Sammelurium von Auszügen aus der polnischen Presse.

Am 30. Mai 1902 bedankt sich der Staatssekretär des Reichsmarineamts (!) für die Einsendung der Nr. 5/6 „der Ostmark“ mit einem Artikel „Die neue Polenvorlage“; einen ähnlichen Dank stattet dem Ostmarkenverein für denselben Artikel der Kriegsminister v. Einem in einem Schreiben vom 20. Juni 1902 ab.

Und der Dank *Bülow's* lautete folgendermassen:

J. Nr. 1207 12 VI. 02.

Berlin, den 31. Mai 1902.

Dem Hauptvorstande beehre ich mich für die freundliche Übersendung von Nr. 5/6 der „Ostmark“ mit dem Aufsätze über die neue Polenvorlage meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Ich kann nur wünschen, dass die Vorlage wie auch die gesamte Ostmarkenpolitik der Königlichen Staatsregierung bei allen Deutschen das gleiche Verständnis, wie in dem Artikel, und die von dem Verfasser mit Recht geforderte hingebende Mitarbeit findet. Wenn wir Deutsche auf diese Weise Hand in Hand gehen, aber auch nur so, kann und wird das grosse nationale Ziel der

Erhaltung des bedrohten (!?) Deutschtums in den Ostmarken erreicht werden.

An  
den Hauptvorstand des  
Deutschen Ostmarken-Vereins  
zu Händen des Herrn  
Dr. Bovenschen,  
Hochwohlgeboren  
Hier.

*Bülow.*

Dr. Bovenschen sandte dieses Schreiben voller Freude sofort an den Chef der Nebenregierung, v. Tiedemann, und erhielt von diesem folgende Antwort:

3. 6. 02.

Brief erst heute hier erhalten. Halte schleunigste Veröffentlichung des Schreibens des Reichskanzlers durch die Presse für geboten und bitte Weiteres zu veranlassen, namentlich die Presse in den Ostprovinzen muss den Erlass bringen. Wirkungsvoller wird die Sache, wenn nur die Adr. an den Hauptvorstand mit abgedruckt wird (d. h. mit Weglassung des Namens des Dr. Bovenschen, an den Bülow den Brief gerichtet hat. *Der Verf.*)

23. (*Tiedemann*).

Der „Diplomat“ des Ostmarkenvereins, Raschdau, schrieb dazu folgende Mitteilung:

J. Nr 3154. 5. 6. 02.

An 28. (Dr. Bovenschen).

Ich habe vertraulich sondirt (!!). Vor der Auskunft, die ich Ihnen umgehend zukommen lasse, darf das Schreiben nicht publizirt werden. 32.

4. VI. 02.

(Kaiserl. Gesandte z. D. Raschdau).

Diese vertrauliche Korrespondenz spricht Bände! Mit dem Bülowschen Dankschreiben sollten alle noch dem Treiben der Nebenregierung fernstehenden deutschen Kreise eingefangen werden.

Und der „Diplomat“ des Ostmarkenvereins, Raschdau, sondierte „vertraulich“ Bülow. Wie intim war doch das Verhältnis zwischen Ostmarkenverein und offizieller Staatsregierung!

### **Die Nebenregierung will Einsicht in die unkorrigirten Stenogramme des Reichstags haben.**

Was sich alles die Führer des „unpolitischen“ Vereins herausnehmen zu können glaubten, kann man aus folgender



dreisten Zumutung ersehen, die dem Direktor des Reichstags gemacht wurde:

Berlin, W. 62., den 18. 11. 1902.  
Kleiststr. 5.

Hochverehrter Herr Geheim-Rat!

Euer Hochwohlgeboren gestatte ich mir die ergebene Anfrage zu unterbreiten, ob auch Nichtmitgliedern des Reichstages Einsicht gewährt wird in das unkorrigierte Stenogramm der Verhandlungen des Reichstages. Es handelt sich für uns darum, festzustellen, in welcher Weise der Abgeordnete v. Chrzanowski in der Sitzung des Reichstages vom 14. Oktober einige Ortsnamen der Provinz Posen gebraucht hat. (Stenogr. Bericht des Reichstages, 193 Sitzg. Seite 5641).

Sollte nach den Bestimmungen auch Nichtmitgliedern des Reichstages in das unkorrigierte Stenogramm Einblick gewährt werden, so möchte ich Euer Hochwohlgeboren bitten, mir gütigst mitzuteilen, an welchem der nächsten Tage ich mich im Büro des Reichstages einfinden könnte.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
*Dr. Bovenschen.*

Der Direktor des Reichstags hat natürlich die ungebührliche Forderung abgelehnt. Und da wandte sich der erste stellvertretende Vorsitzende der Nebenregierung, Justizrat Wagner, an den Führer der nationalliberalen Partei, Dr. Sattler, einen bekannten Potenhasser, mit der Bitte, selbst die Beschnüffelung des unkorrigierten Stenogramms der Rede des polnischen Abgeordneten vorzunehmen. Aber auch dieser hat das Gehässige dieses Vorgehens richtig erkannt und den Vizechef des Vereins, Justizrat Wagner, in dessen Auftrage Dr. Bovenschen seine Recherchen beim Direktor des Reichstags angestellt hat, in folgender ablehnenden Antwort eines Besseren belehrt:

Berlin, 26. November 1902.

Hochverehrter Herr Justizrat!

Um festzustellen, ob H. v. Chrzanowski die fragliche Korrektur vorgenommen, müsste ich mir vom Präsidium die Erlaubnis erteilen lassen, das unkorrigierte Stenogramm einzusehen. Ein solches Vorgehen gegen einen Kollegen hat immer etwas Gehässiges. Deshalb kann ich mich nicht dazu entschliessen, da die Frage selbst von zu geringer Bedeutung ist. Den stenographischen Bericht füge ich wieder an.

Herzlich grüssend

ganz der Ihrige  
*C. Sattler.*

Und darunter findet man die verärgerte Randbemerkung Wagners:

Geantwortet, dass wir unter diesen Umständen von weiteren Nachforschungen Abstand nehmen.

31.

Wie gütig!

### Das Jahr 1903.

Sehr rege war der Verkehr der Regierung und der höchsten Staatsbeamten mit dem Ostmarkenverein im Jahre 1903.

Der letztere hatte wieder zu einem grossen Schläge auf dem Gebiet der Sprachenfrage ausgeholt. Die an den Reichskanzler gerichteten, oben schon angegebenen Forderungen in dieser Hinsicht sollten eine höhere Bedeutung durch einen „Beschluss“ der massgebenden Instanz des Vereins erhalten.

So wurden denn in dieser Frage zwei Gesamtausschusssitzungen, eine für Westpreussen in Danzig am 13. September, und die zweite für Posen in der Stadt Posen am 7. Dezember 1902 veranstaltet, in denen nach flammenden Reden der mutigen hakatistischen Krieger gegen den abwesenden Feind die dem Reichskanzler vorgelegten Forderungen natürlich einstimmig angenommen wurden. Die Verhandlungen, in denen die „öffentliche deutsche Meinung“ meistens nur durch unmittelbare und mittelbare Beamte vertreten war, wurden stenographisch aufgenommen und in einer Broschüre an Minister, Oberpräsidenten, Bürgermeister etc. versandt. Zu welchem Zwecke dies gemacht wurde, hat Tiedemann (s. Seite 24 des „Auszuges aus dem stenographischen Bericht der Sitzungen des Gesamt-Ausschusses vom 13. September 1902 in Danzig und vom 7. Dez. 1902 in Posen“) selbst verraten, als er im Vollbewusstsein seines Einflusses auf die Staatsregierung folgendes ausführte:

*Sie können sicher sein, dass wenn ein Antrag von uns eingeht, er überall von der Regierung mit Aufmerksamkeit gelesen werden wird. Was wir wollen, lässt sich durchführen, unsere Forderungen können durch eine Verordnung der preussischen Regierung durchgeführt werden.*

Wenn jemand noch daran zweifeln sollte, dass der Ostmarkenverein eine von der offiziellen preussischen Staatsregierung ins Leben gerufene heimliche Nebenregierung für die Polenausrottung war, dem müssen doch nach *diesem* Bekenntnis Tiedemanns die letzten Zweifel schwinden!

Nach einem Ausspruch des Generalsekretärs des Ostmarkenvereines, Dr. Bovenschen, in der Danziger Versammlung des Gesamtausschusses, gehörten damals bereits 4 deutsche Minister dem Ostmarkenverein als Mitglieder an. Für die Zusendung des



stenographischen Berichts über die Gesamtausschussitzungen des Vereines erhielt derselbe folgende Dankschreiben: am 4. Januar 1903 vom Oberpräsidenten von Hanover, 7. Jan. vom Chef des königl. Literarischen Bureaus (Pressebureau im preuss. Ministerium des Innern) Geheimrat v. Falk, an demselben Tage vom Oberbürgermeister Schmieder — Bromberg (der später die Stätte seines hakatistischen Wirkens unfreiwillig verlassen musste), am 6. Jan. vom damaligen Oberpräsidenten von Schlesien, Fürst Hatzfeld, mit dem Bemerken, dass er die Broschüre „mit besonderem Interesse“ gelesen habe, am 7. Jan. vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz, am 8. Jan. von dem Geheimen Kabinetts-Rat des Kaisers v. Valentini, am 9. Jan. von dem Oberpräsidenten von Westfalen, früheren Minister des Innern von der Recke, am 9. Jan. von dem Landrat in Mogilno Conzè und dem Minister für Handel und Gewerbe, am 10. Jan. von dem kommandirenden General v. Stülpnagel in Posen und dem Reichspostamt, am 12. Januar von dem Ackerbauminister, am 12. Jan. vom Justizminister („mit dem ergebensten Dank“), am 16. Jan. vom damaligen Ministerialdirektor im Kultusministerium, späteren Oberpräsidenten von Posen Schwartzkopf („verbindlichsten Dank“), an demselben Tage vom Regierungs-Präsidenten v. Jarotzky-Danzig, am 20. Jan. von dem früheren Staatssekretär des Innern, nachmaligen Oberpräsidenten der Prov. Sachsen, von Boetticher („mit Interesse Kenntnis genommen“), am 28. Jan. von dem Eisenbahnminister Budde („mit Interesse“), am 29. Jan. von dem Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz („mit Interesse“), am 30. Jan. von dem Regierungs-Präsidenten v. Lewald-Breslau, am 9. Febr. von dem Oberpräsidenten von Ostpreussen, am 4. März von dem Regierungs-Präsidenten in Münster (Westfalen) („mit Interesse“), am 13. März von dem Minister des Innern.

Und der Oberpräsident von Pommern war von der hakatistischen Sendung so entzückt, dass er den Ostm. Verein mit folgendem Dankschreiben beehrte.

Der Oberpräsident der Prov. Pommern

J. Nr. 36. Stettin, 10. Januar 1903.

Dem Hauptvorstande spreche ich meinen verbindlichsten Dank für die Übersendung der Verhandlungen vom 13. September und 7. Dez. 1902 aus, von deren Inhalt ich mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen habe.

Die Verhandlungen würden auch für den Regierungspräsidenten in Köslin Interesse haben, in dessen Bezirk der Polonismus bedauerliche Fortschritte macht, und bitte ich auch diesem Regierungspräsidenten die Verhandlungen zuzusenden zu wollen.

An den

*v. Maltzahn.*

Deutschen Ostmarkenverein  
Berlin.

### Die hakatistische Intrige in Oberschlesien.

Der Polenfuror des Chefs der Nebenregierung war so gross, dass er sich sogar an Festtagen keine Ruhe gönnte und die höchsten Beamten mit Anordnungen bestürmte. Gerade am Neujahrstage 1903 erlässt er an sein Berliner Bureau den Befehl, eine von ihm für den Reichskanzler bestimmte und an den Chef der Reichskanzlei zu richtende Eingabe, mit den nötigen Belegen versehen, zur Post zu geben.

Hier der Wortlaut dieser die Hintertreppenpolitik des Ostmarkenvereines so richtig kennzeichnenden Eingabe, welche Herr v. Tiedemann am Neujahrsfest im Schweiss seines Angesichts verfasst hat:

Berlin W., 10. 1. Januar 1903.

Hochverehrter Herr Geheimer Rat!

Abermals (!) nahe ich mich Ihnen mit der Bitte, dem Herrn Reichskanzler in der Anlage einen zur Beurteilung der hochwichtigen Volksschulfrage in den Ostmarken sicher beachtenswerten Beitrag gütigst überreichen zu wollen. Wer die Schule hat, hat die Zukunft! — Ferner gestatte ich mir einige interessante Streiflichter über das geradezu bedrohliche Vorschreiten des Polentums in Oberschlesien ganz ergebenst beizufügen nämlich:

1. Die Beilage I. der Kattowitzer Ztg. (Ein vom Ostm. Ver. gespeistes Blatt! D. Verf.) Nr. 293 vom 17. 12. 02, mit einem Berichte über die Beuthener Grosspolenversammlung.

2. Die Nummer 299 derselben Zeitung vom 24. 12. 02 mit dem Leitartikel „Die oberschlesische Geistlichkeit und die deutsche Sprache“ und einer sehr ernsten Auslassung des Magistrats zu Kattowitz über die grosspolnische Bewegung in der Beilage (die Mitglieder des Kattowitzer Magistrats waren damals natürlich Mitglieder des Ostm. Ver. D. Verf.).

Seit dem Jahre 1872 ist die grosspolnische Brandfackel von Posen aus in die damals so loyale oberschlesische Bevölkerung geschleudert worden, leider mit durchschlagendem Erfolge! Die Regierung hat im Vertrauen auf die gute Gesinnung Oberschlesiens dieser Agitation bis zum heutigen Tage mit verschränkten Armen gegenüber gestanden! *Aber auf Wunsch der Staatsbehörden hat auch der Ostmarkenverein dort eine stille, jedes öffentliche Hervortreten vermeidende Taktik beobachtet und wird sie auch bis nach Beendigung der Wahlen fortsetzen*, trotzdem viele brave Deutsche Oberschlesiens ein entschlossenes Entrollen der deutschen Fahne sehnsüchtig herbeiwünschen. Nach meiner Überzeugung wird über kurz oder lang die Staatsregierung durch die täglich kühner auftretende grosspol-



nische, vor keinem Mittel zurückscheuende Agitation gezwungen werden, im Regierungsbezirk Oppeln zum Schutz der gefährdeten preussischen Staatsinteressen auch mit vollster Energie einzuschreiten. Die gutgemeinte Hinhaltungs- und Besänftigungstaktik des Kardinals Kopp hat völlig versagt! Voraussichtlich wird es anlässlich der nächsten Wahlen zu ernsteren Konflikten zwischen Zentrum und Polen in Oberschlesien kommen; der Ostmarkenverein wird selbstredend hierbei Schulter an Schulter mit dem Zentrum kämpfen!

Indem ich diesen Anlass gern benütze Ihnen meine herzlichsten Neujahrswünsche auszusprechen, bin ich in alter Hochschätzung

Ihr sehr ergebener

*H. v. Tiedemann-Seeheim.*

Die Begleitschrift Tiedemanns zu obiger Eingabe lautet:

Berlin W. 62, den 1. 1. 1903.

Meine anliegende Zuschrift ist an den Wirkl. Geh. Ober-Reg.-R. Conrad, Berlin W. Wilhelmstr., Reichskanzlei bestimmt. Ich bitte davon Abschriften zu nehmen u. mir zugehen zu lassen.

Dem Brief an G. R. Conrad sind beizufügen:

1. Eingabe an den Reichskanzler.
2. die 3 Blätter der Kattowitzer Zeitung.

An den Reichskanzler ist also nicht zu adressiren; dagegen erhält Conrad noch seine besondere Sendung.

23.

Auch das Ziel dieser Intrige wurde natürlich im Laufe der Zeit erreicht.

Der preussische Landtag wurde nun vom Ostmarkenverein mit Petitionen bestürmt, die sich alle gegen die Polen richteten.

Am 21. Februar schickt er an den Landtag eine Petition, betr. „Ausdehnung der Gehaltszulage für die Lehrer und die mittleren Kanzlei- und Unterbeamten auf die westpreussischen Kreise Danzig-Stadt und Danzig-Niederung, Elbing-Stadt und Elbing-Land und Marienburg“.

Der Direktor des Abgeordnetenhauses wird ersucht, die Petition an die Mitglieder der konservativen u. national-liberalen Partei und der Freisinnigen Vereinigung zu verteilen.

Am 25. Februar ergeht an den Landtag eine zweite Petition des Ostmarkenvereins, in der die Aufhebung des von dem Justizministerium in Lyck (Ostpreussen) für Dolmetscher zur besseren Erlernung der polnischen Sprache gegründeten Seminars

(die Regierung setzte dafür in Etat 30 000 M. aus) und die Einführung einer besonderen Dolmetschergebühr für die Polen bei jeder Gerichts- und Amtshandlung verlangt wird. Die Verteilung dieser Petition sollte wiederum nur unter die Mitglieder der vier genannten Parteien erfolgen. Und 4 Tage vorher ergeht eine ähnliche Eingabe an den Reichskanzler Grafen v. Bülow persönlich, mit der Bitte, dahin wirken zu wollen, dass „vielleicht im nächsten Jahre auch die Lehrer und Unterbeamten im Regierungsbezirk Oppeln“ mit einer Ostmarkenzulage „berücksichtigt werden“.

Durch Gewährung dieser Reptiliengelder sollten alle die Tausende von Lehrern und kleineren Beamten für den Ostmarkenverein, als den eifrigen Vermittler und Kämpfer für ihr materielles Wohlergehen, gewonnen werden. Der Zweck dieser Eingaben des Ostmarkenvereins ist auch vollends erreicht worden. Das Hauptkontingent seiner Mitglieder in den polnischen Provinzen stellen eben diese mit dem Lockmittel der ewigen Gehaltszulagen gewonnenen *Beamten*. Vom Standpunkt des Ostmarkenvereins war diese Spekulation auf die niedrigsten materiellen Instinkte eine niemals versagende Taktik.

#### **Gute Zensur eines Beamten des Ostmarkenvereins für den Oberpräsidenten von Posen Waldow.**

Im Februar 1903 wiederfuhr dem Ostmarkenvereins das grosse Glück, dass zum Oberpräsidenten von Posen Herr v. Waldow, ein Mann, der der Nebenregierung ganz an den Leib geschnitten war, ernannt wurde. Die Führer der Nebenregierung wollten aber schon vor der Amtseinführung des neuen Herrn wissen, wes Geistes Kind er sei und da zeigte sich der Geschäftsführer des Vereins, Dr. Bovenschen, als der kundige Thebaner. Er verfasste ein Gutachten über Herrn v. Waldow, erteilte ihm darin eine gute Zensur und schickte es an die Nummern 23, 31, 32, 101, 102, 38 und 38 b. Dieses Schreiben verdient einen ganz besonderen Ehrenplatz unter den hier aufgeführten Dokumenten, weil es von berufener Seite die Schliche und Intrigen des Ostmarkenvereins aufdeckt und wiederum den Beweis erbringt, *wie auf Hintertreppen Landräte und andere höhere Beamte zur Mitarbeit an der Polenhetze direkt gezwungen wurden.*

Es lautet:

An  
23, 31, 32, 101, 102, 38, 38 a.

Berlin, 28. 2. 03.

Den neuen Oberpräsidenten von Posen habe ich im Jahre 1898, als er noch Oberregierungsrat in Königsberg war, besucht und ihm ausführlich Bericht erstattet über meine Beobachtungen im Kreise Osterrode. v. Waldow hat



schon damals auf mich (!) einen äusserst günstigen Eindruck (!) gemacht und ich halte seine Wahl zum 11. Posen (d. h. zum Oberpräsidenten in Posen D. Verf.) für eine sehr glückliche. Ueber meine damalige Unterredung mit Waldow besagt mein Reisebericht aus Königsberg 4. 11. 98 folgendes:

„Ich hielt Herrn von Waldow einen mehr als halbstündigen Vortrag über Ostpreussen, speziell auch über Osterode und Gumbinnen, dem er mit der grössten Aufmerksamkeit folgte. Ich liess selbstverständlich alle Bemerkungen persönlicher Art fort und erzählte ihm nur ganz objektiv, was ich gesehen und gehört hatte. Meine Mitteilungen, die er sich durch fortwährende Fragen noch besonders spezialisiren liess, machten sichtlich starken Eindruck auf ihn. Er versprach mir, den Oberpräsidenten von meinen Beobachtungen eingehend in Kenntnis zu setzen und teilte mir zugleich mit, dass in nächster Zeit im Oberpräsidium in einer Konferenz mit den beiden Regierungspräsidenten und anderen Vertretern ostpreussischer Behörden über die Frage verhandelt werden solle, welche Massregeln eventl. gegen eine **polnische, masurische und litauische Bewegung** organisiert werden könnten. Auch hierbei wollte er von meinen Mitteilungen Gebrauch machen. Ueber das Ergebnis dieser Beratungen wollte er mich privatim informiren. Schliesslich sicherte er mir jetzt schon zu, dass man dem Landrat in Osterode einen Wink geben werde, uns doch ruhig gewähren zu lassen (!)“

Das ist auch in der Tat geschehen (!) Adametz bekam einen deutlichen Wink aus Königsberg, wurde unser Mitglied (!) und gehört seitdem sogar dem Vorstande der Ortsgruppe Osterode an. Seit jener Zeit hat unser Verein in jenem südöstlichen Winkel Ostpreussens einen grossartigen Aufschwung genommen, und ich hoffe, dass nach seinem Verhalten in Ostpreussen der neue 11 uns auch in Posen keine Schwierigkeit machen wird, ja ich halte es sogar für möglich, dass er ebenso wie in Ostpreussen auch in Posen seinen Landräten einen Wink geben wird, an unserer Arbeit sich zu beteiligen und unsere Bestrebungen zu unterstützen (!!).

28.

Und der neue Oberpräsident hat die Nebenregierung in ihren Hoffnungen wirklich nicht enttäuscht. Er hat sich, den Wind kennend, der von Berlin aus blies, und die Macht der Nebenregierung richtig einschätzend, zum eifrigsten Hakatisten entwickelt, so dass der Ostmarkenverein, als Waldow im Jahre 1911 von Posen nach Stettin weichen musste, seinen Abgang tief betrauerte und ihn neben Flottwell, Bismarck und Bülow in

dem im Jahre 1912 erschienenen Werke: »Die deutsche Ostmark« zum Nationalheiligen erhob.

Noch bevor Waldow sein neues Amt antrat, wurde ihm die Märznummer der »Ostmark« mit einem besonders für ihn geschriebenen Artikel zugesandt, wofür er sich auf einer Visitenkarte, vom 21. März 1903 aus Meran datiert, folgendermassen bedankte:

Besten Dank für die freundlichst übersandte Märznummer des Ostmarkenvereins, insbesondere für den patriotischen Artikel, den ich mit grossem Interesse und Beifall gelesen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Meran, 19. 5. 03.

v. Waldow  
Ober-Präsident

Diese Visitenkarte hat die Herzen der Leiter der Polenhetze dermassen erfreut, dass sie unter den Herrn 23, 31, 32, 102, 38 und 38b herumgeschickt wurde. Das Verhältnis des Herrn v. Waldow zum Ostmarkenverein wurde ein überaus inniges. Sie waren ein Herz und eine Seele. Der Oberpräsident erfüllte prompt alle Wünsche und folgte willig allen Anregungen der Nebenregierung. Er war sozusagen der verantwortliche Redakteur der Politik des Ostmarkenvereins und besonders belästigte er mit seinen Forderungen den damals schon kränkelnden Erzbischof v. Stablewski, der seine Besuche und rücksichtslosen Forderungen als grösste Peinigung empfand. Diese Belästigungen des Herrn v. Waldow waren auch mit Schuld an dem vorzeitigen Heimgang des Erzbischofs.

Der Verkehr mit den höchsten Amtsstellen wird immer lebhafter und die einzelnen Minister behandeln den Ostmarkenverein ganz wie eine coordinierte Behörde. Am 16. April 1903 übersendet ihm der Handelsminister eine Denkschrift: »Ueber den Stand der Gewerbeförderung im Königreich Preussen«.

Am 5 Juni teilt der damalige Oberpräsident von Westpreussen, der jetzige Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Delbrück, der Nebenregierung mit, dass er das ihm zugeschickte »Flugblatt« von Fränkel nicht weitergeben könne, weil dasselbe »den polnischen Hetzblättern nur erwünschten Stoff geben wird, um verschärfte Hetzartikel zu bringen«.

In diese Zeit fällt auch die Gründung (am 10. Juli 1903) der »Zentralstelle zur Beschaffung deutscher Ansiedler«, der späteren »Feldarbeiterzentrale«, die von der Regierung subventioniert war und von Tiedemann und der Nebenregierung als Werkzeug einer grossen politischen Intrige missbraucht wurde, worüber wir an anderer Stelle Näheres erfahren werden.



### Ein Geschäft unter dem Deckmantel des Patriotismus.

Unter dem Deckmantel des Patriotismus wurden die verschiedenartigsten Geschäfte von den Mitgliedern des Ostmarkenvereins gemacht. Fast jeder, der an der Staatskrippe mitessen wollte, schloss sich ihm an und stimmte in den »patriotischen« Kriegsruf »Nieder mit Polen!« ein, wohl wissend, dass diese Art von Patriotismus bei der Nebenregierung zu Amt und Würden, und, was das wichtigste war, zu — Geld führte. Das ist der Hauptgrund, weshalb so viele Gutsbesitzer in den Ostmarken und Beamte sich in den Dienst der chauvinistischen Polenhetze gestellt haben. Viele von ihnen gelangten zu hohem Amt und Würden, wie z. B. der Präsident der Ansiedlungs-Kommission Ganse, viele von den deutschen Besitzern sind für teures Geld ihrer verkrachten Güter losgeworden und führen als Domänenpächter ein beschauliches Leben! Wenn dann ein Domänenpächter schon genug zusammengeschartt hatte, so wollte er sich zurückziehen und begehrte dafür eine entsprechende Entschädigung. Da wurden gleich »nationale Interessen« gesucht und natürlich auch gefunden. Sie wurden immer gefunden, wenn die »Patrioten« Mitglieder des Ostmarkenvereins waren. Der half ihnen sofort auf die Beine. In der beinahe ganz deutschen Stadt Birnbaum soll die Zahl der polnischen Bevölkerung von 517 auf 900 gestiegen sein. Ob das wirklich wahr war, sei dahingestellt, da die hakatistische Statistik je nach Belieben und Bedarf bald eine gefährliche Stärkung, bald ein Zurückweichen des Polentums nachzuweisen verstand. Und wenn in diesem Fall die Angabe über die Vermehrung der Polen auf ganze 900 in Birnbaum wahr wäre, so kann man natürlich nicht im Ernst von einer »Gefährdung des Deutschtums« oder von »bedrohten nationalen Interessen« reden. Und doch wurde so etwas behauptet, um — die Notwendigkeit der Aufteilung der Domäne Grossdorf bei Birnbaum zu beweisen.

Am 7. März 1903 petitionierte deshalb der Hauptvorstand des Ostmarkenvereins in einer Eingabe an die Kgl. Staatsregierung; das Geschäft liess sich aber nicht gleich machen. Infolgedessen ging man im November nochmals an die Regierung heran, aber nicht mehr an das Staatsministerium, sondern persönlich an den Ministerialdirector im Ackerbauministerium, Dr. Thiel, wie das folgende Schriftstück beweist:

J. Nr. 6901. 7. 11. 03.

7. 11. 03.

An den Königlichen Ministerial-Direktor  
Wirkl. Geh. Oberregierungsrat  
Herrn Dr. Thiel  
Hochwohlgeboren.

Hochgeehrter Herr Ministerial-Direktor!

Unter dem 7. März vor. Js. hatte der Hauptvorstand des Deutschen Ostmarkenvereins eine Eingabe an die Kgl.

Staatsregierung gerichtet, in der auf die bedrohte Lage der die rein deutschen Gebieten angrenzenden Kreise des Ostens hingewiesen und unter den Massregeln, die sich für die Erhaltung und Stärkung des jetzt gefährdeten Deutschtums empfehlen, ganz besonders auch die Aufteilung gewisser Königlicher Domänen vorgeschlagen wurde. Dem Hauptvorstand war bekannt, dass damals schon die Aufteilung der Domäne Grossdorf im Kreise Birnbaum von den lokalen Behörden als eine im nationalen Interesse dringend notwendige Massnahme bezeichnet worden war. Neuerdings gehen der Leitung unseres Vereines von unterrichteter, mit den östlichen Verhältnissen vertrauter Seite Mitteilungen zu, welche für die Stadt Birnbaum aus den gegenwärtigen Zuständen erwachsenden Gefahren schildern und als Mittel dagegen die tunlichst baldige Aufteilung jener Domäne erneut in Vorschlag bringen. Es ward darin insbesondere aufmerksam gemacht, wie seit zehn Jahren die Zahl der polnischen Einwohner Birnbaums von 517 auf 900 gestiegen, die der Deutschen von 4613 auf 3973 zurückgegangen sei. Die Domäne soll jetzt einen Pächtertrag von etwa 12000 erbringen, während ihr Vermögenswert von unserem Gewährsmann auf 850000 M. geschätzt wird. Das Bauerndorf Grossdorf hat jetzt denselben Umfang wie die Domäne gleichen Namens; dort aber werden etwa 150 deutsche Wahlstimmen abgegeben, hier 20 polnische und 10 deutsche! Die Vororte der Kreisstadt Grossdorf und Lindenstadt haben ihrer Eingemeindung in letztere zugestimmt, indessen nur unter der Voraussetzung, dass die Kgl. Domäne zur Aufteilung und Besiedelung gelangt. Angesichts dieses immer erneut an uns herantretenden Hilferufs erlaube ich mir, unsere Eingabe vom 7. März in geneigte Erinnerung zu bringen und die Angelegenheit der genannten Domäne dem wohlwollenden Interesse Ew. H. zu empfehlen.

Mit vorzüglicher Hochachtung verbleibe ich

Ew. H. ganz ergebener

23 (d. h. v. Tiedemann) zur Zeichnung.

Die vorstehende Eingabe wird ergänzend illustriert durch folgenden, beinahe komisch wirkenden Brief:  
J. Nr. 7015. — 13. 10. 03.

Birnbaum, den 11. November 1903.

Sehr geehrter Herr Dr. Bovenschen!

Zu meinem Entsetzen geradezu ersehe ich aus Ihrem Briefe vom 9. N., dass der Hauptvorstand sich mit der Eingabe wegen Parzellirung der Domäne Grossdorf an das Ministerium für Landwirtschaft gewendet hat! *Aber das ist*



*ja gerade die aller ungeeignetste Instanz!* Wie Sie doch wohl aus meinem Briefe vom 27. X. ersehen haben, perhorrescirt ja das Ministerium f. L. jeglichen Antrag auf Parzellirung! Es wurde mir wiederholt gesagt: „Was haben wir denn mit Förderung des Deutschtums oder dem Wohlergehen der Stadt Birnbaum zu tun? das geht uns gar nichts an!“

Vom Standpunkt des echten preussischen Beamten völlig korrekt. Der Landwirtschaftsminister hat nur das eine Ziel, seine Domänen pekuniär möglichst vorteilhaft zu verpachten — voilà tout! Ich bitte dringend, die Eingabe an die *Ansiedlungskommission zu richten, dies ist die allein richtige Adresse*, wenn nicht der *Reichskanzler etwa dafür interessiert werden könnte*, dem doch wohl die Ansiedlungskommission allein untersteht als Ministerpräsidenten? Verzeihen Sie die Eile

Mit deutschem Gruss

*Rieck.*

Ein Kommentar ist wirklich überflüssig. Auf solchen Hintertreppen suchten die „Patrioten“ des Ostmarkenvereins ihre dunklen Ziele zu erreichen.

### Das Jahr 1904.

Ein schlimmes Jahr für das polnische Volk in Preussen, wohlgemerkt für *das Volk*, weil dem fleissigen Manne aus dem Volke, der schwer gearbeitet und sich etliche Tausend Mark durch mühsame Arbeit in den Bergwerken oder in den Fabriken der Grossstädte im Schweisse seines Angesichts erspart hat, die Möglichkeit genommen wurde, sich in seiner Heimat auf der mit seinen Spargroschen gekauften Scholle anzubauen u. anzusiedeln. Der Fleiss und die Sparsamkeit des kleinen polnischen Mannes würde von da an von Staatswegen bestraft. Trinken kann er so viel er will, er darf auch alles verjubeln und der Gemeinde zur Last fallen, aber ein Stück Land zu erarbeiten und sich darauf ein Haus und Wirtschaftsgebäude zu errichten, das wurde im strengstens verboten. Es war ihm nicht einmal erlaubt, einen Zigeunerwagen auf seiner Parzelle aufzustellen, um darin mit seiner Familie zu wohnen, auch aus einer Höhlenwohnung, die er sich gegraben, wurde er verjagt. Der in der ganzen zivillisierten Welt längst bekannte Zigeunerwagen des Drzymala bleibt für alle Zeiten ein Symbol der entarteten und auf den tiefsten sittlichen Standpunkt gesunkenen preussischen Staatsregierung. Das *homo homini lupus* ist hier zur Tat geworden.

Nicht der Initiative der preussischen Staatsregierung ist dieser in Form eines Gesetzes gekleidete nichtswürdige Verbrechen an der Menschenwürde entsprungen,— die Nebenregierung

des Herrn v. Tiedemann war der geistige Vater dieser Ungeheuerlichkeit, aber preussische Staatsregierung und preussischer Landtag haben die volle Mitverantwortlichkeit übernommen.

Am 15. Januar 1904 legte der Ostmarkenverein dem Staatsministerium einen fertigen Gesetzentwurf, betreffend

### Abänderung des Ansiedelungsgesetzes von 1876

vor, in welchem die Paragraphen 15, 16, 17 und 19 so abgefasst waren, dass kein Pole jemals eine Ansiedelungsgenehmigung erhalten konnte. Die unter dem Einfluss der Nebenregierung stehende Staatsregierung hat den ihr überreichten Gesetzentwurf mit geringen redaktionellen Aenderungen übernommen und vor den Landtag gebracht, der ihn auch mit seiner zu jeder Schurkerei immer bereiten konservativ-nationalliberalen Mehrheit zum Beschluss erhob. Seit dieser Zeit darf sich kein Pole auf dem von ihm gekauften Stück Land ansiedeln, denn die im § 15 neu vorgesehenen „nationalen Interessen“ standen dem ja immer im Wege.

Ich habe den Wortlaut des von dem Hauptvorstand des Ostmarkenvereins verfassten, an das königl. preussische Staatsministerium gerichteten und von den Herren Tiedemann und Bovenschen gezeichneten „Gesetzentwurf betreffend Abänderung des Ansiedelungsgesetzes von 1876“ samt seiner Begründung vor mir, es würde aber zu weit führen, ihn hier in seinem ganzen Umfange wiederzugeben; fest steht, dass der von der Regierung dem Landtage vorgelegte Entwurf mit dem Projekt der Nebenregierung identisch war. Die Nebenregierung hat der offiziellen Regierung einfach vordiktirt, wie die einzelnen Paragraphen abzufassen sind. Die Nebenregierung schrieb vor: „Der § 15 des Gesetzes (von 1876) „würde so zu fassen sein“. im § 16 „würde im ersten Absatz der letzte Satz zu ändern sein in folgende Form“, „der § 17 müsste lauten“, und „der § 19 würde folgende Gestalt anzunehmen haben“; die Regierung soll die betr. Vorlage dem Landtage „möglichst bald unterbreiten“ u.s.w.

Die offizielle preussische Staatsregierung hat auch genau nach den Weisungen der Nebenregierung der Herrn Tiedemann gehandelt. Schon in Mai war das neue Ansiedelungsgesetz unter Dach und Fach und die mit unerhörtem Zynismus vorbereitete beispielelose neue Entrechtung der polnischen Bevölkerung in den polnischen Landesteilen Preussens zur Wirklichkeit geworden.



## Eine unerhörte Verschwörung der preussischen Regierung gegen die eigenen Staatsbürger.

Die eben erwähnte Nichtswürdigkeit war noch nicht ganz fertig, als schon preussische Staatsregierung und Nebenregierung in engster Gemeinschaft ein neues Attentat gegen die autochtone polnische Bevölkerung aussannen.

Es handelte sich jetzt um nichts anderes als um eine künstlich ins Werk gesetzte Massenauswanderung der polnischen Bauern aus dem Grossherzogtum Posen nach Kanada, die mit Wissen und unter Mitwirkung der preussischen Staatsregierung durch die Agenten des „Norddeutschen Lloyd“ hervorgerufen werden sollte.

Seit den Zeiten jenes Landgrafen von Hessen, der seine eigenen Landeskinder als Söldner den Engländern verkaufte und höchst zufrieden war, wenn sie den Tod fanden, weil er dabei pro Kopf bezahlt wurde, ist es wohl nicht mehr vorgekommen, dass eine Regierung, die den Anspruch erhebt, als zivilisiert zu gelten, die eigenen Staatsbürger durch Agenten einer Schiffahrtsgesellschaft zur Massenauswanderung verlocken lässt, um an ihre Stelle andere, ihr mehr genehme Menschen anzusiedeln. Die preussische Staatsregierung hat es aber getan, denn auf dem Gebiet der Polenverfolgung und Polenausrottung war ihr eben *jedes* Mittel recht.

Am 15. März 1904 fand in Berlin eine *vertrauliche* Sitzung der schon erwähnten, im Jahre 1903 gegründeten „Zentralstelle zur Beschaffung deutscher Ansiedler und Feldarbeiter“ unter Vorsitz des Herrn v. Tiedemann statt. Tiedemanns rechte Hand in der „Zentralstelle“ war ein gewisser Herr v. Pilis, eine Persönlichkeit von unbekannter Herkunft, der in Tiedemanns Auftrag lange Reisen nach Galizien, Siebenbürgen und Russland unter-

nahm, um die dortigen deutschen Kolonisten für die Ansiedlung in Posen u. Westpreussen zu gewinnen; diese Reisen hat sich Herr v. Pilis sehr gut bezahlen lassen, wie er überhaupt in der Berechnung von Reise- u. Aufwandsspesen grosse Kombinationsgabe bewies. Herr v. Pilis scheint den pathologischen Polenhass Tiedemanns in erster Linie für seinen persönlichen Vorteil ausgenutzt zu haben und zuweilen könnte man glauben, dass er Tiedemann überhaupt zum besten gehalten hat. Er erfand immer neue Ideen zur Bekämpfung des Polentums u. bezauberte damit Herrn v. Tiedemaun derart, dass dieser sich völlig in seinen Bann ergab und die unmöglichsten Projekte des Herrn v. Pilis seriös nahm. Manche dieser Pläne, wie z. B. die Ersetzung der polnischen durch vlämische Sachsengänger, haben die Zentralstelle eine Menge Geld gekostet und auch nicht den geringsten Nutzen gebracht. Das Gebahren des Herrn v. Pilis war derart, dass der Geschäftsführer der Ostmarkenvereins, Dr. Bovenschen, ihn der Spionage und des Spiels à deux mains bei Tiedemann verdächtigte; dieser war aber von Pilis so eingenommen, dass er zur Antwort gab, v. Pilis handle strikte nach seinen (Tiedemanns) Weisungen.

Dem Gehirn dieses Herrn v. Pilis war die teuflische Idee entsprungen, die polnischen Bauern aus Posen in Massen nach Kanada zu verpflanzen. Mit dieser Idee fand Herr v. Pilis nicht nur freudigen Anklang bei dem Chef der Nebenregierung von Tiedemann (bei dessen pathologischen Polenkoller war das ja erklärlich!) sondern auch bei allen anderen höchsten Vertretern der offiziellen preussischen Regierung in Posen, die doch, so sollte man meinen, die berufenen Hüter u. Beschützer ihrer sämtlichen Landeskinder hätten sein müssen.

Das Projekt des Herrn v. Pilis wurde in einer vertraulichen Sitzung der »Zentralstelle«, an der die Vertreter der höchsten preussischen Behörden teilnahmen, beraten. Über die Beratungen wurde ein *vertrauliches* Protokoll aufgenommen, dessen Original in doppelter Ausfertigung bei der »Feldarbeiterzentrale« und beim »Ostmarkenverein« aufbewahrt wird.

Dieses Protokoll gebe ich in wortgetreuer Abschrift hier wieder, damit die öffentliche Meinung in Deutschland und das Gewissen der gesamten Kulturwelt es erfahre, in welcher unerhört nichtswürdigen und verbrecherischen Weise die preussische Regierung die Existenz der autochtonen polnischen Bevölkerung in Preussen untergraben hat.

Dieses in seiner Art einzige Dokument der Schande lautet:

**Vertraulich!**

Protokoll

der Sitzung am 15. März 1904 zu Berlin im Bureau der Zentralstelle zur Beschaffung deutscher Ansiedler und Feldarbeiter betreffs Besprechung über die Auswanderung der Polen aus den Provinzen Westpreussen und Posen.



Anwesend die Herren :

von Holleben, Kaiserlicher Botschafter a. D. zu Berlin,  
 Hugenberg, Geheimer Regierungsrat zu Berlin,  
 von Pilis, Berlin,  
 von Schwerin, Geheimer Regierungsrat zu Berlin,  
 von Tiedemann-Seeheim,  
 Thon, Ober-Präsidentialrat, als Vertreter des Herrn Ober-  
 Präsidenten von Posen und  
 Wiegand, Generaldirector des »Norddeutschen Lloyd«  
 zu Bremen.

Herr **von Tiedemann** eröffnet die Sitzung und bittet Herrn von Pilis über den Stand der Angelegenheit zu berichten.

Herr **von Pilis** teilt mit, dass trotz der intensiven Tätigkeit der Königlichen Ansiedlungs-Kommission und der Zentralstelle, deutsche Bauern und ständige Arbeiterfamilien in den Provinzen Westpreussen und Posen sesshaft zu machen, und auch trotz der unerwartet günstigen Aussichten dieser Tätigkeit, die Polen in allen Teilen der östlichen Provinzen vordringen, nicht etwa durch eine glänzende Organisation, sondern zufolge ihrer natürlichen Vermehrung und des ihnen eigenen Landhungers. Das Vordringen der Deutschen im Osten kann nur dann ein dauerndes sein, wenn *gleichzeitig für eine Abwanderung der Polen Sorge getragen wird*. Die Jesuiten in Komarow in Ostgalizien haben bereits 2 grosse Ansiedlungen katholischer Polen aus Westpreussen in ihrer Nachbarschaft gegründet. Es kann indessen von einer Auswanderung der Polen in grossen Zahlen nur dann die Rede sein, wenn als Ziel derselben die *Vereinigten Staaten von Nordamerika, Kanada oder Südamerika* in Betracht kommen. Herr von Pilis teilt ferner mit, dass er diesen Gedanken bereits dem Herrn Ober-Präsidenten von Posen (Waldow) klar-gelegt habe, und dass derselbe sich dem Projekte gegenüber **ausserordentlich freundlich verhalten habe**, jedoch das Bedenken äusserte, dass durch die Agitation der Schiffahrtsgesellschaft auch die deutsche Bevölkerung ergriffen werden könnte. Er habe aber bereits damals Seiner Excellenz dem Herrn Oberpräsidenten darauf erwidert, dass einem derartigen Übergreifen dadurch gesteuert werden kann, dass die Direktionen der Schiffahrtsgesellschaften die bindende Erklärung abgeben, für *deutsche Auswanderer ihren posenschen und westpreussischen Agenten keine Provisionen zu zahlen*. Es müsste eine strenge Kontrolle über die konzessionierten und nichtkonzessionierten Auswanderungsagenten geführt werden, und gleichfalls eine genaue Statistik über die Zahl der Auswanderer. Da nun die

Schiffahrtsgesellschaften *ohne das Wohlwollen der Regierung* eine Auswanderungstätigkeit nicht durchführen können, ist, abgesehen von dem Vertrauen, welches Redner in die Direktoren dieser Gesellschaften setzt, auch hierfür die Garantie gegeben, dass die Vereinbarung streng innegehalten werden wird. Bezüglich der Geneigtheit der polnischen Bevölkerung zur Auswanderung aus den östlichen Provinzen Preussens bemerkt Herr von Pilis, dass, wenn auch die Deutschen durch die Überzahl der Polen in verschiedenen Gegenden zurückgedrängt werden, in der *polnischen Bevölkerung eine grosse Misstimmung herrscht, da sämtliche in der Ostmark bestehenden Sondergesetze sich gegen diese richten* (also dieser Grund der Misstimmung wird hier zugegeben — *meminisse iuvabit!* D. Verf.), und ihnen doch, soweit dies mit erlaubten gesetzlichen Mitteln möglich ist, die Gelegenheit zu einer Ausbreitung genommen wird (sic!). *Es müsste für die Auswanderung auch, wie dies in Galizien der Fall ist, gegen eine gewisse Geldentschädigung die Presse gewonnen werden (!)*, und den Schiffahrtsgesellschaften gestattet sein, *alle Drucksorten und Plakate in polnischer Sprache erscheinen zu lassen (!)*. Herr von Pilis weist darauf hin, dass die *Auswanderung der Polen* eine günstige Gelegenheit zum Aufkauf der *polnischen Wirtschaften* bieten könnte. Die Agenten der Schiffahrtsgesellschaften müssten dahin instruiert werden, dass sie den Vertrauensmännern der neu gegründeten Rustikalkbank Mitteilung machen, wenn polnische Bauern auswandern wollen, damit *an ihre Stelle sofort deutsche treten*. Schliesslich bemerkt Herr von Pilis, dass **besonders Kanada zur Ansiedelung mit Polen geeignet ist**, *w hin bereits im vorigen Jahre eine grosse Zahl galizischer und russischer Polen wanderte*, die als Landwirte angesiedelt wurden, und **wo keine Gefahr besteht, dass dorthin gewanderte Polen wieder zurückkehren (!)**.

Herr **General-Direktor Wiegand** stimmt allen Punkten und Ausführungen des Herrn von Pilis zu, und *erklärt sich bereit, eine starke Agitation zur Auswanderung der Polen aus den östlichen Provinzen zu entfalten, falls er der Unterstützung der Regierung sicher sei*. Die letztere müsste gestatten, dass ein **Netz von konzessionierten und nichtkonzessionierten Agenten über die polnischen Teile der Ostprovinzen ausgespannt wird**, und er sieht die erste Aufgabe darin, vor allem eine Agitation auf dem *flachen Lande* einzuleiten, weil hierdurch der Zuzug der polnischen Bevölkerung in die Städte unterbunden wird. Er hebt besonders hervor, dass die **Tätigkeit der nichtkonzessionierten Agenten** (d. h. der sogenannten »Bauernfänger«), die auf dem flachen Lande arbeiten, **die wichtigste ist**.



Er würde die Regierung selbstverständlich von der Tätigkeit dieser Agenten unterrichten.

Exzellenz **von Holleben** regt an, mit dem *Ministerium des Innern* in Verbindung zu treten, da das Verhalten des gen. Ministeriums entscheidend für den Erfolg des Unternehmens ist. Er weist darauf hin, dass in früheren Zeiten aus Kanada vielfach Ansiedler nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika fortgezogen sind, und dass die Gegend, wohin die ganze Auswanderung geleitet werden soll, wohl ausgewählt werden muss.

Herr **Geheimrat von Schwerin** teilt mit, dass er auf Einladung der Zentralstelle als *Privatmann an der Sitzung teilnehme*, seinem Chef, dem *Herrn Minister des Innern*, aber *ausführlichen Bericht* erstatten werde.

Herr **Ober-Präsidial-Rat Thon** berichtet über das erschreckende Wachsen des polnischen Grundbesitzers in den letzten Jahren, das bis jetzt durch keine Massregel eingedämmt werden konnte. Er begrüsst die Tätigkeit der Zentralstelle, deutsche Rückwanderer aus Ungarn, Siebenbürgen, Rumänien und Galizien in Provinzen Westpreussen und Posen zu ziehen, hält es aber *noch für wichtiger, dass in gleichem Masse, oder womöglich in noch grösserem, für eine Auswanderung der Polen aus den Ansiedlungsprovinzen gesorgt wird*. Er bedauert, dass in den letzten Jahren die Auswanderung der Polen niemals die Zahl 3000 überschritten habe und ist dafür, dass die Schiffahrtsgesellschaften eine Organisation von Agenturen über die Ostprovinzen schaffen, die zur Zeit nur in Posen und Ostrowo beständen, und **verspricht, von Seiten des Oberpräsidiums von Posen, die grösste Unterstützung und Nachsicht gegenüber der Tätigkeit der Schiffahrtsgesellschaften zu üben**, falls die vorgesetzte Zentralbehörde, das Ministerium des Innern, sich dem ganzen Projekte freundlich gegenüber stellt. Herr **Ober-Präsidial-Rat Thon** bittet Herrn *General-Direktor Wiegand*, eine **besonders intensive Tätigkeit auf dem flachen Lande und in den kleinen Städten zu entfalten**, und die Behörden von der Tätigkeit der Agenten genau auf dem laufenden zu erhalten. Er bemerkt ferner, *dass die polnische Presse zur Entfaltung einer regen Agitation vollkommen genügen und für Geld zu haben sein würde* (!) Schliesslich bittet Herr **Ober-Präsidial-Rat Thon** die Zentralstelle, für die Provinz Posen nur **deutsch-evangelische (!) Elemente** heranzuziehen, da erst neuerdings eine deutsch-katholische Ansiedelung nahe bei Gnesen vollkommen polonisiert wurde.

*Herr von Pils* stellt dem gegenüber richtig, dass die Zentralstelle nach Posen und Westpreussen bis jetzt **nur Evangelische** gebracht habe, und sollen deutsch-katholische

Elemente nur in *Oberschlesien* angesiedelt werden, bemerkt aber, dass im Westen der Provinz Posen die Schaffung von grossen deutsch-katholischen Kolonien nicht gefährlich sei.

*Exzellenz von Holleben* teilt mit, dass auch ihm bekannt sei, dass die Polonisierung in den kleinen Städten erschreckende Dimensionen angenommen habe, (kennt ja gar nicht die Provinz! D. Verf.), und befürwortet besonders eine rege Agitation in denselben, bemerkt indessen, dass es am besten ist, *städtische* Elemente nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu ziehen, und man darauf bedacht sein muss, durch gute Wahl des Abwanderungsortes für eine günstige Lage der Ausgewanderten zu sorgen, **damit diese nicht wieder in die alte Heimat zurückkehren.**

*Herr General-Direktor Wiegand* bittet die Zentralstelle, bei Schaffung einer Organisation behilflich zu sein und eine *vertrauenswürdige Persönlichkeit* ausfindig zu machen, deren Sitz in Berlin sein müsste, um mit der Zentralstelle und den Behörden stets Fühlung zu behalten. *Herr von Tiedemann* stellt die *Unterstützung der Zentralstelle in diesem Sinne in Aussicht*, und übernimmt es *Herr von Pilis*, die erste Organisation zu schaffen.

*Herr von Tiedemann* schliesst die Sitzung, dankt den von auswärts eingetroffenen Herren für ihr Erscheinen und ihre rege Anteilnahme. Er *beglückwünscht* Herrn v. Pilis zu der von ihm angeregten Frage und *wünscht der ganzen, so hochwichtigen Angelegenheit ein gutes Gedeihen.*

Im übrigen hat die von der Nebenregierung ausgeheckte und von den offiziellen preussischen Staatsregierung so willig unterstützte Schurkerei ihren Zweck völlig verfehlt. Trotz aller lichtscheuen Machenschaften der Regierung, trotz der Bauernfängerei des „Norddeutschen Lloyd“, — blieb der polnische Bauer seiner ererbten Scholle treu und wanderte nicht aus. Das ganze war ein Schlag ins Wasser. Nur ein Mensch reussirte dabei: *Herr v. Pilis*, der vielgewandte u. vielgewanderte Tiedemannsche Vertrauensmann! Die ganze Aktion war eine Brücke, über die *Herr v. Pilis* in eine gut bezahlte Stellung eines Abteilungsdirektors beim „Nordd. Lloyd“ gelangte. Möglicherweise hat er überhaupt nur zu diesem Zweck die ganze Idee ausgeheckt, ebenso wie seine früheren Pläne und Projekte mit den Vlamen und den Deutschen in Galizien, Russland und Siebenbürgen ihm scheinbar nur dazu gedient haben, recht bedeutende Nebenverdienste an Reisespesen einzukassieren.

*Herr v. Pilis* scheint aus der pathologischen Veranlagung des *Herrn v. Tiedemann* einen recht grossen persönlichen Nutzen gezogen zu haben.



## Herr v. Tiedemann „als Freund“ der deutschen Landarbeiter aus Galizien.

Der Chef der Nebenregierung war ein grosser Freund der deutschen Landarbeiter in Galizien, Siebenbürgen, Rumänien und Russland, soweit er sie als Konkurrenten der polnischen Arbeiter verwenden und diese durch jene ausstechen konnte. In der Praxis hat sich die Sache aber anders gestaltet, als er hoffte und wollte. Durch seinen neuen Freund und Ratgeber, den eben näher bezeichneten Herrn »v.« Pilis, hat er viele dieser deutschen Landarbeiter aus Galizien in das Posener Land bringen lassen, um die polnischen Arbeiter brotlos zu machen und sie nach Berlin oder Westfalen und Rheinland zu vertreiben, wo er wiederum die dortigen Deutschen gegen diese Polen aufhetzen liess. Um die Probe aufs Exempel zu machen, hat er sich selbst einige schicken lassen. Herr »v.« Pilis und seine Agenten waren in Galizien deutsche Arbeiter für Posen und Westpreussen unter der Vorspiegelung, dass sie nach Ankunft in die polnischen Provinzen in Preussen in kurzer Zeit von der Ansiedlungskommission Land erhalten und so auf leichte Weise Kleingrundbesitzer werden könnten. 16 solcher aus Galizien importierter Familien hat Herr v. Tiedemann auf seinem Gute Seeheim aufgenommen. Die Leute haben die ihnen vor der Ausreise aus Galizien gemachten Versicherungen ernst genommen und wandten sich nach 3- und 4-jähriger Arbeit in Seeheim an die Ansiedlungskommission wegen Zuweisung von Parzellen.

Sie haben dabei aber ganz merkwürdige Erfahrungen gemacht. Sie hatten eben nicht gewusst, dass die Ansiedlungskommission ganz in den Händen des Chefs der Nebenregierung, ihres Brotherrn, war, dass die ausführenden Organe der Kommission nach seiner Pfeife tanzten, dass der später durch Tiedemanns Einfluss zum Präsidenten der Ansiedlungskommission avancierte Herr Ganse sein treu ergebener Diener war. Auf ihr Ersuchen, ihnen nach mehreren Jahren Fronarbeit bei Tiedemann Ackerparzellen in dem verheissenen Posener Paradies zu-

zuweisen, entwickelte sich folgende Korrespondenz zwischen der Ansiedlungskommission und dem Chef der Nebenregierung, die in mancher Beziehung lehrreich ist und das soziale Empfinden Tiedemanns in ganz merkwürdiger Weise kennzeichnet. In Vertretung des Präsidenten der Ansiedlungskommission schrieb Herr Ganse an Tiedemann:

Königliche Ansiedlungs-Kommission  
für  
Westpreussen und Posen.  
Vila T. Z. 11688 04.

Posen O. 1, den 19. Dezember 1904.

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich Abschrift einer Registratur vom 13. d. Mts. zur gefälligen Kenntnissnahme und mit der Bitte um gefällige Aeusserung ergebenst zu übersenden.

Wenn die ansiedlungslustigen Arbeiterfamilien Ihnen geeigneten Ersatz aus Galizien bieten, läge es wohl im Interesse des Zuzuges weiterer Arbeiter von dort, ihnen kleine Ansiedlerstellen zu überlassen.

*Ohne Eurer Hochwohlgehoren ausdrücklichen Wunsch beabsichtige ich aber nicht die Gesuche zu berücksichtigen (!).*

An  
den Herrn Major von Tiedemann  
Hochwohlgeboren  
in  
Seeheim.

Der Präsident.  
I. V.  
Ganse.

Anbei folgt die oben erwähnte Registratur:

Abschrift.

Aufgezeichnet  
Posen, den 13. Dezember 1904.

Der Schmied Philipp Dern, ein Galizier, der vor 2 Jahren sich in Gora Kokoschin ansiedelte, erschien heute und bat für seine bei dem Herrn Major von Tiedemann in Seeheim als Arbeiter befindlichen Landsleute:

1. Philipp Hexel (bleiben\*),
2. Fritz Lang,
3. Johann Schweitzer (bleiben\*)

um Überlassung kleiner Ansiedlungsstellen. Die 3 Familien sollen bereits 4 Jahre in Seeheim sein und einiges Barvermögen besitzen. (1200—2000 M.) Drei Jahre waren die Leute nur verpflichtet, in Seeheim zu arbeiten. Nur die Aussicht, später Ansiedlerstellen zu erhalten, hatte sie ver-

\*) Randbemerkungen Tiedemann's. (D. Verf.).



anlasst nach Deutschland zu kommen. Sie wollen gerne im zeitigen Frühjahr — 1. April 1905 — Stellen nehmen.

Weitere 13 galizische Familien, die in Seeheim seit zwei Jahren arbeiten, warten nur das eine Jahr ab, um sich dann auch selbständig zu machen. Wieviel Vermögen die Familien im Durchschnitt besitzen, konnte Dern nicht angeben.

Sämtliche 16 Familien sollen evangelisch sein.

Dem p. Dern wurde eröffnet, dass die Familien nur ruhig weiter in Seeheim arbeiten sollen, das Weitere werde sich finden.

Dern wollte nach 14 Tagen wieder vorsprechen und sich Bescheid holen.

Des Weiteren meldete Dern den Schmied Philipp Lang aus Galizien an, der ein Vermögen von 1500 M. besitzen soll. Er bat um eine Stelle für Lang.

gez. Noack.  
Sekretär.

Und nun entpuppte sich Herr v. Tiedemann als der „*wahre Freund*“ der deutschen Rückwanderer!

Trotzdem die Leute sich nur zu 3 Jahren Arbeit in Seeheim verpflichtet und Galizien nur verlassen haben, weil ihnen nach Ablauf dieser Zeit Ansiedlerstellen zugewiesen werden sollten, verlangt Tiedemann jetzt,

**dass sie 10 Jahre für ihn arbeiten müssten,**

bevor ihnen die Ansiedlungskommission Landparzellen zuteilt.

Herr v. Tiedemann handelte diesen armen deutschen Rückwanderern gegenüber wie ein gewöhnlicher Betrüger und hintertrieb ihr Gesuch an die Ansiedlungskommission durch folgendes infames Schreiben:

Zum gefälligen Schreiben

vom 19. Dezbr. 1904

Berlin, W. 10, den 29. Dezbr. 04.

VIIa T. Z. 11688 04.

Über den Versuch des Schmiedes Philipp Dern, die von meiner Verwaltung mit grossen Kosten aus Galizien herangezogenen Arbeiter-Familien zum Weggange von Seeheim zu veranlassen, bin ich naturgemäss wenig erfreut. Die bei ihrer Ankunft in jeder Beziehung *rückständigen* Familien sind unter Aufbietung vieler Arbeit, Geduld und finanzieller Beihilfen *erst zu Menschen herangebildet worden* (!). Nach dreijähriger Dienstzeit haben sie heute knapp das Niveau meiner übrigen deutschen Arbeiter-Familien erreicht. Erst in den folgenden Jahren werden sie imstande sein, meiner Gutswirtschaft wirkliche Dienste zu erweisen und ein Äquivalent für die aufgewendeten Mühlen und Kosten zu bringen.

Wenn nach einer kurzen Dienstzeit auf den einzelnen Gütern den zugewanderten galizischen Arbeiter-Familien seitens der Königlichen Ansiedlungs-Kommission die Möglichkeit geboten wird, unter erleichterten Bedingungen kleinere Ansiedlerstellen zu erwerben, so bin ich nicht im Geringsten darüber im Zweifel, dass die ohnehin nicht grosse Bereitwilligkeit der Gutsbesitzer in den Ostprovinzen zur Annahme galizischer Instenfamilien mit einem Schlage vernichtet werden (!) und die so unendlich wichtige Heranziehung dieses deutschen Bevölkerungsmaterials den Todestoss erhalten wird (!).

Meines Erachtens sollte der Grundsatz aufgestellt werden, dass den galizischen Arbeiterfamilien erst *nach zehnjähriger vorwurfsfreier Dienstzeit* auf den Gütern bezw. Domänen innerhalb der Ostmarken die Wohltat der staatlichen Ansiedelung zu teil wird. In einer früheren amtlichen Konferenz habe ich bereits diesem Gedanken Ausdruck gegeben und zur Erleichterung der Ansiedelung die Gewährung einer Prämie von Eintausend Mark befürwortet.

Was nun die von dem p. Dern bezeichneten Familien Hexel, Lang und Schweitzer in Seeheim anlangt, haben Hexel und Schweitzer bereits neuen Vertrag mit meiner Verwaltung abgeschlossen. Lang konnte durch deren Vermittelung vor einiger Zeit sein Anwesen in Lemberg für Zweitausend Mark verkaufen; er hat sich nicht auf's Neue verpflichtet und wird vielleicht zum ersten April Seeheim verlassen. Des Beispiels wegen *möchte ich ganz ergebenst bitten, ihn zur Ansiedelung erst nach einiger Zeit zuzulassen.*

Von den übrigen Seeheimer galizischen Familien werden nur drei minderwertige nach Ablauf ihres dreijährigen Kontraktes zum ersten April von dem Vorwerke Piekary abgehen, da meine Verwaltung *nur ganz einwandfreie Leute behält*; diese Familien besitzen indess nicht die Mittel zur Ansiedelung und werden andere Arbeitsstellen annehmen (!).  
v. Tiedemann-Seeheim.

Natürlich beeilte sich die Ansiedlungskommission, die Wünsche Tiedemanns prompt zu erfüllen und schrieb ihm folgenden, geradezu bedientenhaft anmutenden Brief:

Königliche Ansiedlungs-Kommission  
für

Westpreussen und Posen.

VIIa T. Z. 11941/04.

Posen O. 1, den 13. Januar 1905.

Auf das gefällige Schreiben vom 29. v. Mts. beehre ich mich Euer Hochwohlgeboren ergebenst zu erwidern



dass ich vorläufig *nicht beabsichtige*, den in Seeheim als Arbeiter beschäftigten Rückwandererfamilien aus Galizien Ansiedlerstellen zu geben, und dass insbesondere auch der Schmied Lang vorläufig auf eine Stelle *keine Aussicht hat*.

Der Präsident.

Blomeyer.

An

Herrn Major von Tiedemann-Seeheim.  
Hochwohlgeboren.  
Berlin W. 10  
Thiergartenstr. 35

Was Herr v. Tiedemann über die Rückständigkeit der galizischen Deutschen schrieb, ist natürlich barer Unsinn. Diese Leute sind durchweg tüchtige und fleissige Arbeiter, nur passte es ihnen nicht, sich dem ostelbischen Knutenregiment des Herrn v. Tiedemann unterzuordnen. Das nannte dann Tiedemann »rückständig« und unter »Erziehung zu Menschen« verstand er: Erziehung zu ostelbischen Arbeitstieren.

Aber die deutschen Landwirte und Arbeiter in Polen, Russland u. s. w. mögen sich wohl merken, was Tiedemann, Ostmarkenverein und preussische Regierung unter »deutscher Treue« verstehen!

### Die Intrige des Ostmarkenvereins in Oberschlesien.

Im Jahre 1904 war auch eine Reform des *Berggesetzes* in Vorbereitung. Die Bergarbeiter verlangten bei der Wahl der Knappschaftsältesten geheime und unmittelbare Abstimmung der Knappschaftsmitglieder.

Sofort nahm sich die Nebenregierung dieser Sache an und wandte sich mit einer Eingabe an den Handelsminister vom 13. Februar 1904:

Wenn dieser Vorschlag Gesetz werden sollte, wird die Wahl der Knappschaftsältesten den nationalpolnischen Agitatoren (ohne diese geht es ja bei dem Ostm. Verein nicht D. Verf.) einen stets willkommenen Anlass zur Aufhetzung der polnisch sprechenden Berg- und Hüttenarbeiter geben. und unvermeidlich würden ausschliesslich nationalpolnisch- und sozialdemokratisch gesinnte Knappschaftsälteste gewählt.

Hier folgt eine 5-seitige Abhandlung über die „polnische Gefahr“ in Oberschlesien und der Schluss der Eingabe lautet:

Eure Exzellenz beehren wir uns ganz ergebenst zu bitten, geneigtest unserer Darstellung Gehör zu schenken

und das in ihren Folgen für den oberschlessischen Industriebezirk so bedenkliche Zugeständnis der unbedingten geheimen und unmittelbaren Wahl der Knappschaftsältesten nicht zulassen zu wollen.

23.

(Tiedemann).

28.

(Dr. Bovenschen)

Und es geschah wieder nach dem Willen der Nebenregierung.

Oberschlesien hat die Nebenregierung in dieser Zeit besonders in ihr Herz geschlossen. Am 7 März 1904 schrieben Herr v. Tiedemann und sein Adlatus Dr. Bovenschen an den Kultusminister, er möchte eine neue Auflage eines Werkes von Prof. Wolff — Eisenach über Oberschlesien anfertigen und dort verteilen lassen, eines Werkes, das in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auf Veranlassung des damaligen Kultusministers v. Gossler geschrieben wurde und den „Beweis“ erbrachte, dass Oberschlesien niemals zu Polen gehört habe (!); im Sinne einer Rede des Zentrumführers Dr. Porsch vom 26 Januar 1904, sollte die oberschlesische Bevölkerung den Einwirkungen der „erzradikalen“ polnischen Führer entzogen werden, weil sie auf diesem Wege in dem Sozialismus „aufgehen würde“.

Und noch ganz kurz vor Jahresschluss, am 29. Dezember, erneuert der Ostmarkenverein seinen Antrag beim Kultusministerium wegen der Gewährung der Ostmarken-Zulagen an die Lehrer und kleineren Beamten in Oberschlesien.

Auf Antrag des Geschäftsführer des Ostmarkenvereins Dr. Bovenschen, wurden besondere Geldprämien wie in Posen und Westpreussen für die masurischen Teile Ostpreussens verlangt.

Darunter bemerkt der Chef der Nebenregierung eigenhändig:

An Ministerialdirektor Dr. Schwartzkopff mitgeteilt.

23.

### Die Jahre 1905 und 1906.

Auch in diesen beiden Jahren wurde tüchtig hinter den Kulissen „gearbeitet“. Zunächst 2 Privatbriefe.

### Der „Interkonfessionalismus“ des Ostmarkenvereins.

Wir wissen schon, dass der Ostmarkenverein trotz seines öffentlich zur Schau getragenen Interkonfessionalismus für die Eingeweihten als *Vorkämpfer des Protestantismus* galt und als solcher auch dem Endzwecke der Protestantisierung der überwiegend katholischen polnischen Provinzen die Wege ebnete. Das



hat sein Hauptgründer und Leiter Tiedemann, gleich nach der Gründung, in dem oben angegebenen, an den damaligen General-Superintendenten Hesekei in Posen gerichteten Schreiben feierlichst bekundet und dadurch auch die Mitwirkung aller protestantischen Pastoren in Posen und Westpreussen erreicht. Die öffentliche Betonung des Interkonfessionalismus des Vereins hatte nur den Zweck, unter der katholischen deutschen Bevölkerung und unter den Juden Mitglieder einzufangen, andererseits war sie auch darauf berechnet, einen Keil zwischen die deutschen und polnischen Katholiken zu treiben. Neben der Germanisierung war die Protestantisierung der polnischen Landesteile der Hauptzweck des Wirkens der Nebenregierung. Keine Körperschaft hat die Germanisierung und die Protestantisierung so eng miteinander verquickt, wie der Ostmarkenverein, für den deutsch und protestantisch identische Begriffe waren, — und gerade der Ostmarkenverein war es, der in allen seinen Eingaben und Denunziationen an die offizielle Staatsregierung den Polen immer wieder den ungerechten Vorwurf machte, dass sie ihre Nationalität mit dem Katholizismus verquicken.

Einen besonders sprechenden Beweis für diese Tendenz des Ostmarkenvereins finden wir in dem Glückwunschsreiben an den General-Superintendenten Dr. Hesekei in Posen, aus Anlass seines 70. Geburtstages. Wir lesen in diesem Schreiben unter anderem:

31. Mai 1905.

Mit der gesamten evangelischen Bevölkerung der Provinz Posen sind wir eins in der Wertschätzung der unvergänglichen Verdienste, die Sie sich um die *evangelische Kirche* als Oberhirte dieser Provinz in 19-jähriger Tätigkeit erworben haben; nicht minder eins sind wir mit allen deutschen Bewohnern dieses Landesteiles in der dankbaren Erkenntnis, dass Sie Grosses für die deutsche Sache geleistet haben. Selbst ein leuchtendes Vorbild an hingebendem Patriotismus, haben Sie es verstanden, den *Ihrer Leitung anvertrauten Herren Geistlichen das Bewusstsein einzupflanzen, dass sie neben ihrem kirchlichen Amt die Pflicht haben, allezeit Hüter des Deutschtums zu sein.* Dieser Ihrer Einwirkung ist es im wesentlichen zu danken, dass wir in jedem evangelischen Geistlichen der Provinz Posen eine zuverlässige Stütze für alle deutschen Bestrebungen finden.

Gott der Herr wolle Ihr ferneres Wirken zum Heile der Provinz Posen mit reichstem Segen krönen! Dies ist unser inniger Wunsch!

In wahrhafter Verehrung  
der Hauptvorstand des Deutschen Ostmarkenvereins.  
(Folgen die Unterschriften).

Ich führe das obige Schreiben hier an, weil es den Beweis liefert, wie die Nebenregierung es verstanden hat, auch die evangelische Geistlichkeit in Posen zu entsittlichen und die Religion in den Dienst der Menschenfeindschaft und des Menschenhasses zu stellen.

### Vorschriften für den Kriegsminister betr. Verteilung der Rekruten.

Das neue Mitglied des Hauptvorstandes, Oberst a. D. Cardinal v. Widdern, der trotz oder vielleicht infolge seines vorgerückten Alters mit krankhaftem Hass gegen das autochtone Polentum in Preussen erfüllt war, und am Tage u. in der Nacht darüber sann, wie man die Polen in Preussen ausrotten könnte und für dieses Ziel schon viel Tinte und Papier in Broschüren, Flugblättern und Artikeln verschwendet hat, war auf den Gedanken einer *künstlichen Vermehrung der deutschen Bevölkerung* in Posen und Westpreussen mit Hilfe der *Militärbehörden* gekommen. Aus seiner Feder stammt eine von dem Hauptvorstand des Ostmarkenvereins an das *Kriegsministerium* gerichtete Eingabe vom 19. Oktober 1905, die folgendermassen lautete:

An den Königl. Staats- und Kriegsminister  
Herrn Generalleutnant von Einem  
Exzellenz  
Berlin.

Berlin, 19. Oktober 1905.

Die Königliche Staatsregierung ist durch die Oberpräsidenten der Provinzen Westpreussen, Posen und Schlesien, sowie durch die Königliche Ansiedlungs-Kommission neuerdings auch durch die vom Ostmarkenverein mitgegründete „Deutsche Feldarbeiter-Zentralstelle“ unter Aufwendung bedeutender Mittel unausgesetzt und auch erfolgreich bemüht, nicht nur aus dem Westen des deutschen Reiches, sondern auch aus dem Auslande deutsche Ansiedler, Handwerker und Dauerarbeiter (Instfamilien) für die durch das Anwachsen des Polentums national gefährdeten Provinzen Preussens zu beschaffen. Vom nationalen, sowie vom wirtschaftlichen Standpunkt im Konkurrenzkampf gegen die Polen ist es besonders wichtig, nun aber auch alles aufzubieten, um den *Nachwuchs der mit so schweren Opfern u. Mühen gewonnenen Elemente in der von ihren Eltern gewählten neuen Heimat festzuhalten.*

Wird dieser Nachwuchs zur Ableistung der Militärdienstpflicht als Rekrut oder als Reservist Truppenteilen überwiesen, die ausserhalb ihrer Heimat Posen, Westpreussen und Oberschlesien stehen, so kehrt von ihm nach abgeleiste-



tem Militärdienst ein erheblicher Teil nicht wieder in die Heimat zurück, sucht vielmehr sein Brot in den in Bezug auf die Verdienstmöglichkeit und das materielle Behagen mehr bietenden westlicheren und mittleren Provinzen Deutschlands und geht damit für die Kampfgebiete wieder dauernd verloren. Es ist wohl bekannt, dass die Rekruten aus *Westpreussen, Posen und Oberschlesien* soweit sie in den Rekrutirungs-Stammrollen als Polen (mit dem Buchstaben P) bezeichnet werden, und zwar grundsätzlich nur diese, zu 9/10 in Regimenten eingestellt werden, welche ausserhalb dieser Landestelle stehen. Dabei dürfte der Grundsatz aufgestellt sein, die *deutschen Militärpflichten* im allgemeinen als Rekruten und Reservisten den Truppenteilen der Heimatsprovinz zuzuführen. Es scheint jedoch, als ob trotz alledem eine nicht unerhebliche Anzahl von Rekruten absolut deutscher Herkunft in nicht heimatliche Korps- oder Divisionsbezirke eingestellt wird. Vermutlich geschieht dies namentlich dann, wenn es sich um eine höheren Orts angeordnete Ueberweisung von Handwerkern und anderen speziellen Berufsgattungen nach fremden Korpsbezirken handelt. Vom Standpunkt der wirtschaftlichen Konkurrenz mit dem ganz besonders auch im Handwerk und Gewerbe immer mehr erstarkenden Polentum ist es aber dringend geboten, gerade diese deutschen Elemente an ihre Heimat in Osten zu fesseln und sie nicht in andere Provinzen zu versetzen.

Der Förderung des Deutschtums in den Ostmarken sollen auch die Waisenhäuser (!) dienen, denen verwaiste deutsche Kinder aus den mittleren und westlichen Provinzen zugeführt werden. Aus dem letzten Jahresbericht des Waisenhauses *Neuzedlitz* in *Posen* geht nun hervor, dass ein Zögling dieser Anstalt zur Ableistung seiner Militärdienstpflicht bei einem ausserhalb der Provinz stehenden Truppenteil eingezogen worden ist. Privatermittlungen haben weiter ergeben, dass derselbe in *Stettin* beim Grenadier-Regiment Nr. 2 eingestellt sein soll. Trifft dies zu, so würde dadurch die nationale Arbeit der mit grossen Kosten errichteten und unterhaltenen Waisenhäuser wesentlich erschwert, da wie oben erwähnt, erfahrungsgemäss eine Rückkehr dieser Rekruten nach abgeleiteter Dienstzeit in ihre heimatlichen Ostprovinzen nur selten erfolgt. Auch der in den Regimentern des Armeekorps sicherem Vernehmen nach herrschende Mangel an Kapitulanten dürfte zum grössten Teil darauf zurückzuführen sein, dass eben viele im Posenschen einheimische Rekruten zweifellos *deutscher* Nationalität ausserhalb der Provinz eingestellt werden. Da aber Mannschaften aus anderen Provinzen bei den in *Posen* stehenden Truppenteilen nicht oft kapitu-

lieren, so sollen die Kompagnie, Eskadrons- und Batteriechefs gezwungen sein, vielfach mit polnischen Leuten zu kapitulieren.

Beteiligt an der Arbeit zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken, glauben wir Eurer Exzellenz bekanntes eigenes Interesse zur Sache für eine wohlwollende Prüfung dieser Angelegenheit ehrerbietigst in Anspruch nehmen zu dürfen. Es gilt alles aufzubieten, um zu verhüten, dass das deutsche Element aus den polnischen Landesteilen als Rekruten und Reservisten ausserhalb der einheimischen Bezirke zur Einstellung gelangt. In Sonderheit wäre sorgfältig darüber zu wachen, dass der Nachwuchs der in den national gefährdeten Landesteilen sesshaft gemachten deutschen Ansiedler, Gewerbetreibenden und Handwerker auch bei Ableistung der Militärpflicht in der heimatlichen Provinz verbleibt. Es ist dies auch ein Mittel, um das Heimatsgefühl dieser Leute zu wecken, zu pflegen und Beeinträchtigungen desselben fernzuhalten. Auch das Kriegsvereinswesen in den erwähnten Landesteilen dürfte dadurch eine Stärkung erfahren.

Zur strengen Durchführung der hier angeregten Frage wird es freilich einer eingehenden Prüfung der von den Ortsgemeinden aufgestellten Rekrutierungs-Stammrollen und sonstigen massgebenden Listen seitens der Landratsämter und der Bürgermeister bedürfen, damit in denselben jeder *Deutsche* in seiner Nationalität auch wirklich kenntlich gemacht wird. Eine peinliche und unverdrossene Kontrolle dieser Listen scheint um so dringender geboten, als die letzteren doch vielfach von polnisch gesinnten Gemeindebeamten aufgestellt werden (!!).

An den Herrn Minister des Innern haben wir eine gleiche Eingabe gerichtet.

Der Hauptvorstand  
des deutschen Ostmarkenvereins.

Dieselbe Eingabe, nur mit Weglassung der ersten zwei Sätze, wurde an den damaligen preussischen Minister des Innern, v. Bethmann Hollweg, abgeschickt. Und der Kriegsminister von Einem beeilte sich, der Nebenregierung zu versichern, dass er ihren Wünschen nach Möglichkeit entsprechen wird.

### Die Antwort des Kriegsministers von Einem.

Nr. 992/12. 05. A. I.                      Berlin W. 66, den 26. Dezember 05.  
Kriegsministerium.                      Leipzigerstr. 5.

Auf das gefällige Schreiben vom 27. Oktober d. Js. erwidere ich ergebenst, dass ich den beteiligten Generalkommandos von den dortseits geäusserten Wünschen mit



dem Ersuchen Kenntnis gegeben habe, ihnen — soweit die Verhältnisse es gestatten — *nach Möglichkeit zu entsprechen*. Ich möchte aber gleich darauf hinweisen, dass sich diese Wünsche in vollem Umfange nach der Lage der in den einzelnen Armeekorps herrschenden Ersatzverhältnisse nicht berücksichtigen lassen werden. Nach gesetzlicher Vorschrift müssen diejenigen Armeekorps, die einen Überschuss an tauglichen Rekruten haben, diesen dorthin geben, wo Mangel herrscht. So gab in diesem Jahr das VI Armeekorps ca. 1100 Rekruten an das V. Armeekorps ab. Auch ist es unerlässlich, die östlichen Armeekorps zu Abgaben an bestimmte auswärtige Truppenteile u. s. w. — z. B. an die Garde, Marine, Spezialtruppen und zur Aufbringung der erforderlichen Handwerker — mit heranzuziehen. Diese Abgaben aber lediglich den Militärflichtigen des polnischen Elements zu entnehmen, ist wegen des grossen Bedarfs und der an sie zu stellenden hohen körperlichen und geistigen bezw. technischen Anforderungen nicht möglich. Ich bemerke aber, dass von hieraus seither stets die Zahl der von den östlichen Armeekorps an die Garde und Marine zu stellenden Rekruten schon möglichst gering bemessen worden ist, um die Abwanderung aus den östlichen Landesteilen nach den Grossstädten bezw. nach dem Westen nicht noch mehr zu begünstigen. Im Übrigen wird bei den hier vorzunehmenden Verteilungen auch fernerhin, wie bisher, nach dem Grundsatz verfahren werden, die auszuhebenden Rekruten bezw. die einzuziehenden Mannschaften des beurlaubten Standes — soweit irgend möglich — den Truppenteilen ihrer heimischen Bezirke zuzuführen.

Was den anderen, dortseits berührten Punkt der Kenntlichmachung der Militärflichtigen als „*Polen*“ in den Rekrutierungsstammrollen und die Prüfung dieser durch die Stammrollenführer (Gemeindevorsteher) zu machenden Eintragungen anbelangt, so bemerke ich, dass schon durch § 45 der »Deutschen Wehrordnung« eine Kontrolle der Stammrollenführung durch die Zivilvorsitzenden der Ersatzkommissionen angeordnet ist. Bei der Wichtigkeit der Sache wird aber seitens des Herrn Ministers des Innern, mit dem ich dieserhalb in Verbindung getreten bin, der Frage näher getreten werden, um etwaige unrichtige Angaben hinsichtlich der Nationalität auszuschliessen.

Der Kriegsminister.  
(gez.) v. Einem.

An  
den Hauptvorstand des Deutschen  
Osismarken-Vereins  
Hier W. 62.

Das Kriegsministerium gab obiges Schreiben an den kommandirenden General v. Stülpnagel in Posen weiter, der der Nebenregierung, trotzdem er gar nicht darum angegangen war, folgenden Bescheid erteilte:

### Bescheid des Generalkommandos zu Posen.

V. Armeekorps. Posen, den 9. Januar 1906.  
General-Kommando  
Sect. Ib. Nr. 15301.

Dem Ostmarkenverein beehrt sich das Gen. Kdo, im Anschluss an das Schreiben des Kgl. Kriegsministeriums v. 26. 12. 05. N. 992/12. 05. A. 1. an den Verein, sehr ergebenst mitzuteilen:

1. Im diesseitigen Korpsbezirk werden schon seit längerer Zeit sämtliche zur Aushebung gelangenden Deutsche nur bei Regimentern des V. Armeekorps eingestellt. Eine Ausnahme bilden lediglich die an die Garde, Marine und Verkehrstruppen abzugebenden Mannschaften, die sich durchschnittlich im Jahre auf 300 Mann belaufen und zum Teil auch polnischer Herkunft sind.

2. Bei den Uebungen des Beurlaubtenstandes findet eine Abgabe an auswärtige Armeekorps ebenfalls nicht statt — ausser an Garde, Marine und Verkehrstruppen. Es werden im Gegenteil von auswärtigen Korps Uebungsmannschaften dem V. Armeekorps überwiesen.

3. Es wird sich nicht verhindern lassen, dass Deutsche, die dazu Neigung haben, bei Regimentern anderer Korps als Freiwillige eintreten. Ebenso wenig können Leute nach Ableistung ihrer aktiven Dienstzeit in Regimentern des V. A. Korps von einer Kapitulation bei Regimentern ausserhalb der Provinz Posen abgehalten werden.

Das Generalkommando möchte jedoch nicht verfehlen, auch bei dieser Gelegenheit ausdrücklich hervorzuheben, dass das Festhalten des deutschen Elementes in der Provinz Posen von dem Gen. Kdo., soweit es in seinen Kräften steht, auch fernerhin angestrebt und gefordert werden wird.

An den Deutschen Ostmarkenverein (Eingetragener Verein)  
in Berlin W. 62. Kleiststr. 5.

Der kommandirende General  
(gez.) v. Stülpnagel.

Der vorstehende Briefwechsel beweist, mit welchem Eifer die Tiedemannsche Nebenregierung ohne Ruhe und Rast bestrebt war, das autochtone Polentum in Preussen auszurotten und wie sich ihr Wirken bis in die kleinsten Einzelheiten der Verwaltungspraxis erstreckte. Und sämtliche offiziellen preussischen Behörden standen ihr zu Diensten und harrten ihres Winkes!



Die beiden vorstehenden Schreiben — des Kriegsministers und des kommandierenden Generals in Posen — hat der Ostmarkenverein dann einer dritten Behörde, der Ansiedlungskommission in Posen, »zur vertraulichen Kenntnisnahme« mitgeteilt. *Der Verein erschien hier also in der Rolle eines Vermittlers zwischen anderen preussischen Behörden*, seine Vermittlung wurde zugelassen und gerne gesehen, gewiss ein Beweis, dass der Ostmarkenverein tatsächlich eine heimlich eingesetzte und allgemein anerkannte Nebenregierung für die Polen-ausrottung war.

Das Schreiben des Ostmarkenvereins an die Ansiedlungskommission lautete folgendermassen:

Berlin, 25. Januar 1906.

Die Königliche Staatsregierung ist durch die Oberpräsidenten der Provinzen Westpreussen, Posen und Schlesiens, durch die Königliche Ansiedlungskommission und neuerdings auch durch die vom Ostmarkenverein mitbegründete deutsche »Feldarbeiter-Zentralstelle« unter Aufwendung bedeutender Mittel unausgesetzt und auch erfolgreich bemüht, nicht nur aus dem Westen des deutschen Reiches, sondern auch aus dem Auslande Handwerker und Instfamilien für die durch das Anwachsen des Polentums national gefährdeten Provinzen Preussens zu beschaffen. Vom nationalen sowie vom wirtschaftlichen Standpunkte in dem Konkurrenzkampfe gegen die Polen ist es besonders wichtig, nun aber auch alles aufzubieten, um den Nachwuchs der mit so schweren Opfern und Mühen gewonnenen Elemente in der von ihren Eltern gewählten neuen Heimat festzuhalten. Wird dieser Nachwuchs zur Ableistung der Militärdienstpflicht als Rekrut oder als Reservist Truppenteilen überwiesen, die ausserhalb ihrer Heimat Westpreussen, Posen oder Schlesiens stehen, so kehrt von ihm nach abgeleistetem Militärdienst ein erheblicher Teil nicht wieder in die Heimat zurück, sondern sucht sein Brot in den in Bezug auf Verdienstmöglichkeit und materielles Behagen mehr bietenden westlichen und mittleren Provinzen Deutschlands und geht damit für die Kampfgebiete wieder dauernd verloren. Der Hauptvorstand hat geglaubt, die Aufmerksamkeit der Staatsregierung auf diese wichtigen Tatsachen hinlenken zu müssen und zu diesem Zwecke eine gleichlautende Eingabe an den Herrn Kriegsminister und den Herrn Minister des Innern eingereicht. Eine Abschrift dieser Eingaben sowie der darauf eingegangenen Antwortschreiben seitens des Herrn Kriegsministers sowie des kommandierenden Generals des V. Armeekorps erlaubt sich der Hauptvorstand der Königlichen Ansiedlungs-

Kommission zur *vertraulichen Kenntnissnahme* in der Anlage zu überreichen.

Der Hauptvorstand des Deutschen Ostmarkenvereins.

23.

28

(Tiedemann)

(Dr. Bovenschen.)

### Wie man Kommerzienrat wird.

Auch mit der Kreierung neuer Kommerzienräte befasst sich die Tiedemannsche Nebenregierung. Hier 2 authentische Belege zu diesem interessanten Thema:

Berlin, den 11. November 1905.

Sehr verehrter Herr Polizeipräsident!

Als damaliger Leiter der deutschen Feldarbeiter-Zentralstelle, welche die hochwichtige nationale Aufgabe verfolgt, den gefährlichen Zuzug ausländischer slavischer Arbeiter durch deutsche Elemente zu ersetzen, hatten wir uns vor einigen Jahren gestattet, Euer Hochwohlgeboren den Grosskaufmann *Ferdinand Neumann*, als eine Persönlichkeit in Vorschlag zu bringen, welche geeignet erschien, der Gnade Seiner Majestät für die Verleihung des Kommerzienrattitels vorgeschlagen zu werden. Herr Neumann hat in opferwilliger Weise für die erfolgreiche Durchführung der Zwecke der Zentralstelle fünfzigtausend Mark gespendet. Euer Hochwohlgeboren sowohl wie Seine Exzellenz der Herr Minister für Handel und Gewerbe äusserten damals gegenüber unserem Vorschlage noch einige Bedenken, stellten aber die Möglichkeit in Aussicht, dass später, wenn etwa noch günstigere Momente für den p. Neumann anzuführen wären, der Vorschlag vielleicht mit Aussicht auf Erfolg zu wiederholen wäre. Wir glauben, dass mit dem zunehmenden Wohlstand und Ansehen des Herrn Neumann auch seine Betätigung an *Wohlfahrtsbestrebungen* aller Art in sehr erfreulicher Weise zugenommen hat, und erachten daher den Zeitpunkt für gekommen, Euer Hochwohlgeboren erneut zu bitten, den Grosskaufmann *Ferdinand Neumann*, *hier selbst, in Firma Neumann*, Leipzigerstr. 51, der Gnade Seiner Majestät für Verleihung des Kommerzienrattitels *geneigtest in Vorschlag bringen zu wollen*.

Dem Königlichen Ministerium für Handel und Gewerbe haben wir von diesem Schreiben Kenntnis gegeben.

Genehmigen Euer Hochwohlgeboren den Ausdruck ausgezeichnete Hochachtung, mit welchem wir die Ehre haben zu zeichnen als Euer Hochwohlgeboren

gez. v. Tiedemann-Seeheim  
Vorsitzender d. D. O. V.

gez. E. v. Müller, Generalleutn. z. D.



An Berlin, 14. November 1905.  
 das Königliche Ministerium für Handel und Gewerbe

Berlin.

Dem Königlichen Ministerium beehren wir uns anliegend Abschrift eines am 11. d. Mts. an Herrn Polizeipräsidenten *von Borries* betreffs Verleihung des Kommerzienrattitels an den Kaufmann Herrn Ferdinand *Neumann* hierselbst, Leipzigerstr. 51, gerichteten Schreibens zur hochgeneigten wohlwollenden Kentnisnahme ganz ergebenst zu übersenden.

v. Tiedemann-Seeheim  
 Vorsitzender des  
 Deutschen Ostmarkenvereins.

E. v. Müller  
 Generalleutnant z. D.  
 Mitglied des Hauptvorstandes  
 des Deutschen Ostmarkenverein.

Also Kommerzienrat wurde man in dem früheren Preussen, wenn man dem Ostmarkenverein für die »erfolgreiche Durchführung seiner Zwecke« 50 000 Mark spendete!

### **Die Polenverfolgung soll nach einem einheitlichen Programm geführt werden.**

Ähnlich wie im Jahre 1896 für den früheren Anarchisten und Kommunisten und späteren preussischen Finanzminister und Hakatisten v. Miquel, entwirft der Hauptvorstand der Tiedemannschen Nebenregierung auch für die Bülowische Regierung eine Denkschrift mit einem gross angelegten Plan, nach dem die Polenverfolgung von der Regierung auf allen Gebieten einheitlich geführt werden soll. Die Denkschrift, die einen geheimen Charakter hat und deren »Veröffentlichung nicht beabsichtigt ist«, umfasst 31 Seiten; sie ist von dem »Diplomaten« der Nebenregierung, Raschdau, verfasst, der vorsichtigerweise bei seiner Unterschrift die Verschweigung seines Amtstitels verlangt, und wurde ausser von ihm, von den Herren v. Tiedemann, Wagner und dem Berliner Generalsekretär unterzeichnet. Sie trägt das Datum vom 25. November 1905 und beginnt mit folgenden Worten:

Durchlauchtigster Fürst!

Im Hinblick auf das Wohlwollen, dessen der »Deutsche Ostmarkenverein« sich von Seiten Euer Durchlaucht bei verschiedenen Anlässen zu erfreuen gehabt hat, erl ubt sich der unterzeichnete Hauptvorstand dieses Vereins sich mit nachstehender eierbietiger Vorstellung direkt an Eure Durchlaucht zu wenden und darin die allgemeinen Ge-

sichtspunkte darzulegen, nach denen — seiner Überzeugung nach — zu der grosspolnischen Bewegung Stellung zu nehmen sein wird.

In der Denkschrift werden folgende Fragen ausführlich behandelt: 1) die Landfrage, 2) Hebung des Mittelstandes, 3) Erhaltung des deutschen Volkstums, 4) Germanisierung polnischer Kinder (!), 5) Volksbüchervereine und Auskunfts-bureaus, 6) Polnische Sprache in Vereinen, 9) Einschränkung der Verwaltungsgerichtsbarkeit, 10) Polnischer Klerus, 11) Volksschule, 12) Immediatkommission. Es wird die konservativen Grundbesitzer in den Ansiedlungsprovinzen interessieren, zu erfahren, dass der Ostmarkenverein in einer nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Denkschrift an den kurz vorher gefürsteten Reichskanzler Bülow darüber klagt, dass

»durch die zahlreichen Ankäufe (der Ansiedlungs-Kommission) aus *deutscher Hand Begehrlichkeiten* erweckt werden und das Bestreben gefördert wird, sich der Pflicht zu entziehen, deutschen Grossgrundbesitz in der Ostmark auch unter ungünstigen Verhältnissen und selbst mit Opfern zu bewirtschaften und ihn der Familie zu erhalten«,

und es wird sie ferner interessieren, zu erfahren, dass die Tiedemannsche Nebenregierung ausdrücklich von der Regierung verlangt, dass

derartigen Verkaufsofferten (von deutschen Grossgrundbesitzern) nur da näher getreten werden darf, wo nachweislich zwingende persönliche Verhältnisse vorliegen, unter denen die Erhaltung des Besitzes in der Familie unmöglich ist.

Der mit der Bankwelt eng liierte Millionär v. Tiedemann und sein Adlatus Raschdau, der ebenfalls zu der Klasse der Millionäre zählt, intrigiert hier gegen deutsche Grundbesitzer, die nicht im Besitze von Millionen sind und in der Not ihre Güter an die Ansiedlungskommission für gutes Geld losschlagen möchten. Die in solcher Lage befindlichen deutschen Landwirte sehen nun, wer ihnen diese Geld- und Rettungsquelle verstopft hat.

Die dadurch verminderte Verkaufsmöglichkeit der in deutscher Hand befindlichen Güter in Posen und Westpreussen soll am polnischen Gutsbesitz wettgemacht werden und da giebt es für die Lenker des Ostmarkenvereins nur ein Mittel, nämlich das der *Enteignung*, das schon in dieser geheimen Denkschrift ausdrücklich gefordert wird. Es ist ganz leicht zu machen, denn laut der Denkschrift:



Die Handhabe zu entsprechenden Massnahmen im Wege der Landesgesetzgebung bieten die Artikel 119 und 109 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch.

Irgend welche moralischen und ethischen Bedenken giebt es für die Väter dieses Gedankens nicht.

Zur »Erhaltung des deutschen Volkstums« wird, ausser anderen Mitteln, die strikte Versetzung polnischer Rekruten nach dem Westen und die Belassung der deutschen Rekruten in den polnischen Provinzen verlangt. Damit aber die neugewonnene deutsche Bevölkerung und namentlich die Legionen von Beamten nicht aus dem »Kampfgebiet« zu »entrinnen« suchen, soll bei ihnen »Heimatgefühl« erweckt werden. Dieses ideale Gefühl soll durch ganz materielle Mittel gepflegt werden nämlich »durch Gewährung besonderer Vorteile an die Betreffenden — sei es durch günstigere Pensionsbedingungen, sei es durch Gewährung von Niederlassungsbeihilfen«. Weiter lesen wir da:

Vorbehaltlich weiterer Erwägungen könnte zunächst ein staatlicher Dispositionsfond bereitgestellt werden, aus dem pensionierten Offizieren und Beamten für den erwähnten Zweck solche Beihilfen gewährt werden.

Sogar *russische Praktiken* werden hier in den Bereich der Erwägungen gezogen:

Ohne auf russische Verhältnisse zu exemplifizieren, verdient doch hier die Tatsache Erwähnung, dass die russischen Beamten im Weichsel-Gouvernement anders und besser gestellt sind, als ihre Kollegen im übrigen Reiche.

### Der Raub elternloser polnischer Kinder.

Es ist allgemein bekannt, dass die Madjaren zur Vermehrung ihrer Rasse Kinderraub in grossem Massstabe betreiben. Slovakische, rumänische, kroatische und auch — deutsche Kinder, die das Unglück hatten, ihre Eltern zu verlieren, oder ausser-ehelich geborene, wurden einfach in madjarische Waisenhäuser oder in rein madjarische Familien gebracht und dort ihrer Nationalität beraubt.

Auch dieses vom ethischen und moralischen Standpunkt höchst verwerfliche System wird von den Führern des »unpolitischen« Ostmarkenvereins zwecks künstlicher Vermehrung der deutschen Bevölkerung in den polnischen Provinzen dem Reichskanzler wärmstens empfohlen. Wir lesen hierüber in dem IV. Abschnitt der Denkschrift wörtlich:

*Germanisieren polnischer Kinder:* Auf die Unterbringung von elternlosen Kindern *polnischer* Nationalität wird der Staat im Interesse des Deutschtums sein Augen-

merk zu richten haben. Erwägt man, wie gross die sich stetig erneuernde Zahl von Waisenkindern in den mit polnischer Bevölkerung durchsetzten Landesteilen ist, und dass dieselben durch Unterbringung in polnischen Familien dem Deutschtum (!) verloren gehen, so erhellt ohne Weiteres, dass es sich hier um die Regelung einer Frage handelt, die vom nationalen Standpunkt besonders wichtig ist.

In erster Linie empfiehlt sich die Unterbringung solcher Kinder in Anstalten, die volle Gewähr für eine nationale deutsche Erziehung bieten. Auf die Neugründung solcher Anstalten wird daher in erster, in zweiter Reihe auf die Regelung der Unterbringung solcher Kinder in *deutschen Familien* Bedacht zu nehmen sein...

Die Erziehung der männlichen Jugend in solchen Anstalten wird sich auch zur Vorschule für die Verwendung mancher Zöglinge in der Armee und Marine (Militärwaisenanstalten, Schiffsjungenabteilungen, Unteroffizierschulen) gestalten lassen. Was im Vorstehenden von den Waisenkindern gesagt ist, wird analog und bis zu einem gewissen Masse auch auf die *unehelichen Kinder polnischer Mütter* Anwendung finden können.

Also der richtige Kinderraub nach madjarischem Vorbild! Und dieser Kinderraub wurde auch tatsächlich in grossem Umfang getrieben! Dabei empörte sich die alldeutsche und hakatistische Presse darüber, dass die madjarischen Gewalthaber gegenüber den deutschen Kindern in Siebenbürgen die gleichen Praktiken anwandten. Es ist notwendig, dass die Welt erfährt, wie unglaublich infam die politische Moral der preussischen Staatsregierung und der von dieser eingesetzten Nebenregierung für die Polenausrottung war!

Es wird dann weiter die Knebelung der polnischen politischen Presse verlangt, wobei die unsinnige Förderung erneuert wird, dass die polnischen Zeitungen mit einer deutschen Übersetzung erscheinen sollen, was technisch ganz undurchführbar wäre. Die polnische Sprache soll im gesamten Amtsverkehr ganz ausgemerzt werden, ebenso in den Versammlungen und politischen Vereinen der Polen, die Verwaltungsgerichtsbarkeit soll für die Polen bei polizeilichen Verboten von Veranstaltungen polnischer Vereine derart eingeschränkt werden, dass ihnen der Klageweg an das Oberverwaltungsgericht abgeschnitten wird und nur eine Berufung an das Staatsministerium statthaft sein soll.

Zum Schluss noch folgende Denunziationen:

Schon jetzt aber — heisst es in dem VIII. Abschnitt der Denkschrift — bitten wir zu erwägen, ob nicht die Möglichkeit vorliegt, gegen das staatsgefährliche Treiben der polnischen Sokolvereine und gegen die in ihrer klar



zu Tage liegenden Tendenz ebenfalls staatsfeindlichen Bestrebungen des Marcinkowskischen Vereins im administrativen Wege vorzugehen.

Auch möchten wir an dieser Stelle auf die Gefahren aufmerksam machen, die dem Deutschtum (!) durch die bedenkliche Zunahme polnischer Apotheken (!) in der Ostmark drohen. Wir glauben nicht zu weit zu gehen, wenn wir die polnischen Apotheken als eine der Hauptbrutstätten (!! ) der polnischen Propaganda bezeichnen, und erachten es daher für geboten, an Stelle der jetzt bestehenden Realkonzession zu dem System der Personalkonzession überzugehen.

Über die hirnverbrannte Behauptung, dass die polnischen Apotheken die »Hauptbrutstätten der polnischen Propaganda« seien, wird jeder Kenner der Verhältnisse ironisch lächeln, ebenso über die Behauptung von den »Gefahren«, die dem Deutschtum durch die angeblich »bedenkliche Zunahme« derselben drohen; man muss bedenken, dass in der Provinz Posen  $\frac{2}{3}$  der bestehenden Apotheken, in Westpreussen die meisten, und in Oberschlesien beinahe alle in deutschen Händen sind, dass die polnischen Apotheken im Posenschen, die auf Realkonzession bestehen, in grosser wirtschaftlicher Bedrängnis ihr Leben fristen wegen der von der Regierung auf Personalkonzession geschaffenen deutschen Konkurrenzapotheken und dass die polnischen Apotheker alles andere tun, nur nicht Politik oder polnische Propaganda.

Auf dem gleichen ethischen und moralischen Niveau stehen die Ausführungen in dem X. Abschnitt der Denkschrift, der gegen den *polnischen Klerus* gerichtet ist und folgendermassen lautet:

Dass die nationalpolnische Geistlichkeit namentlich in den Provinzen Posen und Westpreussen Hauptträger und Förderer der polnischen Bewegung ist, ist notorisch. Wir vertrauen, dass die Königl. Staatsregierung Mittel und Wege finden wird, dem lediglich auf politischen Motiven beruhenden Axiom des polnischen Primats (er beruht auf der auf Grund von Abmachungen der preussischen Regierung mit dem päpstlichen Stuhle erlassenen Bulle „De salute animarum“ von 1821. D. Verf.) ein für allemal ein Ende zu bereiten und durch Säuberung des Domkapitels von staatsfeindlichen polnischen Elementen der Autorität des künftigen (!) deutschen Erzbischofs zu Posen gegenüber dem niederen katholischen Klerus die Wege zu ebnen. Wie sehr die Vorbereitungsanstalten der polnischen Geistlichen, in erster Linie das Priesterseminar in Posen, einer wachsamem Kontrolle bedürfen, braucht kaum gesagt zu werden(!).

Weitere Vorschläge auf kirchlichem Gebiet glauben wir uns zur Zeit enthalten zu sollen (!).

Zum Schluss wird die Forderung, eine *Immediat-Kommission* für die programmatische Behandlung der Polenfrage zu schaffen, aufgewärmt, um eine „wesentliche Vereinfachung gegenüber dem jetzigen Geschäftsgange in der Ministerialinstanz herbeizuführen“. Dieselbe soll „ihre Informationen nicht ausschliesslich aus behördlichen Berichten entnehmen, sondern zu diesem Zwecke auch mit sachkundigen Männern aus den beteiligten Provinzen in Verbindung treten“. Das soll natürlich bedeuten, dass die „sachkundigen Männer aus den beteiligten Provinzen“ dem Ostmarkenverein zu entnehmen wären, der auf diese Weise von einer heimlich eingesetzten und respektierten — zu einer öffentlich und amtlich anerkannten Nebenregierung erhoben würde.

Gegen die Schaffung einer *Immediat-Kommission* für die Behandlung der polnischen Fragen hatten übrigens die Polen grundsätzlich nichts einzuwenden, vorausgesetzt, dass auch ernste, sachkundige Männer aus der polnischen Bevölkerung eingeladen würden. Die Polenfraktion im Reichstag hat selbst einen diesbezüglichen Antrag gestellt, der auch von der Mehrheit angenommen wurde, aber die Ausführung dieses einzig richtigen Gedankens wurde immer durch die Einflüsse der Nebenregierung vereitelt. Weshalb? Man wollte eben nicht die Wahrheit erfahren. Die Nebenregierung wollte selbst Herr im Lande sein.

Der geheime lichtscheue Charakter dieses Aktes der haka-tistischen Hintertreppenpolitik erhellt aus dem folgenden Schlusssatz der 31-seitigen, hier in den Hauptzügen zitierten Denkschrift:

Eure Durchlaucht wollen diese ehrerbietige Vorstellung, deren Veröffentlichung von uns nicht beabsichtigt ist, einer wohlwollenden Prüfung unterwerfen, und den darin gestellten Anträgen (!) hochgeneigtste Berücksichtigung zu Teil werden lassen.

Genehmigen Eure Durchlaucht den Ausdruck der Ergebenheit, mit der wir die Ehre haben zu sein.

*Der Hauptvorstand  
des Deutschen Ostmarkenvereins.*

(Im Konzept der Eingabe stehen darunter statt der Namen die betr. Ziffern).

23.            32.            28.            31.

Darunter die Bemerkung Rascheaus:

(Mein Titel ist *nicht* anzuführen! sondern nur: 2. stell-  
vertr. Vorsitzender 32).

Das lässt auch „tief blicken“.



## Ein kommandirender General gegen — polnische Backwaren.

Wie ungemein korrumpierend und den öffentlichen Frieden vergiftend das Treiben der Nebenregierung war, ergibt sich aus dem nachfolgenden Schreiben. Das Mitglied des Ostmarkenvereins, Generalleutnant z. D. von Müller in Berlin, denunzierte die Kantinen der in Posen garnisonierenden Regimenter, dass sie von polnischen Bäckern Backwaren bezogen, u. zwar bei seinem Freunde von Stülpnagel, dem Chef der höchsten militärischen Behörde in Posen. Dieser liess tatsächlich die Sache untersuchen, bestätigte, dass in 3 Fällen wirklich polnische Bäcker die Lieferanten waren u. versicherte, dass er für Abhilfe sorgen werde.

Das preussische Heer wurde auch von polnischen Steuerzahlern unterhalten u. Polen dienten in diesem Heer als Soldaten! Den Vätern dieser polnischen Soldaten untergrub die Militärbehörde aber die Existenz!

Dass den beiden preussischen Generälen, von Stülpnagel und von Müller, das Bewusstsein der ganzen Niederträchtigkeit u. Erbärmlichkeit ihrer Handlungsweise vollkommen abging, liegt an der Erziehung durch das preussische System, das solche barbarische Empfindung absichtlich züchtigte und die preussischen Beamten zu Menschenhass u. Menschenfeindschaft erzog.

V. Armee-Korps.  
General-Kommando  
Sect. I Va Nr. 1280.

Posen, d. 7. März 1906.

Ostmarkenverein Berlin. Eingeg. 12. 4. 06. J. Nr. 3405.
--

Euer Exzellenz

teile ich in Beantwortung des sehr gütigen Schreibens vom 30. 1. 06 sehr ergebenst mit, dass es sich nach Prüfung herausgestellt hat, dass in der Tat bei 3 Regimentern des Standorts Posen die Backwarenlieferungen für die Kantinen an Polen vergeben sind, denen indessen nach Mitteilung des hiesigen Polizei-Präsidenten bisher eine polnische Agitation nicht nachzuweisen ist (na also! D. Verf.).

Obgleich es sich hier um Lieferungen an Kantinen handelt, für welche die Truppenteile nur bedingt zur Verantwortung zu ziehen sind, habe ich indessen erneut verfügt, auch hier bei neuer Vergebung von Lieferungen vorzugsweise deutsche Geschäfte zu berücksichtigen und ausser-

dem in den mit den Kantinenpächter abzuschliessenden  
Kontrakten eine dahingehende Bestimmung aufzunehmen.

Mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung  
Euer Exzellenz ergebener  
von Stülpnagel

General der Infanterie und kommandirender  
General des V. Armeekorps.

An den

Königl. Generalleutnant z. D.,  
Ritter höchster Orden  
Herrn v. Müller, Exzellenz  
Berlin W. 62, Bayreutherstr. 3.

### Der Ostmarkenverein fühlt sich als Behörde.

Unter dem Regime des Posener Oberpräsidenten v. Waldow  
fühlte sich die Tiedemannsche Nebenregierung beinahe als eine  
übergeordnete Behörde. Sie bestürmte die Landratsämter mit  
Anfragen, ohne dazu eine Erlaubnis des Oberpräsidenten einge-  
holt zu haben. Dies schien selbst dem mit der Nebenregierung  
so eng verbundenen Herrn von Waldow missfallen zu haben,  
was aus folgendem schlecht maskirten Entschuldigungsbrief des  
Hauptvorstandes des Ostm. Ver. zu schliessen ist:

Euer Exzellenz

2. April 1906.

beehrt sich der Hauptvorstand des Deutschen Ostmarken-  
Vereins die Bitte auszusprechen, geneigtest gestatten zu  
wollen, dass die dem Königlichen Oberpräsidium unter-  
stellten Behörden auch etwaige diesseits direkt an sie ge-  
richtete Anfragen über solche statistischen Angelegenheiten  
Auskunft geben dürfen, welche weder geheim sind, noch  
einer Entscheidung oder Rückfrage bedürfen, deren Sammlung  
und Veröffentlichung aber nicht nur für den Deutschen  
Ostmarken-Verein, sondern auch für die Allgemeinheit von  
Interesse ist.

Durch ein Versehen (?) ist eine derartige Anfrage be-  
reits direkt an die Landrats-Aemter und Bürgermeistereien  
ergangen, ohne Euer Exzellenz Genehmigung einzuholen,  
was der Hauptvorstand bedauert und zu entschuldigen bittet.

Der Hauptvorstand des Deutschen Ostmarkenvereins

31.

28.

Justizrat

Generalsekretär.

I. stellv. Vorsitzender.

An den  
Königlichen Oberpräsidenten der Provinz Posen  
Grosskreuz und Ritter höchster Orden  
Herrn von Waldow, Exzellenz  
Posen.



## Der Ostmarkenverein übermittelt der Regierung gestohlene polnische Briefe.

Als ich meine Enthüllungen in der Presse über die lichtscheuen Machenschaften der Nebenregierung u. über ihre unerhörten Intrigen und Wühlereien mit den Ruthenen in Ostgalizien zu veröffentlichen begann und besonders die traute Freundschaft des „Rechtsritters“ Tiedemann mit dem ruthenischen Menschenhändler Hanycky an das Licht der Oeffentlichkeit brachte, versuchte der Hauptvorstand des Ostmarkenvereins sich dadurch zu retten, dass er behauptete, ich hätte ihm die Briefe gestohlen; in der öffentlichen Meinung sollte ich dadurch diskreditiert werden. Der Ostmarkenverein wusste aber sehr genau, dass dies ein aufgelegter Schwindel war, dass ihm nichts gestohlen wurde, dass ich nur Abschriften und photographische Abzüge angefertigt habe und dass alle Originale an ihrem Platz verblieben sind.

Dass es aber der Nebenregierung des Ostmarkenvereins so geläufig ist, mit dem Begriff des Stehlens zu operieren, ist psychologisch durchaus begreiflich, weil sie nämlich selbst *gestohlene Originalbriefe* polnischer Vereine und polnischer Privatpersonen der offiziellen preussischen Staatsregierung übermittelt hat, wie sich das aus folgenden Schreiben ergibt:

Berlin, 23. August 1906.

Euer Exzellenz

beehren wir uns auf Veranlassung der Redaktion der »Täglichen Rundschau« die *Originalbriefe* des »Biuro Straży« (Bureau des polnischen Schutzvereines »Straż«) und des Probstes Olszewski an das Ehepaar Leciejewski zur geill. Kenntnisnahme, mit der Bitte um gütige Rückgabe zu übersenden.

Mit ausgezeichneter Hochachtung  
28. (der Generalsekretär  
des Ostm. Vereins).

An den  
Königl. Oberpräsidenten der Prov. Posen  
Grosskreuz und Ritter höchster Orden  
Herrn v. Waldow, Exzellenz.  
• Posen.

Die Entrüstung des Ostmarkenvereins ist also durchaus erheuchelt, denn ich veröffentliche nur Abschriften, die Nebenregierung hat aber *gestohlene polnische Originalbriefe*, in deren Besitz sie durch das bekannte alldutsche Blatt »Tägliche Rundschau« (das vom »Berliner Tageblatt« einmal als *Schandblatt* qualifiziert wurde) gelangt war, der preussischen Staatsregierung zu denunziatorischen Zwecken übermittelt.

Überaus traurig und den moralischen Tiefstand der höchsten Beamten des gestürzten preussischen Systems kennzeichnend, ist auch der Umstand, dass der Oberpräsident von Posen, Herr

v. Waldow, Exzellenz, sich nicht gescheut hat, diese *gestohlenen* Briefe entgegenzunehmen und in seinem Sinne wahrscheinlich zu verwenden. Ihm ging ganz das Bewusstsein ab, dass er sich dadurch zum Hehler von Dieben machte!

Wenn es sich darum handelte, die polnischen Staatsbürger Preussens zu entrechten, zu schädigen, auszurotten, war der preussischen Staatsregierung und der Nebenregierung des Ostmarkenvereins eben jedes Mittel recht, auch das verwerflichste und niederträchtigste, ganz im Sinne des famosen »wissenschaftlichen« Beirates der Nebenregierung, Prof. Hoetzsch: »Wer den Zweck will, muss auch die Mittel wollen«.

Es muss hier auch die Frage aufgeworfen werden, auf welche Weise die »Tägliche Rundschau« und der Ostmarkenverein in den Besitz der *gestohlenen* polnischen Briefe gelangt waren? Etwa durch die dem Ostmarkenverein angehörenden und die berüchtigten »Ostmarkenzulagen« beziehenden deutschen Postbeamten in Posen? Oder durch Polizeiagenten? Herr v. Tiedemann hat doch früher in seinen Eingaben an die Behörden die polnischen Postbeamten derartiger Verfehlungen bezichtigt. In *diesem* Falle hatte aber Tiedemann wohl nach seiner perfiden Moral gegen einen solchen Amtsmissbrauch nichts einzuwenden gehabt!

### Der Ostmarkenverein als Unterhändler zwischen den Oberpräsidenten von Posen und Westpreussen.

An den Oberpräsidenten von Posen richtete die Nebenregierung folgenden Brief, in dem sie die Absicht anregt, in den polnischen Landesteilen deutsche Handwerker, Gewerbetreibende, Hoteliers u. s. w. künstlich heranzuzüchten. Interessant ist daran, wie intim das Verhältnis zwischen Ostmarkenverein und den höchsten Regierungsstellen war.

Berlin W. 50. den 19. September 06.  
Augsburgerstr. 1.

Dem Königlichen Oberpräsidium teilen wir ergebenst mit, dass der Herr Oberpräsident von Westpreussen, nach einer Rücksprache mit dem ersten Vorsitzenden des Deutschen Ostmarkenvereins, dem Wunsche Ausdruck gegeben hat, dass die Gewerbe-Auskunftsstelle ihre Tätigkeit im gewissen Umfange auch auf die Provinz Westpreussen ausdehne. Der Herr Oberpräsident ist bereit, aus seinem Dispositionsfonds hierfür der Gewerbe-Auskunftsstelle einen angemessenen Betrag zur Verfügung zu stellen.

Unter den Handwerkern, die sich bisher bei der Gewerbe-Auskunftsstelle meldeten, befanden sich Leute, die infolge verwandtschaftlicher Beziehungen wohl die Absicht hatten, sich in der Provinz Westpreussen niederzulassen,



für die Niederlassung in der Provinz Posen aber nicht zu gewinnen waren. Es waren hierunter recht geeignete Personen, die dadurch, dass die Tätigkeit der Gewerbe-Auskunftsstelle sich bisher auf die Provinz Posen beschränken musste, leider der Ostmark nicht zugeführt werden konnten. Durch die Ausdehnung der Tätigkeit der Gewerbe-Auskunftsstelle auf die Provinz Westpreussen, sowie durch die Verstärkung ihres Fonds für Bürounkosten würde sie in der Lage sein, voraussichtlich eine grössere Anzahl von in Betracht kommenden Handwerkern zu gewinnen. Dadurch ferner, dass ein Teil der Bürounkosten in Zukunft aus dem Zuschuss des Herrn Oberpräsidenten von Westpreussen mit gedeckt wird, würde es der Gewerbe-Auskunftsstelle möglich sein, häufiger zur Heranziehung von Käufern von Hotels und anderen Geschäften Inserate aufgeben zu können, als dies gegenwärtig in Anbetracht der zur Verfügung stehenden beschränkten Mittel möglich ist. Somit glauben wir, dass durch die Ausdehnung der Tätigkeit der Gewerbe-Auskunftsstelle auf die Provinz Westpreussen aus vorher erwähnten Gründen eine intensivere Tätigkeit auch für die Provinz Posen selbst ermöglicht wird.

Wir bitten daher das Königliche Ober-Präsidium, zu gestatten, dass die Gewerbe-Auskunftsstelle ihre Tätigkeit im gewissen Umfange auch auf die Provinz Westpreussen ausdehne, und bitten um eine baldgefällige Entschliessung, damit wir in der Lage sind, den Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Westpreussen bescheiden zu können.

Der Hauptvorstand.

31. 28.

### **Belohnung für geleistete Dienste.**

Nicht nur mit Kommerzienratstiteln wurden besonders eifrige Mitarbeiter der Nebenregierung belohnt, auch direkt materielle Vorteile sollten ihnen zugewendet werden.

So richtet am 17. November 1906 der Hauptvorstand des Ostmarkenvereins an den Direktor der königlichen Lotterieverwaltung, den Geheimen Oberfinanzrat Dr. Strutz, die Bitte, dem eifrigen Agitator des Ostmarkenvereins in Bromberg, Stadtrat Robert Dietz, eine Lotteriekollekte zu gewähren

### **„Die wahrhaft staatsmännische Eingabe von 32“.**

Die vorhin zitierte und besprochene, von Raschdau verfasste und von dem Hauptvorstand an den Reichskanzler Bülow gerichtete, ein ganzes Programm der Polenverfolgung enthaltende Eingabe soll nicht nur in den Akten des Reichskanzlers verbleiben und in Vergessenheit geraten.

Am 14. Dezember 1906 fordert der Chef der Nebenregierung sein Berliner Bureau auf, die »wahrhaft staatsmännische Eingabe von 32« (d. h. von Raschdau) an folgende Adresse zu schicken:

Dem Kaiserlichen Wirklichen Geheimen Oberregierungs-  
rat, Chef der Reichskanzlei  
Herrn v. Loebell

Berlin W.  
Wilhelmstr 77.

Die Eingabe wurde am 31. Dezember 1906 auch dem Oberpräsidenten von Posen, von Waldow, und dem Oberpräsidenten von Westpreussen, von Jagow, zugesandt, zugleich mit einer weiteren Eingabe in Sachen des Schulstreiks; gleichzeitig wurde auch um die Photographien der Oberpräsidenten für den Ostmarkenkalender gebeten.

### Die Jahre 1907 und 1908.

Den Schluss des II. Aktenfascikels betr. »Behörden« bildet die Korrespondenz aus den Jahren 1907 und 1908.

Zunächst finden wir darin einen höchst merkwürdigen, an den Stadtrat Kosmack in Danzig gerichteten Brief Tiedemanns, der in besonders eigenartiger Weise die Hintertreppenpolitik des »Ostmarkenvereins« beleuchtet:

Berlin, 16. Januar 1907.

Herrn Stadtrat *Kosmack*,  
Hochwohlgeboren  
Danzig.

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Aus Tüchel ist unserer Danziger Geschäftsstelle ein Schriftstück zugegangen, von dem ich zu Ihrer Information eine Abschrift beilege. Sie werden aus dieser ersehen, dass es sich um einen Fall handelt, der dringend der Aufhellung bedarf. Ist auch wohl das Recht des obersten Chefs der Polizeiverwaltung zu der Anordnung, dass von der Ausführung einer polizeilichen Verfügung abzusehen sei, obwohl diese im Verwaltungsstreitverfahren gegenüber der Klage des Betroffenen aufrecht erhalten worden ist, nicht zu bestreiten, so ist es doch im höchsten Grade wünschenswert, zu erfahren, ob die in Rede stehende Anordnung des Ministers in Anbetracht ganz besonderer Umstände ergangen ist, oder ob sie nur den Anfang einer neuen Praxis gegenüber der Polonisierung deutscher Namen bilden soll. Hier in Berlin wird es schwer, wenn nicht unmöglich sein, sich hierüber volle Klarheit zu verschaffen; ein unter der Hand unternommener Versuch ist bereits gescheitert. Sie sind vielleicht glücklicher. Ich erlaube mir daher, Sie freundlichst



zu bitten, möglichst bald persönlich, sei es bei dem Herrn Oberpräsidenten direkt, sei es bei einem der Herrn Oberpräsidialräte anzufragen, wie der Fall liegt, insbesondere ob er nur eine auf ganz besondere Verhältnisse zurückführende *Ausnahme* oder das Muster für künftige ähnliche Fälle sein soll. *Sie werden sich ja wohl mit Verweisungen auf das Recht des Herrn Ministers nicht abspeisen lassen (!)* und mit mir der Meinung sein, dass es sich aus Rücksicht auf den Verfasser des Schriftstückes empfehlen dürfte, *seinen Namen nicht zu nennen (!!)*.

Im voraus dankbar für die Erfüllung meiner Bitte mit verbindlichem Gruss

Ihr hochachtungsvoll ergebener

23.

### Wie Realschulen gegründet wurden.

Ein Brief des Hauptvorstandes des Ostm. Ver. an den Kultusminister Studt:

Berlin, 23. Januar 1907.

Euer Exzellenz

gestatten wir uns Nachstehendes gehorsamst vorzutragen.

In Ausführung des Beschlusses der Königlichen Staatsregierung, durch Gründung höherer Schulen in den Ostmarken das Deutschtum dort möglichst zu kräftigen und zu stützen, sind bereits in einer ganzen Anzahl von Posener Städten Realschulen errichtet worden. Dankbar würden deutsche Kreise eine Beschleunigung des Tempo begrüßen, in dem diese Neugründungen vorgenommen werden, namentlich angesichts der für das Deutschtum in verschiedenen Kleinstädten der Provinz Posen infolge der fanatischen polnischen Verhetzung (die Hetzer klagen über — Verhetzung! D. Verf.) sich immer schwieriger gestaltenden Lage. Es erscheint beispielsweise die Begründung einer Realschule in *Kosten, diesem Hauptsitz der grosspolnischen Bestrebungen*, zur kräftigen Unterstützung des dortigen Deutschtums unbedingt erforderlich zu sein, um dem weiteren Vordringen der grosspolnischen Bewegung dortselbst Einhalt zu tun. Gerade die Lehrer der höheren Schulen kommen mehr als die grosse Zahl der sonstigen Beamten mit der Bevölkerung in enge Fühlung, wodurch sie in die Lage versetzt werden, nachdrücklich für das Deutschtum zu wirken. Durch die Errichtung einer höheren Schule in *Kosten* würde auch der Hauptgrund in Fortfall kommen, aus welchem bisher eine grosse Anzahl von Beamten, insbesondere von (unleserlich) ihre Versetzung von dort aus nach anderen Städten angestrebt haben, wo ihnen die Ge-

legenheit geboten ist, für die Erziehung ihrer Kinder billiger und besser sorgen zu können. Wir erlauben uns daher, Euerer Exzellenz die gehorsame Bitte zu unterbreiten, die baldige Einrichtung einer Realschule in Kosten geneigtest in die Wege leiten lassen zu wollen.

Der Hauptvorstand  
23. 28.

Die Bürger der Stadt Kosten werden sich nicht wenig wundern, dass ihr Städtchen „der Hauptsitz der grosspolnischen Bestrebungen“ sei. Einmal sind es die wenigen polnischen Apotheken, ein andermal die kleine Stadt Kosten. Wie es eben den Leitern der Polenhetze in ihren Kram passte.

### Um die Ostmarkenzulagen.

Am 19. März 1907 richtete der Hauptvorstand der Ostm. Ver. an den Direktor des Reichstags die Bitte, 300 Exemplare einer Petition, betr. Erteilung von Ostmarkenzulagen an die mittleren und unteren Reichsbeamten in den polnischen Provinzen an die Mitglieder des Reichstags, mit Ausnahme des Zentrum, der Polen und der sozialdemokratischen Partei, verteilen zu lassen, worauf die Antwort erfolgte, dass nur die Verteilung an alle Mitglieder des Reichstags statthaft sei.

Der Hauptvorstand des Ostmarkenvereins gibt am 20. März die Erlaubnis dazu und der Direktor des Reichstags teilt ihm am 15. April mit, dass die Verteilung erfolgt sei. Am 19. März erfolgt die Übersendung an das Abgeordnetenhaus von 350 Exemplaren einer Petition betr. unwiderrufliche Erteilung von Ostmarkenzulagen an Lehrer, Mittel- und Unterbeamten in Danzig-Stadt, Danzig-Niederung, Elbing-Stadt, Elbing-Land, Marienburg, Oberschlesien und das südliche Ostpreussen mit dem Hinweis, dass von der Verteilung derselben die Mitglieder der Zentrums- und Polenfraktion ausgeschlossen werden sollten.

### Wie sich ein Minister bei der Nebenregierung entschuldigt.

Hier ein Brief des Kultusministers Studt an den »Ostmarkenverein«:

Der Minister  
der Geistlichen, Unterrichts- und  
Medizinal-Angelegenheiten.  
U. III. A. 8080. U. III. C.

Berlin W. 64, den 20. September 1907.

Dem Hauptvorstande danke ich verbindlichst für die gefällige Mitteilung vom 13. September dieses Jahres. Hier ist nichts davon bekannt, dass 80 junge katholische Lehrer der Rheinprovinz entschlossen gewesen seien, Lehrerstellen



in den Ostmarken zu übernehmen und sich dieserhalb beworben haben. Auch ist eine Anweisung, »dass kein Lehrer von West nach Ost verpflanzt werden dürfe«, nicht ergangen. Der dort vorliegende Artikel beruht wohl auf ungenauer Kenntnis der Massnahme, durch welche seit Beginn des Sommerhalbjahres eine Anzahl von Lehrkräften für die Dauer des *Schulstreiks* aus anderen Provinzen nach der Provinz Posen überwiesen worden sind. Die Beschäftigung derselben, welche von Anfang an mit Rücksicht auf den auch anderwärts herrschenden Lehrermangel allen beteiligten Behörden und Lehrern als eine vorübergehende bezeichnet worden ist, geht mit dem Erlöschen des Schulstreiks zum 1. Oktober dieses Jahres zu Ende (!). Sollte einer der von auswärts vorübergehend in Posen verwendeten Schulamtsbewerber den Wunsch hegen, weiter in der Ostmark beschäftigt zu werden, und einen entsprechenden Antrag stellen, so würde ein solcher selbstverständlich in wohlwollende Erwägung gezogen werden.

Stutt.

An  
den Hauptvorstand  
des Deutschen Ostmarkenvereins.  
Hier.

Die Dienstbeflissenheit des Kultusministers, auf die Anregungen des Ostmarkenvereins einzugehen, fällt hier besonders in die Augen.

### Ein Gleichgesinnter.

Am 20. September 1907 teilt 38b (Generalsekretär für Posen Vossberg) seinem hohen Chef Nr. 23 mit, dass Regierungsrat v. Eichmann ins Ministerium berufen wurde, und bemerkt erläuternd hinzu, dass derselbe Mitglied des Ostmarkenvereins sei und als Landrat in Pleschen eine Ortsgruppe des Ostmarkenvereins zu gründen bemüht war, was aber »an dem Widerstand der *deutschen* Bürger und Besitzer« scheiterte.

Die Randbemerkung v. Tiedemann's lautet:

Sehr erfreulich, dass ein so überzeugter Ostmärker ins Staatsministerium kam. Wir haben an ihm einen treuen Freund. 23.

In diese Zeit wirft auch das *Enteignungsgesetz* seine Schatten voraus. Es werden schon entsprechende Petitionen an den Landtag verschickt, gleich nach Einbringung des Enteignungsgesetzes werden von dem Bureau des Abgeordnetenhauses die Beschlüsse der Kommission in 4 Exemplaren verlangt, und auch der Kaiser

wird durch entsprechende Zuschriften belästigt. So schickte ihm ein gewisser Dr. Martin Belgard aus Graudenz eine von ihm verfasste Abhandlung »Parzellierung und innere Kolonisation in den sechs östlichen Provinzen Preussens 1875—1906«, wofür folgendes

### Dankschreiben des Kaisers

erfolgte:

Ministerium  
für  
Landwirtschaft, Domänen und Forsten.  
Geschäfts-Nr. IB Ib 1834. M. j. L.  
„ „ Ib 3128 M. d. I.

Berlin W. 9, den 28. Januar 08.  
Leipzigerplatz 7.

Auf Allerhöchsten Befehl teilen wir Ihnen auf das Throngesuch vom 26. August 1907 ergebenst mit, dass Seine Majestät der Kaiser und König Ihr Werk »Parzellierung und innere Kolonisation in den sechs östlichen Provinzen Preussens 1875—1906« anzunehmen geruht haben und Ihnen für die Aufmerksamkeit Allerhöchst Ihren Dank aussprechen lassen. Seine Majestät haben sich zu der Annahme des Buches bewogen gefunden, weil Allerhöchstdieselben an allen Bestrebungen zur Erhaltung des Deutschtums in den östlichen Provinzen und zur Förderung der inneren Kolonisation Interesse nehmen und auch in Ihrer Arbeit den Versuch sehen, zur Lösung dieser Aufgaben beizutragen. Die Allerhöchste Zustimmung zu dem Inhalte des Werkes ist darin im übrigen **nicht** zu erblicken.

Der Minister für Landwirtschaft,  
Domänen und Forsten.  
gez. v. Arnim.

Der Minister des Innern.  
I. V.  
gez. Holtz.

Gelesen!

Graudenz, den 6. Februar 08.

Der Oberbürgermeister.  
gez. Kühnast.

An  
Herrn Dr. Martin Belgard  
in Graudenz.  
(durch den Herrn Regierungspräsidenten  
in Marienwerder).

Wenn der frühere Kaiser auch seine Zustimmung zu dem Inhalt der Schrift sich zu geben scheute, so beweist doch die äusserst verbindliche Abfassung des obigen Dankschreibens, dass die nächste Umgebung des Kaisers genau die gleichen menschenfeindlichen Tendenzen verfolgte, wie die offizielle preussische Staatsregierung und die Nebenregierung des Ostmarkenvereins.



### Das Abtreiben von Inseraten.

Der Herr 38 b — Posen (Generalsekretär Vossberg) berichtet an No. 23 — den Grossmeister der Ostmarkenloge —, dass in dem polnischen landwirtschaftlichen Wochenblatt „Ziemianin“ (Der Landwirt) in Posen Annoncen der Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim (Württemberg) und der landwirtschaftlichen Abteilung der kgl. Universität zu Leipzig erschienen sind, und er bittet Herrn von Tiedemann, er solle bewirken, dass sie eingestellt werden oder in deutscher Sprache erscheinen. Tiedemann lässt sich nicht zweimal bitten und fordert sein Bureau auf, folgendes Schreiben an beide Institutionen abzusenden:

An die landwirtschaftliche Abteilung  
der Königl. Universität  
zu Leipzig.

Berlin, 19. November 1907.

Es wird uns die in Posen erscheinende polnische Zeitung „Ziemianin“ vorgelegt, welche die in der Anlage über sandte Anzeige der Universität Leipzig enthält. Wir wissen sehr wohl, dass man dort über die Verhältnisse in der preussischen Ostmark nicht so unterrichtet sein kann, wie es bei uns, im Nordosten des Reiches, der Fall ist. Wir sind daher selbstverständlich weit davon entfernt, dieses polnische Inserat mit deutschem Nationalgefühl in einen Zusammenhang zu bringen; aber im Lager der Polen wird dieses zur Förderung allpolnischer (!) Agitation ausgebeutet (!). Und das ist sicher nicht der Wille der Königlichen Universität. Da wir im Kampfe gegen das Polentum in vorderer Reihe stehen, so halten wir uns für berufen, stets auf der Wacht zu sein, dass nicht aus Unkenntnis der polnischen Machenschaften auf deutscher Seite das Polentum Vorteile zieht.

Was nun im besonderen die Anzeige eines hohen landwirtschaftlichen Lehrinstitutes betrifft, so ist hierzu zunächst zu bemerken, dass jeder Pole, der hierfür in Frage kommt, die deutsche Sprache direkt genau so gut beherrscht, wie die polnische. Wenn wir auch nicht so weit gehen wollen, dass wir die Forderung aufstellen, unseren Feinden nicht durch die Zugänglichmachung deutscher Bildung die Waffen zu schmieden, mit welchen sie uns bekämpfen, so geben wir es doch einer wohlwollenden Erwägung anheim, ob es sich nicht empfehlen würde, von Anzeigen in polnischer Sprache abzusehen, da mit solchen dem Dünkel des Polentums, der polnischen Propaganda Vorschub geleistet wird (!).

Sollte die Königliche Universität die Benützung polnischer Zeitungen zur Verbreitung ihrer Anzeigen nicht entbehren können, so würden wir uns die Bitte erlauben, die Bedingung zu stellen, dass diese Anzeigen in deutscher Sprache aufgenommen werden.

In der Hoffnung, in unserem schweren Kampfe die Unterstützung der Königlichen Universität zu finden, empfehlen wir uns

mit vorzüglicher Hochachtung  
Der Hauptvorstand

v. Tiedemann,  
Vorsitzender.

Blume,  
Major z. D.

i. V. des Generalsekretärs.

Trotzdem die betr. Annonce 18 Jahre hindurch in derselben Form und mit demselben polnischen Text gebracht wurde, ohne das Auge irgend eines anständigen Deutschen zu beleidigen, und trotzdem die Annoncen nur in der Sprache des betr. Blattes einen Sinn haben, ging der Leiter des landwirtschaftlichen Institutes der Leipziger Universität, um nicht des Mangels an Patriotismus bezichtigt zu werden, auf die chauvinistische Anregung der Nebenregierung dienstbeflissen ein und entschuldigte sich bei ihr in folgender, eines Mannes der Wissenschaft unwürdiger Weise:

Direktion des  
Landwirtschaftlichen Institutes  
der Universität Leipzig  
Johannis-Allee 21.

Posen, den 19. November 1907.

An den Deutschen Ostmarken-Verein  
Berlin.

Auf die gefl. Zuschrift vom 19. d. Mts. wird Ihnen erbenst erwidert, dass Ihnen die Direktion für die Zusendung dankbar ist. Das in Frage stehende Inserat ist seit 18 Jahren (!) immer in derselben Weise in einer ganzen Reihe von Blättern, so auch dem „Ziemianin“ zugesandt. Dass das Inserat in polnischer Sprache erscheinen würde, ist der Direktion unbekannt geblieben oder vielmehr die Sache ist völlig in Vergessenheit geraten, weil sie bisher rein mechanisch gehandhabt worden ist.

Ihre gefällige Zuschrift wird nun die Veranlassung sein, dass im »Ziemianin« von der Direktion entweder überhaupt nicht mehr oder nur unter der Voraussetzung annonciert wird, dass die Annonce in deutscher Sprache erscheint.

Die Direktion ist Ihnen dankbar dafür, dass sie auf die Sache aufmerksam gemacht worden ist. Es ist nicht



angängig, dass ein deutsches Universitäts-Institut Annoncen in polnischer Sprache in einem polnischen Blatte erlässt.

Mit grösster Hochachtung  
 Direktion des Landwirtschaftlichen Institutes  
 der Universität.  
*Kirchner.*

Auf eine ähnliche Eingabe an die Landwirtschaftliche Hochschule in Hohenheim erfolgte folgende Antwort:

Direktion  
 der  
 K. Landwirtschaftlichen Hochschule  
 Hohenheim.  
 Nr. 2275.

Ostmarkenverein Berlin Eing. 23. 11. 07. J. Nr. 11039.
---

Hohenheim, den 21. November 07.

An den deutschen Ostmarkenverein (E. V.)  
 Berlin, Augsburgerstrasse 1.

Für Ihre freundliche Zuschrift vom 19. d. M. spreche ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank aus. Es ist mir sehr angenehm, dass Sie mich auf die Sache aufmerksam gemacht haben; ich habe Weisung gegeben, dass die Zeitung »Ziemianin« für unsere Anzeigen nicht mehr benützt wird. Sie werden mich übrigens sehr zu Dank verpflichten, wenn Sie die Güte hätten, mir an Stelle der betreffenden Zeitung eine andere in der Provinz Posen verbreitete deutsche Zeitung zu nennen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung  
 Direktor *Strebel.*

Darunter die Randbemerkung Blume's:

Sollen wir »Posener Tageblatt« vorschlagen?

27a.

Die Antwort Tiedemanns:

Ja! und mit Rücksicht auf die landwirtschaftliche Versuchsanstalt in Bromberg: die »Ostdeutsche Presse« daselbst.

23.

In einem 8 Tage später geschriebenen Briefe werden der Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim ausser den oben genannten noch 2 weitere Zeitungen zur Berücksichtigung empfohlen, nämlich die vom Ostmarkenverein gespeisten politischen Zeitungen »Ostdeutsches Volksblatt« und »Land«.

So verlor der mit Politik oder polnischen Propaganda nichts gemein habende, nur landwirtschaftlichen Zielen dienende »Ziemianin« die Inserate der beiden landwirtschaftlichen Institute,

ohne es bisher erfahren zu haben, wem er diesen Boykott und diese wirtschaftliche Schädigung verdankte.

Und zum Schluss dieses Abschnittes eine

### allerliebste Aufforderung zur Spionage in Frankreich!

An das Auswärtige Amt

Berlin

Berlin, 12. Dezember 1907.

Seitens der nationalpolnischen Propaganda in Galizien sind in letzter Zeit lebhaftere Versuche gemacht worden, auf die auswärtige Politik stärkeren Einfluss zu gewinnen. Zu diesem Zweck war schon früher in Wien ein polnisches Pressbureau gegründet worden. Neuerdings ist eine gleichartige Einrichtung in Paris getroffen worden. In der Rue de Rennes 45 hat nach Mitteilung polnischer Blätter der sog. galizische Nationalrat ein Bureau unter der Leitung eines gewissen Kasimir Woznicki errichtet. Äusserlich hat es zunächst die Aufgabe, Nachrichten über polnische Dinge aus auswärtigen Blättern in die Heimat zu schicken und die fremde Presse mit geeigneten Mitteilungen über polnische Dinge zu versehen. Das geschieht natürlich in durchaus tendenziöser Weise. Es werden Artikel in fremde, namentlich in französische Blätter hineingebracht, die anscheinend sachlichen Charakter tragen, insofern als sie Angaben enthalten, die im einzelnen wohl zutreffen. Die Informierung der Leser ist indessen Nebensache, der eigentliche Zweck ist, das Wesen der preussischen Herrschaft in den Ostmarken in einer aller Wahrheit widersprechenden Weise herabzusetzen. So wird z. B. gegenwärtig der Entwurf eines Enteignungsgesetzes in den Ostmarken als eine Beraubung der Polen gekennzeichnet, indem die Höhe der Entschädigung der Enteigneten ganz nach Willkür der Regierung erfolgen werde. (Ist das etwa unwahr? D. Verf.) Man beschränkt sich indessen in polnischen Kreisen nicht auf eine solche Presstätigkeit, die ja auf die Länge nicht genügendes Interesse im Auslande finden würde und erweitert sie nach der Richtung hin, dass man sich auch an allgemeinen politischen Fragen journalistisch betätigt. Es ist wiederholt festgestellt worden, dass bei verschiedenen politischen Intrigen und Hetzereien, die sich in den letzten Jahren im Auslande gegen Deutschland gerichtet haben, polnische Federn sehr wirksam betätigt gewesen sind. Wir glauben, dass die Erkenntnis dieser Zusammenhänge für die Beurteilung gewisser auswärtiger Machinationen von besonderem Wert ist. — Wir erlauben uns daher geneigter Erwägung anheim zu geben, *inwieweit die Tätigkeit des neuen Pressbureau in Paris in unauffälliger Weise beobachtet werden könnte.*

Der Hauptvorstand.

23.

32.

28.



Wir stellen fest: der von der preussischen Staatsregierung als „unpolitische und gemeinnützige“ Körperschaft attestierte Ostmarkenverein unternimmt bei dem Auswärtigen Amt eine hochpolitische Aktion. Er denunziert ein polnisches Pressebüro in Paris und fordert die auswärtige politische Leitung des Deutschen Reiches zur Spionage dieses Büros auf.

Das Ganze ist ein Beitrag zu der Beantwortung der Frage, warum während des Krieges die ganze übrige Welt allen Äusserungen und Schritten der deutschen Staatsmänner mit schrankenlosem Misstrauen begegnet ist. Die perfide doppelte Moral der gestürzten preussischen Staatsregierung hat dieses Misstrauen verschuldet und dem ganzen deutschen Volk dadurch unsagbaren Schaden gebracht.

## Wie das Enteignungsgesetz zu Stande kam.

Das ungeheuerliche Enteignungsgesetz, das dem Ansehen des gesamten deutschen Volkes in der ganzen Kulturwelt so unglaublich geschadet und die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens zwischen Deutschen und Polen vielleicht auf Generationen erschwert hat, ist aus dem einmütigen Zusammenwirken der offiziellen preussischen Staatsregierung mit der Nebenregierung des Ostmarkenvereins hinter den Kulissen hervorgegangen.

Der Ostmarkenverein hat zuvor 10 Jahre hindurch mit der Forderung der Enteignung im Osten gearbeitet und das Terrain in entsprechender Weise vorbereitet, aber erst während der Kanzlerschaft Bülow's wurde die Saat reif und die preussische Staatsregierung schritt zur Ausführung. Es wird für alle Zeiten das Unglück Deutschlands bleiben, dass unter der Regierung Wilhelms II. die Leitung der Geschicke des Reiches derartig gewissenlosen und jedes Verantwortungsgefühls vor dem Geist der Zeit baren Staatsmännern anvertraut war, wie Bülow, der mit unglaublicher Leichtfertigkeit alle ihm von der Nebenregierung des Ostmarkenvereins präsentierten Gesetzesvorschläge zur Ausrottung des Polentums kritiklos entgegennahm und sie dann mit Hilfe der Mehrheit des preussischen Dreiklassenlandtages verwirklichte. So war es mit dem Ansiedlungsgesetz von 1904 und mit dem Enteignungsgesetz, das Ende des Jahres 1907 vorbereitet und im Mai 1908 angenommen wurde.

Im preussischen Herrenhause — man muss es zu seiner Ehre feststellen — haben wegen dem Enteignungsgesetz heftige Kämpfe stattgefunden. Dort fanden sich zahlreiche Ehrenmänner von adliger Gesinnung, darunter der Generalfeldmarschall von Hülsen-Häseler und der Bruder der Kaiserin, Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, die gegen die Enteignung der Polen gestimmt haben. Lediglich den Regierkniffen Bülow's war es zu verdanken, dass sich schliesslich auch im Herrenhause eine knappe Mehrheit für die Enteignung der Polen zusammenfand.



Bülow gewann zunächst für die Polenenteignung die Partei der liberalisierenden Oberbürgermeister im Herrenhaus, indem er dem Führer dieser Partei, dem Oberbürgermeister Adickes von Frankfurt am Main (der von der ganzen Polenfrage nur wenig Ahnung hatte) vertraulich einen Ministerposten in Aussicht stellte. Ausserdem liess es unter der Hand von Dritten versichern, dass das neue Gesetz nie zur Anwendung kommen werde, sondern nur als Regulator auf dem ostmärkischen Grundstücksmarkte dienen soll; schliesslich liess er auch noch mit seiner Demission drohen, falls das Enteignungsgesetz vom Herrenhause nicht angenommen werden sollte. So kam es, dass sich tatsächlich bei der letzten Abstimmung eine kleine Mehrheit zusammenfand, die das Enteignungsgesetz gegen den polnischen Grundbesitz, ein Gesetz annahm, das allem, was in der ganzen Welt als Recht und als Heilig gilt, ins Gesicht schlug. Die öffentliche Meinung in Deutschland weiss viel zu wenig, wie ungeheuerlich dieses vom preussischen Landtag begangene Verbrechen dem Ansehen und dem guten Ruf des deutschen Volkes in der ganzen Kulturwelt geschadet hat! Gerade die barbarische Gesinnung und der nichtswürdige Zynismus, den die erwählten Vertreter Preussens bei der Annahme des Enteignungsgesetzes so brutal vor aller Welt dokumentiert haben, liess damals die ganze übrige gesittete Kulturwelt erschauern und zeigte ihr, wie unglaublich tief das Bismarckische Preussen gesunken war, wie sehr sich bei ihm die Begriffe von Mein und Dein, von Recht und Unrecht, verschoben haben! Die Moral der damaligen Machthaber und erwählten Vertreter Preussens unterschied sich wirklich nur wenig oder gar nicht von der Moral von Einbrechern — kein Wunder, war doch Bülow, nach den Grundsätzen seiner Politik und den erreichten Resultaten zu urteilen, nur eine Art von Staatsmann-Hochstapler. — Oder sollte sich noch ein Deutscher von normalem Verstand finden, der gegen diese Charakteristik Bülows protestieren wollte? Heute, nachdem Preussen-Deutschland eine beispiellose Niederlage und Erniedrigung erlitten hat infolge der von Bismarck eingeleiteten und von Bülow fortgeführten Politik! Das deutsche Volk möge es aber wissen: das Enteignungsgesetz hat sehr wesentlich dazu beigetragen, dass während des Weltkrieges bei der ganzen gesitteten Kulturwelt sich gewissermassen automatisch eine allem Deutschen tofeindliche Stimmung auslösen konnte! Die Tatsache, dass ein Volk, dessen erwählte Vertreter in Preussen eine so barbarische, grausame Gesinnung und einen so teuflischen Zynismus öffentlich zur Schau trugen, die Weltherrschaft anstrebte, *musste* notwendigerweise alle übrigen Völker zur Notwehr zusammenschweissen!

Selbstverständlich haben auch Vertreter der deutschen Wissenschaft (Schmoller und andere) ihre intellektuellen Geisteskräfte in den Dienst des Verbrechens an den Polen gestellt. Aber wir wissen ja schon von Kurt Eisner: ein Teil der deutschen Wissen-

schaft war in der Bismärckischen und Bülow'schen Aera zu einer feilen Dirne herabgesunken!

Bülow liess also bei der Nebenregierung *vertraulich* den Wunsch aussprechen, sie möge einen bezüglichen Antrag fassen. Der Ostmarkenverein holte, nachdem er ca. 10 Jahre lang die öffentliche Meinung in Deutschland durch die von ihm gespeiste chauvinistische Presse bearbeitet hatte, nunmehr zu seinem grossen Schläge aus und richtete im Januar 1907 „an das Preussische Staatsministerium, z. H. des Herrn Reichskanzlers und Präsidenten des Staatsministeriums, Sr. Durchlaucht des Fürsten Bülow“ eine von den Herren von Tiedemann, Wagner, Raschdau und Schoultz verfasste Eingabe, die in dem „Beschluss“ des Gesamtausschusses des Ostmarkenvereins betreffend „die Fortführung der Bodenpolitik der Königlichen Staatsregierung in der Ostmark“, gipfelte und die Bitte enthielt:

das Königl. Staatsministerium wolle eine Weiterbildung des bestehenden öffentlichen Rechts im Sinne dieser Beschlussfassung hochgeneigtest ins Auge fassen und mit tunlichster Beschleunigung in die Wege leiten.

Es sollte damals der Ansiedlungsfonds neu aufgefüllt werden und da wollte die Nebenregierung, dass bei dieser Gelegenheit gleich ganze Arbeit gemacht werde. Sie schlug also eine »Legalinterpretation (sic!) des Enteignungsgesetzes (vom 11. Juni 1874) im *nationalpolitischen* Sinne«, eventuell die »Einführung des gesetzlichen Vorkaufsrechts für den Staat«, oder wenigstens ein »Einspruchsrecht im öffentlichen Interesse« vor.

Das an Bülow gerichtete Schriftstück vom 8. Januar 1907 trägt den mit grossen Lettern gedruckten charakteristischen Vermerk:

»Vertraulich!

Als Manuskript gedruckt«.

Vor der öffentlichen Meinung in Deutschland hielt also die preussische Regierung ihr vertrautes und höchst intimes Verhältnis mit der Nebenregierung des Ostmarkenvereins streng geheim. Niemand sollte erfahren, dass die offizielle preussische Staatsregierung sich vertraulich an den Ostmarkenverein gewandt hatte mit dem Ersuchen, ihr gesetzgeberische Vorschläge über die neuen antipolnischen Massnahmen zu machen. So wurde die öffentliche Meinung in Deutschland von der preussischen Staatsregierung irreführt!

Die in dem geheimen Schriftstück vom 8. Januar 1907 vorgeschlagenen Massnahmen wurden in dem Gesetz wegen der neuen Auffüllung des Ansiedlungsfonds noch nicht berücksichtigt, aber sie waren der Teig, aus dem das Enteignungsgesetz in der kurzen Zeit eines Jahres geknetet wurde.



Der Ostmarkenverein hat diese monströse Gesetzgebung gut vorbereitet. Am 17. August 1907 fand im »Civillcasino« in Bromberg eine Versammlung des Hauptvorstandes und gleich darauf eine Versammlung des Gesamtausschusses des Ostmarkenvereins statt.

Nach dem stenographischen Bericht, der eigens für diese Versammlung abgefasst wurde, und der bei den Akten des Ostm. Ver. zu finden ist, — ein Band von ausserordentlichem Umfange — nahmen an der Hauptvorstandssitzung, die die Beschlüsse für die Gesamtausschusssitzung auszuarbeiten hatte, folgende Herren teil: Major von Tiedemann — Seeheim, Justizrat Wagner — Berlin, kaiserl. Gesandter z. D. Raschdau, Landesökonomierat Kennemann — Klenka, Graf von Alvensleben — Ostromecko, von Bieler — Melno, Landgerichtsrat a. D. Bischoff — Gellens, Rechtsanwalt Boas — Beuthen, Rentier Dietz — Bromberg, Kriegsgerichtsrat Boll — Königsberg, Regierungspräsident a. D. von Heyer — Breslau, kgl. Oberförster Heym — Miron bei Strelno, Amtsgerichtsrat Lindenberg — Belirent, Fabrikdirektor Mattenkloß — Breslau, Geschäftsführer für Schlesien Generalmajor a. D. v. Paczensky und Tenczyn — Breslau, Rechtsanwalt Sachs — Kattowitz, Generalsekretär Schoultz — Berlin, Geschäftsführer für Westpreussen Oberst a. D. Schreiber — Danzig, Generalsekretär Vossberg — Posen, Professor Wiessner — Bromberg und als Gäste: Redakteur Aschendorf — Berlin, Major a. D. Blume — Berlin, Reg. Assessor Herr — Potsdam, Prof. Hoffmann — Danzig, Dr. Kuchling — Berlin, Landesökonomierat Lorenz — Pianowo und Gymnasialdirektor Schiesske — Danzig. Es folgen nun wörtliche Auszüge aus den dort gehaltenen Reden laut oben genanntem stenographischen Bericht:

*v. Tiedemann:* Da es sich um unser Sein oder Nichtsein handelt, ist es notwendig, weitere aber energische Massregeln vorzuschlagen und der Ostmarkenverein hat *selbstverständlich* in dem Vorschlagen solcher Massregeln *eine führende Rolle einzunehmen* (!) und es darf für ihn nicht massgebend sein, dass er sich dadurch in manchen Kreisen populär oder unpopulär macht. Wir müssen unsere Pflicht und Schuldigkeit tun; die öffentliche Meinung und die *Staatsregierung erwarten von uns bestimmt, dass wir mit zweckentsprechenden, energischen Vorschlägen kommen*, namentlich *um die öffentliche Meinung vorzubereiten*. Es ist die *Enteignung*...

Ich kann nur sagen, seitens ganz Deutschland (Gegen die Behauptung Tiedemanns, dass *ganz Deutschland* mit Spannung auf das Ergebniss der Beratungen des Ostmarkenvereins sah, müssen wir protestieren. Das deutsche Volk als solches darf natürlich durchaus nicht mit den unsauberen Machenschaften der Interessentenklippen, die sich im Ostmarkenverein zusammenfanden, identifiziert

werden. Es war unglaublich leichtfertig und unverantwortlich von Tiedemann, »ganz« Deutschland so zu verleumdern! D. Verf.) besonders auch *seitens der Staatsregierung sieht man mit grösster Spannung auf das Ergebnis unserer Beratungen.*

Am 16. Juni hat bereits eine kleinere Kommission in Posen getagt, die sich über einzelne grundlegende Punkte in der Bodenfrage geeinigt hat. Herr Reg.-Assessor Dr. Herr von der Ansiedlungskommission (!) hat unsere damaligen Verhandlungen in einem Entwurfe zusammengefasst.

(Schoultz liest den Entwurf vor)

*v. Tiedemann:* Trotz der umfangreichen Tätigkeit der Ansiedlungskommission und der durch das Gesetz vom 10. August 1904 eingetretenen Beschränkung des Geschäftsbetriebes der polnischen Parzellierungsbanken ist Jahr für Jahr deutsches Land an den nationalen Gegner verloren gegangen. Die Verluste an Grund und Boden in der Ostmark gewinnen angesichts der immer deutlicher hervortretenden nationalpolnischen Bewegung eine umso grossere Bedeutung, als diese Bestrebungen des Polentums eine Gefährdung des Bestandes des preussischen Staates darstellen (!). Der von polnischer Seite den Deutschen aufgedrungene Kampf (eine beinahe schon historisch gewordene hysterische Phrase Tiedemanns! D. Verf.) macht eine Erweiterung der staatlichen Machtmittel unvermeidlich, wenn der Zweck des Ansiedlungsgesetzes erreicht werden soll, den in deutscher Hand befindlichen Grundbesitz zu sichern, und einen Teil des *polnischen Grossgrundbesitzes durch einen national zuverlässigen Bauernstand zu ersetzen.*

In der Diskussion über den vorzuschlagenden Entwurf spricht kaiserl. Gesandte z. D. *Raschdau* folgendes:

Wir hören, dass die *Regierung* den gleichen Wunsch hegt; *sie hat uns im Vertrauen den Wunsch ausgesprochen, wir möchten einen bezüglichlichen Antrag fassen, eben den oben angeführten.*

Justizrat *Wagner*, die obigen Ausführungen *Raschdau's* bekräftigend:

Wir haben mit der Forderung der Enteignung ja auch 10 Jahre lang im Osten gearbeitet, ehe die Frage so klar und zugänglich geworden ist, dass man daran denken könnte, sie einzuführen.



In der Gesamtschusssitzung wurde dann der der Regierung vorzulegende Entwurf natürlich einstimmig angenommen, wobei zu bemerken ist, dass von den 165 Teilnehmern an dieser Versammlung, deren Namen alle in dem stenographischen Berichte aufgeführt sind, 131 *unmittelbare oder mittelbare Beamte waren*.

So sieht die »öffentliche Meinung« aus, auf die sich dann der Ostmarkenverein mit grossen Worten beruft!

Auf Grund dieses Beschlusses wurde dann an das königlich preussische Staatsministerium, zu Händen des Fürsten von Bülow, ein Gesetzentwurf betreffend das Enteignungsgesetz gerichtet, der dann als Grundlage für den von der Regierung vor den Landtag gebrachten Entwurf gedient hat. Der Antrag und seine Begründung sind der Regierung *wiederum „als Manuskript gedruckt“* vertraulich am 1. Oktober 1907 zugestellt worden, und der Effekt war, dass nach wenigen Monaten das, was in dem Konventikel der 131 Beamten und der Trabanten Tiedemanns ausgebrütet wurde, von dem famosen Kanzler Bülow dem Landtage als grosse Staatsaktion präsentiert wurde.

Auf diese Weise wurden in Preussen Staatsnotwendigkeiten konstruiert und Gesetze verfertigt!

Ganz in der gleichen Weise kam die gesetzliche Knebelung der *polnischen Sprache* in den öffentlichen Versammlungen zu Stande.

Nachdem der Antrag des Ostmarkenvereins in Sachen des Enteignungsgesetzes der Regierung eingereicht wurde, legte am 9. Oktober 1907 die gleiche Nebenregierung der offiziellen Staatsregierung einen Gesetzentwurf über »die reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts« mit der Bitte vor:

im Hinblick auf die bevorstehende reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts eine gesetzliche Bestimmung in die neue Gesetzesvorlage aufzunehmen, wonach in allen Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, nur in deutscher Sprache verhandelt werden darf

Auch diese Forderung der Nebenregierung wurde von Bülow prompt erfüllt. Der Antrag Tiedemanns wurde in das neue Vereinsgesetz übernommen, als eigenes Produkt der Regierung dem Block-Reichstage vorgelegt, und durch den Umfall der Freisinnigen, die die damalige Va-banque-Politik Bülows in unverantwortlicher Leichtfertigkeit mitmachten, wurde er zum Gesetz; damit hielt der Hakatismus zum ersten mal seinen Einzug in den Reichstag.

## Die Nebenregierung gegen den Landwirtschaftsminister Freiherrn v. Schorlemer.

Das Enteignungsgesetz wurde angenommen und leider vom preussischen König bestätigt. Der preussische König, dessen Vorfahr 1815 seinen neuen polnischen Untertanen die vollste Gleichberechtigung im Staate und in den Ämtern und die Unantastbarkeit ihrer Sprache garantiert hat, bewies 1907 eben wieder auf neue, dass der frühere Reichstagsabgeordnete und heutige Ministerpräsident Ph. Scheidemann leider nur zu recht hatte, als er einmal im Reichstage erklärte: »Der Wortbruch gehört zu den erhabensten Traditionen der Hohenzollern«. Das Enteignungsgesetz wurde aber lange Zeit nicht ausgeführt. Bülow selbst scheute sich, das Kuckucksei der Nebenregierung weiter zu behandeln und vertröstete den Chef der letzteren und seine Hauptschreier mit allerlei Versprechungen für die Zukunft. An der Reichsfinanzreform kam seine Va-banque-Politik zu Falle, er verschwand in der Versenkung, ihm folgten etwas später seine Mitarbeiter an der Blockpolitik unseligen Angedenkens, der Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben und der Landwirtschaftsminister v. Arnim, die beide, gleich Bülow, mit Haut und Haar der Nebenregierung verschrieben waren. Landwirtschaftsminister wurde der Oberpräsident der Rheinprovinz, Freiherr v. Schorlemer-Lieser, ein Mann mit eigenen Gedanken und Ideen, Sohn des früheren bekannten Zentrumsführers Freiherrn v. Schorlemer-Alst; er trat aber nicht in dessen politische Fusstapfen, sondern rückte vom Zentrum weit ab. In der Polenpolitik wollte er aber zuerst nicht, nur ausführendes Organ der Nebenregierung zu sein und dachte daran, die ganze Ansiedlungspolitik einer genauen Prüfung und eventuell einer grundsätzlichen Revision zu unterziehen. Von der Enteignungsgesetzgebung und ihrer Zweckmässigkeit hatte er nur eine geringe Meinung und scheute sich, an die Ausführung heranzutreten. Die Nebenregierung wollte aber nicht mehr länger warten, sie verlangte von ihm die Einlösung des ihr von Bülow und Arnim ausgestellten Wechsels. Er wurde ihm mündlich und schriftlich präsentirt, die Einlösung wurde abgelehnt. Darauf erfolgte die Kriegserklärung. Die ganze Pressmeute des Haktismus wurde gegen den Landwirtschaftsminister losgelassen und im offiziellen Organ des Ostmarkenvereins, in der „Ostmark“, erschien ein von dem Redakteur der vom Ostmarkenverein herausgegebenen Zeitschriften, Dr. Hunkel, gezeichneter Artikel, in dem gegen Schorlemer-Lieser ziemlich unverblümt der Vorwurf der Täuschung, wegen Nichteinlösung angeblich gegebener Versprechungen, erhoben wurde.

Der temperamentvolle Minister quittirte von der Ministerbank im preussischen Abgeordnetenhaus mit laut erhobener, von moralischer Empörung zitternder Stimme mit dem Worte „Ver-



leumdung“ an die Adresse des Ostmarkenvereins. Es kam zwischen dem letzteren und dem Minister zu einem offenen Konflikt, der grosses Aufsehen machte. Dieserhalb wurde eine Gesamtausschuss-sitzung des Ostm. Ver. seitens des Hauptvorstandes einberufen, die am 26. Mai 1911 im Hotel de Rom zu Posen tagte, und in der ausführlich der Konflikt mit dem Landwirtschaftsminister besprochen wurde.

Das vom Generalsekretär des Vereins Schoultz verfasste und gezeichnete **Protokoll** berichtet über Punkt 2 der Tagesordnung wörtlich folgendes:

*Tiedemann* bespricht den Konflikt des Hauptvorstandes mit dem Landwirtschaftsminister. Der Geschäftsführende Ausschuss des Hauptvorstandes habe auf den letzten beleidigenden Vorwurf der Verleumdung, den Herr v. Schorlemer ihm gemacht habe, absichtlich nicht geantwortet, um zunächst dem Gesamtausschuss Gelegenheit zu geben, Stellung zu diesem Konflikt zu nehmen. Er nehme an, dass dies in Form eines zu veröffentlichenden Beschlusses des Gesamtausschusses geschehen werde und schlage vor, den Wortlaut eines derartigen Beschlusses seitens des Hauptvorstandes auszuarbeiten und durch ein Mitglied des Gesamtausschusses letzterem zur Annahme vorschlagen zu lassen.

*Raschdau* gibt noch einige weitere Erläuterungen zu der Entstehungsgeschichte des Konflikts mit Herrn v. Schorlemer und verliest den Entwurf eines vom Gesamtausschuss anzunehmenden Beschlusses.

*Hoetsch* stimmt im allgemeinen dem Wortlaut dieses Beschlusses zu, möchte aber den dritten Absatz in der Form etwas gemildert wissen.

*Wagner* betont, dass der Hauptvorstand nur für den Inhalt des von Dr. Hunkel gezeichneten Artikels in der Ostmark die Verantwortung übernommen habe, nicht aber für die Form desselben. Davon, dass dem Herrn von Schorlemer darin der Vorwurf der Täuschung gemacht worden sei, wie er behauptete, könne keine Rede sein.

*Dr. Hunkel* weist darauf hin, dass der Artikel *vor seiner Veröffentlichung dem Herrn v. Tiedemann und Raschdau im Wortlaut vorgelegen habe (!)*. Er bäte daher, ihn nicht zu desavouieren und auch für die Form des Artikels die Verantwortung seitens des Hauptvorstandes zu übernehmen, da er andernfalls eine Schädigung seines journalistischen Renommées befürchte.

*Raschdau* beruhigt Dr. Hunkel in Bezug auf seine Befürchtungen und betont, dass der Geschäftsausschuss des Hauptvorstandes zu seinem energischen Vorgehen gegen

von Schorlemer in der Enteignungsfrage von den Mitgliederkreisen heraus geradezu gedrängt worden sei.

v. Tiedemann erläutert die Entstehung des Artikels in der Ostmark und erklärt, dass er auch in der Gesamtausschusssitzung für den Verfasser eintreten werde.

Dr. Hötsch tritt nochmals für eine Milderung der Resolution in der Form ein, da er sonst befürchte, dass der Landwirtschaftsminister einen Druck auf die Beamtenmitglieder des Vereins ausüben und sie womöglich zum Austritt veranlassen könnte.

v. Paczensky schließt sich den Ausführungen des Dr. Hötsch durchaus an.

Raschdau plädiert nochmals für den Wortlaut seines Entwurfs, erklärt sich aber bereit, ihn, wenn die Majorität dafür sei, etwas abzumildern.

Boas wünscht vor allem das Wort „Befremden“ durch das mildere Wort „Bedauern“ ersetzt zu sehen. (Das soll geschehen).

Wagner erklärt sich für die von Hauck vorgeschlagene Absendung eines Telegrammes an den Reichskanzler und begründet das damit, dass der Verein zunächst nur in eine Opposition zu dem Landwirtschaftsminister, nicht aber zur Gesamtregierung getreten sei.

Es wird beschlossen, ein Begrüßungstelegramm an den Reichskanzler abzusenden. Hauck und Dr. Hötsch werden beauftragt, den Wortlaut des Telegrammes zu entwerfen.

v. Tiedemann teilt mit, dass der Geschäftsausschuss des Hauptvorstandes die Absicht habe, in corpore sein Mandat in die Hände des Gesamtausschusses zurückzulegen, falls letzterer sich mit dem Vorgehen des Geschäftsausschusses nicht einverstanden erklären sollte.

Boas ist der Ansicht, dass dazu keinerlei Veranlassung vorläge, da durch die vom Provinzialverband angenommene Resolution dem Hauptvorstande bereits das volle Vertrauen ausgesprochen worden sei.

v. Tiedemann erklärt sich mit Rücksicht darauf namens des Geschäftsausschusses damit einverstanden, von der beabsichtigten Demissionirung dem Gesamtausschusse gegenüber Abstand nehmen zu wollen.

Nachdem noch die drei seitens der Ortsgruppen Kassel, Bistor und Alt-Kischau eingebrachten selbständigen Anträge durchgesprochen wurden, schloss v. Tiedemann die Versammlung um 10 Uhr.

Für die Richtigkeit  
Schultz.



## Wie der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer mürbe gemacht wurde.

Aus dem Protokoll der Sitzung des Hauptvorstandes am Sonnabend, den 27. April 1912 vorm. 11 Uhr zu Berlin im „Klub der Landwirte“, Dessauerstrasse 14:

Anwesend: Major a. D. *v. Tiedemann-Seeheim*, Justizrat *Wagner-Berlin*, Gesandter z. D. *Raschdau-Berlin*, Major a. D. *von Bernuth-Kreuzfelde* b. Manieczki, Major z. D. *Blume-Berlin*, Wirkl. Geh. Rat Prof. *Dr. Brunner-Berlin*, Oberst a. D. *Cardinal von Widdern-Berlin*, Rentier Robert *Dietz-Bromberg*, Generaldirektor *Fischer-Berlin-Halensee*, Bankier *Fricke-Charlottenburg*, Bürgermeister *Dr. Henser-Myslowitz*, Regierungspräsident a. D. *von Heyer-Breslau*, Professor *Hoffmann-Danzig*, Prof. *Dr. Hoetsch-Posen*, Major a. D. *Kressmann-Karlsruhe*, Baden, Amtsgerichtsrat *Lindenberg-Berent*, Justizrat *Mertins-Königsberg*, Konsistorialpräsident a. D. *Dr. Meyer-Zehlendorf*, Generalmajor z. D. *von Paczensky und Tenczin-Breslau*, Justizrat *Sachs-Kattowitz*, Generalsekretär *Schoultz-Berlin*, Oberst z. D. *Schreiber-Danzig*, Generalsekretär *Vossberg-Posen*, Verbandsdirektor *Dr. Wegener-Posen*. Ferner als Gäste: Hauptmann a. D. *Boehm-Königsberg*, *Dr. A. Dietrich-Posen*, Schriftleiter *Dr. Hunkel-Berlin-Friedenau*, Geh. Reg.-Rat *Pape-Berlin*, Schulrat *Sakobielski-Coepenick*. Assistent am Staatsarchiv *Dr. Zechlin-Danzig*, Oberleutnant d. R. *Zuern-Grunewald*.

*v. Tiedemann-Seeheim* eröffnet die Sitzung, begrüsst die Gäste u. s. w. und gibt alsdann einen kurzen Überblick in chronologischer Reihenfolge über die Vorgänge seit der letzten Generalaussschusssitzung. Am 28. Juni habe *v. Schorlemer* gelegentlich einer Rücksprache in einer anderen Angelegenheit ihm nahe gelegt, dass der Verein seine Agitation für die sofortige Anwendung des Enteignungsgesetzes einstellen, dagegen aber mit aller Entschiedenheit für das Parzellierungsgesetz eintreten solle (!!).

Er habe dieses Ansinnen als für den Verein unmöglich zurückgewiesen (!!). Was die für die Enteignung angekündigten Termine beträfe, so seien diese nicht vom Verein, sondern von der Regierung gestellt, aber niemals eingehalten worden. Mit der Versicherung, dass die Enteignung angewendet werden würde, habe der Minister sich von ihm verabschiedet.

## Eine Schwenkung der Regierung in der Ostmarkenpolitik?

*Tiedemann* (weilersprechend): Der beste Beweis für eine Schwenkung der Regierung in der Ostmarkenpolitik sei der Abgang des Oberpräsidenten von Waldow. (Redner verliest den Telegrammwechsel des Vereins mit von Waldow

anlässlich seines Abgangs.) Sein Nachfolger *Schwartzkopff* befolge leider (!) die ihm vom Ministerium gegebenen Direktiven auf Abschwächung der bisherigen Ostmarkenpolitik und trete eifrig für den Ausbau der Posener Akademie zur Volluniversität ein. Er werde versuchen, *Schwartzkopff* klar zu machen, dass noch kein Oberpräsident in Posen vor der Geschichte haben bestehen können, der nicht eine stramme deutsche Politik getrieben habe.

*Tiedemanns Schlusssausführungen:* Die ganze heutige Lage zeige nur zu deutlich, dass die Regierung trotz aller Ablehnung eine völlige Schwenkung in der Ostmarkenpolitik vorgenommen hat (!). Dadurch ist der Verein in eine schroffe Opposition gegen die Regierung geraten. Die Schuld daran trägt aber nicht der Verein, denn sein Kurs ist der alte geblieben. Diesen Kurs werde der Verein auch unbekümmert um alle Anfeindungen und Hindernisse weiter steuern.

*von Bernuth-Kreuzfelde:* Die Stimmung in Posen entspreche durchaus den Ausführungen von Tiedemann über die allgemeine Lage. Diese Stimmung sei in der am Sonntag in Posen einstimmig angenommenen Entschliessung zum Ausdruck gebracht worden. Eigentlich sei die Stimmung noch schärfer gewesen, aber mit Rücksicht auf die vielen abhängigen Beamtenmitglieder, habe man von einer scharfen Fassung des Wortlautes der Entschliessung abgesehen (!).

*v. Tiedemann-Seeheim:* Man müsse damit rechnen, dass ein Teil der kleineren und mittleren Beamten austreten werde, je mehr der Verein in die Opposition zur Regierung gedrängt würde. Das dürfte aber die Vereinsleitung nicht von ihrem alten strammen Kurs ablenken.

*Hoffmann-Danzig:* Im westpreussischen Provinzialausschuss sei man der Ansicht, dass die Schwenkung der Regierung in der Ostmarkenpolitik bereits mit der Berufung *Schorlemers* vollzogen worden sei. Ein Stillstand in der Ostmarkenpolitik ist gleichbedeutend mit einem Rückzug. Eine Reihe von Tatsachen lasse diese Wandlung deutlich erkennen: die Hinausschiebung der Anwendung der Ent-eignung, die Posener Universitätsfrage, die beabsichtigte Ausdehnung des Volksschulunterhaltungsgesetzes auf Westpreussen und Posen.

*Dr. Wegener-Posen:* Der grösste Feind des Vereins, jetzt wo er in die Opposition zur Regierung getreten ist, ist die Bequemlichkeit. Die Oberbeamten in Posen gehören dem Verein nicht an; ebensowenig die Gerichtsbeamten. Nur die mittleren und kleinen Beamten sind Mitglieder des



Vereins. (Also nur solche, die aus materiellem Interesse auf die vom Ostmarkenverein zu erwirkenden Zulagen erpicht sind! D. Verf.) Die Zukunft sieht nicht rosig aus; trotzdem gelte es auszuharren.

Herr *Justizrat Wagner* wies als Berichterstatter über das Thema »Bodenpolitik« darauf hin, dass bei dem Kampf um die Ostmark die Bodenpolitik der wichtigste Punkt sei und voraussichtlich auch für die Zukunft bleiben werde. Wir wissen heute noch immer nicht, wie die *Regierung*, *seitdem ein Schwenken oder ein Stillstand eingetreten ist*, sich zu den wesentlichen Fragen der Bodenpolitik stellt. Das Enteignungsgesetz ist nicht angewendet, das Parzellierungsgesetz noch nicht vorgelegt und andere gesetzliche Massregeln zum Schutze des deutschen Grund und Bodens sind nicht bekannt geworden.

Bemerkenswert bei allen Kundgebungen der Regierung ist, dass die *Ostmarkenpolitik jetzt allein von dem Landwirtschaftsminister von Schorlemer vertreten wird* und dass die *anderen Minister*, insbesondere der *Finanzminister, der Minister des Innern* und auch der *Ministerpräsident* sich seit vielen Monaten vollständig *ausschweigen*. Ausserdem hören wir von dem Landwirtschaftsminister seit langem nur Beteuerungen und Versprechungen, nur Worte, und sehen keine Taten. Insbesondere wird die Enteignung immer wieder von neuem versprochen, aber jedesmal finden sich neue *Gründe*, die die Enteignung hinausschieben, die wir allerdings nach unseren bisherigen Erfahrungen *doch nur als Ausflüchte (!)* bezeichnen können.

Hinsichtlich der Stellung der *Presse* verweist der Berichterstatter (*Wagner*) auf die Ausführungen der Exzellenz *Raschdau*, schildert die allgemeine Stimmung des dauernden Wartens auf eine kräftige Förderung der deutschen Politik durch die Regierung und auf *das wachsende Misstrauen gegen die ernstesten Absichten der Regierung*. Er weist auch darauf hin, dass in den Kreisen, auf deren Unterstützung man in der Ostmarkenpolitik bisher rechnen konnte, eine Verbitterung sich bemerkbar gemacht hat. Selbst aus dem *Hauptvorstande* des Ostmarkenvereins haben sich einige Herren *zurückgezogen*, weil sie annahmen, dass der deutsche Ostmarkenverein in *eine scharfe Opposition gegen die Regierung getrieben werden würde und glaubten, dass sie das mit ihrer Stellung nicht vereinigen könnten*. Dagegen können wir zu unserer grossen Genugtuung feststellen, dass unsere Provinzialvorstände in Posen, Westpreussen und Schlesien unbedingt an der alten bewährten Ostmarkenpolitik, wie sie der deutsche Ostmarkenverein seit vielen Jahren vertreten hat, festhalten, und auch eine sehr grosse Zahl von Ortsgruppen hat es durch Versammlungsbeschlüsse

zum Ausdruck gebracht, dass ein Stillstand oder eine Änderung der bisherigen Ansiedlungspolitik unter allen Umständen zu verwerfen sei.

Zum Schluss ruft der Berichterstatter die letzten Beschlüsse des Gesamtausschusses und des Hauptvorstandes ins Gedächtnis und fordert die Versammlung auf, an der langjährigen Politik der Förderung des Deutschums in den östlichen Provinzen festzuhalten und in allen Massnahmen den Hauptvorstand zu unterstützen. *Ein offener Bruch der bisherigen Politik sei auch für die Regierung unmöglich, denn das deutsche Volk sei durch die lange Arbeit (Wühlarbeit. D. Verf.) des deutschen Ostmarkenvereins über die Verhältnisse im Osten aufgeklärt (irreführt. D. Verf.) und eine grundsätzliche Änderung der Politik würde eine Entzündung (!) im ganzen deutschen Volke zur Folge haben.*

### Wie die Regierung von der Nebenregierung bearbeitet wurde.

*Prof. Hötsch* — (früher an der Posener Akademie tätig, gegenwärtig von Ostmarkenvereins Gnaden Professor an der Berliner Universität, die er — man kann das ruhig sagen — geradezu kompromittiert; Hoetsch hat vor dem Kriege ein dickes, unglaublich seichtes Buch über Russland geschrieben, in dem er den Zarismus verherrlichte und dieses Land in einem Sinne schilderte, wie er etwa den Interessen der ostelbischen konservativen Junker in Preussen entsprach. Dafür wurde Hoetsch von der alldutschen und konservativ-chauvinistischen Presse in Deutschland als „Kenner“ Russlands gepriesen. Tatsächlich hat er aber in Deutschland gänzlich falsche und irreführende Anschauungen über Russland verbreitet u. dadurch sehr wesentlich zu der heutigen Erniedrigung und beispielslosen Demütigung Deutschlands beigetragen. Hoetschs Buch über Russland wurde von dem Tübinger Gelehrten Haller — einem Livländer — von Anfang bis Ende absprechend kritisiert u. ihm fast auf jeder Seite Fälschungen und notorische Unwissenheit nachgewiesen. Haller nannte bei dieser Gelegenheit Hoetsch den „Generalstaatsanwalt des Zarismus“. Als Kurt Eisner seinen Ausdruck prägte von der deutschen Wissenschaft, die zu einer feilen Hure geworden sei, so mag er dabei wohl in erster Linie an den Professor der Berliner Universität Hoetsch gedacht haben. Hoetsch ist eines der eifrigsten Mitglieder des Ostmarkenvereins; er ist gewissermassen der „Lieferant der „wissenschaftlichen“ Theorien für die Polenausrottung und hängt der Tätigkeit des Ostmarkenvereins das „wissenschaftliche“ Mäntelchen um) — ruft der Versammlung noch einmal die Stimmung im Osten seit Erlass des Enteignungsgesetzes ins Gedächtnis. Der Ostmarkenverein hat nach Erlass des Gesetzes zunächst nichts unternommen.



Nach dem Scheiden Bülows hofften wir (!) vom neuen Reichskanzler Bethmann Hollweg Festhalten an der bewährten Bülow'schen Politik. Im Januar 1910 hielt es der Ostmarkenverein für notwendig, auf die Dringlichkeit der Enteignung hinzuweisen, da die Tätigkeit der Ansiedlungskommission nachzulassen schien. Im Mai 1910 stellte die Denkschrift der Ansiedlungskommission einen Rückgang der Ansiedlungstätigkeit fest.

Juli 1910 traten Rheinbaben (damaliger Finanzminister und enragierter Hakatist. D. Verf.) und Arnim (Ackerbau-minister) aus dem Staatsministerium aus. Den Nachfolgern brachte man Vertrauen entgegen.

Im August 1910 erliess der Ostmarkenverein eine Kundgebung betreffend Enteignungsgesetz und Parzellierungsgesetz. — Im November 1910 besprach im Gesamtausschuss Major v. Tiedemann die grossen Verluste (?) des deutschen Bodens. *Unsere Forderungen wurden von neuem wiederholt.*

Der Herbst 1911 brachte uns zu unserem Bedauern das Scheiden *unseres* bewährten Oberpräsidenten von Waldow. *Neue Kundgebungen von seiten des Ostmarkenvereins wurden unternommen.* Das Frühjahr 1911 brachte uns den Gegensatz mit dem Landwirtschaftsminister. Die bedrängte (!) Lage des Deutschtums veranlasste uns, die öffentliche Meinung in Anspruch zu nehmen und sie aufzurütteln (d. h. sie durch Vorspielung falscher Tatsachen aufzuwiegeln. D. Verf.). Trotz der Auseinandersetzung zwischen Landwirtschaftsminister und Ostmarkenverein wurde eine Kundgebung von uns erlassen, die besagte, dass unser Vertrauen zur Regierung nicht erschüttert sei (die reine Komödie. D. Verf.). Die neue Denkschrift der Ansiedlungskommission hat nun unser Vertrauen gänzlich beseitigt. Die letzten Äusserungen des Landwirtschaftsministers im Abgeordnetenhaus sind für uns wichtig, sie zeigen uns deutlich, was wir bisher gefürchtet haben, ein gänzlich Liquidieren der Ansiedlungstätigkeit. Dankbar sind wir nur dem Landwirtschaftsminister, dass er uns jetzt, mehr als früher, die wirkliche schlaffe Haltung der Regierung gezeigt hat. Umso mehr müssen wir jetzt zusammenhalten in der Unterstützung der Deutschen.

Die Ansiedlungspolitik ist der Kernpunkt unserer Ostmarkenpolitik, das war auch der Gedanke der Regierung. Die Äusserungen des Landwirtschaftsministers aber stehen im Widerspruch hierzu. Die Äusserungen des Landwirtschaftsministers zum Enteignungsgesetz legen diesem Gesetz einen anderen Sinn zu Grunde, als er es gewollt hat. Der Rückgang der Siedlungstätigkeit wird offiziell zugegeben.

Die Staatsregierung scheint eine Schwenkung zu machen, man will die Siedlungstätigkeit einschränken. Hötsch hält sich an die Äusserungen von Zedlitz-Neukirch in der Post. Sie sprechen die Schwenkung der Regierung deutlich aus.

*Der Ostmarkenverein könne diese Stellung der Regierung keineswegs unterschreiben. Er müsse energisch dagegen Stellung nehmen.* Die Haltung der Staatsregierung zur Ostmarkenzulage ist auch eine schwache. Alle diese Punkte müssten jetzt den Verein veranlassen, *der Staatsregierung deutlich Ausdruck zu geben, dass sein Vertrauen zu einer energischen Ostmarkenpolitik geschwunden sei und er die Pflicht hätte, in eine entschiedene Opposition gegen die Regierung einzutreten.* Zu erwägen sei, ob es nicht angezeigt wäre, eine Deputation des Hauptvorstandes an die massgebenden Regierungsstellen zu senden.

von Tiedemann-Seeheim dankt den beiden Referenten und eröffnet die Aussprache, an der sich die Herren von Bernuth-Kreuzfelde, Hoffmann, Kressmann, Raschdau, Vossberg, Lindenberg, Wegener, Schoultz, Sachs, Albert, Dietrich, Mertins, Boehn und von Heyer beteiligen.

Die Entschliessung (!!) wird einstimmig angenommen.

Im übrigen müssen wir hier die ehemalige preussische Regierung gegen die Anschuldigungen des Ostmarkenvereins gewissermassen in Schutz nehmen. Es war natürlich unzutreffend, dass die offizielle Regierung damals in der Polenpolitik eine Schwenkung unternommen hat, geschweige überhaupt von der systematischen Polenunterdrückung Abstand nehmen wollte. »Nunquam retrorsum« — erklärte der Kanzler Bethmann Hollweg im Parlament, als ihm solche Vorhaltungen gemacht wurden. Die Wahrheit war, dass die preussische Staatsregierung damals schon die Gewitterwolken des kommenden Weltkrieges kommen sah und es natürlich aus Zweckmässigkeitsgründen nicht für opportun hielt, ihre polnischen Staatsbürger, die sie als Kanonenfutter durchaus schätzte, so kurz vor dem Beginn des Krieges zu verbittern und vor den Kopf zu stossen. Diese Zusammenhänge hat die Nebenregierung des Ostmarkenvereins eben nicht gekannt!

Wenn Preussen-Deutschland in dem Weltkrieg gesiegt hätte, so würden wir ganz bestimmt geradezu eine Orgie des Polenhasse seitens der preussischen Staatsregierung erlebt haben! Und der Ostmarkenverein würde dann gewiss auch wieder zu den höchsten Gnaden gelangt sein! Wir wissen es sehr gut: der alte Tiedemann hat sich während des Weltkrieges für diese Eventualität sorgfältig vorbereitet und hat mit geschäftigem Eifer das habnebüchste Lügenmaterial zusammengetragen. Dass das nun alles jetzt Makulatur geworden ist, schmerzt die edle Seele Tiedemanns sehr, aber er trägt es mit Würde!



### Nachdem die Enteignung ausgeführt war.

Der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer ist der Pressure des Ostmarkenvereins schliesslich unterlegen. Er hat das Enteignungsgesetz in vier Fällen ausführen lassen. Aber dem Moloch des Hakatismus war das zu wenig und so versammelten sich die Herren von dem Hauptvorstand des Ostmarkenvereins am 9. November 1912 im Künstlerhause zu Berlin, Bellevuestr. 3, und beschlossen folgende von Raschdau ausgearbeitete neue Entschliessung an die Regierung:

Der deutsche Ostmarkenverein erkennt in der nunmehr erfolgten Anwendung des Enteignungsgesetzes vom 20. März 1908 den Entschluss der kgl. Regierung, das für die Förderung der deutschen Sache im Osten so segensreiche Ansiedlungswerk fortzuführen, wenn auch die *Art, wie die Enteignung begonnen wurde, nicht ohne Bedenken ist*. Der Verein gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die kgl. Staatsregierung fernerhin das Gesetz in wirksamer und *ausgedehnter Weise* anwenden wird.

Der Verein erkennt gerne an, dass die Besitzbefestigung in den den Ansiedlungsprovinzen benachbarten Gebieten zur Stärkung des Deutschtums beizutragen geeignet ist. Dabei spricht er den dringenden Wunsch aus, dass nicht nur Teile, sondern die ganze Prov. Ostpreussen in das Gebiet des Gesetzes einbezogen wird.

Die aus diesen Massnahmen der Staatsregierung geschöpfte Hoffnung auf die Wiederaufnahme einer kräftigen Ostmarkenpolitik wird leider dadurch beeinträchtigt, dass das nach dem Urteil aller Sachverständigen so dringend notwendige und so oft von der Regierung zugesagte *Parzellierungsgesetz* dem Landtage noch immer nicht vorgelegt ist.

---

## Die Vergiftung der öffentlichen Meinung durch den Ostmarkenverein.

### Wie die Presse bearbeitet wird.

Wir lesen in dem Protokoll der Sitzung des Hauptvorstandes des Ostmarkenvereins vom 27. April 1912 darüber folgendes:

*Raschdau* (II. stellvertr. Vorsitzender des Ostmarkenvereins) berichtet eingehend über die Pressetätigkeit des Geschäftsausschusses. Die Klage darüber, dass nach dieser Richtung hin zu wenig geschehe, sei durchaus unbegründet. Der Einzelne, der nur eine einzige Zeitung lese, sei nicht im Stande zu übersehen, wieviel in dieser Beziehung geschehe. *Auch müsse die Versorgung der Zeitungen mit entsprechenden (!) Artikeln meist in sehr diskreter Weise geschehen, so dass man den betreffenden Artikeln ihren Ursprung nicht ansehen könne.* Abgesehen von der Verbreitung von Artikeln aus der Ostmark, die von zahlreichen Zeitungen nachgedruckt würden, bestehe eine grosse Anzahl von sogenannten Zeitungskorrespondenzen, die dem Verein für die Unterbringung von Artikeln zur Verfügung stehen und die gesamte mittlere und kleine Provinzpresse mit Material versorgen. Die bedeutenden Blätter verlangten allerdings stets *Originalartikel*, aber auch mit diesen, abgesehen von einigen ganz links stehenden Zeitungen, stehe der Geschäftsausschuss in reger Verbindung. Ferner seien allein in den letzten drei Monaten in der Provinzpresse des Ostens 80 verschiedene Originalartikel untergebracht worden; wenn die Auflage dieser Zeitungen auch nicht gross sei, so kämen doch bei der grossen Zahl dieser Blätter diese Artikel in ziemlich weite Kreise. Die fortgesetzte systematische Tätigkeit in der Presse sei für die Verbreitung des Vereins im ganzen Reiche sehr nützlich gewesen.

Von *Tiedemann-Seeheim* verweist auf die verdienstvolle literarische Tätigkeit des Oberst a. D. Cardinal von Widdern und auf seine neueste Broschüre „Das schlafende Heer der Polen.“



So möge man in Deutschland und in der ganzen gesitteten Welt erfahren, in welcher Art u. Weise die öffentliche Meinung hier irreführt und vergiftet wurde durch den „unpolitischen“ Ostmarkenverein und wie die Deutschen gegen die Polen systematisch aufgehetzt wurden.

### Die organisierte Pressekampagne des Ostmarkenvereins.

Die oben von dem Herrn Raschdau im vertrauten Kreise so offenherzig preisgegebenen Schleichwege, auf denen der Ostmarkenverein die öffentliche Meinung in Deutschland irreführt hat, beleuchten besonders wirkungsvoll das unglaublich niedrige Niveau der hakatistischen Ethik. Von autorativster Stelle erfahren wir hier also, dass diese das ganze deutsche Volk gegen die Polen aufhetzenden Artikel in der Zentrale der Nebenregierung angefertigt und im Massenbetrieb an die deutsche Presse versandt wurden, und zwar, wie der Herr Kaiserliche Gesandte z. D. Raschdau versicherte, „so dass man den betreffenden Artikeln ihren Ursprung nicht ansehen könne. Die offizielle preussische Staatsregierung hat dann diese Presseerzeugnisse immer als Ausdruck der öffentlichen Meinung in Deutschland angesehen und sie zu entsprechenden, antipolnischen gesetzgeberischen Massnahmen verwertet. Die Pressebeeinflussung, bezw diese Korruption der öffentlichen Meinung Deutschlands, hat der Ostmarkenverein schliesslich zu einer musterhaft organisierten Einrichtung ausgebaut und damit, mit wirkungsvollster Unterstützung der preussischen Staatsregierung, geradezu verheerende Resultate erzielt. Das Niveau, auf das der Ostmarkenverein schliesslich das Gros der deutschen Presse erniedrigt hat, hat niemand besser charakterisiert, wie der bis zum famosen Brest-Litowsker sogenannten Frieden in Berlin wirkende bekannte polnische Politiker W. Feldman, der hier dem werdenden polnischen Staat den Boden bereitete. Wir zitieren aus Feldmans Schrift: Vor der Neuen Teilung Polens. Offenes Schreiben an Herrn D. Friedrich Naumann, M. d. R. 13. Februar, 1918 — folgenden diese Verhältnisse kennzeichnenden Passus: „Wieviele Verunglimpfungen u. Rohheiten seitens der deutschen Presse muss in Deutschland ertragen, wer Pole ist! In welchem Tone wird in einem grossen Teil dieser deutschen Presse von der polnischen Nation, vom polnischen Charakter, von polnischen Grössen, von polnischen Ministern gesprochen! Wenn man dazu verdammt war, jeden Morgen einige Dutzend Ausschnitte aus deutschen Zeitungen zu lesen, ist man schon vergiftet für den ganzen Tag. Und sage man nicht, dass diese Barbareien *nur* aus dem alldeutschen Rinnstein fliessen. Es gibt bei jedem Volk ein Kulturniveau, das jeden Gebildeten verpflichtet; es gibt manche Denk- u. Redeweisen, die ebenso wie in einer Kirche, auch im gedruckten Wort nicht möglich sind: hier sind sie an

der Tagesordnung. Roheit oder absichtliche Provokation? Nein, das ist „Politik“. Politik, die dazu führt — was einem unbegreiflich scheint — dass es in einem Kulturlande eine Menge Leute gibt, die Tag und Nacht darüber nachdenken, wie ein benachbartes Volk zu quälen, zu drangsalieren, zu zerstückeln ist.“ — Ostmarkenverein und preussische Staatsregierung, „bei gleichen Zielen den gleichen Weg“ gehend, haben diese Verrohung u. Verwilderung des Kulturniveaus eines sehr grossen Teiles der deutschen Presse auf dem Gewissen!

Der Ostmarkenverein suchte gleich von Anfang an Anschluss an die Presse zu bekommen, und zwar genügten ihm das „Posener Tageblatt“, der „Graudenzener Gesellige“ und die der Bismarckfronde ergebenden Zeitungen nicht; man suchte und fand Abnehmer auch in Blättern anderer politischer Richtung. So wurde die liberale „Vossische Ztg.“ unter Stephany's Leitung sehr früh für die Polenhetze gewonnen. Mit der Zeit wurde es deren mehr: Sogar in das als ultra liberal bekannte „Berliner Tageblatt“ wurden Kukukseier Tiedemannscher Zucht zur Ausbrütung gelegt. An die Zentrums Presse konnte der Ostmarkenverein lange Zeit trotz eifrigen Bemühens nicht herankommen, denn seine protestantisierenden Tendenzen waren dem Zentrum und seiner Presse nur zu bekannt. So schuf man, wie schon erwähnt, mit Hilfe der Posener Regierung eine Anzahl unter katholischer Flagge steuernder Beamtenvereine mit der sattsam bekannten „Katholischen Rundschau“ als Organ. Man befolgte eben im lakatistischen Lager hinsichtlich des Zentrums eine Taktik, die der langjährige Generalsekretär des Ostm. Ver. für die Prov. Posen, Vossberg, in der Sitzung des Hauptvorstandes des Ostm. Ver. vom 4. März 1910, so schön zum Ausdruck gebracht hatte:

Eine erfolgreiche *Bekämpfung des Zentrums* ist nur möglich durch die Vereine deutscher Katholiken.

Die erwähnten, aus Lehrern, kleineren und mittleren Beamten und anderen von der Regierung und der Nebenregierung abhängigen Leuten bestehenden Vereine deutscher Katholiken und ihr Organ, die „Katholische Rundschau“, die von der Posener Regierung finanziell unterstützt wurde, betätigen sich in der Bekämpfung des Zentrums und in der Störung des Friedens in den katholischen Gemeinden des Posener Landes.

Wie gross die Gefolgschaft des Ostmarkenvereins schon nach seinem noch nicht ganz 10-jährigen Bestehen war, und welche deutschen Zeitungen ihm folgten, erfahren wir aus folgender Darstellung.



## Die ersten Anfänge der Entente cordiale zwischen Ostmarkenverein und den galizischen Ruthenen.

Im Jahre 1903 knüpfte der Ostmarkenverein eine interessante Korrespondenz mit den Führern der radikalen, sozialistisch angehauchten Organisation der galizischen *Ruthenen* an. Es hatte sich in Wien ein „Ruthenisches Press-Comitee“ gebildet, dessen Obmann, ein Herr Johann Tywanowicz, am 23. März 1903 den Ostmarkenverein um Rat und Unterstützung anrief, um die galizischen Polen mit Hilfe der deutschen Presse zu bekämpfen. Der Ostmarkenverein erklärt sich mit Freuden dazu bereit und richtet an das genannte „Press-Comitee“ eine Antwort, die ich hier in den Hauptzügen wörtlich wiedergebe:

Berlin, 20. April 1903.

An das Ruthenische Press-Comitee  
Wien III, Grusongasse 3, Th. 15.

Hochgeehrte Herren!

Aus Ihrem Schreiben vom 28. März habe ich und die leitenden Herren des Deutschen Ostmarkenvereins zu unserer grossen Genugtuung ersehen, dass Sie einen Pressausschuss gebildet haben, der sich die Aufgabe stellt, die westeuropäische Presse mit Mitteilungen über die polnischen Machenschaften zu versehen. Wir halten diesen Gedanken für einen ungemein glücklichen und können Ihnen im Interesse unserer gemeinsamen Sache (sic!) nur den Rat geben, die Durchführung dieses ausgezeichneten Planes mit allen Kräften zu betreiben und, wenn es Ihre Mittel irgend erlauben, die Sache gleich im grossen Stile anzufangen.

Es folgen dann Ratschläge, betreffend Herausgabe einer französischen und italienischen Übersetzung einer ruthenischen Schmähbroschüre „Polonia irridenta“ und Anknüpfung von Beziehungen „mit den grossen belgischen, französischen und italienischen Blättern“, und dann heisst es weiter:

Was im Besonderen die deutsche Presse angeht, so erlaube ich mir Ihnen zu raten, dass Sie in erster Linie nur die grossen politischen Blätter berücksichtigen und unter diesen wieder solche, die auf deutsch-nationalem Boden stehen, da diese am ehesten und gern Ihre Mitteilungen aufnehmen werden. Vielleicht lassen Sie als Einleitung für Ihr Unternehmen ein Rundschreiben an die in Frage kommenden deutschen Zeitungen ergehen, in dem Sie kurz den Zweck Ihres Vorhabens auseinandersetzen und die

betr. deutschen Zeitungen im ruthenischen und im deutsch-nationalen Interesse (sic!) um Unterstützung Ihres Planes bitten.

Wenn Sie es wünschen, bin ich auch gern bereit, an die deutschen Zeitungen eine Aufforderung des Deutschen Ostmarkenvereins ergehen zu lassen und sie um Berücksichtigung Ihrer Mitteilung zu bitten.

Ich möchte Ihnen nun vorschlagen, folgende deutsche Zeitungen zu berücksichtigen:

Deutsche Zeitung, Tägliche Rundschau, Die Post, Nordd. Allgem. Ztg., Berliner Neueste Nachr., Nationalztg., Berliner Tageblatt, Berliner Börsenztg., Der Reichsbote, Neue Preussische Ztg., Staatsbürgerzeitung.

Die Zeitungen: Berliner Lokal-Anzeiger, Der Tag und die Volksztg. zu beschicken, hat keinen Zweck: die beiden ersten kommen für ernstere politische Sachen überhaupt nicht in Frage (!) und die Volksztg. drückt die Polen gern an ihr freisinnig-demokratisches Herz.

Von weiteren deutschen Zeitungen ausserhalb Berlin empfehle ich Ihnen folgende:

Kattowitzer Ztg., Schlesische Ztg. — Breslau, Posener Tageblatt; Posener Ztg., Bromberger Tageblatt, Ostdeutsche Rundschau — Bromberg, Der Gesellige — Graudenz, Ostpreussische Ztg. — Königsberg, Magdeburgische Ztg., Leipziger Tageblatt, Leipziger Neueste Nachrichten, Dresdener N. Nachrichten, Hannoverscher Courier — Hannover, Hamburger Nachrichten, Hamburgischer Korrespondent, Weser Ztg. — Bremen, Kölnische Ztg., Münchener Neueste Nachrichten, Allgemeine Ztg. — München, Rheinisch-Westfälische Ztg. — Essen.

Ich wünsche Ihrem Unternehmen von Herzen einen schönen Erfolg und bin gern bereit, Ihnen mit weiterem Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung  
gez. Dr. Bovenschen.

Damit wurde die hakatistisch-ruthenische (ukrainische) Intrige eingefädelt. Wir werden hierauf noch an einer anderen Stelle näher eingehen.

Schon vor 10 Jahren war also eine ganz stattliche Anzahl von Zeitungen für die Brunnenvergiftung des Ostmarkenvereins gewonnen. Seit dieser Zeit ist sie noch gestiegen. Die regel- und planmässige Bearbeitung der Presse besorgen ausser den bezahlten Generalsekretären: Schoultz (28) in Berlin, Vossberg (38) in Posen, noch: General v. Paczensky in Breslau, Oberst Schreiber (110) in Danzig, Hauptmann Boehm (130) in Königsberg, die Mitglieder des Hauptvorstandes Raschdau (32), Cardinal v. Widdern (106) und Wagner (31), der Redakteur der »Ostmark« Dr. Hunkel



(107), ausserdem eine Reihe hakatistischer Leuchten der Wissenschaft wie Prof. Bernhard, Prof. Hötsch, Dr. Zechlin, Dr. Albert Dietrich, Prof. Dietrich Schäfer, Dr. Swart, Dr. Wilhelm Christiani, Dr. Erich Keup, Dr. Wegener und viele andere, die für Geld und gute Worte gewonnen wurden.

Der greise Polenhasser Oberst a. D. Cardinal v. Widdern ist unermüdlich in der Herstellung von giftigen antipolnischen Artikeln und Broschüren, den »diplomatischen« Dienst bei der Presse versieht der kaiserliche Gesandte z. D. Raschdau; 38a-Posen bearbeitet systematisch die »Schlesische Ztg.«; die Presse in Westfalen-Rheinland der Polizeiinspektor Goehrke-Bochum. Seine amtlichen Berichte schickt er an die Nebenregierung, wie schon einmal erwähnt, — als Dienstsachen in »Frei laut Avers«. Couverts.

Sehr interessant, insbesondere für alle diejenigen, die an dem publizistischen Nachrichtendienst beteiligt sind, ist die Tatsache, dass das offizielle »Wolffs Telegraphenbureau« dem Ostmarkenverein beigetreten ist.

In dem Protokoll der Sitzung des Geschäftsausschusses des Ostmarkenvereins vom 15. April 1913 heisst es wörtlich:

Nr. 16 des Protokolls: 28 (scil. Generalsekretär Schoultz) teilt mit, dass das *Wolff'sche Telegraphenbureau* A. G. dem Verein als korporatives Mitglied beigetreten sei.

Nichts kennzeichnet so den heimlich-amtlichen Charakter der Nebenregierung des Ostmarkenvereins, wie eben die interessante Tatsache, dass das öffentlich-amtliche Wolffsche Telegraphenbüro der Nebenregierung als korporatives Mitglied beigetreten ist und dass die offizielle preussische Staatsregierung ihre amtliche Nachrichteneinrichtung in den Dienst der Polen-ausrottung gestellt hat.

Über die Art, wie das Pressebureau des Ostmarkenvereins arbeitet, erfährt man aus den Protokollen des Geschäftsführenden Ausschusses noch folgendes:

Sitzung vom 4. März 1910: v. Paczensky schlägt Subventionierung der schlesischen Lokalzeitungen vor, damit man dieselben für die Sache des Ostmarkenvereins gewinne. (Also Bestechung! D. Verf.)

Wagner empfiehlt, es mögen in Westpreussen alle Ortsgruppen auf das »Ostdeutsche Volksblatt« und die »Katholische Rundschau« (!) abonnieren. Raschdau stellt fest, dass in letzter Zeit in den kleinen Kreisblättern der Provinz Posen über 100 vom Ostmarkenverein übersandte Artikel erschienen sind.

### Eine charakteristische „Richtigstellung“.

Der Professor der Posener Akademie, Waldemar Mitscherlich, ein guter und strammer Deutscher, hat in Schmoller's Jahrbuch 1911, Heft 4, einen Aufsatz unter dem Titel: »Die Irrtümer über das wirtschaftliche Vordringen der Polen« gebracht, in dem er auf Grund von Resultaten der Berufszählungen von 1882, 1895 und 1907 Vergleiche der wirtschaftlichen Machtstellung der Deutschen und Polen anstellt und einen prozentuellen Rückgang der wirtschaftlichen Machtstellung der Polen feststellt, wodurch die betreffenden tendenziösen Übertreibungen der hakatistischen Presse über den angeblich gefährlichen wirtschaftlichen Kraftzuwachs der Polen widergelegt wurden. Er hält deshalb die Anwendung des Enteignungsgesetzes aus Gründen der garnicht vorhandenen Gefährdung der Provinz Posen durch die Polen für überflüssig.

Die wirtschaftlichen Untersuchungen Mitscherlichs sind dem Ostmarkenverein sehr unbequem, der Verfasser soll widerlegt werden.

In dem Protokoll der Sitzung des Geschäftsausschusses des Hauptvorstandes des Ostmarkenvereins vom 2. Januar 1912, an der die Herren 23, 31, 122, 124, 126, 129, 27a, 107 und 28 teilgenommen haben, lesen wir unter Nr. 5 folgenden Vermerk:

Es wurde zur Kenntnis genommen die Erklärung von 38a, dass er gegen den Artikel von Mitscherlich eine Entgegnung in dem »Lokalanzeiger« bringen wird. 107 (Dr. Hunkel) wird eine ausführliche Antwort für die »Kölnische Ztg.« und eine kurze Entgegnung in den dem Ostmarkenverein nahestehenden Zeitungen bringen.

(Natürlich sollten alle diese Entgegnungen anonym gebracht werden. D. Verf.)

Die kurze Entgegnung von 107 wurde auch unter dem Titel »Ein gefährlicher Irrtum« am 4. Januar 1912 an viele Zeitungen mit dem Vermerk: »Der verehrlichen Schriftleitung mit der Bitte um Abdruck« gesandt, und auch wirklich abgedruckt. Es wurde in derselben Professor Mitscherlich »falsche Beweisführung« und »durchaus unzutreffende Schlussfolgerungen« vorgeworfen, gegen die »demnächst auf wissenschaftlichem Boden von zuständiger Seite entgegengetreten werden soll«.

Es scheint mit der »Wissenschaft« dieser Herren nicht weit her gewesen zu sein, denn im Protokoll des Geschäftsausschusses vom 23. Januar 1912 lesen wir darüber unter Nr. 4 der Tagesordnung:

Der Artikel von 38a zu Mitscherlich's Aufsatz in Schmollers' Jahrbuch 1911, Heft 4 »Die Irrtümer über das wirtschaftliche Vordringen der Polen«, welcher in der Tagespresse nicht unterzubringen war, soll 38a mit einem persönlichen Dank durch 107 (Dr. Hunkel) zurückgeschickt werden.



Der »wissenschaftliche Boden« der Nummer 38a muss also sehr löcherig gewesen sein, wenn sein betreffender Artikel in der Tagespresse nicht unterzubringen war.

Über andere Pressewühlereien des Ostmarkenvereins geben die folgenden Protokolle Aufschluss, die hier in chronologischer Reihenfolge wörtlich wiedergegeben werden, und insbesondere zeigen sollen, womit sich der »unpolitische« Ostmarkenverein speziell beschäftigt hat.

Sitzung vom 13. Februar 1912.

32 (Raschdau) berichtet über das Buch von Nicaise »Polonais et Allemands« und schlägt vor, eine Beantwortung desselben an das »Institut de France« zu schicken.

Sitzung vom 27. Februar 1912.

31 (Wagner) erklärt sich bereit, die Zulässigkeitserklärung der Eintragung eines Veräußerungsverbots an Deutsche beim Verkauf polnischer Grundstücke seitens des Reichsgerichts einer Kritik in einer juristischen Zeitung zu unterziehen.

Sitzung vom 5. März 1912.

107 (Dr. Hunkel, Redakteur der »Ostmark«) soll wegen des Urteils des Reichsgerichts über die deutsche Klausel beim Verkauf von Grundstücken unter den Polen Aufklärung in die Presse bringen und auf die Gefahr für unser Deutschtum aufmerksam machen.

Sitzung vom 16. April 1912.

In betreff der Vorschläge des westpreussischen Provinzialverbandes (des Ostmarkenvereins) auf *Beeinflussung der Presse* wurde festgestellt, dass der Hauptvorstand schon längst das Seinige getan hat (!).

Sitzung vom 30. April 1912.

Besprechung des Vorschlags von 109a (scil. Prof. Dietrich — Posen) betreffend ein Audienzgesuch bei 61 (Reichskanzler) und 58 (dem Kaiser!). Es wurde beschlossen, den Erfolg der in der Presse veröffentlichten Entschliessung vom 27. April abzuwarten.

Es handelte sich hier um die erneute Forderung der sofortigen Ausführung des Enteignungsgesetzes.

Sitzung vom 7. Mai 1912.

23 (Tiedemann) teilt den Grund mit, weshalb die »Kreuztg.« unsere Kundgebung vom 27. April nicht aufgenommen hat. Im Landwirtschaftsministerium wurde demselben gesagt, dass 73 (Schorlemer) nicht erklärt hätte, nur Grundstücke zu enteignen, welche von deutschen in polnische Hände übergegangen sind.

Sitzung vom 14. Mai 1912.

Die Entscheidung der Wahlprüfungskommission, dass in polnischer Sprache abgefasste Stimmzettel gültig sind, soll in der Presse einer gebührenden Kritik unterzogen werden.

Sitzung vom 14. Mai 1912.

Es wird beschlossen, den »Deutschen Osten« bei Issleib in Berlin in 500 Exemplaren zu drucken. Er soll an 250 Zeitungen und grössere Ortsgruppen verschickt werden.

Dieser Beschluss bezieht sich auf die Verhandlungen in der Gesamtausschusssitzung des Ostmarkenvereins vom 27. April 1912. In dem hier schon öfters zitierten Protokoll dieser Sitzung lesen wir darüber zu Punkt 5 der Tagesordnung, nach Erledigung einiger administrativer Angelegenheiten, folgendes:

Durch neue eingehende Debatten, an der sich die Herren von Tiedemann, Schoultz, von Heyer, Raschdau, Albert, Dietz, von Paczensky und Hunkel beteiligen, wird beschlossen, eine Zeitungskorrespondenz unter dem Namen »Der Deutsche Osten« herauszugeben und die Mittel für Herausgabe eines ostmärkischen Jahrbuches aus einem besonderen Fonds bereit zu stellen.

von Tiedemann schlägt vor, zur Aufklärung der weitesten Kreise die Erklärung zu Punkt 2 der Tagesordnung (scil. sofortige Ausführung des Enteignungsgesetzes) nicht nur durch die »Ostmark« und die nationale Presse, sondern durch ein besonderes Flugblatt, in dem das Verhalten der Regierung in der Enteignungsfrage eingehend dargestellt und das Vorgehen des Vereins motiviert wird, zu verbreiten.

von Heyer ist dafür, ein solches Flugblatt nicht vor Schluss des Abgeordnetenhauses herauszugeben.

Es wird demgemäss beschlossen und dem Geschäftsausschuss anheimgestellt, zu einem geeigneten Zeitpunkt das Flugblatt zu veröffentlichen.

Sitzung des Geschäftsausschusses vom 10. Sept. 1912.

31 (Wagner) berichtet über seine Verhandlungen mit Prof. William Thomas aus Chicago, der ein Werk über die Psychologie der slavischen Völker, darunter auch der Polen, bearbeitet und sich auf Grund des »Polenspiegels« wegen Beschaffung von Material an 31 gewandt hatte. 31 wird die weitere Verbindung mit Prof. Thomas aufrecht erhalten.

(Es sei hier bemerkt, dass der Herr Prof. Thomas aus Chicago sich zu gleicher Zeit persönlich auch an den Verfasser dieses Buches um Material über die Polen gewandt hat. D. Verf.)



Sitzung vom 15. Oktober 1912.

32 (Raschdau) verliest einen Artikel aus den »Danziger Neuesten Nachr.« vom 11. Oktober »Die Polen und die Kirche« und weist auf die erfreuliche Regsamkeit des »Vereins deutscher Katholiken« (!) hin.

Sitzung vom 19. November 1912.

Besprechung des Artikels von Prof. Ungewitter „Nochmals Ostpreussen und das Besitzbefestigungsgesetz“ aus der »Königsberger Allgemeinen Ztg.« Es wird beschlossen, den Abzug des Artikels mit einem Begleitschreiben des Hauptvorstandes an den Reichskanzler, an alle Minister, an den Chef des Geheimkabinetts des Kaisers, Unterstaatssekretär Wahnschaffe, an den Geheimen Oberregierungsrat Ganse, an alle Landtagsabgeordnete aus den östlichen Provinzen und die Führer der konservativen und nationalliberalen Partei des Abgeordnetenhauses zu schicken.

Und in derselben Sitzung.

121 (Schulrat Sakobielski-Coepenick) regt an, mehr wie bisher Artikel in die Provinzialpresse zu lancieren und *namentlich die Presse in den Universitätsstädten zu bearbeiten*. (Damit auch schon die studierende Jugend mit dem Menschenhass des Ostmarkenvereins durchtränkt und vergiftet werde. D. Verf.) Es wird weiter beschlossen, 2 Flugblätter: 1) »Was ist und was will der Ostmarkenverein« und 2) »Die praktische Arbeit des Ostmarkenvereins« in je 20 000 Exemplaren drucken zu lassen.

Sitzung vom 10. Dezember 1912.

Auf Antrag von 31 (Wagner) wird beschlossen, das Boykott-Flugblatt an alle Zeitungen in den Provinzen Posen und Westpreussen zu senden und die Oberpräsidenten, die Regierungspräsidenten, die Korpskommandos sowie die Spitzen der Post-, Eisenbahn- und Gerichtsbeamten aufzufordern, die ihnen unterstellten Beamten anzuweisen, die Polen zu boykottieren.

31 (Wagner) erklärt sich bereit, das Boykottflugblatt auszuarbeiten, 106 (Cardinal v. Widdern) will den Aufruf an die Militärbehörden und 32 (Raschdau) an alle übrigen Behörden ausarbeiten.

Die Beschlussfassung über den Antrag des westpreussischen Landesausschusses des Ostmarkenvereins, betr. die Herausgabe einer kassubischen Zeitung mit deutscher Tendenz und deren Gratisverteilung unter das kassubische Volk, wird zurückgestellt.

Sitzung vom 27. Dezember 1912.

23 (v. Tiedemann) berichtet, dass der vom Ostmarkenverein organisierte Boykott ausserordentlich gelungen sei.

31 (Wagner) regt an, den Boykott auch auf die polnischen Kaufleute und Gewerbetreibenden in Berlin (!) auszudehnen. Zu dem Zwecke sollen Artikel an die vorstädtischen Zeitungen versandt werden. Die Berliner Ortsgruppe soll feststellen, in welchen Berliner Vorstädten die meisten Polen leben.

Besprechung der von der Presse gemeldeten weiteren Verzögerung des Parzellierungsgesetzes.

Es wird beschlossen, *durch fortgesetzte Bearbeitung der Presse einen Druck auf die Regierung auszuüben.*

Sitzung vom 22 Januar 1913.

Nr. 10 der Tagesordnung. Die Ortsgruppe Osterode berichtet über die Gründung eines polnischen Warenhauses daselbst. Es wird der Ortsgruppe aufgetragen, durch einen Artikel in der »Osteroder Zig.« darauf aufmerksam zu machen; zwecks Entfernung eines Reklameschildes des polnischen Warenhauses vom Bahnhof soll 130 (der Geschäftsführer Hauptmann a. D. Böhm) die entsprechenden Schritte bei der Eisenbahn-Direktion Königsberg tun.

Sitzung vom 4. März 1913.

Nr. 7 der Tagesordnung. Besprechung des Artikels von 32 (Raschdau): »Die polnische Frage in Preussen« in dem Wochenblatt »Deutsch-Österreich«. (Dieser Artikel wurde von dem Verfasser, durch Vermittelung des Ostmarkenvereins, an alle Minister in Preussen und auch nach Österreich verschickt! D. Verf.)

Sitzung vom 18. März 1913.

Nr. 5 der Tagesordnung. Besprechung des Aufsatzes von Siegismund v. Chłapowski-Turew. 38b (Vossberg-Posen) soll Auskunft geben, wann die von dem Posener Provinzialverband (des Ostmarkenvereins) veranlasste Entgegnung erscheinen wird.

Ganz in dieselbe Zeit fällt eine interessante Korrespondenz zwischen dem Ostmarkenverein und der Redaktion der vornehmen Zeitschrift »Der März«. In derselben erschien ein Artikel von dem bekannten Berliner Journalisten Hermann Kötschke, einem aufrechten deutschen Demokraten, welcher die ganze Polenpolitik der preussischen Regierung und namentlich ihre Ansiedlungspolitik und auch die Auswüchse der Nebenregierung einer vernichtenden Kritik unterzog. Dagegen wandte sich der Redakteur der von der Nebenregierung herausgegebenen Korrespondenz Dr. Hunkel in einem höchst minderwertig geschriebenen Artikel »Die bösen Hakatisten«. Der Artikel wurde von der Redaktion des »März« als untauglich zurückgesandt, worauf Dr. Hunkel sich mit folgender Randbemerkung tröstete:



Das ist nicht wunderbar und war von vornherein eigentlich nicht zweifelhaft. Die Simplizissimuskreise sind rein negativ und werden es immer bleiben. 107.

Und diese Ansicht hat der »Diplomat« des Ostmarkenvereins Raschdau wie folgt bestätigt:

Im Übrigen haben Sie recht; die Leute wollen nicht belehrt werden.

Wie schon erwähnt, hat der Ostmarkenverein es verstanden, sich auf einer Hintertreppe Eintritt in die Redaktion des »Berliner Tageblattes« zu verschaffen. Es wurden in das »Berliner Tageblatt« Nachrichten lanciert, von denen wohl selbst die Redakteure nicht ahnten, dass sie hakatistischen Ursprungs waren.

So schreibt ein jüdischer Amssrichter Sonntag-Kattowitz, ein überaus eifriges Mitglied des Ostmarkenvereins, an Herrn v. Tiedemann-Seeheim:

Kattowitz, den 9 Oktober 1910.

Sehr verehrter Herr Major!

Es ist mir gelungen, die Redaktion des Zentralmarktes für Grundstücksverkehr (einer Beilage des »Berliner Tageblatt«) zur Annahme zweier Aufsätze über »Das Vordringen des polnischen Grundbesitzes in der Ostmark« zu bewegen. Ich soll allerdings ohne Polemik schreiben, aber immerhin ist es doch wichtig, dass gerade die Leserkreise des B. T. von diesem Vordringen einmal etwas Zusammenhängendes erfahren. Es fehlt mir jedoch an statistischem Material nach Jahrgängen und glaube auch im Interesse der Sache Euer Hochwohlgeboren mit der ergebenen Bitte lästig fallen zu dürfen, mir dieses, sei es aus dem Archiv des O. M. V. oder sei es durch eine Fürsprache bei der Ansiedlungskommission, gütigst verschaffen zu wollen...

Ich habe die Ehre zu zeichnen

mit vorzüglicher Hochachtung  
Euer Hochwohlgeboren  
ergebenster

Sonntag.

Darauf erfolgt folgender von Tiedemann veranlasster Bescheid des Posener Geschäftsführers:

Das amtliche Material ist in den »Statistischen Jahrbüchern für den preuss. Staat« veröffentlicht. Auf die Nachrichten in der Presse ist absolut kein Verlass, wie die jüngsten Veröffentlichungen der Korrespondenz »Der Osten« bewiesen haben. Auch die A.-K. (d. h. Ansiedlungskommission) hat anderes Material nicht. 38b.

13. X. 10.

### Anonyme Denunziationen Tiedemanns beim Kaiser.

In der Nr. 18 des vom Ostmarkenverein zur systematischen Verhetzung der deutschen Presse herausgegebenen Zeitungskorrespondenz »Der Deutsche Osten«, die wöchentlich ca. 12–15 fertige, gegen die Polen gerichtete Artikel und Notizen bringt und an über 250 Zeitungen verschickt wird, erschien ein gehässiger, gegen den Fürsten Radziwiłł, den Vorsitzenden der Polenfraktion im Reichstage, gerichteter Artikel. Die verwandtschaftlichen Beziehungen der Radziwiłłs zu den Hohenzollern und ihre gesellschaftliche Stellung in Berlin mögen wohl wie einst den Fürsten Bismarck auch seinen Epigonen in Seeheim gereizt haben.

Es schrieb nämlich Herr v. Tiedemann an sein Berliner Bureau:

Bitte Nr. 18 des »Deutschen Ostens« mit Artikel »Fürst Radziwiłł« angestrichen — *im Umschlage ohne Aufdruck* an Exzellenz v. Valentini zu senden. (scil. Chef des Zivilkabinetts des Kaisers. D. Verf.)

23.

(scil. v. Tiedemann.)

Welchen Erfolg die Denunziation Tiedemanns gehabt hat, lässt sich natürlich nicht feststellen. Offenbar hat er aber an diesem seinem Trick Gefallen gefunden, denn kurz darauf kommt die zweite Auflage.

In der genannten Zeitungskorrespondenz »Der Deutsche Osten« (Nr. 40 vom 1. Oktober 1913) finden wir folgende Tatarennachricht:

„do.“ (Ursprungszeichen für »Deutsche Osten«. D. Verf.)

#### Polnische Kundgebungen in Posen.

Wie die Schles. Ztg. mitteilt, ist es in Posen wieder einmal zu einer Kundgebung gekommen. Das ist den Polen dort im Laufe des letzten Jahres ja schon zu einer lieben Gewohnheit geworden. Bei einer Zirkusvorstellung wurden bei der Vorführung von Reklamelichtbildern die polnischen Firmen, die ihre Waren nur in polnischer Sprache anpriesen, von den zahlreich erschienenen Polen mit brausenden Kundgebungen begrüßt. Als aber später Bilder der kaiserlichen Familie, sowie Bismarcks, Moltkes usw. vorgeführt wurden, die wieder die Deutschen bejubelten, demonstrierten die Polen durch schrille Pfiffe. Bei der Dunkelheit im Zirkus konnte keiner der polnischen Frechlinge ermittelt werden.

Dahin sind wir bei dem gegenwärtigen Regime, das alle Zügel am Boden schleifen lässt, also glücklich gelangt, dass in Posen bei einer öffentlichen Vorführung Bilder der kaiserlichen Familie ausgepiffen werden! Man



ist sich doch hoffentlich an den leitenden Stellen darüber klar, dass es viel leichter ist, solche Zustände einreissen zu lassen, als später wieder der Staatsautorität und der kaiserlichen Familie die gebührende Achtung zu verschaffen.«

Man achte nun auf die folgenden Zusammenhänge: Als Quelle der vorstehenden Nachricht wird die »Schlesische Zeitung« angegeben, der Posener Korrespondent der »Schlesischen Zeitung« ist aber die bekannte Nummer 38a, eine Kreatur des Ostmarkenvereins. Die Nachricht war natürlich von Anfang bis Ende erlogen, und sollte die Nationalitäten gegeneinander aufhetzen. Von polnischer Seite wurden in Posen Ermittlungen angestellt, die ergaben, dass damals in Posen weder eine Zirkusvorstellung noch eine Demonstration stattgefunden hat. Aber das Gift Tiedemanns muss trotzdem gewirkt haben, denn die Nachricht des »Deutschen Ostens« war bereits an 250 deutsche Zeitungen weitergegeben worden.

Tiedemann hat nun die von dem Korrespondenten der »Schlesischen Zeitung« erfundene und von dem »Deutschen Osten« an 250 deutsche Zeitungen weitergegebene Nachricht von der erlogenen Zirkusdemonstration der Posener Polen

**zu einer falschen Denunziation an den Kaiser**  
verwertet.

Am 2 Oktober 1913 schreibt er an 107, d. h. an Dr. Hunkel, Redakteur und Herausgeber des »Deutschen Ostens«:

Bitte Nr. 40 des »Deutschen Ostens« mit rot angestrichener 373 (Polnische Kundgebungen in Posen) an Exzellenz von Valentini in neutralem (!) Couvert zu senden.

»Im Umschlag ohne Aufdruck« heisst es in dem ersten, »im neutralen Couvert« heisst es im zweiten Schreiben. Es handelt sich also um nichts anderes als um *anonyme* Denunziationen!

Dem famosen »Rechtsritter« des Johanniter-Ordens v. Tiedemann-Seeheim ging völlig das Bewusstsein ab, dass er mit dieser anonymen Denunziation eine ganz unehrenhafte Tat begeht. So weit war schon damals die ethische und moralische Verwilderung bei den »Führenden der Nation« in Preussen gediehen! Wundert sich da noch jemand in Deutschland, dass derartige Führer die Nation in einen Abgrund hineinsteuern *mussten!*

Zum Schluss dieses Kapitels über die Pressetätigkeit der Nebenregierung noch eine falsche Mledung über

### **„Polnische Heimlichkeiten“.**

Der kurz vor dem Kriege nach Odessa und von dort nach Konstantinopel versetzte, hier öfters genannte Sekretär des kaiserl. deutschen

Konsulats in Lemberg, Fauter, der im Nebenamte die Geschäfte des Ostmarkenvereins in Galizien besorgte und dessen von Beleidigungen der Polen und Galiziens strotzende Korrespondenz mit dem Ostmarkenverein noch wiedergegeben werden soll, berichtete in einem an den Generalsekretär des Ostmarkenvereins Schoultz gerichteten Briefe vom 29. Oktober 1913 u. a. folgendes:

In Lembergs Umgegend haben (von den Zeitungen nicht gemeldet) grössere Feldübungen der polnischen Sokols, Scouts und Schützengesellschaft am vergangenen Sonntage (26. X.) stattgefunden.

Dass die Zeitungen darüber nichts melden, muss seinen Grund haben. Es wäre also ganz gut in deutschen Zeitungen einen Vermerk zu bringen. (»Wie wir von vertrauenswürdiger Seite aus Galizien erfahren haben« u. s. w.) Sonst nichts Neues!

Mit treudeutschem Gruss

Ihr ergebener  
W. Fauter.

Der gute Mann hat sich hier eine bewusste Unwahrheit geleistet, denn über diese »Felddienstübungen« haben die Lemberger polnischen Blätter ausführlich berichtet und der Verfasser dieses Buches hat in der Nr. 255 seines »Dziennik Berliński« eine Beschreibung, auf Grund der Berichte der Lemberger Blätter, gebracht.

Trotzdem hat der Generalsekretär des Ostmarkenvereins diese falsche Meldung seines Lemberger Informators aus dem dortigen deutschen Konsulat zu einer neuen Verdächtigung der Polen in der deutschen Presse verwertet.

In seinem Antwortschreiben an Fauter vom 10. Nov. 1913 teilt er ihm wörtlich folgendes mit:

Ihre Mitteilungen über die neuerlichen Felddienstübungen der Sokols und Scouts sind für den »Deutschen Osten« verwertet worden.

Und richtig wurde in der Nummer des »Deutschen Ostens« vom 19. November 1913 die tendenziöse Meldung des Lemberger Konsulatsekretärs Fauter unter dem Titel »Polnische Heimlichkeiten« mit folgenden »ad usum Delphini« bestimmten Begleitbemerkungen wiedergegeben:

»Ganz im Gegensatz zu ihren sonstigen Gepflogenheiten haben die polnischen Zeitungen darüber kein Wort verlauten lassen.

Sollten die österreichischen Behörden endlich die Tatkraft gefunden haben, gegen die *offene Vorbereitung des*



*polnischen Volksaufstandes* (!) mitten im Frieden Stellung zu nehmen?»

So entstehen sensationelle in der Presse ganz Deutschlands verbreitete Nachrichten über die »offene Vorbereitung des polnischen Aufstandes«, welche von den polnischen Zeitungen »absichtlich verschwiegen werden«. Und überdies wurden die von dem Sekretär des deutschen Konsulats in Lemberg bei dem Ostmarkenverein denunzierten Feldübungen der polnischen Schützen in Galizien unter dem Auge der k. u. k. Militärbehörden und mit Wissen der Regierung aufgeführt. Aus diesen Formationen sind beim Ausbruch des Krieges die polnischen Legionen gegen Russland hervorgegangen!

## Verschiedenes aus den Sitzungsprotokollen des Ostmarkenvereins.

In dem Hauptquartier der Nebenregierung zu Berlin, zuletzt Bayreuther-Strasse 13, das wie eine wirkliche Behörde mit Dezernenten, Bürovorstehern, Schreibern und anderem Hilfspersonal versehen sind und dessen Bürozimmer mit Büchern und Akten vollgepfropft sind, befinden sich auch besondere Fascikel mit den Sitzungsprotokollen des Gesamtausschusses und des Geschäftsausschusses des Hauptvorstandes, daneben auch Abschriften von Sitzungsprotokollen der Geschäftsausschüsse der Provinzialvorstände für Posen, Westpreussen, Ostpreussen, Schlesien und der im Jahre 1913 neugebildeten Geschäftsstelle für das Ruhrgebiet, welcher die Kontrolle und Spionage der nach Westfalen und dem Rheinland verschlagenen polnischen Arbeiterbevölkerung obliegt.

Uns interessieren hier hauptsächlich die Protokolle, oder wie sie jetzt strengdeutsch heissen, die Niederschriften der jedes Jahr einmal stattfindenden Sitzungen des Gesamtausschusses des Ostmarkenvereins und des Geschäftsausschusses seines Hauptvorstandes, der vor dem Kriege einmal wöchentlich, ausgenommen im Juli und zum Teil auch im August, tagte, da hier eben alle Fäden der von dem »unpolitischen« Ostmarkenverein betriebenen grossen politischen Intrige zusammenlaufen. Der Verfasser dieses Buches hat, dank dem gütigen Walten des Schicksals, über 200 verschiedene Protokolle durchgelesen, da es aber zu weit führen würde, sie alle hier mitzuteilen, so hat er sich nur auf die Jahrgänge 1910—1913 einschliesslich beschränkt und davon 75 abgeschrieben, und zwar 5 Protokolle von Hauptvorstands- und Gesamtausschusssitzungen aus den Jahren 1910, 1911, 1912, 35 Protokolle der gleichen Sitzungen aus dem Jahre 1913, ausserdem noch einige Sitzungsberichte des westpreussischen Geschäftsausschusses. Auch diese im Auszuge wiederzugeben, würde zu weit führen, namentlich in Rücksicht auf die Menge anderen Materials aus den letzten Jahren der Tätigkeit des Ostmarkenvereins, das in dem Buche berücksichtigt werden musste. Es werden hier also



nur die wichtigsten Punkte aus den Sitzungsberichten angeführt, damit die unparteiische aber auch die irreführende öffentliche Meinung in Deutschland und in der ganzen Welt erfahre, womit sich die angeblich unpolitische Nebenregierung in ihren geheimen Zusammenkünften befasste und mit welchen Mitteln der politischen Brunnenvergiftung sie in der Polenfrage stets gearbeitet hat.

Da ich anfänglich daran dachte, die Protokolle in polnischer Sprache, in meiner Tageszeitung, dem „Dziennik Berliński“, wiederzugeben, habe ich einen Teil derselben aus den Originalen gleich ins Polnische übersetzt und die Originalberichte an ihren Platz ins Bureau des Hauptvorstandes des Ostmarkenvereins zurückwandern lassen. Erst später, gegen Ende des Jahres 1913, bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass es nützlicher wäre, zunächst die deutsche öffentliche Meinung über die Machenschaften der hakatistischen Nebenregierung aufzuklären. Und so musste ich die Protokolle aus dem Polnischen ins Deutsche zurückübersetzen, wodurch natürlich eine Wörterschiebung eingetreten sein kann. An den Tatsachen selbst und dem Sinn der hier aufgeführten Protokolle hat sich aber nichts geändert. Das kann ja der Hauptvorstand des Ostmarkenvereins an der Hand der Originale jederzeit feststellen. Aber die Haupt- und Kraftstellen aus den Protokollen habe ich in meinen Aufzeichnungen neben der polnischen Übersetzung auch in deutscher Sprache notiert, so dass alles Wesentliche hier zu lesen ist. Ebenso wörtlich angeführt sind die grossen Berichte der Hauptvorstands- und Gesamtausschussitzungen aus den Jahren 1910—1913 und ebenso alles andere Material. Es sei noch bemerkt, dass alles Wichtige aus den Protokollen, das sich auf das Enteignungsgesetz, die Durchführung desselben, und auf die Pressehetze des Ostmarkenvereins bezieht, schon oben, bei den betreffenden Abschnitten wörtlich wiedergegeben wurde und selbstverständlich jetzt hier übergegangen werden muss.

#### **Aus dem Sitzungsprotokoll des Hauptvorstandes vom 4. März 1910.**

v. Tiedemann erklärt betr. die Reform des preussischen Wahlgesetzes: Für den Osten ist das bestehende preussische Wahlrecht das denkbar beste, jede Änderung desselben würde für das Deutschtum im Osten nur von Nachteil sein.

Er empfiehlt deshalb eine passive Haltung des Ostmarkenvereins gegenüber der Wahlreform (um nicht die Juden und freisinnigen Mitglieder desselben vor den Kopf zu stossen). v. Paczeńsky—Breslau (Geschäftsführer für Schlesien) berichtet, dass von den schlesischen Magnaten nur Fürst Henckel v. Donnersmark warm die Bestrebungen des Ostmarkenvereins unterstützt. Fürst Pless ist direkt ihr Gegner. Der Regierungspräsident in Oppeln ist ihr eifriger

Freund. Oberst a. D. Schreiber—Danzig (Geschäftsführer für Westpreussen): Die Kassuben werden hauptsächlich durch die Agitation des Landgerichtsrats a. D. v. Chmielewski polonisiert.

Die Zentrumsorganisation hat leider (sic!) grosse Fortschritte gemacht.

Schulrat Sakobielski-Cöpenick (früher Pastor im ostpreussischen Masurenland) empfiehlt, den Masuren den freien Gebrauch ihrer Sprache zu überlassen, da sie von den Pastoren in national-preussischem Geist erzogen werden, dagegen fordert er auch für Ostpreussen die Ansiedlungspolitik und ein Parzellierungsgesetz.

Er bemängelt das Verhalten des Berliner Universitätsprofessors Dr. Brückner, der für den Polenkongress in Washington ein Referat übernommen habe, und verlangt von dem Hauptvorstand, »dieses unqualifizierbare Verhalten eines preussischen Beamten zu rektifizieren«.

Diese schöne Denunziation richtet sich gegen den berühmten Gelehrten, Professor der slavischen Literatur an der Berliner Universität, Dr. Alexander Brückner, der polnischer Nationalität ist. Bemerkenswert ist auch, dass der Schulrat Sakobielski während der Okkupationszeit im General-Gouv. Warschau, und zwar in Łódź, als Schulaufseher wirkte. Man kann sich leicht vorstellen, dass Sakobielski in Polen gewissermassen der heimliche Vertrauensmann des Ostmarkenvereins war und sich dort ganz im Sinne der menschenfeindlichen Tendenzen der Nebenregierung betätigte. Ausser ihm waren noch zahlreiche andere heimliche Vertrauensmänner des Ostmarkenvereins damals in Polen tätig (Cleinow). Sakobielski hatte sich besonders darauf verlegt, die polnischen Juden zu Instrumenten der Germanisation heranzuziehen, allerdings ohne Erfolg.

Vossberg-Posen (Geschäftsführer für Posen) berichtet. Die von polnischer Seite beabsichtigt gewesene Gründung einer polnischen Versicherungsgesellschaft »Patria« ist nicht zustande gekommen, weil die vom Ostmarkenverein rechtzeitig gewarnten Rückversicherungsgesellschaften jede Geschäftsverbindung mit dieser geplanten Gesellschaft abgelehnt haben (!).

In dieser Sitzung fand auch die in dem Vorwort zitierte Besprechung des Falles Boll (Kriegsgerichtsrat) statt, wobei Tiedemann vor der Aufrollung der Frage, ob der Ostmarkenverein ein politischer oder nichtpolitischer Verein sei, geflissentlich warnte, da er seine guten Gründe hatte, anzunehmen, dass die Frage, ob der Ostmarkenverein ein politischer Verein sei oder nicht, nunmehr von der offiziellen Regierung nicht mehr verneint werden könnte.



## Wie man den Polen den Kredit entzieht.

Nach Erledigung dieser für den Ostmarkenverein so heiklen und durch den Fall Boll aufgeworfenen Frage, folgte eine höchst interessante Debatte, die die Untergrabung des Kredits der Polen bei der Reichsbank und den Hypothekenbanken betraf. Hier die wörtliche Wiedergabe derselben:

Raschdau: Die Einwirkung des Vereins auf die Reichsbank nach der Richtung hin, Wechsel von Biedermann (eines polnischen Güteragenten) abzulehnen, ist nicht ganz erfolglos geblieben. Auch mit anderen Banken ist der Verein in dieser Beziehung in Verbindung getreten... Auf jeden Fall erscheine es wünschenswert, durch eine in der Öffentlichkeit zu verbreitende Resolution auf die grossen deutschen Banken in nationalem Sinne einzuwirken.

v. Tiedemann: Er könne mitteilen, dass die *preussischen Hypothekenbanken unter sich ein stillschweigendes Abkommen getroffen hätten, keine polnischen Grundstücke zu beleihen*. Es handle sich bei diesen Beleihungen polnischer Grundstücke nur um die *Meklenburger* und um die *Hamburger Hypothekenbank*, auf die man im nationalen Sinne einzuwirken versuchen muss. Es wurde beschlossen, eine Resolution nicht zu veröffentlichen, „*sondern persönlich auf die Banken einzuwirken.*“

## Aus dem Sitzungsprotokoll des Hauptvorstandes und des Gesamtausschusses vom 12. und 13. November 1910.

Prof. Hötsch (die Annahme eines Antrages auf sofortige Ausführung des Enteignungsgesetzes empfehend): In Russland ist die Widerstandsfähigkeit der Polen im Erlahmen. In Österreich ist ihre augenblickliche Position auch keine sonderlich starke. Der Moment, energisch gegen die preussischen Polen vorzugehen, sei daher gerade jetzt sehr günstig und die Regierung müsste daher dazu veranlasst werden. (Wie ritterlich! D. Verf.)

Aus der Tags darauf stattgefundenen Sitzung des Gesamtausschusses:

Justizrät Wagner (die sofortige Ausführung des Enteignungsgesetzes fordernd): Sollen wir schreien, wie das jetzt üblich ist, oder sollen wir es lieber bei einer gemässigten Kritik bewenden lassen? Wir haben bisher stets gute Beziehungen zur Regierung gehabt. Nicht (?) in dem Sinne, dass wir eine Nebenregierung gewesen wären, sondern in dem, dass wir auf die Ziele unserer Bestrebungen immer wieder hinwiesen und die Schwierigkeiten zu ihrer Erreichung aus dem Wege schaffen halfen. Unsere bis-

herigen Beziehungen zur Regierung berechtigen uns, zu ihr auch weiter Vertrauen zu haben.. Wir hätten nur Veranlassung, scharfe Worte zu gebrauchen, wenn wir Beweise dafür hätten, dass die Regierung in der Polenfrage eine Schwenkung vornehmen will. Eine solche Schwenkung wäre schlimmer als die Niederlage von Tannenberg (!!). Solche Beweise haben wir aber nicht. Und darum wollen wir uns beschränken auf die Mahnung, dass wir glauben, dass eine systematische Fortsetzung der Tätigkeit der Ansiedlungskommission nicht möglich ist ohne die Anwendung der Enteignung.

Aus der Rede des Geheimrats Schäfer-Berlin (Prof. der Berliner Universität):

»Wenn die Polen in den Nachbarreichen die Autonomie bekämen, wären die Folgen für uns nicht leicht zu nehmen. Darum sei die Polenfrage nicht nur eine nationale, sondern auch eine internationale Frage«.

Die von Wagner vorgeschlagene Entschliessung betreffend sofortige Ausführung des Enteignungsgesetzes und Vorlegung eines Parzellierungsgesetzes, wurde natürlich vom Gesamtausschuss des Ostmarkenvereins angenommen.

### **Gegen das Reichstagswahlrecht für Preussen.**

In derselben Sitzung erklärte der Berliner Universitätsprofessor Geheimrat Schäfer, ein eifriges Mitglied des Hauptvorstandes des Ostmarkenvereins:

»dass das Reichstagswahlrecht für Preussen unmöglich ist, weil es die Polenpolitik unmöglich machen würde« (!!)

### **Eine tendenziöse Volkszählung.**

Dr. Leo Wegener-Posen, Mitglied des Hauptvorstandes, empfiehlt,

dass bei der demnächst stattfindenden allgemeinen Volkszählung sich möglichst viele Deutsche zur Ausführung derselben melden und dass dieselben, damit in den Kreisen die Grenze von 60% Polen nicht voll erreicht wird, *alle zweisprachigen Polen zu den Deutschen zählen.*

(Diese Anregung des Verbandsdirektors der Raiffeisenschen Kassen, Dr. Wegener, erklärt sich dadurch, dass nach dem Versammlungsgesetz von 1908 öffentliche Versammlungen in polnischer Sprache nur in solchen Kreisen stattfinden durften, wo die polnische Mehrheit 60% übersteigt. Damit die Grenze von 60% nicht erreicht werde, soll also nach Vorschlag der Nebenregierung die Zählung gefälscht werden! Es ist gut, dass man sich diesen Umstand für die Begründung der polnischen Territorialforderungen merkt! D. Verf.)



## Der Chef der Nebenregierung gegen ein Zusammengehen von Polen und Deutschen.

Aus dem Sitzungsbericht des Hauptvorstandes und des Gesamtausschusses vom 27. April 1912:

Tiedemann: Schon am 27. Mai, gelegentlich des »Deutschen Tages« in Posen, sei ihm bekannt geworden, dass von deutscher Seite (v. Heydebreck und Genossen) in der Provinz Posen eine Aktion gegen den Ostmarkenverein geplant würde. (Die Herren wollten Frieden in der Provinz stiften. D. Verf.) Der bekannte Artikel im Graudenzer »Geselligen« brachte diese Sache vorzeitig in die Öffentlichkeit. An dieser Veröffentlichung ist jedenfalls der Verein nicht Schuld. Geplant war, den Aufruf erst nach dem Rücktritt des Oberpräsidenten von Waldow zu veröffentlichen. Die ganze nationale Presse (d. h. die von dem Ostmarkenverein inspirierte Presse. D. Verf.) hat sich rückhaltslos auf Seiten des Ostmarkenvereins gestellt und diese Quertreibereien aufs Schärfste verurteilt. (Redner verliest einige besonders charakteristische Zeitungsstimmen.) Nur Professor Hans Delbrück und die »Deutsche Tageszeitung« haben sich auf v. Heydebrecks Seite gestellt.

Der Verein hat sich natürlich auch in der Presse gegen diesen Angriff wehren müssen; das sei in einer wenn auch scharfen, so doch durchaus vornehmen (?) Weise geschehen. Auf eine weitere Pressfehde werde sich der Verein, wenn er nicht von neuem angegriffen werden würde, nicht einlassen.

Derselbe von Heydebreck habe schon früher den Verein polnisch-deutscher Fideikommissbesitzer für Posen und neuerdings wieder einen polnisch-deutschen landwirtschaftlichen Beamten-Versicherungsverein gründen wollen.

Es habe grosse Mühe gemacht, das Zustandekommen dieses national höchst bedenklichen Vereins zu verhindern (!).

Man beachte wohl, wie immer in allen Fällen, wo deutscher- oder polnischerseits ein friedliches Zusammenleben und Zusammenwirken beider Nationalitäten angestrebt wurde, der Ostmarkenverein sofort störend eingriff und solche höchst wünschenswerten Versuche durch perfide Hintertreppenintrigen vereitelte. Öffentlich klagte dann die offizielle preussische Staatsregierung immer über Absonderungsbestrebungen der Polen; diese Absonderungsbestrebungen hat aber die gleiche preussische Staatsregierung durch ihre heimliche Filiale, den Ostmarkenverein, begünstigt und absichtlich herbeigeführt. Angesichts dieser Tatsachen muss man wirklich sagen, dass die Grundsätze, nach denen die preussische Staatsregierung ihre Polenpolitik betrieb, geradezu himmelschreiend

nichtswürdig waren und es ist nur ein Akt der ausgleichenden göttlichen Gerechtigkeit, wenn das Ende dieser für alle diese Schandtaten verantwortlichen Regierung so über alle Massen erbärmlich war!

### Die abgelehnten Ostmarkenzulagen. — Bestellte Petitionen an Spahn.

v. Tiedemann (weilersprechend): Ein höchst unerfreulicher Vorgang sei die Ablehnung der Ostmarkenzulage für die Postbeamten im Reichstag gewesen. Der Geschäftsausschuss des Hauptvorstandes habe jedoch im Interesse der Postbeamten von einer öffentlichen Stellungnahme absehen zu wollen geglaubt, um nicht das Zentrum in seinem Widerstand gegen die Zulage zu bestärken,

So sei Hoffnung vorhanden, dass das Zentrum bei der dritten Lesung doch noch für die Zulage stimmen werde

v. Tiedemann empfiehlt die Eingabe von Massenpetitionen seitens der Postbeamten an Spahn um Bewilligung der Ostmarkenzulage durch das Zentrum...

Die Zurückhaltung des Vereins in Sachen der abgelehnten Ostmarkenzulage für die Postbeamten sei zweifellos richtig gewesen.

Wie die Zurückhaltung in Wirklichkeit ausgesehen hat, wird an anderer Stelle gezeigt werden.

### Die Polenhetze in — Baden.

Major a. D. Kressmann-Karlsruhe (Mitglied des Hauptvorstandes) berichtet über die Fortschritte des Vereins in Baden; sowohl die Zahl der Mitglieder als auch die Zahl der Ortsgruppen sei gestiegen. Die von der Ortsgruppe Karlsruhe seit drei Jahren veranstalteten Jugendvorträge haben sich bewährt. In Zukunft würden diese Vorträge von einem besonderen Komitee veranstaltet werden; zu den Kosten seien sowohl von der Stadt Karlsruhe wie *von dem badischen Kultusministerium (!) namhafte Zuschüsse bewilligt worden.*

In Baden gibt es so gut wie gar keine Polen. Dass der Ostmarkenverein auch dort Fuss gefasst hat, beweist, wie sehr das von ihm ausgestreute Gift der Nationalitätenverhetzung bei dem deutschen Volk leider schon gewirkt hat. Ganz besonders betrübend ist es, dass man dem Ostmarkenverein gestattet hat, in Karlsruhe *Jugendvorträge* zu veranstalten und so die Gemüter der heranwachsenden Kinder systematisch mit Menschenhass und Menschenfeindschaft zu erfüllen.



## Sitzungen des Geschäftsausschusses des Hauptvorstandes von 1912 u. 1913.

Sie sind alle von dem Generalsekretär Schoultz verfasst und mit 28 gezeichnet. Die chiffrierte Nomenklatur wird fortgesetzt.

An der Sitzung vom 2. Januar 1912, die bei Hardt tagte, nahmen die Herren 23, 31, 122, 124, 126, 129, 27a, 107 und 28 teil. Das heisst: v. Tiedemann, Wagner, Geh. Rat Max Pape, Generalleutnant z. D. v. Zwehl, Konsistorialpräsident a. D. Dr. Meyer, Major a. D. Blume, Dr. Hunkel und Schoultz. In der Sitzung wurden von dem »unpolitischen« Verein die Reichswahlen besprochen und die schon besprochene Pressekampagne gegen Prof. Mitscherlich eingeleitet.

Sitzungsbericht vom 9. Januar 1912.

Anwesend: 23, 32, 32a, 106, 117, 121, 122, 124, 125, 126, 129, 27a, 107, 28. — 107 teilt mit, dass er Artikel (gegen Mitscherlich) an den »Lokalanzeiger« und »Kölnische Ztg.« geschickt habe.

32 (Raschdau) berichtet über die Hetzarbeit der Polen in der französischen Presse.

Sitzung vom 16. Januar 1912.

Anwesend: 23, 31, 32, 106, 114, 120, 122, 123, 124, 125 (Polizeipräsident Becherer-Neukölln b. Berlin...!), 126, 129, 27a, 107, 28 und Frl. Dr. Käthe Schirmacher, die früher für den Ostmarkenverein in Paris gewirkt hat.

In Sachen der Stichwahl zwischen dem Grafen v. Oppersdorff und dem freisinnigen Stadtrat Löhning im Reichstagswahlkreise Fraustadt—Lissa wird beschlossen, energisch die Kandidatur Löhnings zu unterstützen. 23 teilt mit, dass auf seine Veranlassung die Ortsgruppe Lissa 400 M. zur Unterstützung der Wahl Löhnings bewilligt habe.

Die Ortsgruppe Strelno bittet um Ausschluss des Tischlers Derau aus dem Verein wegen Verkaufs seines Grundstücks an einen Polen. Derau wurde zur Rechtfertigung aufgefordert.

Sitzung vom 23. Januar 1912.

Anwesend: 23, 31, 22, 106, 120, 122, 123, 124, 126, 117, 27a und 107. Besprechung der Stichwahlen vom 22. Januar. Zu dem Zwecke wurden nach Graudenz, Schwetz und Lissa 500 M. geschickt.

Sitzung vom 30. Januar 1912.

Anwesend: 31, 32, 106, 117, 120, 121, 122, 123, 125, 126, 129, 27a, 28.

125 (Polizeipräsident Becherer-Neukölln) berichtet über die Organisation der Polen in Gross-Berlin (!).

Nr. 8 der Tagesordnung: Eingehende Besprechung des Verhaltens des kath. Probst Dekan Hannemann bei den Wahlen im Reichstagswahlkreis Samter—Obornik—Schwerin.

Nr. 14 der Tagesordnung: 123 (Paul Fischer, früher Chefredakteur des Graudenzener »Geselligen«) teilt mit, dass in Amerika eine polnische Universität mit einem Kapital von 3,2 Millionen M. gegründet wurde.

Nr. 15: Die Handelskammer in Harburg (!) hat ihren Jahresbeitrag für den Verein von 20 auf 50 M. erhöht.

Sitzung vom 13. Februar 1912.

Besprechung des Antrages der nationalen Vereine, betr. polnische Firmenschilder in Berlin.

32 berichtet über den Kampf zwischen Ruthenen und Polen in Galizien.

Sitzung vom 5. März 1912.

Besprechung der polnischen Agitation in Pommern (!). 23 teilt mit, dass er in dieser Sache an den Oberpräsidenten Waldow nach Stettin schreiben werde.

Die »Wichtigkeit« dieser politischen Aktion erhellt am besten daraus, dass in Pommern bei den letzten Reichstagswahlen im ganzen circa 400 polnische Stimmen abgegeben wurden.

Sitzung vom 12. März 1912.

Es wurde beschlossen, gegen die von v. Heydebreck (siehe Protokoll des Hauptvorstandes und Gesamtausschusses vom 27. April 1912) beabsichtigte Gründung eines deutsch-polnischen Landwirtschaftlichen Privatbeamten-Versicherungsvereins zu warnen, weil die Gefahr der Polonisierung vorliege (!).

Sitzung vom 19. März 1912.

Nr. 4 des Tagesordnung: 124 berichtet über die beabsichtigte Gründung einer polnischen »Viehverwertungs-Genossenschaft«. 38 b (Vossberg-Posen) soll darüber nähere Auskunft geben.

Sitzung vom 27. März 1912.

Besprechung des Verkaufs der Villa »Quisisana« durch Frau Generalmajor Christ in Zoppot an einen Polen. Dieselbe hat ein langes Rechtfertigungsschreiben geschickt.

129 (Konsistorialpräsident a. D. Mayer) soll in dieser Angelegenheit an den Pastor Boddin in Zoppot schreiben. Der Töpfermeister Herbeding aus Soldau beklagt sich, dass bei Vergebung fiskalischer Aufträge die polnischen Handwerker vor den deutschen den Vorzug haben (!!). 125 (Polizeipräsident Becherer-Neukölln) bespricht das Urteil des Oberverwaltungsgerichts, wodurch das Polizeiverbot betr. Teil-



nahme der Schulkinder an den polnischen Volksunterhaltungsabenden in Posen aufgehoben wurde.

Die Notwendigkeit eines solchen Verbots wurde anerkannt und es wurde beschlossen, die Posener Regierung nach 6 Wochen anzufragen, ob das Verbot noch in Geltung sei.

Was die Posener Regierung geantwortet hat, konnte leider nicht festgestellt werden.

Sitzung vom 4. April 1912.

Wegen des Verkaufs der Villa Quisisana in Zoppot durch Frau Generalmajor Christ an einen Polen wurde beschlossen, diese Tat streng zu verurteilen, jedoch mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse dies nicht zu publizieren, sondern in Abschrift dem Herrn Pastor Boddien mitzuteilen.

Der neue Leiter des „Frauenvereins für die Ostmarken“, Geheimer Regierungsrat Pape, erhielt die Nummer 122, Dr. Dietrich Posen 109b, Justizrat Mertens - Königsberg 128 b, Hauptmann a. d. Boehm - Königsberg 130.

Sitzung vom 23. April 1912.

106 berichtet, dass an Stelle des verstorbenen Arztes Dr. Rosiński sofort ein deutscher Arzt nach Wronke gebracht wurde.

Sitzung vom 30. April 1912.

Besprechung des Artikels in Nr. 32 der „Neuen Gesellschaftlichen Correspondenz“ betr. „Freiherr von Schorlemer und die Ostmarken“ und die Art der Verbreitung des Artikels durch die Presse(!).

Der Artikel enthielt scharfe Angriffe gegen den Landwirtschaftsminister.

Es wurde beschlossen, die Frage der Stärkung des Deutschtums in den Städten an erster Stelle der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Gesamtausschusses zu behandeln. 106 trug den betr. Antrag der freikonservativen Partei vor, zu welcher der Abgeordnete Viereck einzuladen sei. (Es war dies der Beginn einer grosszügigen, später zu besprechenden Aktion).

Das evangelische Waisenhaus Neuzedlitz (Prov Posen) befindet sich in Finanznöten. 38a soll Subventionierung desselben bei dem „Evangelischen Verein für Waisepflege“ und dem „Provinzialverein für äussere und innere Mission“ beantragen.

(Also Propaganda des Protestantismus durch den angeblich interkonfessionellen Ostmarkenverein! D. Verf.)

Sitzung vom 14. Mai 1912.

Der Generalleutnant z. D. v. Schickfuss erhielt die Nummer 131.

Der Antrag des ostpreussischen Provinzialvorstandes, bei den zuständigen Kommissionsmitgliedern dahin vorstellig zu werden, dass das Besitzbefestigungsgesetz von vornherein auf ganz Ostpreussen ausgedehnt werden soll, wird besprochen. Da der Gesetzentwurf die Kommissionsberatung bereits passiert hat, so soll nach näherer Prüfung des Antrages durch 23, 31 und 32 ein Beschluss gefasst werden, in welcher Form dieser Antrag am zweckmässigsten Verwendung finden könne. (Der „unpolitische“ Verein! D. Verf.)

28 (Schoultz) berichtet über seine Agitationsreisen nach Bielefeld, Braunschweig und Goslar(!). Es wird beschlossen, die in Bielefeld angenommene Entschliessung betr. unumschränkte Weiterführung der Kolonisationspolitik dem Staatsministerium zur Kenntnis zu bringen.

(Welchen Eindruck die Entschliessung der Bielefelder Ortsgruppe auf die königl. Staatsregierung gemacht hat, wird nicht verraten. D. Verf.)

Sitzung vom 23. Mai 1912.

Besprechung des Zusammenstosses Schorlemers mit dem Zentrum in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 23. Mai 1912.

Auf Antrag des Hauptmanns a. D. Uhde—Beuthen wurde beschlossen, dem Deutschen Esperanto-Verein anzuraten, an dem demnächst in Krakau stattfindenden allgemeinen Esperanto-Kongress nicht teilzunehmen.

Die Tiedemannsche Nebenregierung ist ihrem verblendeten Polenbass manchmal geradezu schon idiotisch. Der Erfinder der Esperanto-Sprache ist der polnische Augenarzt Dr. Zamenhof in Warschau und das Verdienst an dieser, für die Völkerverbrüderung und Völkerannäherung höchst wichtigen Erfindung darf also mit Recht das Polentum für sich in Anspruch nehmen. Wenn der Deutsche Esperanto-Verein zu dem Kongress nach Krakau kommen wollte, so dürfte doch kein Mensch mit normalem Verstande daran etwas auszusetzen haben! Aber eben jede Annäherung zwischen Polen und Deutschen, auf welchem Gebiete es auch sei, suchte der Ostmarkenverein zu verhindern, um nachher hinterhältig den Polen Absonderungstendenzen vorwerfen zu können.

Sitzung vom 5. Juni 1912.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass 11 — Posen (d. h. der Oberpräsident Schwartzkopf) für das Waisenhaus in Neuzedlitz (eine hakatistische Gründung) 10 000 M. gestiftet hat. Auf Antrag von 110 (Geschäftsführer Oberst a. D. Schreiber-Danzig) wird die Absendung einer Eingabe an



den Kriegsminister beschlossen, dass bei der Vergebung von Bauarbeiten für neue Militärgarnisonen in Westpreussen die betr. Gemeinden angehalten werden, in erster Linie das deutsche Handwerk und die deutsche Industrie zu berücksichtigen.

Sitzung vom 12. Juni 1912.

### Eine unerhörte Forderung der Nebenregierung.

Auf Anregung von 38b (Vossberg—Posen) wird beschlossen, eine Eingabe an das Ministerium zu richten, das *Statistische Landesamt solle ermächtigt werden, der Geschäftsstelle Posen die polnischen Zählkarten der Provinz Posen auszuhändigen*, um mit Hilfe derselben eine Statistik der Polen mit deutschen und mit polonisierten deutschen Namen aufzustellen (natürlich zu Boykottzwecken! D. Verf.)

28 (Schoultz) wird beauftragt, diese Eingabe persönlich dem Unterstaatssekretär Holtz im Ministerium des Innern zu übergeben.

Sitzung vom 18. Juni 1912.

Auf Antrag von 114 (Oberleutnant z. D. Ralph Zuern) wird beschlossen, den Vorstand der Ortsgruppe Berlin zu ersuchen, eine systematische Werbearbeit unter den Reserveoffizieren (!!) zu entfalten.

### Steuerhinterziehung.

Es wird beschlossen, bei dem Finanzministerium geeignete Schritte zu unternehmen, betr. Rückerstattung der für Legate und Schenkungen geleisteten Steuern, da, nach Beschluss des Bundesrats, Schenkungen für kirchliche, humanitäre und gemeinnützige Zwecke steuerfrei bleiben sollen.

(Es wäre interessant zu erfahren, zu welcher dieser drei Kategorien der Ostmarkenverein sich hinzurechnet? D. Verf.)

Sitzung vom 20. August 1912.

106 (Cardinal v. Widdern) berichtet über seine Informationsreise in Westpreussen in Sachen „Hebung des Deutschturns in den Städten“ und über den Wunsch aus Mewe (Westpreussen), um die Städte herum einen Ring von Ansiedlungsdörfern zu bilden.

Sitzung vom 3. September 1912.

Es wird beschlossen, 28 (Schoultz) solle im Herbst in den grösseren Städten Süddeutschlands (!) Vorträge über Galizien halten.

Sitzung vom 8. Oktober 1912.

32 (Raschdau) teilt mit, dass er bei Generalfeldmarschall von der Goltz in Sachen der Unterlassung evan-

gelischer Andachten bei den Ausflügen des »Jungdeutschlandbundes« in katholischen Gegenden intervenieren wird. (So sieht der interkonfessionelle Verein aus! D. Verf.)

Der Antrag des Studenten Sobociński um eine weitere Unterstützung wird abgelehnt.

Die Unterstützung des polnischen Studenten Sobociński in Leipzig durch den Ostmarkenverein kann keinen anderen Zweck gehabt haben, als ihn zu Spionagediensten zu verwenden.

Sitzung vom 19. November 1912.

Es wird beschlossen, den Justizrat Schnaus-Leipzig (Führer der dortigen Ortsgruppe) zu bitten, bei den Universitätsbehörden in Leipzig die Immatrikulierung der ruthenischen Studenten, die von der Universität in Lemberg relegiert wurden, zu betreiben.

Jene Studenten waren von Lemberg relegiert worden, weil sie sich eines bewaffneten Überfalls auf die Universitätsräume und Professoren schuldig gemacht und den Universitätssekretär Dr. Winiarz durch Revolverschüsse verwundet hatten. Die intime Verbindung mit den galizischen Ruthenen hat also zu einem Import von Rowdies nach Deutschland geführt. Nicht unerwähnt mag bleiben, dass der »Staats- und Rechtslehrer« Prof. Lamprecht sich ihres Führers Żeleźniak besonders angenommen hat.

Sitzung vom 3. Dezember 1912.

Dankschreiben (!) des Unterstaatssekretärs Wahnschaffe für Übersendung der Entschliessung des Gesamtausschusses vom 10. 11. 12.

Es handelt sich hier um die schon mitgeteilte Entschliessung, worin die »Art, wie die Enteignung begonnen wurde«, als »nicht ohne Bedenken« erklärt wird. Dass der Vertreter der offiziellen Regierung sich dafür bei der Nebenregierung bedankt, ist natürlich bei den intimen Beziehungen beider ganz in der Ordnung.

In Sachen der von der Ortsgruppe Königsberg verlangten Ausdehnung des Besitzbefestigungsgesetzes auf ganz Ostpreussen im Sinne des Artikels von Prof. Ungewitter, erklärt sich der Vorstand mit dem vom Generalfeldmarschall von der Goltz erteilten Rat, an den Kaiser ein Immediatgesuch zu richten, einverstanden.

### Ein neuer Boykottversuch bei der Reichsbank.

Besprechung der Tätigkeit der *Reichsbank* beim Diskontieren *polnischer Wechsel*.

*32 will sich deshalb wieder mit der Reichsbank in Verbindung setzen.*



Sitzung vom 10. Dezember 1912.

### Ein allgemeiner Boykott gegen die Polen.

106 legt das Projekt einer Boykotteingabe an die Militärbehörden, 28 einer ähnlichen Eingabe an die Zivilbehörden und den Entwurf des Boykottflugblattes vor. Es wird den Ortsgruppen empfohlen, den Boykott namentlich in Orten durchzuführen, wo die Polen in der Minderheit sind, damit diese durch die erlittene Schädigung gezwungen werden, auf ihre Landsleute einen Druck auszuüben, ihrerseits den Boykott aufzugeben (!).

Sitzung vom 17. Dezember 1912.

Dr. Sonntag-Kattowitz (jetzt Richter in Berlin) soll wegen Schaffung einer Staatskommission für die Ostmarken eine Eingabe an das Staatsministerium ausarbeiten.

Sitzung vom 27. Dezember 1912.

23 (Tiedemann) berichtet, dass der vom Ostmarkenverein organisierte Gegenboykott glänzend gelungen sei.

### Boykott der Berliner Polen.

31 (Wagner) empfiehlt, den Boykott auch auf die polnischen Geschäfte und die polnischen Gewerbetreibenden in Berlin auszudehnen.

Zu diesem Zweck sollen Artikel in den vorstädtischen Blättern gebracht werden.

Der Ortsgruppe Berlin wird aufgegeben, festzustellen, in welchen Berliner Vororten die meisten Polen wohnen.

### Die Sitzungsberichte aus dem Jahre 1913.

Sitzung vom 3. Januar 1913 (bei Hardt, wie gewöhnlich)

Anwesend: 23, 31, 106, 109a, 117, 121, 122, 123, 125, 129, 27a, 107, 28.

Nr. 6 der Tagesordnung: 23 erstattet Bericht über die Tätigkeit des Vereins im verflossenen Jahr, die ohne Zweifel einen grossen Erfolg hatte, namentlich auf dem Gebiete des vom Ostmarkenverein organisierten Gegenboykotts, durch den die Polen schon jetzt grossen Schaden erlitten haben. Sehr erfreulich war auch das Ergebnis der Ergänzungswahlen im Reichstagsbezirk Schwetz, das zur Hebung der Stimmung im deutschen Lager beitragen wird. (Die Wahl Halems wurde später wegen Wahlfälschungen kassiert. D. Verf.)

8. Die Antworten von 11-Danzig (Oberpräsident v. Jagow) und 12-Posen (Regierungspräsident Kraemer) auf die Boykotteingabe des Hauptvorstandes, wurden zur

Kenntnis genommen. Wegen der Anregung von 12-Posen (Regierungspräsident Kraher), betr. die äussere Kenntlichmachung der deutschen Geschäfte, soll durch Vermittlung der Vorstände der Handels- und Handwerkskammern auf die deutschen Geschäftsinhaber und Gewerbetreibenden eingewirkt werden.

110 (Schreiber-Danzig) soll beauftragt werden, das Schreiben von 12-Posen in Abschrift an 11-Danzig mitzuteilen (!).

9. Es wird angeregt, auf die Remonte-Kommissionen einzuwirken, dass bei den diesjährigen Remontemärkten der gesellschaftliche (!) Verkehr mit denjenigen polnischen Pferdezüchtern, die sich in der Boykottbewegung durch eine besonders gehässige Hetze ausgezeichnet haben, gemieden werde.

23 (Tiedemann, der Urheber der ganzen Hetze!) erklärt sich bereit, in dieser Richtung weiter tätig zu sein.

10. Die schneidige Haltung der Ortsgruppe Dresden gegen die Einführung polnischer Andachten in Sachsen wird mit Anerkennung zur Kenntnis genommen.

Es wurde beschlossen, der Ortsgruppe Dresden die Anerkennung seitens des Hauptvorstandes auszusprechen und das Mitglied des Hauptvorstandes, Dr. Vogel-Dresden, Präsident der II. sächsischen Kammer, zu bitten, diese Angelegenheit auch in der Kammer zur Sprache zu bringen.

12. 106 (Cardinal v. Widdern) berichtet über seine Vorbereitungen für die 1. Sitzung der Kommission zur Hebung des Deutschtums in den ostmärkischen Städten.

Sitzung vom 7. Januar 1913.

Punkt 2. Zu Punkt 9 des Sitzungsberichts vom 3. Januar 1913 berichtet 106 über seine diesbezügliche Unterredung mit dem Inspektor des Remontewesens, Generalmajor von Oheimb.

Punkt 5. 23 berichtet über den weiteren Verlauf der Boykottbewegung in Posen, namentlich in den Städten Hohensalza, Krotoschin und Rogasen.

Es wurde beschlossen, 38b solle gelegentlich nach Rogasen fahren und einen genauen Bericht über die dortigen Verhältnisse erstatten.

Punkt 6. 23 berichtet über die schwebenden Verhandlungen betr. den Ankauf der Posener Güter des Fürsten Thurn und Taxis durch die Ansiedlungskommission.

Punkt 8. 106 teilt mit, dass der Kommerzienrat Münsterberg (freisinniger Abgeordneter, jüdischer Konfession. D. Verf.) seine Bereitwilligkeit, in die Kommission für Hebung des Deutschtums in den Städten einzutreten, erklärt hat, und dass eine Versammlung der Kommission in der zweiten Hälfte dieses Monats stattfinden wird.



### Eine neue Denunziation.

Punkt 9. Auf Grund von Mitteilungen der polnischen Presse (?) über Protestversammlungen polnischer Studenten der Berliner, Leipziger, Münchener und Breslauer Universitäten gegen die erste Anwendung des Enteignungsgesetzes wurde beschlossen, den Senaten, der betr. Universitäten und dem Geheimen Oberregierungsrat Elster vom Kultusministerium davon Mitteilung zu machen und anzufragen, ob die Universitätsbehörden dagegen nicht einschreiten könnten

Sitzung vom 14. Januar 1913.

Punkt 3. Es wird die Antwort des Rektors der Berliner Universität verlesen, wonach den Universitätsbehörden von Protestversammlungen polnischer Studenten nichts bekannt geworden sei. 107 (Dr. Hunkel) wird beauftragt, in der Redaktion der Zeitungskorrespondenz »Der Osten« festzustellen, in welchen polnischen Zeitungen über diese Versammlungen berichtet wurde (!!).

Punkt 5. Es wird beschlossen, 32 (Wagner) solle in der Versammlung der Ortsgruppe Berlin den Angriffen des Zentrumsabgeordneten Graf Praschma entgegengetreten.

Punkt 7. 109a betont die Notwendigkeit, schon jetzt eine Agitation zwecks Neuauffüllung des Ansiedlungsfonds zu entfalten.

Sitzung vom 22. Januar 1913.

Punkt 4. 122 (Pape) berichtet über den Vorschlag, die deutschen Geschäftsinhaber und Gewerbetreibenden sollen den deutschen Charakter ihrer Geschäfte durch Anbringung des »Ostmarkenwappens« kenntlich machen.

Punkt 6. 106 (Cardinal v. Widdern) berichtet über die erste Sitzung des Ausschusses zur Hebung des Deutschtums in den ostmärkischen Städten vom 17. Januar, an der 23 Herren teilgenommen haben, darunter Vertreter der freikonservativen, konservativen, der nationalliberalen und freisinnigen (!) Partei.

Punkt 9. 31 berichtet über die polnischen Vereine in Gross-Berlin. Der Beschluss darüber, ob eine Boykottierung der polnischen Geschäfte und Handwerker durch die Berliner Vorortspresse stattfinden soll, wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Punkt 11. 106 macht den Vorschlag, an das Handelsministerium einen Antrag betr. Förderung des Deutschtums in den ostmärkischen Städten zu richten und erklärt sich bereit, den Antrag auszuarbeiten.

Über diese grosse Mache des greisen Polenhassers wird der Leser weiter unten näheres erfahren.

Punkt 12. 106 berichtet über das Zustandekommen des Verkehrsverbandes Posener Städte. 38b wird aufgefordert, ein genaues Referat darüber auszuarbeiten.

Punkt 15. Auf Anfrage des Landrats (!) des Kreises Stuhm wird dem dortigen deutschen Hotelier ein Darlehen von 2000 M. aus dem Ostmarkenschatz bewilligt.

Sitzung vom 29. Januar 1913.

Punkt 3. Es wird beschlossen, von der Veröffentlichung eines Boykottaufrufes in der Presse gegen die polnischen Geschäfte und Gewerbetreibenden in Berlin wegen vermutlichen Misserfolges Abstand zu nehmen (!!).

### Wieder ein krasses Beispiel von Hintertreppenpolitik.

Punkt 5. 106 teilt mit, dass er im Einvernehmen mit 23 die Geschäftsstellen in Posen und Danzig aufgefordert habe, entsprechende Schritte zu unternehmen, damit der Minister des Handels von den deutschen Kaufleuten und Gewerbetreibenden in den beiden Provinzen *durch direkte Anträge oder telegraphische Resolutionen aufgefordert werde, für die im Antrag Viereck und Genossen aufgestellten Forderungen einzutreten.*

Punkt 9. Auf Antrag von 31 (Wagner) soll *das ganze Material, betr. die schwankende Haltung der Regierung in der Enteignungsfrage und in Sachen des Parzellierungsgesetzes, gesammelt und gegebenenfalls den Abgeordneten übergeben werden.*

Punkt 11. 23 (Tiedemann) berichtet über die polnischen Revolutionsfeiern in Posen und die schlappe Haltung von 11- und 16-Posen ihnen gegenüber.

Es waren dies polnische Kirchenandachten für die Opfer der polnischen Erhebung gegen Russland im Jahre 1863. 11-Posen ist der Oberpräsident Schwartzkopff, 16-Posen der Polizeipräsident in Posen.

Punkt 13. Besprechung der Ablehnung der Ostmarkenzulage für die Postbeamten in der Budgetkommission des Reichstags.

38b (Vossberg-Posen) und 110 (Schreiber-Danzig) sollen aufgefordert werden, die *Postbeamten zur Veranstaltung von Protestversammlungen zu veranlassen.*

### Wieder auf Hintertreppen.

Punkt 14. Besprechung des Millionenvermächtnisses des Rentiers v. Sikorski-Konitz für den polnischen Jugendbildungsfond in Westpreussen.



110 (Schreiber-Danzig) soll aufgefordert werden, den 14-Marienwerder (d. h. den Regierungspräsidenten) zu veranlassen, diesem Vermächtnis die behördliche Genehmigung zu versagen.

Punkt 17. Es werden die Antworten der Universitätsbehörden in Leipzig und Breslau verlesen, wonach ihnen über Protestversammlungen polnischer Studenten gegen die Ausführung des Enteignungsgesetzes nichts bekannt geworden sei.

Sitzung vom 4. Februar 1913.

Punkt 2. 28 berichtet, dass nach Mitteilungen von 126 (d. h. Generalleutnant z. D. v. Zwehl) eine Protestversammlung polnischer Studenten in Berlin, im Café Stern am Oranienburger Tor, anfangs November stattgefunden hat und dass an derselben 25 Studenten teilgenommen haben; die Versammlung in Breslau fand auch in einem Café (!) statt, es sollten (!) an derselben nur 19 Studenten teilgenommen haben.

Es wurde beschlossen, in dieser Sache keine weiteren Schritte mehr zu unternehmen.

### Geschäftspatrioten.

Punkt 10. Die Ortsgruppe Schneidemühl teilt mit, dass, *infolge der Ablehnung der Ostmarkenzulage in der Budgetkommission des Reichstags, 80 untere und mittlere Beamte aus dem Ostmarkenverein ausgetreten seien.* Es wurde beschlossen, 38b oder Dr. Krause (d. h. bezahlte Agitatoren des Ostmarkenvereins in Posen) nach Schneidemühl zu entsenden, um die abtrünnigen Zulagenjäger zum Wiedereintritt in den Verein zu veranlassen.

Ein schlagender Beweis, dass Tausende von Beamten in Posen und Westpreussen nur wegen der Ostmarkenzulagen und anderer ähnlicher Vergünstigungen dem Ostmarkenverein angehörten und die Polenhetze des Vereins mitmachten.

### Geld für Boykottierung der Polen.

Punkt 11. Es wurde beschlossen, an die Posener Geschäftsstelle 1500 M. als letzte Rate zu den Kosten des deutschen Gegen(!)boykotts abzuführen.

Sitzung vom 11. Februar 1913.

Punkt 9. Das Schreiben des kommandierenden Generals des II. Armeekorps mit dem Versprechen, dass er den vom Ostmarkenverein organisierten Boykott unterstützen werde, wurde zur Kenntnis genommen.

### **Eine aussichtslose Audienz bei 58.**

Punkt 11. Die Anregung des westpreussischen Geschäftsausschusses (des Ostmarkenvereins) bei 58 (d. h. beim Kaiser!) eine Audienz nachzusuchen, wurde als ganz aussichtslos abgelehnt.

Dem ehemaligen Kaiser darf in dieser Hinsicht also ein gewisser Reinlichkeitssinn nicht abgesprochen werden.

Sitzung vom 18. Februar 1913.

Punkt 2. Die Mitteilung von 110 über eine vom *Kriegsministerium an die Korpskommandos erfolgte Verfügung, betr. Unterstützung des vom Ostmarkenverein organisierten Boykotts*, wurde zur Kenntnis genommen.

Hier haben wir also die Bestätigung, dass der Boykott der polnischen Staatsbürger Preussens von amtlicher Stelle unterstützt wurde.

### **Die unhöflichen deutschen Handwerker.**

Punkt 7. Die Ortsgruppen und ihre Leiter sollen aufgefordert werden, auf die deutschen Handwerker einzuwirken, dass sie ihre Kunden prompter und artiger behandeln, als das jetzt meistens geschieht.

Diese Klagen des kaufenden deutschen Publikums wiederholen sich fortgesetzt und sind eine Folge der Tendenz der Regierung, die deutschen Kaufleute und Handwerker durch Gewährung besonderer Staatsbeihilfen und durch Zutreibung der deutschen Kundschaft mit dem Mittel des Polenboykotts besonders zu privilegieren. Dass dadurch der Charakter verdorben und die kaufmännischen Sitten verwildern, ist klar.

### **Wie die Städtepolitik gemacht wird.**

Punkt 8. 23 berichtet über das Rundschreiben von 106 an die Magistrate (!) der westpreussischen Städte mit der Bitte, die Annahme des Antrages Viereck durch entsprechende Petitionen an den Handelsminister zu betreiben.

Sitzung vom 4. März 1913.

Punkt 8. 129 (Konsistorialpräsident Dr. Meyer) berichtet über den Austritt der Postbeamten aus den Ortsgruppen infolge der Ablehnung der Ostmarkenzulage (!).

Punkt 18. Antrag der Ortsgruppe München, das Enteisungsgesetz durch das staatliche Vorkaufsrecht zu ersetzen. 31 (Wagner) erklärt sich bereit, über die Angelegenheit eine Abhandlung für das »Archiv für innere Kolonisation« zu schreiben.



Sitzung vom 11. März 1913.

Anwesend: 23, 31, 32, 109a, 117, 120, 122, 123, 129, 28,  
108 und Geheimrat Witting.

Punkt 5. Geheimrat Witting berichtet über die wichtigeren Punkte des gegenwärtigen Standes der Ostmarkenpolitik, die er in seiner Rede in der Ortsgruppe Gross-Berlin der Nationalliberalen Partei am 13. März besprechen will.

Punkt 6. 107 legt die Grundzüge der neuen Polenvorlage und der Denkschrift der Ansiedlungs-Kommission dar, die beide eingehend besprochen werden.

Sitzung vom 18. März 1913.

Punkt 8. 129 berichtet über die letzte Sitzung des Geschäftsausschusses des westpreussischen Provinzialvorstandes. Wegen der vom »Ostseebäder-Verband« beschlossenen Herausgabe des Buches »Führer durch Danzig, Zoppot und Oliva« in polnischer Sprache, wird 110-Danzig beauftragt, die Ortsgruppe Zoppot anzuweisen, einen motivierten Protest gegen die beabsichtigte Herausgabe des Buches bei dem Vorstand des »Ostseebäder-Verband« einzulegen.

Punkt 9. 106 (Cardinal v. Widdern) berichtet über den jetzigen Stand seiner Aktion zur Unterstützung des Antrages Viereck durch entsprechende Petitionen [und Anträge aus den kaufmännischen und Handelskreisen an den Herrn Handelsminister.

Sitzung vom 15. April 1913.

Punkt 5. Im Anschluss an die Verhandlungen des schlesischen Landesauschusses regt 32 (Raschdau) an, die Frage des Inserierens deutscher Geschäfte in polnischen Zeitungen in der Gesamtausschusssitzung am 24. Mai zur Sprache zu bringen.

Punkt 6. Es wird beschlossen, dem Verlage der »Grenzboten« die Abnahme von 300 Exemplaren à 0,60 M. der nächsten Nummer zu garantieren, in der eine weitere Entgegnung des Dr. Kaub auf den Aufsatz des Dr. v. Chlapowski in den »Preussischen Jahrbüchern« erscheinen soll.

### Wieder amtlicher Boykott.

Punkt 10. Der Brief von 14-Posen (des Regierungspräsidenten!) in Sachen der Kenntlichmachung der deutschen Geschäfte auf den Firmenschildern wird verlesen. 38b (Vossberg-Posen) soll um Auskunft darüber ersucht werden, warum der Provinzialvorstand der Anregung (!) von 14-Posen, diese Kenntlichmachung durch Anbringen der braunen Rabattmarken — nach Ausschluss der polnischen Geschäfte aus diesem Rabattverein — zu bewirken, nicht weiter nachgegangen sei.

Sitzung vom 29. April 1913.

Punkt 5. 106 teilt mit, dass in der Angelegenheit der Unterstützung des Deutschtums in den Städten (recte Boykott des polnischen Handwerks und Handels. D. Verf.) im Sinne des vom Abgeordnetenhaus angenommenen Antrags Viereck der Handelsminister eine Deputation von 4 westpreussischen Landtagsabgeordneten in Audienz empfangen hat.

Punkt 8. Von einer grundsätzlichen Stellungnahme in der Frage des Inserierens deutscher Geschäfte in den polnischen Zeitungen wurde Abstand genommen und es wurde empfohlen, die Angelegenheit von Fall zu Fall zu behandeln.

In Sachen der polnischen Annoncen in dem Züner Kreisblatt wurde beschlossen, bei 14-Bromberg (dem Regierungspräsidenten!) zu intervenieren.

Punkt 10. Justizrat Schnaus-Leipzig befürwortete den Antrag des Studenten Sobociński-Leipzig um Unterstützung. Es wird beschlossen, die Auskunft des Frl. Dr. Käthe Schirmacher über denselben dem Justizrat zur Kenntnis und Prüfung zu übermitteln.

Punkt 13. 32 bespricht das Urteil des Reichsgerichts in Sachen der Polenklausei im Prozess der Landbank gegen den Grafen Plater. 107 (Dr. Hunkel) soll in der Presse auf die nationalpolnische Agitation des Grafen Plater aufmerksam machen.

Sitzung vom 27. Mai 1913.

Punkt 7. Auf Antrag von 28 wird beschlossen, in der »Ostmark« vierteljährlich die markantesten Artikel der polnischen Presse wiederzugeben und eine gedrungene Übersicht aller Ereignisse in der Polenfrage, sowohl in Deutschland als auch in Galizien und Russisch-Polen, zu bringen. Zu diesem Zwecke soll die betr. Nummer der »Ostmark« im vergrößerten Umfang erscheinen.

Sitzung vom 3. Juni 1913.

Punkt 2. Es wird beschlossen, den Antrag betr. Bodenfrage und Städtepolitik — an den Ministerpräsidenten, und betr. die Ostmarkenzulage für die Postbeamten — an den Reichskanzler zu richten.

Punkt 3. Die Provinzialvorstände in Posen und Danzig sollen ersucht werden, von den Ortsgruppen Berichte über den derzeitigen Stand der Boykottfrage (scil. der Boykottierung der Polen durch den Ostmarkenverein. D. Verf.) einzuziehen.

Sitzung vom 24. Juni 1913.

Anwesend: 31, 117, 123, 122, 129, 27a, 107 u. 28.

### **Eine niederträchtige Verdächtigung.**

Punkt 3. Besprechung der Mitteilung, dass zahlreiche polnische Grossgrundbesitzer ihre Güter in Genossenschaften



mit beschränkter Haftung (G. m. b. H.) umgewandelt haben. *um sich vor der Wehrsteuer zu schützen.* (Es ist dies auch nicht in einem einzigen Falle geschehen! D. Verf.)

Punkt 12. Der Nachricht der Ortsgruppe Kreisling, dass deutsche Kolonisten ihre Einkäufe bei den Polen machen, wird zur Kenntnis genommen.

Sitzung vom 22. Juli 1913.

(bei Justizrat Wagner, Berlin)

Anwesend: 31, 107, 114, 27a.

Punkt 9. 110 berichtet über den derzeitigen Stand der Boykottfrage in Westpreussen. Es wird beschlossen, die weiteren Schritte in dieser Frage im Herbst, nach Empfang der Berichte aus Posen, zu unternehmen.

Sitzung vom 29. Juli 1913.

Punkt 7. Der Artikel der sozialdemokratischen »Dortmunder Arbeiterzeitung« vom 22. 7. 13 gegen die polnische Ausstellung in Bochum wird verlesen. 107 (Dr. Hunke!) soll ihn in der »Ostmark« verwerten. (Ist geschehen. D. Verf.)

Punkt 11. In der Hypothekenangelegenheit des Vereins »Familien-Gärten Dirschau« wird beschlossen, dem Vorstände des Vereins aufzugeben, die Statuten dahin zu ändern, dass weder Polen Mitglieder sein dürfen, noch dass an Polen verpachtet werden darf (!!). Alsdann ist der Ostmarkenverein bereit, 5000 M. unter folgenden Bestimmungen zu geben: Zinsen 4% mit jährlicher Abzahlung von 300 M. in Quartalsraten. Der Rest wird fällig 8 Tage nach Nichtzahlung einer Rate, bzw. wenn die Bestimmung des Statuts zur Aufrechterhaltung des deutschen Charakters gestrichen werden sollte.

(Das ist natürlich kein Boykott! D. Verf.)

Sitzung vom 5. August 1913.

### Die Erziehung der Jugend zur Polenhetze.

Punkt 5. Es wird beschlossen, alle Studentenverbindungen an den Universitäten und Technischen Hochschulen zum Beitritt als korporative Mitglieder des Ostmarkenvereins aufzufordern. (Die Rektoren zahlreicher deutscher Universitäten und Hochschulen haben bei der Polenhetze mitgewirkt. So z. B. liegt die »Ostmark« im Lesesaal, der Techn. Hochschule in Charlottenburg aus. Dieser Art Vertretern deutscher Wissenschaft geht völlig der Sinn dafür ab, dass sie durch ihre Handlungsweise die deutsche Wissenschaft kompromittieren. D. Verf.)

Sitzung vom 12. August 1913.

Punkt 2. 28 teilt mit, dass 23 und 32 mit der Anstellung des Hauptmanns Woerner zum Geschäftsführer der

Ortsgruppen des »Ostmarkenvereins in dem Industriebezirk an der Ruhr« sich einverstanden erklärt haben.

Sitzung vom 26. August 1913.

Punkt 4. Die Beschwerde der »Täglichen Rundschau« wegen der Anstellung eines Polen als Führer in dem Marienburger Schlosse, wurde der Ortsgruppe in Marienburg zur Prüfung übergeben.

Punkt 6. Es wurde beschlossen, bei der Direktion der »Hertha-Quelle« in Rügen und des »Kali-Kontors« in Berlin — wegen Versendung polnischer Prospekte brieflich anzufragen.

Punkt 8. 28 teilt mit, dass der Pastor Friedland-Bromberg sich bereit erklärt habe, den Hauptvorstand auf dem diesjährigen Kongress des »Alldeutschen Verbandes« in Breslau am 5—8 September zu vertreten.

(Der »Alldeutsche Verband« ist eine antikatholische Kampforganisation par excellence. D. Verf.)

### „Politisch Lied — ein garstig Lied“ (Goethe).

Sitzung vom 9. September 1913.

Punkt 7. 28 teilt mit, dass die Redaktion des »Daheim« sich bereit erklärt habe, den mit dem I. Preise gekrönten Ostmarkenroman für den Preis von 10.000 M. anzukaufen.

Diese Mitteilung bezieht sich auf eine Anregung von 38b (Vossberg-Posen), zur Feier des 20-jährigen Bestehens des »Ostmarkenvereines« ein Preisausschreiben für einen Ostmarkenroman zu erlassen. Die Anregung wurde sodann zum Beschluss erhoben. Was hiermit bezweckt werden sollte, darüber klärt uns der folgende, am 16. Oktober 1913 an mehrere deutsche Schriftsteller gerichtete Brief auf:

Ew. Hochwohlgeboren!

erlauben wir uns nachstehende Bitte auszusprechen.

Anlässlich des Ende nächsten Jahres bevorstehenden 20-jährigen Stiftungsfestes unseres Vereins beabsichtigen wir, an die deutschen Schriftsteller und Schriftstellerinnen die Aufforderung zu richten, sich an einem Preisausschreiben für einen Ostmarkenroman zu beteiligen.

Es gilt, einen Roman zu schaffen, in dem das Ostmarkenproblem in deutschnationalem Sinne behandelt wird, und der in lebenswahren Farben Land und Leute der Ostmark sowie die schweren Aufgaben schildert, die unseren braven deutschen Provinzen im Osten obliegen, oder die durch deutschen Fleiss und zähe deutsche Ausdauer hier schon in vergangenen Zeiten gelöst wurden. Zweck dieses Preisausschreibens ist, das Interesse für diese wichtige na-



tionale Frage auch in Kreise hineinzutragen, die ihr bis jetzt leider immer noch verständnis- und teilnahmslos gegenüberstehen (1). An Preisen sollen ausgesetzt werden insgesamt 20 000 M. (zwanzigtausend Mark) und zwar ein 1. Preis von 10 000, ein 2. Preis von 5 000 M., ein 3. Preis von 3 000 M. und zwei weitere Trostpreise von je 1 000 M.

Unsere ergebenste Bitte geht nun dahin, dass Sie im Hinblick auf die nationale Sache, die dadurch gefördert werden soll, die grosse Liebenswürdigkeit haben möchten, das Amt eines Preisrichters zu übernehmen. Die gleiche Bitte haben wir gerichtet an Frau Gräfin Bethusy-Huc, Rudolf Herzog, Dr. Friedrich Lange, Joseph Lauff, Richard Nordhausen, Rudolf Stratz, Olga Wohlbrück und Fedor von Zobeltitz.

In Erwartung Ihrer baldigen, hoffentlich zusagenden Antwort, zeichnen wir

in vorzüglicher Hochachtung  
Euer Hochwohlgeboren ergebenster  
Der Hauptvorstand  
31. 28.

Nach allem, was wir bisher hier enthüllt haben, ist es wohl klar, dass ein im Sinne des Ostmarkenvereines verfasster Ostmarkenroman einen gehässigen und tendenziösen Inhalt haben soll. Den in dem obigen Schreiben aufgeführten deutschen Schriftstellern, die der Ostmarkenverein mit seinem Vertrauen beehrt, soll also die Aufgabe zufallen, dafür zu sorgen, dass der grösste deutsche Genius desavouiert wird, der gesagt hat:

**„politisch Lied — ein garstig Lied“.**

Schon lange vor der Gründung des Ostmarkenvereins haben andere Apostel der Menschenfeindschaft in Preussen, (z. B. Bismarck) ihre besondere Aufmerksamkeit der Umformung der öffentlichen Meinung der Deutschen im gehässig-antipolnischen Sinne gewidmet. Mit Gustav Freytag etwa setzte die systematische Beeinflussung des deutschen Volkes gegen Polen, polnische Geschichte, polnische Traditionen u. s. w. durch die Belletristik und die Literatur ein und in den letzten 4 Jahrzehnten wurden die heranwachsenden Generationen in Deutschland künstlich in einem weder historisch noch gegenwartsreal begründeten Gegensatz zu dem polnischen Volk und zu seinen Aspirationen erzogen. Ein gewisser Gegensatz zwischen den Deutschen und Polen, begründet in der Sprachverschiedenheit und zum Teil auch in der Konfession, hat immer bestanden, ebenso wie zwischen den Deutschen und allen anderen Völkern, die eine andere Sprache reden, aber der Gegensatz zwischen den Deutschen und Polen war in der geschichtlichen Vergangenheit sehr schwach ausgeprägt (vom Standpunkt des polnischen Nationalismus muss

man dies sogar bedauern, weil das deutsche Element infolge der polnischen Nachgibigkeit fortgesetzt friedliche Eroberungen auf Kosten des Polentums machte). Erklärt werden muss aber, dass in den polnischen Landesteilen Preussens während der letzten Jahrzehnte durch die berechnete und systematische Tätigkeit der offiziellen preussischen Staatsregierung im Verein mit der Nebenregierung des Ostmarkenvereins allerdings ein ausserordentlich scharfer und feindseliger Gegensatz entstanden war, aber nicht eigentlich zwischen Deutschen und Polen, sondern zwischen der *Habsucht und niedrigen Beute- und Raffgier zahlreicher nach dem polnischen Osten zur sogenannten Stützung des Deutstums entsandten preussischen Beamten sowie eines Teiles der durch besondere Vergünstigungen und Vorteile für den Ostmarkenverein gewonnenen dortigen deutschen Bevölkerung* — und zwischen den *auf Erhaltung ihres Volkstums und Schutz ihres privaten, individuellen Besitzes gerichteten und vollkommen berechtigten Bestrebungen der Polen*. Diesen Gegensatz war nun die preussische Regierung und der Ostmarkenverein bestrebt, dem ganzen deutschen Volke als deutsch-polnischen Gegensatz im allgemeinen Sinne einzupflanzen und hierzu bedienten sie sich der Beeinflussung durch die Presse und höchst wirksam durch die erzählende Romanliteratur.

In den 90-er Jahren waren die meisten deutschen Familienblätter voll der sogenannten Ostmarkenromane, die in einer unglaublich gehässigen und unwahren Weise die Zustände in den polnischen Landesteilen schilderten und ausserordentlich viel zur Aufhetzung der deutschen öffentlichen Meinung gegen alles, was mit Polen zusammenhängt, beigetragen haben. Es war damals eine Zeit, wo der minderwertigste und talentlose Schriftsteller Eingang in die gelesensten und gut zahlenden deutschen Familienblätter fand, wenn er nur einen »Ostmarkenroman« hinschmierer konnte, in dem das Polentum als minderwertige und verkommene Rasse dargestellt und das deutsche Volk in den Polenbass künstlich hineingehetzt wurde. (In ähnlicher Weise wirkten in den letzten Jahren vor dem Kriege die in alldeutschem Sinne schreibenden deutschen Schriftsteller, wie Rudolf Stratz, die das deutsche Volk für den so jämmerlich verunglückten Beutezug gegen das englische Kolonial- und Handelsreich erzogen.)

In dem oben angeführten Schreiben des Ostmarkenvereins wird auch der Schriftsteller Fedor von Zobeltitz zum Preisrichteramt eingeladen. Wir möchten bei diesem Namen kurz verweilen. Herr von Zobeltitz hat ein ganz nettes Talent, aktuelle Unterhaltungsromane zu schreiben, in denen das Leben und Treiben der ostelbischen, besonders der märkischen, Gutsbesitzer geschildert wird; stellenweise zeigen seine Romane fast französische Gracie und Leichtigkeit in der Behandlung der gesellschaftlichen Probleme. Im allgemeinen aber ist seine Schriftstellerkunst doch



wohl nur eine auf höheres ästhetisches Niveau gehobene Hintertreppenliteratur, weil fast ein jeder seiner Romane nach der einzigen und immer gleichen Schablone gemacht ist: ein absoluter Tugendbold und ein absoluter Bösewicht, das Laster wird bestraft, die Tugend wird belohnt und heiratet ein schwerreiches Mädchen. Von tieferer psychologischer Motivierung und sittlich veredelnden Tendenzen ist bei Zobeltitz keine Spur. Es ist nun bemerkenswert, dass in den Zobeltitzschen Romanen, die gar nicht in den polnischen Landesteilen spielen, der absolute Bösewicht fast immer *ein Pole ist!* Manchmal ein zufällig in eine rein deutsche Gegend verschlagener polnischer Arzt, manchmal ein vorübergehend sich dort aufhaltender polnischer Wanderarbeiter, aber wie gesagt, fast immer *ein Pole*, und meistens ganz unmöglich und unzusammenhängend motiviert und geradezu an den Haaren herbeigezogen. Die Tendenz, Völkerhass und Menschenfeindschaft künstlich zu erzeugen, liegt hier klar auf der Hand, und diese Tendenz hat natürlich den Ostmarkenverein bewogen, Herrn v. Zobeltitz das Preisrichteramt mit anzutragen. Wir haben uns bei dem Namen Zobeltitz etwas länger aufgehalten, um der deutschen öffentlichen Meinung zu zeigen, durch welche scheinbar unmerklichen Kanäle ihr ständig das Gift des Polenhasses zugeführt wurde. Zobeltitz ist nicht der einzige, der in solcher Weise dieses Gift in Deutschland herumstreut!

Die Nachfrage nach den sogenannten »Ostmarkenromanen« scheint während des letzten Jahrzehntes vor dem Kriege abgeflaut zu haben, man begegnete ihnen seltener in den deutschen Familienblättern und dem deutschen Lesepublikum mögen wohl diese abscheulichen Tendenzmachwerke schliesslich widerstanden haben. Da unternahm es natürlich der unermüdete Ostmarkenverein, diese Art von Völkerverhetzung und Brunnenvergiftung wieder aufleben zu lassen und er erliess ein Preisausschreiben auf die Schaffung eines neuen »Ostmarkenromans«. Wir wissen noch nichts über das Resultat dieses Preisausschreibens, glauben aber gerne, dass bei der Höhe der ausgesetzten Preise sich gewiss genügend Bewerber eingefunden haben und dass also wieder eine systematische Aktion bevorsteht, den Polenhass in Deutschland künstlich aufzupeitschen. Dass unter solchen Umständen die Beziehungen zwischen Deutschland und dem Polnischen Staat nicht gerade günstige Aussichten zeigen, ist eine Tatsache, mit der sich die Polen abfinden müssen, jedenfalls konstatieren wir hier, dass diese nichtswürdige Hassaktion *von deutscher Seite ausgeht und von deutscher Seite organisiert wird.*

Gerade in der gegenwärtigen Zeit — um die Jahreswende 1919 — erscheint in der »Berliner Illustrierten Zeitung« ein Roman in Fortsetzungen, von dem wir wohl richtig annehmen, dass er durch das Preisausschreiben des Ostmarkenvereins veranlasst wurde. Der Titel heisst »Der weisse Adler«, der Verfasser

ist Richard Skowronnek. Soweit es sich aus dem bisher erschienenen Folgen dieses Romans beurteilen lässt, ist er dem Ostmarkenverein gewissermassen auf den Leib geschrieben; von den Beratungen über die Polengefahr in den Ministerien der früheren preussischen Regierung ausgehend, führt uns die Schilderung in die polnischen Landesteile Preussens, in die Zweiggruppen des Ostmarkenvereins. Die Tendenz des Romans ist, der deutschen Öffentlichkeit das nichtswürdige Treiben der Tiedemannschen Nebenregierung in einem ganz unwahren Licht darzustellen, die höchst private Gewinnsucht und schmutzige Beutegier der ostmärkischen Zulagenjäger als national deutschen Patriotismus zu maskieren und »ein für Ostpreussen besonders zugeschnittenes Gesetz« (d. h. ein antipolnisches Ausnahmegesetz) vorzubereiten. Dass polnisches Wesen und polnische Bestrebungen, polnischer Charakter und polnische geschichtliche Traditionen mit Unflät beworfen und dem deutschen Leser in einer, den privaten Interessen der ostmärkischen Zulagenjäger zusagenden Weise vorgeführt werden, ist bei dem Charakter dieses von Profitgier diktierten und gewissermassen auf Bestellung des Ostmarkenvereins gelieferten Tendenzromans ganz selbstverständlich. In dem Roman »Der weisse Adler« werden wir auch auf ein polnisches Schloss und in die Kreise der polnischen Aristokratie geführt. Herr Skowronnek entwirft nun von dem Leben und Treiben dieser Kreise ein geradezu scheusliches Zerrbild, dessen innere Unwahrhaftigkeit und Verlogenheit für den gebildeten Leser klar auf der Hand liegen, aber bei dem breiten deutschen Lesepublikum nur Unheil für die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen anstiften können. Man schaudert förmlich davor, wie verantwortungslos hier ein deutscher Romanschriftsteller den Völkerhass schürt und das deutsche Volk in das Netz der niedrigsten menschenfeindlichen Instinkte verstrickt. Herr Skowronnek versucht hier etwas, was für ihn unmöglich ist, denn zu den Kreisen der höheren Gesellschaft hat er, der Sohn eines Waldaufsehers in dem polnischen Ostpreussen, nie die geringsten Beziehungen gehabt. Schon seine äussere Erscheinung schützt ihn davon; er mag einen noch so gut zugeschnittenen Gehrock oder Frack mit weisser Binde anlegen, er sieht trotzdem immer aus wie ein geputzter Müllkutscher. Herr Skowronnek ist polnischer Abstammung, Skowronnek ist ein polnischer Bauernname und heisst deutsch Lerche. Allerdings leugnet Herr Skowronnek seine polnische Herkunft und gibt sie der deutschen Öffentlichkeit gegenüber für masurisch aus. Die Masuren sind aber nur ein polnischer Volksstamm (wie die Thüringer und Sachsen ein deutscher), der das ganze Land um Warschau und nördlich davon bis nach Ostpreussen hinein bewohnt. Es war nur ein Kniff der früheren offiziellen preussischen Staatsregierung, in den amtlichen Zählungen die ostpreussischen Polen für sogenannte Masuren auszugeben, um so künstlich die Anzahl der Polen in Preussen



auf dem Papier herabzumindern. Dieser amtlichen Terminologie gemäss gibt sich Herr Skowronnek für »masurischer« Abstammung aus. Warum gerade er, ein Renegat, das Blut, dem er entstammt, verleugnend, das Volkstum seiner Ahnen mit Kot bewirft, liesse sich psychologisch nur damit erklären, dass er im Rahmen des früheren preussischen Systems aus der Tiefe in eine höhere Schicht emporgestiegen ist und aus einem knechtisch-dumpfen Dankbarkeitsgefühl heraus dieses System zu glorifizieren sich für verpflichtet hält.

Wir mussten bei diesem Thema etwas länger verweilen, um die öffentliche Meinung in Deutschland und das Völkergewissen auf diese neue, vom Ostmarkenverein eingeleitete Hassaktion aufmerksam zu machen. Und das geschieht gerade zu einer Zeit, wo der Apostel der Menschlichkeit, der edle Präsident der Vereinigten Staaten, Wilson, eine Ära der Völkerversöhnung und des Völkerbundes einleiten will!

Nebenbei möchten wir noch erwähnen, dass es der Berliner Verlag Ullstein ist, in dessen »Berliner Illustrierten Zeitung« der Skowronneksche Tendenzroman erscheint und der also die neue Hassaktion des Ostmarkenvereins unterstützt. Wir wollen nicht, dass man uns Antisemiten schilt und unterlassen daher jede abfällige Bemerkung über diese Handlungsweise des Ullsteinschen Verlages.

Sitzung vom 23. September 1913.

Punkt 11. Die Ortsgruppe Marienburg teilt mit, dass die in der »Täglichen Rundschau« veröffentlichte Beschwerde über die angebliche Anstellung eines Polen als Führer in der Marienburg unbegründet sei, da der betr. Führer ein guter Deutscher wäre, der den Elbinger Niederungs-Dialekt spricht.

Punkt 12. Die Entschliessung der Ortsgruppe Dirschau betr. die eventuelle Gewährung einer Ostmarkenzulage an die Reichsbeamten aus Mitteln des preussischen Staates wird zur Kenntnis genommen.

Sitzung vom 30. September 1913.

Punkt 2. Die Zustände in Zoppot werden nochmals besprochen. Es soll bei 110 (Schreiber Danzig) angefragt werden, ob es richtig sei, dass im dortigen Kurhause das Bild des Kaisers nicht aushängt, dagegen das Bild eines polnischen Königs?

Punkt 8. 106 bespricht die Massnahmen des bisherigen Eisenbahndirektionspräsidenten von Posen gegen die Bahnarbeiter wegen Stimmabgabe für den polnischen Kandidaten bei den Gemeindewahlen und die anscheinend damit zusammenhängende Ernennung eines neuen Eisenbahndirektionspräsidenten.

Punkt 9. 106 teilt mit, dass eine Versammlung der posener (!) und westpreussischen Bürgermeister in Schneide-

mühl zur Besprechung von Massnahmen zur Förderung des Deutschtums in den ostmärkischen Städten im November stattfinden soll.

Sitzung vom 7. Oktober 1913.

Punkt 6. 122 (Geheimrat Pape) teilt mit, dass 11-Posen (der Oberpräsident Schwartzkopff) in der letzten Zeit verschiedene grössere Beiträge zur Gewährung von Darlehen an ostdeutsche Handwerker bewilligt habe.

Sitzung vom 14. Oktober 1913.

Anwesend: 31, 32, 106, 114, 117, 118, 121, 122, 27, 28, Gymnasialdirektor Schülke-Tilsit und Sekretär des Kaiserlich deutschen Konsulats in Lemberg (!) Fauter.

Punkt 5. Konsulatssekretär Fauter-Lemberg berichtet über die Zustände in Galizien.

Sitzung vom 4. November 1913.

### **Protestantische Propaganda.**

Punkt 8. 106 verliest ein Schreiben von 110 über den Stand der Angelegenheit wegen Errichtung eines Johanniter-Krankenhauses in Zoppot unter Hinweis auf die Wahrscheinlichkeit bald bevorstehender Gründung eines katholischen Krankenhauses mit polnischem (?) Gelde. 11-Westpreussen (scil. der Oberpräsident v. Jagow) hat die Frage gestellt, ob der »Ostmarkenverein« sich mit einem Geldbetrage beteiligen wolle. Aus dringenden nationalen Gründen schlägt 106 die Bewilligung von 10.000 M. vor, zahlbar aus verschiedenen Fonds in etwa 5 Jahresraten.

Punkt 18. 106 weist auf Grund von Zeitungsnachrichten auf die angeblich bevorstehende Einverleibung des Vororts Winiary in die Stadt Posen hin und beantragt, 38-b aufzufordern, zu berichten, welche Massnahmen seitens des Ostmarkenvereins dagegen getroffen bezw. in Aussicht genommen sind.

Sitzung vom 11. November 1913.

Punkt 3. Abschrift des Reichsgerichtserkenntnisses in der Boykottfrage soll vom I. Staatsanwalt in Gnesen erbeten werden.

Punkt 5. 23 berichtet über die augenblickliche Stimmung der nationalen deutschen Kreise in Posen gegenüber der Ostmarkenpolitik der Regierung.

Punkt 9. 106 berichtet über seine Verhandlungen in Sachen der Städtepolitik mit dem Handelsministerium.

Sitzung vom 18. November 1913.

Punkt 11. 32 teilt mit, dass der Übergang des ersten deutschen Hotels in Schrimm in polnische Hände durch eine gemeinsame Hilfsaktion seitens 11-Posen (Oberpräsi-



dent Schwartzkopff) und der im Kreise eingessenen Grossgrundbesitzer, an der auch er sich beteiligt hatte, verhindert werden würde.

Sitzung vom 27. November 1913.

Punkt 4. Es wird beschlossen, von einer besonderen Entschliessung zur Schulfrage abzusehen. Die von 121 (Schulrat Sakobielski-Cöpenick) aufgestellten Thesen sollen zu einer Eingabe an das Kultusministerium verwandt werden.

### **Keine Universität in Posen.**

Punkt 5. Zur Universitätsfrage teilt 109-a mit, dass zur Zeit an eine Ausgestaltung der Posener Akademie zu einer Universität seitens des Staatsministeriums nicht gedacht werde. Es soll daher von einer Entschliessung in dieser Frage abgesehen werden.

Punkt 6. 23 berichtet über seine Unterredung mit dem Handelsminister in Sachen der Förderung des ostmärkischen Handwerks und Gewerbes.

Sitzung vom 2. Dezember 1913.

Punkt 13. Es wird beschlossen, eine besondere Werbung unter den, den nationalen Parteien angehörenden Landtags- und Reichstagsabgeordneten zu veranstalten.

Sitzung vom 9. Dezember 1913.

Punkt 2. 32 (Raschdau) teilt mit, dass nach Zeitungsnachrichten in Buk und Gostyń die Deutschen bei den Stadtverordnetenwahlen Mandate an die Polen verloren haben und dass im Wahlkreise Strelno 2 Polen in die Landwirtschaftskammer gewählt wurden. 38-b soll um näheren Bericht ersucht werden.

Punkt 7. 106 berichtet über den Schriftwechsel von 23 mit Oberbürgermeister Wilms-Posen und die Unterredung von 23 mit 72 (Finanzminister) wegen Beschaffung 2-stelliger Hypotheken.

### **Bezahlter patriotischer Eifer.**

Punkt 15. Auf Antrag des Posener Provinzialvorstandes wird beschlossen, dem Prof. Huver-Posen zu den Agitationskosten für die Wahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse, die zu Gunsten des Deutschtums ausgefallen waren, eine Beihilfe von 100 M. aus dem Etatsposten »Zuwendungen« zu bewilligen.

Damit wären die Protokolle des Geschäftsausschusses des Hauptvorstandes für die Jahre 1912 und 1913 erschöpft. Wenn auch manche der aus ihnen aufgeführten Punkte minder wichtig und vom deutschen Standpunkte vielleicht einwandfrei erscheinen

können, so soll diese Veröffentlichung eben doch zeigen, auf wie verschiedenartigen und verzweigten Gebieten die Tätigkeit des Hauptvorstandes des »Ostmarkenvereines« sich bewege und dass dieser angeblich unpolitische Verein sich so gut wie ausschliesslich mit Politik beschäftigt hat. Auch das intime Zusammenarbeiten mit der offiziellen Staatsregierung geht aus den Protokollen des Ostmarkenvereins deutlich hervor!

Und wie die Zentralstelle so auch die Nebenstellen! Ihre Tätigkeit ist der des Hauptvorstandes ganz analog! Als Beispiel möge folgendes Protokoll des Geschäftsausschusses des Ostmarkenvereines in Danzig in wortgetreuer Abschrift wiedergegeben werden.

*Sitzung des Geschäftsausschusses in Danzig  
vom 18. Juli 1913.*

Anwesend: Professor Hoffmann, Konsistorialpräsident Peter-Landgerichtspräsident Schwartz, Geschäftsführer (scil. Oberst a. D. Schreiber).

1. Kenntnisnahme der Sitzungsprotokolle des Hauptvorstandes vom 9. April ab bis einschliesslich 24. Juni cr.

2. Es wird Kenntnis genommen:

a) von den von 110 entworfenen und vom Hauptvorstand unterm 27. Mai cr. genehmigten Satzungen für einen Kreisverband des Ostmarkenvereines in Westpreussen.

b) von der Nachricht, dass sich polnische Grossgrundbesitzer durch teilweise Umwandlung ihrer Gutsbetriebe in G. m. b. H. der Wehrsteuer zu entziehen suchen. Es wird beschlossen, von dieser Nachricht den Einkommensteuer-Veranlagungskommissaren in Westpreussen Kenntnis zu geben.

**Boykott.**

c) von der Erklärung der Firma W. Schlieben & Co. Weingrosshandlung in Berlin, dass in Zukunft weder polnische\*Prospekte verwandt, noch solche in polnischen Druckereien gedruckt werden.

(Diese werte Firma hat ihr Versprechen gehalten, sie ist nämlich kurz darauf bankerott geworden und stand schon damals oberfaul. D. Verf.)

d) von der Mitteilung einer Danziger Reederei-Firma, dass von der Warschauer Handels- und Schifffahrts-Aktien-Gesellschaft eine Filiale mit Umladestation in Danzig gegründet worden sei, die alle Arten von Waren per Schiff und Eisenbahn zwischen Danzig und Warschau befördern soll. Dem 14-Danzig (scil. Regierungspräsident!) ist hierüber berichtet worden.

e) von der Erklärung des Inhabers des Berliner Kaufhauses des Westens, Jandorf, dass er die Verbindungen



- mit der polnischen Honigkuchenfabrik in Thorn (Ruchniewicz) gelöst habe
- f) von der Mitteilung der Ansiedlungskommission, dass das Rittergut Kl. Podless, Kr. Berent, zur Aufteilung angekauft sei. Damit findet der Antrag des Gemeindefiskus in Poldersee vom 6. Mai cr. seine Erledigung.
  - g) von dem Danke Sr. Majestät für Überreichung des Werkes »Die deutsche Ostmark« und der Huldigungsadresse zum Regierungsjubiläum.
  - h) von dem Telegrammwechsel zwischen dem Ostmarkenverein und Regierungspräsident Dr. Gramsch, bisherigen Präsidenten der Ansiedlungskommission.
  - i) von dem Stande der von Sikorski'schen Erbschaftsangelegenheit; nach einigen Monaten wird bei 14-Marienwerder (Regierungspräsident!) anzufragen sein, ob schon eine Entscheidung seitens des Kammergerichtes vorliege.
3. Geschäftsführer berichtet über seine jetzt abgeschlossenen Vortragsreisen in den Ansiedlerdörfern der Kreise Dirschau, Schwetz, Strassburg, Briesen, Berent und Graudenz; die auf der Reise gewonnenen Eindrücke und Erfahrungen sind dem Hauptvorstand im besonderen Bericht zur Kenntnis gebracht. Die Ziffern 3 und 4 dieses Berichtes, betr. die russischen Rückwanderer, sollen dem »deutschen Verein für das nördliche Schleswig« z. H. des Landgerichtsdirektors Dr. Hahn in Kiel zur Kenntnis übersandt werden.
  4. Der Antrag der Ortsgruppe Essen, betreffend Lichtbilder und Aufklärungsvorträge über die Ostmark in den westlichen Teilen Deutschlands wird zur Kenntnis genommen. Die Angelegenheit ist nach Möglichkeit zu unterstützen.
  5. Auf die Anfrage des Hauptvorstandes vom 9. 6. cr., betr. den polnischen Boykott und den deutschen Abwehrboykott, spricht der geschäftsführende Ausschuss sich für weitere energische Durchführung des Abwehrboykotts aus, da die polnischen Führer bisher die Parole »Jeder zu den Seinen« nicht zurückgezogen haben. Indessen wird es sich empfehlen, in solchen, besonders kleinen Städten, in denen die Polen das wirtschaftliche Übergewicht haben, im Interesse des deutschen Gewerbetreibenden und Handwerker mit möglichster Vorsicht vorzugehen.
  6. Geschäftsführer berichtet, dass er angesichts der in letzter Zeit wiederholten und unbegründeten Angriffe der westpreussischen Zentrumsblätter gegen den Ostmarkenverein sowohl 107 wie auch die dem Verein zugetane westpreussische Presse gebeten habe, den Verein vor der-

gleichen Angriffen nach Möglichkeit in Schutz zu nehmen.

»Der deutsche Osten« hat hierauf auch bereits unterm 16. Juli cr. und der Graudener »Gesellige« unterm 17. Juli cr. kräftige Entgegnungsartikel gebracht.

Nr. 8, 9 und 10 der Tagesordnung betreffen geschäftliche bezw. Unterstützungsangelegenheiten. D. Verf.)

### Unterstützungsangelegenheiten aus den Protokollen des Geschäftsausschusses des Ostmarkenvereins 1912 und 1913.

In der Sitzung vom 30. Januar 1912 wird berichtet, dass die Handelskammer in Harburg (!!) ihren Beitrag von 20 auf 50 M. jährlich erhöht habe.

Sitzung vom 20. Februar 1912.

Als Mitglieder sind beigetreten: Kreis Wittgenstein (Jahresbeitrag 10 M.), Stadt Zittau (30 M. Jahresbeitrag) und die Stadt Lichtenberg b. Berlin (einmalige Unterstützung von 50 M.).

Sitzung vom 27. Februar 1912.

Der Arzt Dr. Lüders in Neustadt bei Pinne (Provinz Posen) erhielt ein Darlehen von 2000 M. zu  $3\frac{1}{2}\%$ .

Sitzung vom 4. April 1912.

Der Kreis Stallupönen (Ostpreussen) ist als Mitglied mit einem Jahresbeitrag von 20 M. beigetreten.

Sitzung vom 30. April 1912.

Als Mitglieder sind beigetreten: Stadt Memel 20 M., Aktiengesellschaft für Kohlendestillation-Düsseldorf mit 100 M. Jahresbeitrag.

Der Antrag des Gärtners Kisek aus Bruss (Westpr.) um ein Darlehen von 7500 M. und der Schützengilde in Koschmin wird abgelehnt.

Sitzung vom 14. Mai 1912.

Es wird berichtet, dass Richter-Schlochau (Westpr.) der vom »Ostmarkenverein« ein Hypothekendarlehen von 2000 M. hatte, Konkurs angemeldet habe. Es wurde beschlossen, unter keinen Umständen sein Grundstück zu erwerben, 113 soll jedoch in dem Subhastationstermin die Interessen des »Ostmarkenvereins« wahren.

Als Mitglieder sind beigetreten: Eisenwerk A.-G. mit 25 M. und Mühlenbauwerk A.-G. Kaiserslautern mit 20 M. Jahresbeitrag.

Sitzung vom 21. Mai 1912.

Als Mitglied ist die Handelskammer in Bochum beigetreten.

28. Mai 1912. Südharzer Kaliwerke (50 M.). Einmalige Unterstützung Kreis Delitzsch 50 M. und Kameruner Kautschouk Comp. A.-G. 50 M.



12. Juni 1912. Restaurateur Noack-Unterberg bei Posen bittet um ein Hypothekendarlehen von 3000 M. Bewilligt.  
18. Juni 1912. Thierarzt Lentz erhielt 800 M. gegen 2 sichere Unterschriften.

9. Juli 1912. Rektor Dr. Wagner-Znin bittet um Darlehen, desgl. Fleischer Schöning-Gnesen (5000 M !).

Neue Mitglieder: Kreis Bergenbrück 20 M., Kreis Schwelm 50 M., Deutsche Lebensversicherungsbank »Arminia« München 100 M., Dachauer Aktiengesellschaft für Papierfabrikation in München 20 M.

3. September 1912. 112 (Geheimrat Pape) berichtet, dass das Richtersche Hypothekendarlehen in Schlochau in der Subhastation für den Ostmarkenverein verloren gegangen ist.

12. November 1912. Landrat Dr. Hahn beantragt ein Darlehen von 7000 M.

19. November 1912. 117 (Bankier Fricke-Charlottenburg) berichtet, dass Dr. Kiesow, früher in Posen, jetzt in Wusterhausen a. d. Dosse, 500 M. dem Verein schuldet. Er ist unbekannt verzogen und seine Frau nimmt an ihn gerichtete Mahnbrieife nicht an.

Der Antrag des Landrats (!) Dr. Hahn-Lubiewo um ein Darlehen von 7000 wird trotz wiederholter Befürwortung durch den Landrat von Schwetz (den berühmten Halem! D. Verf.) abgelehnt, dafür aber der Provinzialvorstand in Danzig beauftragt, dem Landrat Dr. Hahn einen grösseren Staatszuschuss (!) zu erwirken.

(So arbeiteten einander die zünftigen »Patrioten« in die Hände! Der Verf.)

• 10. Dezember 1932. 23 und 32 berichten über den Antrag des Ingenieurs Hollnack-Posen um ein Hypothekendarlehen von 90 000 M.

17. Dezember 1912. Der Architekt Kartmann-Posen bittet um ein Darlehen von 30 000 M.

3. Januar 1913 Apotheker Reichmann-Inowroclaw beantragt Darlehen 9000.

22. Januar 1913 Auf Antrag des Landrats (!) des Kreises Stuhm wird dem dortigen deutschen Hotelier ein Darlehen von 2000 M. bewilligt.

29. Januar 1913. Apotheker Blümle-Zabikowo bei Posen bittet um ein Darlehen von 10 000 M.

18. Februar 1913. Der Landrat des Kreises Schwetz (Halem) befürwortet noch einmal den Antrag des Landrats Dr. Hahn um ein Darlehen.

4. März 1913. Der Ackerbürger Appelbaum-Rawitsch beantragt ein Darlehen von 20 000 M. Er wird an die

»Mittelstandskasse« verwiesen. (Diese wurde ja für diese Art deutsche »Patrioten« geschaffen. D. Verf.) Der Lehrer Mühle-Otusz wollte auch ein Darlehen haben, wurde aber abgewiesen,

18. März 1913. Rektor Keller-Schwetz befürwortet ein Hypothekendarlehen von 30000 M. an einen Conditor in Schwetz.

29. April 1913. Der Bauunternehmer Pirsch-Stargard (Westpr.) bittet um ein Hypothekendarlehen von 18000 M.

27. Mai 1913. Landrat (!) Bittermann-Sowy bittet um ein Darlehen von 3000 M.

5. August 1913. Studentenverbindung „Wingoll“ in Halle trat dem Verein als korporatives Mitglied mit einem Jahresbeitrag von 30 M. bei.

Der Student der Philosophie Nasilowsky-Berlin bittet um ein Stipendium zur Beendigung seiner Studien. Abgelehnt.

26. August 1913. Der Antrag des früheren Redakteurs des „Posener Tageblatt“ Reismüller (Er war ein tüchtiger Polenhetzer. D. Verf.) um ein Darlehen oder eine Unterstützung — wurde trotz Befürwortung durch 38 b abgelehnt.

8. August 1913. Der Stadtrat von Freiburg in Breisgau (!) bewilligt dem Ostmarkenverein eine laufende Unterstützung von 40 M.

23. September 1913. Friseur Dudek (!) erhält ein Darlehen von 300 M.

9. Dezember 1913. Der Buchdruckereibesitzer Kozy-nowski (!) Gostyn erhielt ein Darlehen von 3000 M.

Die Mitteilung des Geh. Rats Benkenberg, dass der *Bergbauliche Verein (!)* für die Jahre 1914 - 1916 einen Zuschuss in Höhe von je 3000 M. zu den Kosten\* der Dortmunder Geschäftsstelle des Ostmarkenvereines bewilligt habe, wird zur Kenntnis genommen.

So sieht also die Liste der merkwürdigen Mitglieder und Pensionäre des Ostmarkenvereines aus! In welchem sonderbaren Licht muss doch der deutschen öffentlichen Meinung der famose „Patriotismus“ dieser Leute und ihr aufdringliches Geschrei von der „Polengefahr“ erscheinen, wenn sie aus diesen Enthüllungen erfährt, wie *berechnet* dieser „Patriotismus“ war und wie er fortgesetzt durch Unterstützungen und milde Spenden, die im ganzen Deutschen Reich von der Nebenregierung zusammengeschmarrt wurden, genährt und künstlich aufrechterhalten werden musste. Mit dem aufdringlichen, jahrmärktmässigen Geschrei von der „Polengefahr“, das der Ostmarkenverein in alle deutschen Gaue trug, wurden Körperschaften und Personen weit vom Schuss, die von unseren Verhältnissen nicht die blasseste Ahnung hatten.



Gelder entlockt, die dann der Friseur Dudek in Karthaus, die Königlich preussischen Landräte Dr. Hahn in Lubiewo, Bittermann in Sowy usw. erhielten, weil sonst ihr famoser „deutscher Patriotismus“ in die Brüche gehen würden.

Sie alle wussten genau, weshalb sie dem Ostmarkenverein angehörten und seine „unpolitische“ Arbeit unterstützten. Es lohnte sich sowohl für die gelegentlichen Geber, wie für die Nehmer ganz gut, bei der so unheimlich einflussreichen Nebenregierung, gut angeschrieben zu sein, vor der sich sogar die offiziellen Minister verneigen mussten.

Die „Stützen“ des Deutschtums in den polnischen Landesteilen müssen eben immerzu „gestützt“ werden mit Unterstützungen, Darlehen usw., sonst wollen sie keine „Stützen“ sein!

Wir lassen hier aus den Akten des Ostmarkenvereins noch einen weiteren, höchst interessanten Beleg dieser Art folgen:

Königsberg, 8. Mai 1913.  
Tragh. Kirchenstr. 73.

Der Student der Theologie  
Kurt Bendzko  
bittet um Gewährung eines  
Stipendienfonds.

Einer geehrten Stipendienfonds-Kommission  
des Deutschen Ostmarkenvereins.

erlaube ich mir, nachstehende Bitte höflichst zu unterbreiten.

Mein Vater erteilt den gesamten Sprachunterricht in der polnischen Dolmetscher-Schule in Lyck. Die Zöglinge dieser Anstalten sind für den polnischen Dolmetscherdienst in den Provinzen Posen und Westpreussen bestimmt. Etwa 30 Schüler sind bereits Dolmetscher in der Provinz Posen. Mein Vater steht also mitten in der Ostmarkenarbeit. Ich studiere Theologie im I. Semester und lerne ebenfalls polnisch, um später in den Landesteilen mit polnisch sprechender Bevölkerung für die deutsche Sache und gegen die Ausbreitung des Polentums zu arbeiten (!!).

Zum Studium fehlt es mir jedoch an den nötigen Mitteln. Meine Eltern haben im ganzen 4 Söhne. Der älteste ist 23 Jahre alt und studiert in Königsberg Philologie im 5. Semester, die beiden jüngeren von 12 und 11 Jahren sind zu Hause und besuchen das dortige Gymnasium. Da meine Eltern kein Vermögen besitzen, so können sie uns von dem Gehalt nicht unterhalten. Dazu kommen noch die Krankheiten meines Vaters usw.

Daher erlaube ich mir die höflichste Bitte: die geehrte Stipendienfonds-Kommission wolle mir geneigtest ein Stipendium bewilligen.

Hochachtungsvoll  
Karl Bendzko, stud. theol.

An die Stipendienfonds-Kommission  
des Deutschen Ostmarkenvereins  
in Berlin.

Dieser junge Mann, der, als Verkünder des Evangeliums der Liebe maskiert, gegen die Ausbreitung des Polentums arbeiten will, hätte es wahrscheinlich unter dem heute so erbärmlich verkraften alten preussischen Systems noch recht weit gebracht!

Wie wir aus den Protokollen des Gesamtausschusses ersehen haben, giebt es „Patrioten“, die 3000 — 8000 — 40 000 — 90 000 M. und mehr von dem Ostmarkenverein zu „borgen“ versucht haben, und wenn der Verein diesem „patriotischen“ Gelddurst keine Schranken gezogen hätte, so hätte er entweder in einem Jahre seinen Betrieb schliessen oder seine enorm reichen Führer v. Tiedemann und Raschdau hätte tief in ihre eigenen Taschen greifen müssen. So etwas kam aber nicht vor. Dazu waren die *Staatsgelder* da, die seit Miquel zum Zweck der wirtschaftlichen Niederbringung der Polen in unheimlichen Mengen angehäuft wurden. Der mit antipolnischen Millionenposten vollgespickte Etat der Finanzverwaltung mit seinen Dispositionsfonds für die Oberpräsidenten von Posen und Westpreussen redet eine deutliche Sprache. Der Ostmarkenverein „förderte“ das Deutschtum mehr durch die Agitation und die systematische Verhetzung, die *materielle* „Förderung“ zahlte dann der preussische Staat aus den Steuergeldern auch der *polnischen* Staatsbürger, die mit dieser Art Fonds politisch bekämpft und wirtschaftlich ruiniert wurden!

Bei der Aufstellung dieser Fonds hatte man seinerzeit nicht bedacht, dass mit der Zeit die Polenausrottung auch nach Ostpreussen wird hineingetragen werden müssen, weil infolge der planmässigen Hetzarbeit des Ostmarkenvereins das dortige Polentum zum Leben erwachen und eine Abwehrstellung einnehmen würde; der Oberpräsident dieser Provinz blieb deshalb ohne spezielle Dispositionsfonds.

Dem wollte der Ostmarkenverein nun abhelfen, denn es meldeten sich bei ihm auch aus dieser Provinz Patrioten, die gerne Geld, und zwar gleich viel Geld haben wollten.

Ein Herr Julius Herbst, Besitzer der Adler-Apotheke in Hohenstein (Ostpreussen), wendet sich an den »Ostmarkenverein«



um Gewährung eines hohen Hypothekendarlehens und der eifrige Herr Oberst a. D. Cardinal v. Widdern (Nr. 106) benutzt die Gelegenheit, um den »Ostmarkenverein« vor weiterer Belästigung mit derartigen Forderungen zu bewahren und solche auf den Staat abzuwälzen.

Er schreibt also an 130 (d. h. Geschäftsführer Oberst a. D. Schreiber-Danzig) folgenden vielsagenden Brief:

Berlin, 10. Oktober 1913.

An 130.

Beifolgend die Abschrift eines Schreibens des Apothekers Herrn Julius Herbst, Besitzer der Adler-Apotheke in Hohenstein, zur gefälligen Kenntnisnahme, mit der Bitte, sich über die Lage des p. Herbst und über die Möglichkeit ihm aufzuhelfen, umgehend eingehend unterrichten zu wollen. Ich werde Ihr Antwortschreiben unserer Finanzkommission übermitteln und Ihnen darauf definitiv mitteilen, was in dieser Sache beschlossen ist. Hypotheken oder anderweitige Darlehen, auch nur annähernd in der Höhe, wie sie hier verlangt werden, ist der Ostmarkenverein nach seinen Mitteln ausser Stande zu leisten, auch mit geringeren Summen kann er nur dann eintreten, wenn politische und nationale Interessen dies sehr dringlich machen, nimmerhin muss Bürgschaft dafür vorliegen, dass das bewilligte Darlehen zurückerstattet wird. Die Abhilfe des Oberpräsidenten in Ostpreussen wird eine sehr beschränkte sein, weil, so viel ich weiss, er Fonds zur Unterstützung des Deutschtums nicht zur Verfügung hat, wie dies bei den Oberpräsidenten von Posen und Westpreussen der Fall ist. Vielleicht sind Sie in der Lage, auf Grund von gesammeltem Material eine begründete Eingabe zustande zu bringen, auf Grund welcher der Nachweis geliefert wird, dass und wie weit aus nationalen Gründen *auch der Oberpräsident von Ostpreussen zur Niederhaltung des Polentums* einen Deutschtumsfond nunmehr dringend notwendig hat und was in dieser Beziehung etwa schon vom Oberpräsidenten beim Staatsministerium nachgesucht worden ist.

Die Mittel des Deutschtumsfonds der Oberpräsidenten in Posen und Westpreussen sollen der Abhilfe von nationalen Notständen der verschiedensten Art, namentlich auch auf wirtschaftlichem Gebiete, im Kampfe des Deutschtums gegen die Polen dem ersteren zustatten kommen. In Westpreussen und Posen werden namentlich auch Ärzte und Apotheker sowie Handwerker und Gewerbetreibende aus dem Deutschtumsfonds unterstützt durch Bewilligung von Hypotheken. Erwünscht ist es, dem Finanzministerium auf

Grund einer eingehenden Statistik auch von Seiten des Ostmarkenvereines den Nachweis liefern zu können, wie nötig auch dem Oberpräsidenten von Ostpreussen ein solcher Fonds ist. 106.

Also der Ostmarkenverein ruft die Polenhetze hervor, züchtet Geschäftspatrioten und deren erwachten Gelddurst soll dann der Staat stillen!

### Tiedemann hält die Taschen zu.

Es gibt auch »Patrioten«, die an die Tasche des »Oberpatrioten« selbst appellieren!

Der Rittergutsbesitzer F. W. Dietrich schreibt an Herrn v. Tiedemann:

Ostrowo-Adlig. Kreis Wreschen,  
den 1. November 1913.

An

Herrn Rittergutsbesitzer Major v. Tiedemann  
Hochwohlgeboren.

Sehr geehrter Herr Major!

Wenn ich Sie als Fremder mit nachstehendem Schreiben zu behelligen wage, so bitte ich im Voraus um gütige Entschuldigung. Als Hütern unserer Ostmark (!) möchte ich Sie gern, bevor ich mich an einen anderen wende, um Ihren so vortrefflichen Rat und eventuelle Hilfe bitten. Ich bin in Gemeinschaft mit meiner Frau Besitzer des Rittergutes Ostrowo-Adlig, von Geburt Schlesier und immer in Schlesien gewesen. Mein Gut gilt als eines der besten Güter des Kreises, hat überall Feldbahn und Anschluss an die Kleinbahn, und um Ihnen einen Beweis dafür zu geben, dass es auch wirtschaftlich auf der Höhe ist, will ich nur bemerken, dass ca. jährlich 260 Morgen Rüben gebaut und etwa 50 000 Centner Nettorüben an die Zuckerfabrik in Wreschen abgeliefert werden.

Als meine Frau noch Witwe war, wurde sie des öfteren bestürmt, das Gut zu verkaufen, besonders war der Nachbar Herr von Lutomski auf Grzybowo sehr dahinter und bot dafür 1 200 000 M. bei barer Auszahlung, welches Angebot meine Frau rundweg abgelehnt hat. Unser Wille ist es, Ostrowo zu behalten und nicht zu verkaufen, zumal ich ein guter deutscher Mann bin, der ich auch meine schwachen Kräfte unserer guten deutschen Sache zur Verfügung stellen möchte (Aber natürlich! D. Verf.).

Wenn wir also Ostrowo behalten, dann muss ich viel bauen, denn so gut der Grund und Boden ist, so mangelhaft sind auch die Gebäude, und wir haben uns nun ent-



geschlossen, im nächsten Jahr sämtliche Bauten auszuführen. Wenn nun unser Gut auch nur sehr wenig beliehen ist, es sind bei einer Grösse von 1500 Morgen Mark 272 000 Posener Pfandbriefe oben, so fehlt mir doch zum Bau das bare Geld und um möglichst vorteilhaft zu bauen, soll immer alles bald bezahlt werden und zu diesem Zwecke wollen wir eine zweite Hypothek von 200 bis 225 000 M. hinter der Landschaft aufnehmen, welche zu Meliorationszwecken verwendet werden sollen, um aus dem Gute eine Musterwirtschaft im wahren Sinne des Wortes zu machen. Dieses Geld würden wir in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober nächsten Jahres eventuell in Teilbeträgen benötigen.

Meine ganz ergebene Frage würde nun dahin gehen, ob Sie selbst in der Lage wären, mir diese an sich gute und sichere Hypothek zu geben oder Jemand wüssten, der mir dieselbe geben würde und sich auf diese Weise eine gute Kapitalanlage schafft und nebenbei die grosse Sache des Deutschtums unterstützt. Diese Hypothek müsste bei pünktlicher Zinsenzahlung natürlich auf längere Zeit feststehen können.

Ich werde mich freuen, wenn ich von Ihnen einen gütigen Bescheid darüber erhalten könnte, ob Sie mich in der erbetenen Weise zu unterstützen bereit und in der Lage wären und habe inzwischen die Ehre zu zeichnen als

Euer Hochwohlgeboren ganz ergebenster  
F. W. Dietrich, Rittergutsbesitzer.

Der tüchtige Mann benötigt, um mit seinen »schwachen Kräften« der »guten deutschen Sache« zu dienen, nur — die Kleinigkeit von 200 000 bis 225 000 M. und ist so naiv, dieselbe von dem Obermeister der zünftigen Patrioten zu verlangen. Dem ist aber die »gute Sache des Deutschtums« nicht »gut« genug, um gleich ca. eine Viertel Million auf ihren Altar zu legen und, von dem beabsichtigten Angriff auf seine eigene Taschen peinlich berührt und den »Patriotismus« seiner Pappenheimer wohl kennend, wählt er den bequemeren Weg eines guten Rats, indem er den Patrioten aus Ostrowo-Adlig folgendermassen abspeist:

Berlin, 6. Novemner 1913.

Herrn Rittergutsbesitzer F. W. Dietrich  
Ostrowo-Adlig Kr. Wresehen.

Sehr geehrter Herr!

Aus Ihrer gefälligen Zuschrift vom 1. d. M. ersehe ich gern, dass Sie Ihr schönes Rittergut Ostrowo-Adlig in eigenem Besitz behalten und den Gebäudebestand erneuern

wollen. Leider bin ich aber ausserstande, das Ihnen zu diesem Zwecke erforderliche Kapital von 200 000 bis 225 000 M. aus eigenen Mitteln zu beschaffen. Im nächsten Halbjahr wird der Markt für die allerbesten 2. Hypotheken so gut wie geschlossen sein.

Ich möchte Ihnen jedoch raten, bei der Posener Landschaft eine Neubeleihung zu  $\frac{2}{3}$  des Gutswertes zu beantragen, das ist immerhin das denkbar billigste Geld. Sollte indes die landschaftliche Beleihung nicht genügen, so bliebe nur eine solche bei einem anderen Hypotheken-Institut, z. B. bei der Preussischen Zentral-Boden-Kredit-Aktiengesellschaft in Berlin W. 7, U. d. Linden 34, übrig; freilich ist das Geld dort teurer, als bei der Landschaft.

Hochachtungsvoll u. ergebenst

H. v. Tiedemann.

So hat sich der »patriotische« Herr Dietrich die Hilfe des »oberpatriotischen« Führers des »Ostmarkenvereins« wohl nicht gedacht. Aber Geld braucht der Verein selber, er kann ausser mit kleineren Beträgen, die die kleinen Leute an seine Fahne ketten, nur mit Protektionen seiner Mitglieder und Jünger dienen. Auf diesem Gebiet hat er auch ausserordentliches geleistet; z. B. der letzte Präsident der Ansiedlungskommission Ganse und die dem Ostmarkenverein dienenden Berliner Universitätsprofessoren Bernhard und Hoetsch wissen ein Lied davon zu singen, verdanken sie doch der Nebenregierung ihre rasche Karriere!

Es lohnt sich, dem »Ostmarkenverein« anzugehören und seine Polenhetze zu fördern. Man kommt schneller vorwärts.

Wie Ostmarken-Spenden und Stiftungen entstehen, kann man an der Hand der Sammlung der

### Heinrich v. Tiedemann-Stiftung

erselen.

Der stellvertretende Vorsitzende des »Ostmarkenvereines« wollte seinen hohen Chef zu seinem 70. Geburtstag im September 1913 mit einer neuen Stiftung, die seinen Namen tragen sollte, beglücken. Eine Menge Briefe wurde an alle seine Freunde und Gönner geschickt, und als die Sammlung nicht genügenden Anklang fand, wurde unter den an der Polenpolitik des »Ostmarkenvereines« interessierten Personen einfach geschnorrt, was durch den folgenden Brief des Generalsekretärs Scholtz, einer Kreatur Tiedemanns, bewiesen wird.



Berlin, 3. Mai 1913.

Herrn Hofkammerrat Paschke  
 Direktor der Landbank  
 Hochwohlgeboren

Berlin NW.  
 Hindersinstraße 8.

Hochgeehrter Herr Hofkammerrat!

Zu meiner grossen Freude habe ich vor einigen Tagen gelesen, dass die Landbank einen Process wegen der Polenklauseel vor dem Reichsgericht endgültig gewonnen hat. Wäre es doch unter diesen Umständen nicht doch möglich, dass die Landbank von der Summe, die der Verkäufer (an den polnischen Grafen Plater, gegen den der Ostmarkenverein deshalb eine gehässige Presskampagne geführt hat. D. Verf.) ihr nunmehr als Konventionalstrafe zahlen muss, einen Teil der »von Tiedemanns-Stiftung« überweist? Verzeihen Sie, dass ich Sie nochmals mit der Sache behellige, aber ich habe mir fest vorgenommen, 100.000 M. zusammenzubringen, und da heisst es fleissig schnorren!

Gilt es doch für einen nationalen (!) Zweck!

Mit den besten Empfehlungen

in ausgezeichneter Hochachtung

Ihr ganz ergebenster

Schultz (58).

Auf diese Weise wurde für die Tiedemann-Stiftung die Summe von 100.195 M. zusammen — »geschnorrt«.

Es wird für viele, namentlich auch für die Polen, interessant sein, zu erfahren, welche Kreise für diesen »humanitären« Zweck Geldzuwendungen gemacht haben.

Wir lassen hier die Liste derselben folgen:

Kohlensyndikat Essen . . . . .	10 000	„
Frau Geh. Kommerzienrat von Hansemann-Berlin . . . . .	5 000	„
Herr Majoratsbesitzer Leutnant v. Hansemann-Pempowo . . . . .	5 000	„
Herr Majoratsbes. Kammerherr von Hardt-Wonsowo . . . . .	5 000	„
Herr Geh. Kommerzienrat Hardt-Berlin . . . . .	5 000	„
Herr Kaiserlicher Gesandter z. D. Raschdau-Berlin . . . . .	5 000	„
Frau von Tiedemann-Kranz-Berlin . . . . .	5 000	„
Direktion der Disconto-Gesellschaft-Berlin . . . . .	3 000	„
Graf Henckel Fürst von Donnersmark-Berlin . . . . .	3 000	„
Frau Rittergutsbesitzer von Hindersin-Dalkau . . . . .	3 000	„
Firma Friedr. Krupp, Gusstahlfabrik, Essen . . . . .	3 000	„
Ostbank für Handel und Gewerbe, Posen . . . . .	3 000	„
Herr Majoratsbesitzer von Wendorff-Mühlburg . . . . .	3 000	„
Herr Gustav Hardt-Berlin . . . . .	2 500	„
Herr Geh. Beirat, Generaldirektor Beukenberg-Dortmund . . . . .	1 000	„
Frau Rittergutsbesitzer von Bieler-Melno . . . . .	1 000	„

Herr Gustaw Fuchs, Verleger der Danziger Neuesten Nachrichten, Danzig . . . . .	1 000 <i>M.</i>
Herr E. W. Hardt-Falkenstein . . . . .	1 000 „
Herr Hermann Hardt-Lennep . . . . .	1 000 „
Herr Heinrich Hardt-Berlin . . . . .	1 000 „
Herr Hugo Hardt-Berlin . . . . .	1 000 „
Herr Gustav Engelbrecht Hardt-Berlin . . . . .	1 000 „
Frau Rittergutsbesitzer Hedwig Jouanne-Santomischel .	1 000 „
Herr Geh. Kommerzienrat Kirdorf-Streithof . . . . .	1 000 „
Herr Hugo Preuss-Hamburg . . . . .	1 000 „
Herr Kommerzienrat Rogowski-Gnesen . . . . .	1 000 „
Ungenannt, Königsberg . . . . .	1 000 „
Herr Geh. Regierungsrat Witting-Berlin . . . . .	1 000 „
Herr Rittergutsbesitzer Foerster-Bronikowo . . . . .	500 „
Herr Oberstl. a. D. Auer v. Herrenkirchen-Wiesbaden	500 „
Herr Major von Bernuth-Kreuzfelde, Kreis Schrimm .	300 „
Frau Fürstin Bismarck-Friedrichsruh . . . . .	300 „
Frau Gräfin von Bismarck, geb. von Arnim, Varzin (Pomm.)	300 „
Herr Fabrikdirektor Nord-Opalenitza . . . . .	300 „
Herr Baron von Saalburg-Hamburg . . . . .	300 „
Herr W. von Siemens-Berlin . . . . .	300 „
Herr Geh. Kommerzienrat Vorster, M. d. A., Köln . .	300 „
Herr Landrichter Dr. Albert-Hamburg . . . . .	200 „
Herr Rittergutsbesitzer von Delhaes, Alt Borowka . .	200 „
Herr Rittergutsbesitzer Otto Jonanne, Klenka (Posen).	200 „
Herr Rittergutsbes. George Linck, Stenzlau (Rukoschin)	200 „
Herr Neveu du Mont-Köln . . . . .	200 „
Herr Hofkammerrat Paschke-Berlin . . . . .	200 „
Herr Rittergutsbesitzer, Leutnant d. R., E. v. Tiedemann- Brausendorf . . . . .	200 „
Herr Geh. Justizrat M. Winterfeld-Berlin . . . . .	200 „
Herr Rittergutsbesitzer von Bernuth-Borowo . . . . .	100 „
Herr Oberst a. D. Cardinal von Widdern-Berlin . . . .	100 „
Herr Majoratsbesitzer Graf Dönhoff-Friedrichstein . .	100 „
Herr Reimar Hobbing-Berlin . . . . .	100 „
Herr Senator Dr. Lappenberg-Hamburg . . . . .	100 „
Herr Landesökonomierat Lorenz-Pianowo . . . . .	100 „
Herr L. Maxstaedt-Triesdorf . . . . .	100 „
Herr Ed. L. Lorenz Meyer-Hamburg . . . . .	100 „
Herr Kommerzienrat Münsterberg-Danzig . . . . .	100 „
Herr Amtsrichter Dr. Emil Schemmann-Hamburg . . . .	100 „
Herr Justizrat Wagner-Berlin . . . . .	100 „
Herr Arnold v. Siemens-Berlin . . . . .	100 „





Wir schliessen damit den 1. Band unserer Enthüllungen. Der 2. Band, den wir anschliessend schnellstens erscheinen lassen werden, wird weitere, höchst interessante Einzelheiten und Aktenstücke aus der geheimen Unterwühlungsarbeit der Nebenregierung bringen; insbesondere wird dort die „auswärtige Politik“ des „unpolitischen“ Tiedemannschen Ostmarkenvereins, d. h. die Aufhetzung der ostgalizischen Ruthenen, in eindruckvollster Weise beleuchtet werden.





×KSIĘGARNIA×

ANTYKWARIAT



5005

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX